
Ökonomische Liberalisierung und politischer Fundamentalismus

**Herausgegeben von
Hartmut Elsenhans**



Leipziger Universitätsverlag 1994

© Leipziger Universitätsverlag GmbH 1994

COMPARATIV

Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und
vergleichenden Gesellschaftsforschung

Heft 6 (1994)

Ökonomische Liberalisierung und politischer Fundamentalismus

Herausgegeben von Hartmut Elsenhans

ISSN 0940 – 3566

ISBN 3-929031-66-3

Inhalt

<i>Hartmut Elsenhans</i>	Fundamentalismus in der Dritten Welt als Herausforderung an das internationale System des 21. Jahrhunderts: Kultursoziologie oder Politökonomie als Therapie?	9
--------------------------	---	---

Aufsätze

<i>Omar Carlier</i>	Von der islamischen Reform zur islamischen Militanz: Die politisch-religiöse Therapie der Islamischen Heilsfront	21
---------------------	--	----

<i>Gudrun Krämer</i>	Die Attraktion des politischen Islam: Fallbeispiel Ägypten	58
----------------------	--	----

<i>Bharat Wariavwalla</i>	Die Zerstörung des Muslimtempels und die Problematik des Nationalstaats	78
---------------------------	---	----

<i>Ahmad Mahrad</i>	Probleme des Managements der Gesellschaft und der Ökonomie nach der islamischen Revolution im Iran	93
---------------------	--	----

Forum

<i>Christine Bogedain</i>	Erfolgschancen landwirtschaftlicher Reformpolitik in Zimbabwe. Eine Untersuchung zum Bodenrecht	113
---------------------------	---	-----

<i>Gerrit Stratmann</i>	Demokratisierung und marktwirtschaftliche Reform in Osteuropa. Überlegungen zur Rolle der Civil Society im polnischen Transformationsprozeß	126
-------------------------	---	-----

Mitteilungen und Berichte

- Kontinuität und Krise: Die Schweiz 1910-1930
(*Charlotte Beisswingert*) 151
- XIV. Kongreß der Association Internationale de
Littérature Comparée (AILC/ICLA) (*Hans-Jürgen Lüsebrink*) 153

Buchbesprechungen

- Peter Burke, Ludwig XIV. Die Inszenierung des Sonnen-
königs, Berlin 1993 (*Friedemann Scriba*) 155
- Michael Ewert, „Vernunft, Gefühl und Phantasie, im
schönsten Tanze vereint“. Die Essayistik Georg Forsters,
Würzburg 1993 (*Werner Greiling*) 158
- Fritz-Peter Hager/Dieter Jedan (Hrsg.), Staat und Erziehung
in Aufklärungsphilosophie und Aufklärungszeit, Bochum 1993
(*Werner Greiling*) 159
- Rolf Graber, Bürgerliche Öffentlichkeit und spätabolutisti-
scher Staat. Sozietätenbewegung und Konfliktkonjunktur in
Zürich 1746-1780, Zürich 1993 (*Kurt Holzappel*) 160
- Claudia Opitz-Belakhal, Militärreformen zwischen Bürokrati-
sierung und Adelsreaktion. Das französische Kriegsministerium
und seine Reformen im Offizierskorps von 1760-1790, Sigma-
ringen 1994 (*Kurt Holzappel*) 162
- Wolfgang J. Mommsen, Großmachtstellung und Weltpolitik.
Die Außenpolitik des Deutschen Reiches 1870 bis 1914, Berlin
1993 (*Thomas Schaarschmidt*) 163
- Franz Walter/Tobias Dürr/Klaus Schmidtke, Die SPD in Sach-
sen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora. Unter-
suchungen auf lokaler Ebene vom Kaiserreich bis zur Gegen-
wart, Bonn 1993 (*Gernot Borriss*) 166

• Massimo L. Salvadori, Storia d'Italia e crisi di regime. Alle radici della politica italiana, Bologna 1994 (<i>Friedemann Scriba</i>)	169
• Hinrich Fink-Eitel, Die Philosophie und die Wilden. Über die Bedeutung des Fremden für die europäische Geistesgeschichte, Hamburg 1994 (<i>Ingrid Weber</i>)	172
• Willy Hochkeppel, Endspiele – Zur Philosophie des 20. Jahrhunderts, München 1993 (<i>Martina Ullrich</i>)	
• Georg Vobruba, Gemeinschaft ohne Moral. Theorie und Empirie moralfreier Gemeinschaftskonstruktionen, Wien 1994 (<i>Tilman Sutter</i>)	176
• Sandro Cattacin, Stadtentwicklungspolitik zwischen Demokratie und Komplexität. Zur politischen Organisation der Stadtentwicklung: Florenz, Wien und Zürich im Vergleich, Frankfurt a.M. 1994 (<i>Sylke Nissen</i>)	181
• Durhane Wong-Rieger, Fritz Rieger (Hrsg.), International Management Research. Looking to the future, Berlin/New York 1993 (<i>Michael Edde</i>)	184
• David J. Hickson (Hrsg.), Management in Western Europe. Society, Culture and Organization in Twelve Nations, Berlin/ New York 1993 (<i>Oliver Schmidt</i>)	187
• Wilhelm Eberwein/Jochen Tholen, Euro-Manager or Splendid Isolation? International Management – an Anglo-German Comparison, Berlin/New York 1993 (<i>Erik Nagel</i>)	192
Inhaltsverzeichnis des 4. Jahrgangs 1994	196
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	204

Fundamentalismus in der Dritten Welt als Herausforderung an das internationale System des 21. Jahrhunderts: Kultursoziologie oder Politökonomie als Therapie?

Die dominante Politologie hat ihre Anpassung an die neue Weltlage rasch erfolgreich vollzogen. Nach dem Zusammenbruch der sich als „real existierenden Sozialismus“ bezeichnenden Gesellschaftsformation drohte die Gefahr, daß ihr der undemokratische und rückständige Gegenentwurf zu ihrem Konzept des Pluralismus abhanden kommen könnte. Sie hat ein neues Gegenmodell in der Dritten Welt entdeckt: den (religiösen) Fundamentalismus, allerdings um den Preis einer Reduktion einer höchst vielschichtigen und primär nicht kulturell determinierten Wirklichkeit, die paradoxerweise nur um den Preis von eigenem Fundamentalismus im Denken möglich wird. Diese Reduktion ist nicht weniger gefährlich für ein friedliches Zusammenleben im internationalen System als das mit dem Begriff Fundamentalismus in der Dritten Welt bezeichnete Phänomen selbst.

Fundamentalistisch ist diese Reduktion aus zwei Gründen: Solche Interpretationen gehen von einer Überhöhung der Wertigkeit der europäisch-nordamerikanischen Welt aus, durch die deren kulturelle Erscheinungsformen als einzig mögliche Muster der Emanzipation von Menschen aus selbstverschuldeter Abhängigkeit begriffen werden. Die Folge ist, daß alles andere in einen Sack gestopft wird, obwohl solche anderen Projekte in anderem ideologischen Gewand durchaus, je nach den gesellschaftlichen Konfliktkonstellationen auf Moderne ausgerichtet sein können, die in der Ermöglichung von Individualität auf der Grundlage der Produktivität des einzelnen Wirtschaftsbürgers besteht. Dies ist umso gefährlicher, als der Übergang von Ökonomien in der Dritten Welt in einen solchen Zustand nicht unerheblich vom Verhalten des Westens beeinflusst wird. Kann nämlich der Westen, wie die Analyse der folgenden Beiträge nahelegt, über die Aufrechterhaltung einer arbeitsteiligen Weltwirtschaft weltweit das Beschäftigungsniveau anheben, wird ein solcher Prozeß in den sich im Übergang zu der Moderne befindlichen Gesellschaften erheblich erleichtert.

Ganz im Gegensatz zu einer solchen Forderung wird in der fundamentalistischen Reduktion des Phänomens des Fundamentalismus in der Dritten Welt ein Szenario zukünftiger Weltbeziehungen entworfen, in dem der „Zusammenstoß der Kulturen“ als nahezu unausweichlich dargestellt¹ und damit die Fähigkeit der westlichen Länder zu einer differenzierten Reaktion beeinträchtigt wird, die geeignet sein könnte, gewaltfreiere gegenüber gewalttätigeren Durchbrüchen zur Moderne zu begünstigen.

Mit dieser Kritik will ich nicht einer relativistischen Position das Wort reden, die die neuen sozialen Bewegungen in der Dritten Welt als Ausdruck demokratischer Selbstbestimmung gleichberechtigt und undifferenziert akzeptierte. Einige unter ihnen – *Carliers* Beitrag zu Algerien belegt sie – stellen Gefahren für friedlichen Wandel in Ihren Gesellschaften dar. Ich behaupte allerdings, daß der Rückgriff auf traditionelle Werte zur Legitimierung politischer Ordnungsentwürfe nicht allein deshalb regressiv ist, weil die herangezogenen Rechtfertigungsgründe mit Positionen gespickt sind, die den Grundpositionen der Achtung der Menschenrechte und der demokratischen Beteiligungsrechte nicht entsprechen. *Krämers* Beitrag zeigt, daß unter im Vergleich zu Algerien anderen gesellschaftlichen Kräftekonstellationen die wirtschaftliche und gesellschaftliche Praxis solcher neuen sozialen Bewegungen bewußt oder unbewußt auf die Herausbildung gesellschaftlicher Strukturen zielt, die bürgerliche Gesellschaft begünstigen. *Mahrads* Beitrag stützt *Krämers* Argument, indem er zeigt, daß die Gesellschaft mit ihren in der Ökonomie begründeten Widersprüchen und Strukturdefiziten sich dem Anspruch der Gleichhaltung entsprechend ideologischer Grundsätze – selbst nach vorübergehendem Sieg extremistischer Fundamentalisten – wieder entzieht, und stützt damit *Wariawallas* Einschätzung, daß die Möglichkeit von „voice“ der Massen ideologische Reinheit verwässert.

Nicht der Rückgriff auf traditionelle Werte als solchen und damit auch nicht die ideologische oder kulturelle Erscheinungsform eines krisenhaften Umbruchs bergen die Gefahr der Regression, sondern die je nach politökonomischen Strukturen unterschiedlichen Möglichkeiten, Kräften der sogenannten Zivilgesellschaft in diesem krisenhaften Prozeß des Scheiterns des Entwicklungsstaats in der Dritten Welt zum Durchbruch zu verhelfen.

Damit verschiebt sich die Sichtweise: Durch ihren Rückgriff auf traditionelle Werte sind die neuen sozialen Bewegungen einerseits geeignet, neuen sozialen Kräften, die der auf Renten beruhende Entwicklungsstaat bürokratischer Entwicklungsgesellschaften vom politischen Prozeß entweder durch klientelistische Gängelung oder offene Ausgrenzung ausgeschlossen hatte, Beteiligung zu verschaffen. Solche neuen sozialen Bewegungen können aber auch durch ihren Monopolanspruch auf Weltdeutung und Gesellschafts-

theorie solche Partizipationschancen zunichte machen. Die in den dreißiger Jahren entstandene Überzeugung, daß ein der Gesellschaft vorauseilender Staat zur Überwindung von Unterentwicklung, ja zur Vollstreckung einer der Gesellschaft wegen ihrer Rückständigkeit notwendig verschlossenen Zukunftsutopie Bedingung sei, findet bei den neuen sozialen Bewegungen der Dritten Welt eine Entsprechung in der Überzeugung, daß Staat und Gesellschaft von einer neuen, Marktkonkurrenz nicht unterworfenen Instanz gereinigt werden müßten, damit beide nun, geleitet von minnmehr andcten, aus der Tradition gezogenen Prinzipien das mit dem alten Konzept gemeinsame Ziel größerer Gerechtigkeit erreichen können.

Carlier und *Wariavwalla* beiegen deshalb zurecht am Beispiel völlig unterschiedlicher Kulturkreise mit ihren ganz unterschiedlichen religiösen Vorstellungen die spiegelbildliche Entsprechung der Grundeinstellungen zwischen dem neuen Fundamentalismus und dem aus der Krise der dreißiger Jahre geschichtsmächtig gewordenen säkularen und, nach Meinung der Literatur, so verwestlichten Nationalismus. Beide stehen in Opposition zur vorfindbaren gesellschaftlichen Wirklichkeit. Sie können deren Eigendynamik nachhaltig behindern, wenn sie mit ihrem Anspruch, den allgemeinen Willen zu repräsentieren, und mit den ökonomischen Mitteln der Nichtmarktökonomie die „auf dem Willen aller“ beruhende Gesellschaft als unzureichend bekämpfen. *Krämers* Fall Ägypten weicht von *Carliers* Fall Algerien gerade dadurch ab, daß der im Vergleich zu Algerien viel ärmere ägyptische Staat in viel höherem Maße, ob fundamentalistisch oder verwestlicht, den Kräften der Gesellschaft Rechnung tragen muß, als der derzeit algerische und – sofern die algerische FIS die Macht übernehmen sollte – auch ihre islamische Republik. Im Hinblick auf die derzeitige Entwicklung Algeriens würde ich hinzufügen, daß der erbarmungslos von beiden Seiten auf dem Rücken der Gesellschaft – jene breite diffuse demokratische Opposition, die *Carlier* in ihrer Unfähigkeit, sich als politische Kraft zu etablieren, beschreibt – ausgetragene Kampf durch die Weigerung eines immer breiteren Spektrums der algerischen Gesellschaft, sich für eines der beiden Lager zu entscheiden,² letztlich dazu beitragen wird, daß die Chancen der Emanzipation von Gesellschaft als Willen aller eher begünstigt werden.

Statt die ideologischen Manifestationen des Umbruchs vorschnell als Beleg für unausweichliche Zusammenstöße zwischen Kulturen hinzunehmen, ist deshalb der schwierigere und Interdisziplinarität erfordernde Weg der Rekonstruktion der politökonomischen Ursachen der Konfliktmanifestationen anzuraten, der allerdings auf das Hindernis stößt, daß die europäische und noch mehr die nordamerikanische Sozialwissenschaft durch die Abkopplung von der Ökonomie als Wissenschaft vom Metabolismus vom Gesellschaft sich

diesen Zugang selbst versperrt hat und, noch bedenklicher, das „gebildete Publikum“ durch soziologisierende Ersatzerklärungen vom Erwerb dazu geeigneter Alltagstheorien als Grundlage für Verständnis solcher Zusammenhänge ausgeschlossen hat. Daß der Rekurs einer sich als progressiv verstehenden Schule von Intellektuellen zur „Rekonstruktion“ – eher „Restauration“ – einer politischen Ökonomie auf der Grundlage von im 19. Jh. entwickelten Theorien diesen Mangel nicht hat beheben können, ist bekannt.

Wir müssen deshalb kurz auf die je nach politökonomischen Strukturen unterschiedlichen Formen der krisenhaften Ablösung des Entwicklungsstaats eingehen. Der Aufstieg des Entwicklungsstaats ist in engem Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre zu sehen.³ Bei zunächst guter Entwicklung der Terms-of-Trade war die heutige Welt seit Ende des 19. Jhs. auf tropische Agrarprodukte, die neue Bedürfnisse der wirtschaftlich langsam besser gestellten europäischen Mittelklassen und Arbeiter befriedigten, und mineralische Rohstoffe spezialisiert, bei denen die Erschöpfung kostengünstiger Lager in den Industrienahen Standorten dem technischen Fortschritt entgegenwirkte, der ab 1880 zunehmend auch in der Dritten Welt in der Form moderner Ausrüstungsgüter im Bergbau eingesetzt werden konnte. Ohne gesellschaftliche Veränderungen zugunsten der Massen mußte das Eindringen kapitalistischer Produktionsstrukturen in vorkapitalistische Verhältnisse zur Freisetzung von marginaler Bevölkerung führen, da die Durchschnittsproduktivität in der Landwirtschaft noch so niedrig war, daß die marginale Produktivität unter den Subsistenzkosten lag.⁴ Marginalität bedeutet, daß es Bevölkerung gibt, die angesichts der knappen Ressourcenausstattung, vor allem bei Land, und noch niedriger Produktivität weniger produziert, als sie für ihr Überleben braucht. Beim Eindringen kapitalistischer Produktionsverhältnisse wird sie sichtbar, weil nunmehr freigesetzt. Durch Druck auf die Löhne dieser Arbeitslosen bleiben auch die übrigen Beschäftigten arm, weil über die Exporte Arbeit nicht knapp werden kann, so daß die Entlohnung der Beschäftigten selbst bei hohen Produktivitätssteigerungen nicht auf ihr Grenzprodukt steigt, so daß damit auch die Reallohne nicht entsprechend der Grenzproduktivitätsthese der Arbeitslöhne steigen können.

Die Kolonisierung Afrikas und Asiens mit dem vorrangigen Interesse der Europäer, koloniale Erschließungsmaßnahmen zum Rohstoffabtransport durch Erhöhung des Steuerdrucks auf relativ unproduktive Wirtschaften zu finanzieren, mußte jeden Versuch zur Beseitigung von Marginalität oder zur Veränderung der Einkommensverteilung zugunsten der Massen vereiteln, solange nicht die neuen Exportsektoren zur Verknappung von Arbeit führten. Dazu waren die Exportsektoren wegen abnehmender Nahrungsmittelanteile am Verbrauch und abnehmender Rohstoffintensität der Produktion in den

Industrieländern zu klein. Zum Kolonialsystem gehörte auch, daß ein aufgrund sozialer Absicherung unelastisches Angebot an billiger Arbeit durch Zwangsmaßnahmen, wie Kopfsteuer, Hüttensteuer und offene Zwangsarbeit gewaltsam erweitert wurde.

Als in der Weltwirtschaftskrise die Exportmärkte zusammenbrachen, gab es keine finanziellen Ressourcen mehr, um die bis dahin entstandenen exportabhängigen Sektoren in Erziehung und Administration zu bezahlen, während eine Umstellung auf binnenmarktorientierte Produktion, wo überhaupt im Rahmen der sogenannten importsubstituierenden Industrialisierung möglich, wegen niedriger Produktivität angesichts ihrer bisheriger Vernachlässigung mit Einkommensverlusten verbunden war.

Der Koexistenz hochproduktiver Exportsektoren mit gleichzeitig niedriger Produktivität im Rest der Wirtschaft und angesichts sehr rasch wachsender Bevölkerung noch verschärfter Armut entsprachen wirtschaftliche Konzepte, die in der Mobilisierung der – sonst im Export in der Form von Terms-of-Trade-Verlusten abfließenden – Renten durch einen planerischen Staat eine Chance für Diversifizierung der Wirtschaft und Abschaffung der Armut als Ergebnis staatlicher Investitionen in noch nicht rentablen Bereichen erwarteten.

Aneignung und Allokation von Renten, die solche Konzepte implizierten, erforderten eine Zentralisierung der Mehrprodukt aneignenden Klasse, die sich dafür die Institution des Entwicklungsstaates schuf. Auf ihr widersprüchliches Verhalten zwischen Selbstprivilegierung und Legitimationszwang als Folge ihrer internen Dynamik soll hier nicht weiter eingegangen werden⁵. In vielen Ländern waren solche Staatsklassen bei der Erhöhung der für Investitionen und den eigenen Konsum verfügbaren Ressourcen erfolgreich, auch noch bei der Kanalisierung solcher Ressourcen in als Investitionen betrachtete Ausgabeprojekte zweifelhaften wirtschaftlichen Werts, doch scheiterten sie fast überall bei der Aufrechterhaltung einer akzeptablen Kapitalproduktivität. Sie hatten ihre Konzepte entsprechend dem Prestige des sowjetischen Industrialisierungsmodells jener Jahre aus einer naiven Übernahme marxistischer Ideen abgeleitet und dabei die Notwendigkeit der Konkurrenz zur Verminderung von Ausbeutung durch Ineffizienz übersehen.

Die Ölpreiskrisen der siebziger Jahre stellten den Höhepunkt des auf Rentenaneignung beruhenden Entwicklungsstaats dar. Die geringen Erfolge der Ölländer, die neuen Ressourcen in Produktivitätssteigerung zu verwandeln, belegten, daß die Diagnose von Unterentwicklung als Folge von Ausbeutung über schlechte Rohstoffpreise falsch sein mußte. Die Weltenergiepreissteigerungen verschärften die schon vorher in anderen Ländern der Dritten Welt aufgetretene Finanzknappheit (foreign exchange und savings gap

der Kritik der Imports substitution), so daß erste Liberalisierungstendenzen auftraten, die nach Ausbruch der Schuldenkrise der Dritten Welt 1982 unter dem Einfluß der Bretton Woods-Institutionen zur dominanten Ausrichtung der Wirtschaftspolitik im Süden wurden.

Der Entwicklungsstaat geriet in die Krise, weil ihm die produktive Verwendung von Rente nicht gelang, so daß sich – auch unter dem Eindruck der Personalausgaben – die Finanzierungsspielräume verminderten. Die Fortdauer der Kooptation von Personal in die Staatsklassen und ihre organische Klientel war nicht mehr finanzierbar. Mittelschichten, die bis dahin die Rekrutierungsbasis für die Staatsklassen waren, mußten sich nach neuen Möglichkeiten zur Verwertung ihrer knappen Ressourcen, Erziehung und beschränkten Finanzmittel, umsehen. Sie fanden diese im kleinsten und mittelbetrieblichen Bereich und einer neuen Nichtmarktökonomie, den sogenannten Nichtregierungsorganisationen, die angesichts des Staatsversagens und der sich ausbreitenden Armut neue Betätigungsfelder fanden, bei denen sie rasch auf den Zuspruch internationaler Geber stießen. Klein- und Mittelbetriebe und Nichtregierungsorganisationen mußten im ineffizienten Staat einen Rivalen um knappe Mittel sehen und bekämpften ihn als räuberischen Fiskus. Die Vorstellungen der neuen Entwicklungstheorie, die das Ausbleiben von Entwicklungserfolgen aus nahezu vierzigjährigen Bemühungen auf Staatsversagen zurückführte, paßte zu den Interessen dieser beiden Sektoren und lieferte eine theoretische Rechtfertigung.

Der Übergang zu mehr Marktwirtschaft in der Nachfolge der exportstarken neuen Tigerländer zeigte je nach gesellschaftlich-ökonomischen Strukturen völlig unterschiedliche Ergebnisse, auch wenn nahezu alle Länder durch die Beschränkung von staatlicher Vergeudung gewisse Wachstumserfolge erzielten.

Es lassen sich wenigstens vier Fälle unterscheiden, von denen drei bisher für Fundamentalismus nicht anfällig waren. In Ost- und Südostasien scheint, z.T. mit schweren ökologischen Folgen (Abholzung), Marginalität wenigstens in einigen Ländern beseitigt. Hier führt die Zunahme der Beschäftigung durch Exporte zu steigenden Reallöhnen, die die Wettbewerbsfähigkeit solange nicht behindern, wie die Wirtschaften durch Nahrungsmittelselbstversorgung beliebig hohe Abwertungen ihrer Währungen hinnehmen können, und dadurch komparative Vorteile in absolute Vorteile zu verwandeln vermögen. Hier ist ein Durchbruch zu kapitalistischer selbsttragender Entwicklung zu erwarten, ohne daß anti-westliche Tendenzen im ideologischen Bereich auftreten werden. Aus dem Fehlen fundamentalistischer Tendenzen ist aber genausowenig wie im Deutschland des 19. Jhs., wo ähnlich der Übergang zu Kapitalismus unter Leitung vorbürgerlich orientierter Eliten

gelang, eine Verwirklichung der pluralistischen Demokratie zu erwarten, wie manche voraussagen. In Lateinamerika gelang die politische Isolierung der Armen, weil diese aufgrund der Erfahrung mit Repressivität und geringer Reformbereitschaft der bisherigen Nichtmarktökonomie des Staates jede Form überregionaler Marktökonomie ablehnen. Ein die Armen ausschließendes, auf moderne Technologie setzendes Modell von Industrialisierung mit stark segmentierten Arbeitsmärkten geht einher mit einer formalen Demokratisierung, bei der es durch Rückzug des Staates aus Wirtschaft und Gesellschaft keinen Ansatzpunkt für die Verwirklichung von Forderungen der Armen über die staatliche Wirtschaftspolitik gibt. Die Rechtfertigung liefert ein extremer Liberalismus in wirtschaftlicher und politischer Theorie.

Die Demokratiebewegung in Afrika richtet sich zwar gegen die an der Macht befindlichen Staatsklassen, ist aber so sehr auf die Städte begrenzt, daß ihr Ziel die Erhöhung der von außen als Entwicklungshilfe zufließenden Renten ist. Die Transformation von inneren Märkten oder vermehrte Anstrengungen beim Export verarbeiteter Produkte liegen außerhalb ihrer Vorstellungswelt. Hier orientiert sich der Diskurs an 1789 und 1776, den noch mit sozialen Komponenten angereicherten Vorstellungen der einsetzenden bürgerlichen Revolution in Europa und Amerika. Das Versprechen eines sorgsamen Umgangs mit Renten wird als Gegenleistung für neue Renten angeboten.

Die Mehrheit der Länder des Südens gehören zum vierten Fall: Marginalität dauert an und verschärft sich, insbesondere weil die Privilegierten einschneidende Agrarreformen verhindert haben, und wird politisch wirksam, weil die Isolierung der Armen, die Zerstörung ihrer Erwartungen, anders als in Lateinamerika, aufgrund der insgesamt durchaus vorhandenen Entwicklungserfolge der „verwestlichten“ Staatsklassen nicht eingetreten ist. Dem Staat fehlen aber die Mittel, die Mittelschichten zu kooptieren. Wegen noch geringer Produktivität ihrer Landwirtschaften können sie anders als die erfolgreichen Länder Ost- und Südostasiens nicht mit dem Mittel massiver Abwertungen komparative in absolute Kostenvorteile verwandeln und über den Weltmarkt rasches Wachstum der Produktion und ihrer eigenen wirtschaftlichen Basis erreichen.

Marginalität bei hohen Erwartungen der Unterprivilegierten und nicht mehr erfüllbare Erwartungen der Mittelschichten aufgrund unzureichender Renteneinnahmen des Staates machen diese Gesellschaften anfällig für die Suche nach radikalen Alternativen, wie *Carliers* Beitrag zeigt. Der Rückzug auf die Religion ist dabei nur eine Ausprägung: Die Islamisten sind auf die algerische Protestbewegung des Oktobers 1988 aufgesprungen. Die Religion kommt aber häufig zum Zuge, weil sie Gemeinschaft schafft und damit die in bezug auf ihre Stellung im Produktionsprozeß höchst heterogenen Unterpri-

vilegierten anspricht, ohne sie in bezug auf ihre Unterschiede auseinanderzudividieren und ohne die enttäuschten Mittelschichten auszugrenzen, deren Eigentumsrechte durch solchen religiösen Radikalismus nicht bedroht werden. Die von der Religion vorgeschriebenen, milden Sozialverpflichtungen für Eigentum können sie ertragen. Religion ist außerdem anders als alle westlichen Wertemuster und Ideologien nicht diskreditiert, weil sie die einzige Ideologie war, die die Staatsklassen in ihren sukzessiven Wechseln zwischen Nationalismus, Revolution, Sozialismus, Kapitalismus und Markt nicht – wenigstens nicht erfolgreich – für ihre Herrschaft instrumentalisiert hatten. Regionale Bewegungen in anderen Teilen der Welt, auch in Indien, zeigen, daß auch andere ideologische Ausdrucksformen dieses Protests gegen den zentralistischen Staat möglich sind. In Gesellschaften mit scharfen sozialen Gegensätzen außerhalb des staatlichen Bereichs sind – so zeigt *Wariawwalla* – verarmte Unterschichten durchaus gegenüber dem Appell nach Gemeinschaft, der von enttäuschten Mittelschichten ausgeht, resistent.

Sichtbar werdende Marginalität und verwehrtter Aufstieg von Mittelschichten, die darauf wegen der Versprechungen des Entwicklungsstaats gehofft hatten, erlauben das gesellschaftliche Kerngebiet zu bezeichnen, in dem Fundamentalismus auftritt. Vorhandene Gegensätze in der nicht vom Staat klientelistisch und repressiv durchstrukturierten Gesellschaft, wie in Indien, verweisen auf Hindernisse bei der Ausbreitung der neuen Ideologien. Fortdauer von nichtstaatlicher Strukturierung entlang ökonomischer Interessen bedingt Unterschiede in den Ausdrucksformen des neuen Denkens selbst dort, wo sich die Religion als Vehikel durchsetzen kann.

Die Befreiung der sogenannten Zivilgesellschaft ist zugleich Vehikel, aber auch Schranke des Fundamentalismus. Der Vergleich zwischen Algerien und Ägypten, aber auch der heutige Zustand der iranischen Gesellschaft, den *Mahrad* beschreibt, belegen, daß nicht die Stärke der staatsfreien Räume, der sogenannten Zivilgesellschaft, sondern ihre Schwäche der wesentliche Zug ist, der den Aufstieg radikaler Fundamentalismen erklären kann.

Carliers Analyse des Aufspringens der islamischen Bewegung auf eine Protestbewegung, der Schwäche der demokratischen Mitte, die nur dort gemildert ist, wo Zugang zu Arbeit und Zugang zu produktiven Aktivitäten (Unternehmerschaft) soziale Zusammenhänge schafft, legt ein wesentliches Charakteristikum der algerischen Situation im Unterschied zu Ägypten, dem heutigen Iran und Indien offen: Die Schwäche der Zivilgesellschaft in Algerien wegen der Schwäche der marktgesteuerten Ökonomie, hier als Folge der Deflation der Wirtschaft durch die Rente.

In Algerien hat der Renten aneignende Staat alle diversifizierten Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft besetzt. Als er und mit ihm die staats-

abhängigen Strukturen hier zusammenbrachen, gab es nur noch Anomie, die Lacheraf am Beispiel des kolonialen Staats schon als Atomisierung der Gesellschaft beschrieben hatte.⁶ Die von anderen schon beschriebene Politökonomie der Rente hat Vergesellschaftung über Arbeit und Tausch in weiten Bereichen durch eine Vergesellschaftung durch Zuweisungen von oben oder Ausgrenzung verdrängt. Eine solche atomisierte Gesellschaft wird für die einzige noch funktionierende Organisation verfügbar.

Ganz anders im Fall von *Krämers* Ägypten: Die islamischen Kräfte haben ihre Grundlage zwar an der gleichen Schnittstelle zwischen Land, aus dem die Menschen wegen Marginalität abwandern, und versagendem Staat; dieser war jedoch nie reich genug, um in gleichem Maße wie in Algerien Kräfte an sich zu binden. Er muß wegen seiner Schwäche Selbstorganisation auf der Grundlage von staatsfreien Produktionsprozessen und den dabei erarbeiteten Ressourcen dulden. Arbeit und Knappheit erzwingen offenbar eine Vergesellschaftung, in der die Bedeutung produktiver Anstrengungen der Dominanz von Ideologien entgegenwirkt. Hier muß sich die islamische Bewegung in Strukturen und Funktionen begeben, die in anderen Ländern von Nichtregierungsorganisationen übernommen werden. Hier wird sie von Kräften geleitet, die den Kontakt zu bürgerlicher Gesellschaft erst begründender Ökonomie nicht verloren haben. *Mahrads* Iran verweist darauf, daß aus diesem Mechanismus selbst die Zurückdrängung der radikalen Tendenzen nach ihrem vorübergehenden Sieg erfolgen kann.

Offenbar ist es nicht der politische Wiederaufstieg der Religion, der zur Radikalisierung führt, sondern der Zusammenbruch von Erwartungen im Zusammenhang mit politökonomischen Strukturen, die – in umso höherem Maße als sie von Renten abhängen, im Fall des Zusammenbruchs umso höhere – Atomisierung freilegen und damit umso höhere Disponibilität für Radikalisierung eröffnen.

Zurecht sieht *Carlier* die Parallele zur Zeit der antikolonialistischen Befreiungsbewegung in Algerien. Die mit Modernisierung einhergehenden Umbrüche führen zu Identitätskrisen, zum Versuch, diese mit Hilfe „herumliegender“, nicht selbst entwickelter ideologischer Muster zu bewältigen, und dabei zur Gefahr des Verlusts an Bezug zur Realität, die umso größer ist, als bei diesen Umbrüchen der Staat die Gesellschaft von oben an sich gebunden hatte. *Wariawallas* Plädoyer für einen schwachen Staat für Indien trifft sich hier mit *Carliers* Forderung, dem mittleren Dritten, der sich noch keiner solcher totalen Ideologie unterworfen hat, eine Chance zur Selbstorganisation zu geben.

Eine Reihe von Folgerungen für die weitere Forschung ergeben sich aus dem Vergleich der vier Realitäten, die in dieser Ausgabe beschrieben werden.

1. Das Szenario eines Zusammenstoßes von Kulturen ist wenig wahrscheinlich, weil dauerhaft die Dominanz ökonomischer Zwänge, die die Gesellschaft nicht mit Predigten von Priestern verarbeiten kann, nicht zurückgedrängt werden kann. In dem Maße, wie der Entwicklungsstaat die Ineffizienz seiner Staatsklasse – vor allem in der Phase ihres Niedergangs – mit dem Mittel der Durchorganisation von Gesellschaft von oben konterkarieren will, können in solchen Situationen extremistische Bewegungen Oberhand gewinnen. Hier wirkt die Rente der Repression ähnlich. Im Hinblick auf die deutsche Erfahrung, in der die Gegner der Machtübernahme Hitlers 1932 den Putsch gegen solchen Extremismus nicht gewagt hatten, darf man durchaus fragen, ob in solchen Extremsituationen die Übernahme der Macht von Gegnern der Demokratie mit dem Mittel von Wahlen nicht durch polizeistaatliche Repression verhindert werden muß. Aber nicht alle auf Wiederbelebung traditioneller Werte gerichteten Bewegungen, die in solchen Situationen zum Kitt zwischen Marginalisierten und blockierten Mittelschichten werden, sind schon deshalb Kämpfe gegen die Demokratie, weil sie in Demokratie, Minderheitenrechten und Rechtsstaatlichkeit keine Schwerpunkte ihres Wirkens sehen. Eine Typologisierung solcher Bewegungen scheint viel wichtiger als ihre Diagnostizierung als fundamentalistisch.
2. *Wariavwalla*, *Krämer* und in geringerem Maße auch *Mahrad* beschreiben Situationen, in denen Extremismus beschränkt bleibt, weil produktive Arbeit die Möglichkeit zur Verbesserung individueller und kollektiver Lebenslagen gibt. Rente scheint Ideologie, Arbeit hingegen Realitätsbezug und Mäßigung zu fördern. Deshalb sind Möglichkeiten zur Beseitigung von Marginalität mit Vorrang zu erforschen. Wer nicht marginal ist, weil er mehr produziert als er verbrauchen muß, ist im ökonomischen Sinn Staatsbürger, weil er gleichzeitig über die Optionen von *exit* und *voice* verfügt. Ob der informelle Sektor arbeitet oder parasitär spekuliert, scheint wichtig, nicht so sehr aber die Frage nach der ideologischen Ausrichtung der ihn tragenden Unternehmerschaft.
3. Internationale Beziehungen als akademische Disziplin müssen mehr noch als bisher die gesellschaftliche Determiniertheit außenpolitischen Verhaltens in den Mittelpunkt ihrer Analyse stellen. Dazu sind aber veraltete Gesellschaftstheorien, die von erfragbaren Werten und formaler Offenheit des Zugangs zur außenpolitischen Willensbildung ausgehen, wenig versprechend. Gesellschaftliche Gruppen orientieren sich an Möglichkeiten und Erwartungen ihrer Mitglieder; richten sich diese auf Produktion und Arbeit, hat kompensatorische Ersatzidentifikation über Ideologie nur geringe Chancen. Modelle, die gesellschaftliche Wertsetzungen ausge-

hend von Zugängen zur Vergesellschaftung über freie Arbeit, und Orientierungsrahmen für Organisationen ausgehend von einer solchen Orientierung der Bürger erklären, geben eine größere Chance, unterschiedliches, (auch) außenpolitisches Verhalten prognostizieren zu können. Der Reformismus der Arbeiterbewegung war Folge der Möglichkeit der Vergesellschaftung über Arbeit. Daß Faschismus auch in Europa vor allem Arbeitslose verführte, ist bekannt. Die politökonomisch determinierten Formen der Aneignung von Surplus und des Zugriffs auf Konsum scheinen deshalb zur Erklärung von Verhalten wichtig.

Am Ende solcher Forschungen ist zu erwarten, daß wir Theorien erhalten, die am Zusammenbruch gesellschaftlicher Strukturen bei Modernisierungsprozessen ansetzen. Es ist wahrscheinlich, daß sie zeigen werden, daß Arbeit ein wichtiges Agens von Vergesellschaftung ist und daß die Dominanz des Profits, nämlich jener Form von Surplus, die für die Finanzierung von notwendigen Investitionen für zukünftig als sicher erwartete Absatzmärkte benötigt wird, ein wichtiges Element einer ideologischer Radikalisierung abgeneigten bürgerlichen Gesellschaft ist.

Beides sind die Elemente, die ich als Voraussetzung für funktionsfähige bürgerliche Gesellschaften identifiziere, und deren Stärke von Verteilungsproblemen, letztlich der Beseitigung von Marginalität und der damit möglichen Tendenz zu Vollbeschäftigung über steigende Massenmärkte abhängt⁷. Der Einstieg in den Prozeß der Stärkung bürgerlicher Gesellschaft hängt dabei nicht von Ideologien ab, wie unsere Beiträge zeigen, sondern von der Kräftekonstellation in der Wirtschaft. *Krämer* gibt mit ihrer Analyse der islamischen Bewegung in Ägypten gute Argumente für die Annahme, daß eine Annäherung von Mittelschichten an traditionelle Werte soziale Inkorporation sonst deklassierter Unterschichten begünstigt, die geeignet ist, Marginalität zu reduzieren. *Carliers* Beispiel spricht für die Möglichkeit gegenteiliger Auswirkungen und *Mahrad* und *Wariavwalla* zeigen, daß die ökonomischen Gegebenheiten Fundamentalismus auf Mäßigung zurückzwingen bzw. ihn gar nicht entstehen lassen, wenn Profit und Vergesellschaftung über Arbeit gestärkt werden.

Das bedeutet aber nicht, daß von solchen Umbrüchen nicht Gefahren der Eskalation von Gewalt im Innern und nach außen drohen. Es bedeutet aber wohl, daß diese Gefahren nicht aus einer Rückbesinnung auf tradierte Kultur kommen, sondern aus politökonomischen Strukturen, nicht aus Verelendung, sondern aus einer Intensivierung von Marginalität bei starken Renten, die von den sie aneignenden Klassen nicht beschäftigungswirksam ausgegeben werden. In schwieriger werdenden Zeiten wird deshalb die Wiederbelebung eng soziologischer Theorien über Werte und Kultur gegen die mühselige Beschäf-

tigung mit Politökonomie zur Sackgasse. Die Beschwörung der grünen nach der gestrigen gelben Gefahr ist allemal eingängiger als die Beschäftigung mit der Frage, wie in unterschiedlichen Kontexten mit unterschiedlicher Ressourcenausstattung Marginalität überwunden und ökonomisch Staatsbürgerschaft für alle erreicht werden kann.

- 1 S. P. Huntington, *The Clash of Civilizations?*, in: *Foreign Affairs*, 72, 3 (Sommer 1993), S. 22-49.
- 2 C. Simon, Hocine Ait Ahmed, secrétaire général du Front des forces socialistes: „Il faut empêcher une partie de la société algérienne d'imposer son projet à une autre“. in: *Le Monde* (23. Februar 1995), S. 4.
- 3 H. Elsenhans, *Decolonisation: From the Failure of the Colonial Export Economies to the Decline of the Westernised State Classes*, in: *Maghreb Review*, 19, 1/2 (1994), S. 95-122.
- 4 N. Georgescu-Roegen, *Economic Theory and Agrarian Economics*, in: *Oxford Economic Papers*, 12, 1 (Februar 1960), S. 32-40.
- 5 H. Elsenhans, *Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft. Versuch über den Staat in der Dritten Welt*, Frankfurt a.M./New York 1981, S. 118-192, engl. erweiterte Ausgabe: *State, Class and Development*, New Delhi 1995.
- 6 M. Lacheraf, *Algérie, Nation et Société*, Paris 1965, S. 83
- 7 H. Elsenhans, *Rent, State and the Market: The Political Economy of the Transition to Self-sustained Capitalism*, in: *Pakistan Development Review*, 33, 4 (Dezember 1994), i. E.

Von der islamischen Reform zur islamischen Militanz: Die politisch-religiöse Therapie der Islamischen Heilsfront

1. Die Ursachen des Zorns

Die sozioökonomischen und demographischen Aspekte der Krise sind wohl bekannt: Die Unfähigkeit der Zentralverwaltungswirtschaft, eine Gesellschaft, die zu mehr als die Hälfte aus bis zu 18jährigen besteht, mit Produkten und Arbeitsplätzen zu versorgen und sich erfolgreich an die Bedingungen des internationalen Wettbewerbs anzupassen.¹

Während der zehn erfolgreichen Jahre, 1972 bis 1982, gelang es dem populistischen Staat, aus den Öleinnahmen massiv soziale Zahlungen zu leisten, die ganze Bevölkerung zu ernähren, in die Schule zu schicken und medizinisch zu versorgen. Jedoch scheiterte er bei dem Versuch, sich vom Geldzufluß von außen, der dies ermöglicht hatte, unabhängig zu machen. Man gewöhnte sich daran, vom Staat immer mehr zu erwarten, obwohl dieser zunehmend von der Ölrente abhing. Die Landwirtschaft wurde vernachlässigt; die „Agrarrevolution“ war gescheitert. Trotz spektakulärer Erfolge scheiterte die Industriepolitik beim Versuch, die dominante soziale Logik der Clan- und Klientelbeziehungen nachhaltig zu verändern und durch die Werte Arbeit und Leistung zu ersetzen.

Neben den Illusionen über die Verteilung der Rente in dieser Periode hatten eine unvorsichtige Schuldenpolitik und eine abrupte Veränderung des Weltölmärkte dramatische Folgen. Wegen des plötzlichen Rückgangs der finanziellen Ressourcen des Staates – durch den fast gleichzeitigen Zusammenbruch der Ölpreise und des Dollarkurses – und eines extrem hohen Bevölkerungswachstums (eines der höchsten der Welt), entstand 1985-1986 eine explosive soziale Situation. Neue Generationen von Schulabgängern drängten auf den Arbeits- und den Wohnungsmarkt und sahen sich zu Arbeitslosigkeit, Untätigkeit und Frustration verdammt.

Der eine Teil von ihnen steht auf der Straße. Man nennt diese Jugendlichen „Hittisten“ und meint damit untätige Jugendliche ohne Geld, die sich ab und zu an den Häuserwänden (*hit* im algerisch-arabischen Dialekt) anlehnen und

die Zeit mit Gesprächen über Sport und Raï (algerische Popmusik) totschiagen, dabei die Passanten begafften, den Schülerinnen auf dem Schulweg schlechte Witze nachrufen, und, sofern sie sich im Stadtzentrum befinden sollten, sich über die jungen Mädchen der guten Viertel, in Algier die „tchi tchi“, die ihre Begierde wecken und ihre Bitterkeit verstärken, lustig machen. Der andere Teil der Jugendlichen ist im Bazar und auf dem Schwarzmarkt aktiv. Sie nennt man die „Trabendisten“. Das Wort kommt aus dem Spanischen und bezeichnet kleine Wiederverkäufer von Waren, die seit der Öffnung der Grenzen den Nachbarn Algeriens subventionierte algerische Produkte verkaufen und aus dem Erlös „Luxusprodukte“ auf dem Binnenmarkt anbieten, die sie aus Barbès oder Alicante beziehen: Zigaretten, Damenunterwäsche, Milchpulver usw. Auch wenn die Produkte des „Trabendo“ nicht lebensnotwendig sind, handelt es sich um ein sehr mächtiges „Business“, bei dem die Kontrolle des Vertriebs auch algerischer Produkte eine wichtige Rolle spielt, so daß hier durchstrukturierte Mafien entstehen können.²

Die Schattenwirtschaft und die Solidarität der Großfamilie haben einen Beitrag zur Milderung der schwersten Folgen eines wirtschaftlichen Niedergangs, der seit den dreißiger Jahren ohne Beispiel ist, geleistet. Sie reichten aber nicht aus, die Vertiefung des sozialen Elends abzuwenden. Die nunmehr kritische Überbelegung der Wohnungen geht einher mit einem Wildwuchs nicht genehmigter Bauten. Die Anträge auf Ehescheidungen und die Flucht vor Unterhaltsverpflichtungen nehmen immer mehr zu. Eine Wochenzeitung zerstörte die alten Tabus und brachte ausführliche Berichte über Drogen, Inzest und Selbstmorde Jugendlicher.³ Selbst in Algier nahmen die äußeren Zeichen von Armut zu und erinnerten an die dunklen Zeiten der Vergangenheit: Obdachlose schlafen auf den Gehsteigen, das Bettelwesen breitet sich aus. Überall nehmen, gleich Zwillingen, Kleinkriminalität und die kleine, das Überleben sichernde Schattenwirtschaft zu. Sieht man die Zehnjährigen, die rund um die Uhr den an Verkehrsampeln haltenden Autofahrern Kaugummi und Marlboro-Zigaretten anbieten, muß man an die Schuhe putzenden Kinder vergangener Zeiten denken. Zum ersten Mal seit 1970 kommt es wieder vor, daß Menschen von Tür zu Tür ziehen und um Brot betteln.

„Hittisten“ und „Trabendisten“ sind Sozialfiguren, die oft von denselben konkreten Individuen verkörpert werden. Ihre Zahl und Sichtbarkeit nimmt der Wirtschaftskrise wegen zu, doch spiegeln sie auch eine ältere, ungute gesellschaftliche Situation wider, die zu einem erheblichen Teil Folge der Auflösung kultureller Strukturen ist, und in der auch parallel dazu die religiöse Welt umstrukturiert wird. Hier ist das Scheitern des Regimes am schwerwiegendsten. Der Staat hat der Gesellschaft eine „nationale Kultur“ aufzwingen wollen, die er selbst fabriziert hat und die nicht frei ist. Er hat Schmie und

Moschee, aber auch die Medien, das Verlagswesen und den größten Teil des Kunstbetriebs seiner Ideologie des historischen Erbes und seiner viel zu häufig inkompetenten und puritanischen bürokratischen Gängelung unterworfen. Trotz oder vielleicht sogar wegen der manehmal erheblichen hier investierten Mittel hat die Kulturpolitik die Kultur umgebracht, wenn man z.B. die Angaben über die Kosten der islamischen Institute oder der großen Moschee in Constantine oder gar des monumentalen Komplexes Riad el Fethi (Kulturpalast), diesem Schaufenster und Symbol der achtziger Jahre, betrachtet.

Nichts wurde der Initiative kreativer Geister überlassen, selbst dort nicht, wo breite Beteiligung sinnvoll gewesen wäre. Theater und Kino konnten während der Glanzzeit politisierter Kunst gerade noch überleben; Kinematheken und Konservatorien vegetierten vor sich hin. Ein ärmliches Fernsehen hat seiner möglichen Aufgabe als Mäzen und der Erziehung den Rücken gekehrt. Neben den Karatefilmen, die in öffentlichen Kinos gespielt werden, und amerikanischen Fernsehserien, die zwischen den ägyptischen Feuilletons gesendet werden, gibt es weniger als eine Handvoll algerischer Werke. Selbst der Sport, und besonders der Fußball, den das Regime lange nach östlicher Art mit Pfadfindertum und Jugendorganisation der FLN zur Organisation der Jugend und für die Außenpolitik instrumentalisiert hatte, wurde in diese dumpfe Stimmung hineingezogen, da der späte, aus wirtschaftlichen Gründen erfolgte Rückzug der Staatsunternehmen aus sozialen Dienstleistungen und Sportvereinen die Situation eher verschlechterte als verbesserte, weil es in der Gesellschaft und bei den Gemeindeverwaltungen keine Auffanginstitutionen gab. Eine solch kulturell ärmliche Welt bot sich den vom Schulsystem Ausgeschlossenen und den arbeitslosen Schulabsolventen, die seit Oktober 1988 aus der Pubertät herauswachsen. Zirkel in einzelnen Stadtvierteln und Spielhallen für Jugendliche, wo sie Bücher finden, Schach oder Flipper spielen können, reichen nicht, um ihre Freizeit auszufüllen. Ihre Zahl ist zu klein im Verhältnis zur großen Zahl der Jugendlichen. Für sie gibt es keinen anderen Ausweg vor dem Besuch der Moschee als die Musik und den Fußball.

Auch die übrigen arabischen Länder und insbesondere Algeriens Nachbarn im Maghreb litten unter den sozialen Folgen der Wirtschaftsdepression, doch waren die politischen Folgen weniger einschneidend, weil es hier, anders als in Algerien, nicht zu einem synergetischen Zusammenwirken einer Vielzahl interdependenter Elemente kam, die im Oktober 1988 explodierten.

Bei der Unabhängigkeit verschmolzen ein auf den Staat bezogener Patriotismus und ein populistischer Nationalismus zu einer richtigen „bürgerlichen Religion“, die Dogma und Sieg eines neuen Typs von gesellschaftlicher Organisation verherrlicht. Diese, so Benedict Anderson, erfundene Gemeinschaft wurde nach einem siebenjährigen Krieg durch die Ankunft der Führer,

die nun die magischen Plätze der Macht endlich in Besitz nehmen, auch für sich selbst sichtbar: im Generalgouvernement, den Präfekturen, den Bürgermeisterämtern. Die Nation setzt sich mit ihrem magischen Zauber durch. Die nationale Gemeinschaft (*umma watanya*) dringt in den ganzen Raum vor, den der besiegte Feind freisetzt, gewinnt an Größe durch ihre Armee und wird letztlich sinnhaft erfahren durch den Präsidenten. Sie präsentiert sich als die Instanz souveräner Solidarität. Die Gemeinschaft der Algerier verdrängt die Gemeinschaft (*umma*) der Gläubigen. Mit Fahne und Hymne durchdringt sie als Vergegenständlichung und Code, die bekannt sind und wiedererkannt werden, die ganze Gesellschaft und entwickelt in Imitation der kleinsten Details Schritt für Schritt ihr Ritual gegen das Andere, die Kolonialmacht.⁴

Zwanzig Jahre nach der Unabhängigkeit glaubte Algerien immer noch an die Mythen, die seiner Gründung zugrunde lagen. Bezugspunkt war immer noch eine Gesellschaft der gleichwertigen Brüder, doch dürften nun die Lebenden nicht mehr für die Toten sprechen, wenigstens die Mächtigen sich nicht mehr auf die Verpflichtung gegenüber dem vergossenen Blut, den Toten des Befreiungskriegs berufen.⁵ Die algerische Bevölkerung hatte seit einem halben Jahrhundert Opfer gebracht, die durch die so heiß ersehnte Unabhängigkeit und (wenigstens bis 1984) eine spektakuläre Verbesserung des Lebensstandards (eines der höchsten in Afrika und in der Dritten Welt) belohnt wurden. Sie befand sich jedoch in einer Krise ihrer „politischen Religion“, als es zum wirtschaftlichen Konjunkturreinbruch kam, der ihre Lebensbedingungen brutal verschlechterte. Der Dienst für die Partei wurde zur „Nomenklatura“. Für alle Teile der Gesellschaft und für alle Altersgruppen wurde der Abstand zwischen der historischen FLN und der politisch bestehenden nicht mehr nur unüberbrückbar, sondern unannehmbar.

Die städtische Jugend und die ihr eng verbundenen Sozialmilieus lehnten die „politische Religion“ der FLN am heftigsten ab. Hier waren die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Defizite auch am offenkundigsten. Für diese Jugend war die Rhetorik des 1. November veraltet und fern, abgenutzt durch offizielle Wiederholungen. Die Helden wurden noch respektiert, doch die Slogans der Epigonen waren tot. Diese Jugend hatte keine inneren Leitbilder und Zielvorstellungen, ebensowenig eine mobilisierende Utopie. Am Ende der Regierungszeit Chadlis entdeckte sie, daß sie auch keine gesellschaftliche Zukunft hatte. 1962 gab es sozialistische Sonntage, 1972 den Einsatz der Freiwilligen auf dem Lande. 1982 gibt es nur noch die Schultern des Vaters (*ktef* = Schultern und zugleich Beziehungen) und den Weg des „Trabendo“.

Die Jugendlichen der Massenquartiere und der zerschissenen Städte gingen zum Aufstand über, noch bevor sie eine Beziehung zum militanten

Islam hatten, und ohne daß ihnen politische Anweisungen gegeben wurden. Auf das Grölen in den Stadien folgte der Vandalismus in den Straßen. In ganz Algerien, Oran, Constantine, Algier, war 1982 bis 1988 eine Bruchlinie zu sehen, die sich im Zentrum des Landes verbreiterte, von wo die entscheidende Schockwelle ausging. In der Hauptstadt erreichte der Zusammenstoß die größte Härte, doch waren die Plünderungen und die Brandstiftungen an staatlichen Warenhäusern und Gebäuden der FLN am eindrucksvollsten in der Mitidja, dem ländlichen Vorfeld Algiers.⁶

Die Gewalt in den Städten entstand nicht durch eine „Rückkehr zum Koran“. Der „politische Islam“ nahm sich ihr nur schrittweise an, unterwarf sie seiner Führung in Constantine 1986, und eignete sie sich in Algier 1988 und 1992 an. Der „politische Islam“ fand seine beste Stütze in den Revolte der plebejischen Jugend, weil die Weltsicht dieser sozialen Gruppe auch eine Kritik der existierenden gesellschaftlichen Welt enthielt. Solche Kritik artikuliert sich früher im Aktivismus der marxistischen Studenten der UNEA (dem offiziellen Studentenverband), verknüpft militanten Islam, Ideologie der Schule und neue Interpretationen der Vergangenheit, die die Kritik an der Gegenwart eröffnen.

Im Inneren war der Sozialismus diskreditiert, draußen verloren die großen revolutionären Ideologien, die auf die Solidarität der Araber oder der Dritten Welt setzten, an Glaubwürdigkeit. Ihre lokalen Vertreter wurden marginal und verloren an Kraft. Andere Herausforderungen stellten sich für den Islam, nicht nur in Palästina, wo die arabische Nation niederging. Ein großer Teil der enttäuschten Jugend sah im Verhalten des Iran und im Widerstand den Afghanen gegen den Kommunismus einen Weg, dem Kampf der Väter wieder einen Sinn zu geben und dabei die Religion in den Vordergrund zu stellen. Das Erbe der Väter wurde deutlicher als *dschihad*, in dem Anstrengung und heiliger Krieg erneut die Beziehung zwischen Religion und Revolution herstellten. Die Jungen haben die neuen Aufgaben schnell erfaßt. Es gab eine Kraft, die die FLN stürzen und die soziale und moralische Ordnung wieder herstellen konnte. In der FIS (und nicht in den rivalisierenden islamischen Bewegungen Hamas, En-Nahda und El Ouma) fanden die Jugendlichen des Oktober 1988 Führung und Partei, Heilige und eine politische Liturgie, und nicht nur einen Raum, in dem die Vorschriften der Religion genauer und mit stärkerer Überzeugung befolgt werden könnten. Mit dem *dschihad* verschafft sich der am meisten aktivistische Flügel Kämpfer und Märtyrer, die für eine noch viel gerechtere Sache gestorben sind als die Toten des Befreiungskriegs. Die Forderung nach Unabhängigkeit von 1954 wird 1991 durch die *schari'a* ersetzt, doch bleibt etwas von der Revolution von gestern unter den Anforderungen des neuen Kampfes für den Glauben: Faszination für die Gewalt,

Opfergeist, Entschlossenheit bis zum bitteren Ende, Gefühl der Heilung oder gar Wiederherstellung einer Welt, vielleicht sogar Gefühl, das verlorene Paradies wiedergefunden zu haben. Auch wenn sie dies leugnen, haben die Extremisten unter den jungen Islamisten diese vergangene Erfahrung ihrer Väter übernommen. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Strukturierung ihrer heute erlebten Wirklichkeit. Die allgemeine Gefühlslage läßt sich mit zwei Worten beschreiben. Eines wird seit langem von den Älteren wiederholt: *reschwa*, nämlich Korruption. Das andere wird als Leitmotiv von den Jüngeren seit 1988 geradezu wie ein Fetisch und Erkennungszeichen übernommen: *hogra*, der Hochmut der Mächtigen gegenüber den Schwachen, die Verachtung der Besitzenden gegenüber den Armen. Beide Worte sind wichtig für alle sozialen Schichten und auch alle Generationen, die Generation der nationalen Befreiungsbewegung, die von der Einheitspartei erstickt wurde, die Generation der FLN, die ihren eigenen Niedergang bewußt erlebt, die Generation der Kinder der Unabhängigkeit, die von der Nomenklatura an ihrem Aufstieg gehindert wurde, die Generation der heute Jugendlichen, von der man sagt, daß sie an nichts mehr glaubt. Völlig gestorben ist die Instrumentalisierung des 1. November durch die Parteiführung, nicht aber das Nationalgefühl, das immer wieder aufflammt und von verschiedenen Richtungen und Tendenzen, einschließlich der FIS, vertreten wird.

Die heutigen Kinder haben ihre eigene Form des Nationalgefühls, die weder von *hit*, *kif* noch *rai*, und selbst nicht der FIS mit ihrer Verkehrung des Nationalgefühls verdrängt werden kann. Man sieht es v.a. beim Kino und beim Sport. Ein Film erregt immer noch dieselben Emotionen, bis hin zum Gesang und dem Tanz, nämlich die „Schlacht um Algier“ von Gilles Pontecorvo. Seit langem dient auch der Fußball als Ersatzäußerung und Gefühlstransfer. Das Lied „Dschibuha ya l'uled“ („Oh Kinder, bringt ihn aus“, wobei der bestimmte Artikel den Pokal, und damit Sieg und Ruhm bezeichnet), wird immer gesungen, wenn die Bilder der Weltmeisterschaft 1982 gezeigt werden, wo die algerische Nationalmannschaft das große Deutschland niedergeworfen hat. Das Epos der „Grünen“, das man sich immer wieder anschaut. Die FIS wollte Sport und Fußball verdrängen: Von hier aus hat sie aber zum Schluß ihre Anhänger erhalten. Alles weist darauf hin, daß der Nationalismus eine Konstante der algerischen Gesellschaft, eines der wichtigsten Elemente der politischen Kultur und ein essentieller Bestandteil der öffentlichen Meinung bleibt. Die FIS hat das eingesehen, als sie innerhalb von 24 Stunden ihre Position im Golfkrieg um 180 Grad veränderte, um nicht ihre Basis zu verlieren. Die Proteststimmen zu ihren Gunsten wären ohne diese Wendung nicht gekommen. Zehn Jahre intensiver Arbeit für die Durchsetzung der islamischen Lösung gegen den Laizismus auch der Baath-Partei Saddam

Husseins wären verloren gewesen, hätte man diesen nicht gegen den Westen unterstützt, als er das Banner des Islam von Khomeini übernommen hatte.

Wie ihr Rivale, die FLN, unterhält die FIS mit Frankreich als ehemaliger Kolonialmacht und mit den Vereinigten Staaten als derzeitigen Herren der Welt ein ambivalentes Verhältnis, das zwischen Faszination und scharfer Ablehnung pendelt. Darauf bräuchte man kaum hinzuweisen, weil dies eine in allen Ländern der Dritten Welt und allen früheren Kolonien anzutreffende Geisteshaltung ist. In Algerien hat sie als Besonderheit, daß beides früher einsetzte und viel intensiver war. Die Zuwanderung von Arbeitskräften nach Frankreich (*el ghorba*) begann 1906 und umfaßte 1924 schon eine Wohnbevölkerung von 100 000 in Frankreich. Sie dauert immer noch an. Deshalb ist der Nachahmungsdrang größer, der zu einer schärferen Ablehnung führt, Verständnisse und Mißverständnisse durch eine große Masse von kulturellen Vermittlern fördert und gleichzeitig einem großen Teil der Bevölkerung die fortdauernde Nichtbeschreibbarkeit eines kulturellen Systems in den Begrifflichkeiten des anderen vor Augen führt.

Geradezu schizophrene Verhaltensweisen lassen sich dadurch erklären. Einige Jugendliche plünderten während des Golfkriegs das französische Konsulat in Annaba, oft dieselben, manchmal andere, stehen lange an, um in den folgenden Wochen selbst ein Visum zu bekommen. Ali Benhadj beschimpft vehement den *hizb frança* (die Partei Frankreichs); Abbassi Madani ist unaufhörlich bestrebt, im französischen Fernsehprogramm TF1 als politischer Führer vorgestellt zu werden.

Die phantasmagorische Vision der Identität als Folge der Anziehungskraft und der Ablehnung des Westens verhilft dem religiösen Prinzip als Organisationsmuster für die gesellschaftliche Welt nur dadurch zur Herrschaft, daß sie das Verhältnis zu den Geschlechtern einbezieht. Die kulturellen und sozialen Brüche haben eine zentrale Figur der Vorstellungswelt der Jugendlichen unklar gemacht, die Frau. Dies bedroht die Vorstellung, die der algerische Mann von sich selbst hat. Seit den siebziger Jahren hat die Einschulung aller Mädchen wenigstens in den Städten einen erheblichen Druck auf die Familienstruktur und das traditionelle Gleichgewicht zwischen Geschlechtern und Generationen geschaffen. Der spektakuläre Vormarsch der Frauen findet auf dem Arbeitsmarkt noch keine wirkliche Entsprechung und verändert nur wenig den Zugang der Frauen zum öffentlichen Raum, wo immer noch Barrieren bestehen.⁷

Aber schon der Aufstieg von nur wenigen Frauen hat zur Folge, daß der Widerspruch zwischen den hergebrachten Beziehungen zwischen den Geschlechtern und dem befürchteten Status der Frau als einer gleichberechtigten Staatsbürgerin deutlich wird. Viele können ihn nicht ertragen. Dieser Wider-

spruch bedroht für viele ihre Identität als Mann, ihre Definition männlicher Ehre (*nif, redschla*) und ihre Vorstellungen über die Intimsphäre (*horma*). Er bedroht zudem die religiöse Identität, weil ein von Menschen gemachtes Gesetz, wie das Familiengesetzbuch, den Anspruch erhebt, das Gesetz Gottes abzuschaffen. Selbst während der Glanzzeit des Nationalismus und sehr guter wirtschaftlicher Erwartungen hatte Boumedienne es nicht gewagt, Bourguiba zu folgen, obwohl er immer wieder daran erinnert wurde, welche große Rolle die algerische Frau im Befreiungskrieg gespielt hat.

Im folgenden Jahrzehnt hat sich das Problem noch verschärft und stellte sich qualitativ neu. Seit dem Beginn des Jahrhunderts setzte Abwanderung vom Lande ein. Der Anteil der städtischen Bevölkerung wuchs auf über die Hälfte. Die Mehrheit dieser städtischen Masse sind Menschen mit ländlichen Verhaltensmustern und keine eigentlichen Städter. Städter haben die „Revolution der Sitten“ schon verdaut, die Zugewanderten mit ländlichen Verhaltensmustern sind noch mitten im Übergang und suchen ihr Verhaltensmuster in völlig neuen gesellschaftlichen Beziehungen. Sie schwanken zwischen Übernahme und Verweigerung. Die neuen Güter, die man in der Stadt erhalten kann, akzeptieren sie, nicht aber die Verhaltensmuster. Noch vor der wirtschaftlichen und politischen Krise gab es erste Kampagnen gegen Koedukation und Frauensport in der Schule. Die „islamische Bekleidung“ war schon auf dem Vormarsch, zuerst um 1978 in der Universität, dann Mitte der achtziger Jahre in den Schulen und auf der Straße. Bei der Beratung über das Familiengesetzbuch in der Nationalversammlung 1984 setzte sich eine sehr konservative Version durch.⁸ Der „Krieg der Klassen“ gewann durch den „Krieg der Geschlechter“ an Intensität, als sich nach 1989 die Reaktion gegen eine zugleich unerreichbare und perverse Verwestlichung verschärfte. Vor allem in den Städten mit ihrer Überbevölkerung und dem engen Zusammenleben der Geschlechter geht das Heiratsalter zurück; sexuelle Frustration und unbefriedigte wirtschaftliche Bedürfnisse bilden mit Arbeitslosigkeit und dem über das Fernsehen (Satellitenantennen) vermittelten Demonstrationseffekt ein explosives Gemisch aus Luxus und „Babylon“ oft im gleichen Haushalt.

Das Syndrom der Entsakralisierung der politischen Welt wird durch die Furcht vor einer moralischen Vereinsamung des Einzelnen innerhalb der Gesellschaft verschärft. Alles erscheint bedroht, das Außen und das Innen, die Moral und das Gemeinwesen. Das neue Erscheinungsbild der Frau wirft für viele Männer ein nicht lösbares Problem auf. Ihr nunmehr (zu) sichtbarer Körper verschärft die Spannung zwischen Begierde und Verbot; ihr Erscheinen auf dem Markt, in der Schule, im Büro und am Lenkrad von Autos wirbelt die Vorstellungen über die sexuelle Arbeitsteilung und das wohlgeordnete Verhalten durcheinander. Die Frau beschränkt den Herrschaftsbereich des

Mannes, vermindert seine Macht und fordert seine Blicke heraus. Ihre Bewegungsfreiheit ist ein letzter Anschlag auf die höchste Autorität der materiell Ärmsten und moralisch am meisten Betroffenen. Die Frau droht und wird bedroht: Sie ist ein idealer Sündenbock. Die Forderung, die alte Ordnung einzuhalten, richtet sich zunächst an sie. Die allgemeine Misere reaktiviert die grundlegenden Kategorien des von den Vätern übernommenen kulturellen Kodex im Ruf „*la jadschu*“ (das macht man nicht), den man mit den Islamisten moralisierend anstimmt, um Scham zu erzeugen.

2. Therapie und Therapeuten: Die Schule, die Moschee und die „islami-sche Lösung“

Die Fähigkeit der FIS nach 1988, die Massen zu mobilisieren, beruhte auf Aktivitäten, die zehn Jahre vorher begonnen hatten und ihr nunmehr beim Übergang von der Bewegung zur Partei und beim Versuch der Eroberung der algerischen Gesellschaft nützten, nämlich großenteils aus der schrittweisen und zähen, gleichzeitigen Besetzung von Schule und Moschee, die nach 1962 durch den Einparteiensstaat FLN kontrolliert wurden.

Bei der Unabhängigkeit verloren die islamischen Rechtsgelehrten (*ulema*) schnell die Schlacht um die Moschee. Sie durften ihre Vereinigung nicht wiedergründen. Dem früheren Vorsitzenden, Scheich Ibrahim, wurden Schwierigkeiten gemacht.⁹ Der geheiligte Ort der Religionsausübung wurde hinfort zwanzig Jahre durch ein Korps staatlich ernannter Imame kontrolliert, die jeden Freitag eine Predigt vortrugen, deren Linien vom Staat über ein ad hoc errichtetes Ministerium vorgeschrieben wurden.

Dagegen wurde die Schlacht um die Schule durch immer neue Kampagnen gewonnen.¹⁰ Hier lag die Hauptanstrengung der islamischen Bewegung. Die neue Herrschaftselite konnte aufgrund ihres Mißtrauens gegenüber frankophonem Intellektuellen und ihrer geringen Vertrautheit mit arabischer Literatur nicht den Anspruch erheben, mehr Legitimität zu besitzen als die Geistlichen und die geistlich orientierten Lehrer der traditionellen Schulen (*medersa*), die im Kampf gegen den kolonialen Staat wichtige Erfahrungen gesammelt und dabei Geduld gelernt hatten.

Schon 1962 erlaubte die Rückkehr der zivilen und militärischen Studenten, die in den Nahen Osten geschickt worden waren, den Religiösen auf höchster Ebene auf den Staat einzuwirken. Durch ihre Unterstützung für Boumedienne fanden die alten *ulema* schon ab 1965 Alliierte an der Staatsspitze. Es gelang ihnen, mit der Leitung der Schule einen Schlüsselsektor zu erobern, allerdings um den Preis einer immer wechselnden Machtteilung mit den Nasseristen und

den Baathisten. Damit erreichte die Gruppe der religiösen Reformer, daß ihre Schüler im Erziehungswesen unterkamen und in Schule und Universität aufstiegen.¹¹

Hinter dem Rücken eines geradezu hypernationalistischen Regimes, unter Nutzung des vom Regime geteilten linguistischen Nationalismus, verdrängte die Schule den Nationalismus aus dem Zentrum politischer Mobilisierung und schwächte ihn. Während die Regierung sich weiterhin für ihre Legitimation auf die Religion der Toten und die Erinnerung an den 1. November stützte, wurde im Erziehungswesen die Entmachtung der FLN über die implizite Ersetzung der Nationalcharta durch den Koran als übergeordnetem Regulationsprinzip für das gesellschaftliche Leben vorbereitet. Hier schmiedete die islamistische Bewegung die Instrumente ihrer späteren Macht. Als Baathisten und religiöse Reformer eine geradezu hegemoniale Position im ganzen Erziehungswesen erreicht hatten (zum Moment der Machtübernahme Oberst Chadli 1979), war im Schulsystem schon eine Generation von Lehrern und Schülern herangewachsen, die einen idealen Nährboden für die Politisierung der Religion bildete.

Hier erfolgte gleichzeitig ein Bruch zwischen politischen Generationen und kulturellen Sozialisationsformen, bei dem es zum Übergang von religiöser Reform (*islah*) zu Islamismus, zu einer anderen Gestaltung der Beziehungen zwischen Religion und Politik und der Beziehungen zwischen religiösem und politischem Personal kam. Auch wenn es zu diesem Zeitpunkt noch zu keiner unumkehrbaren Entscheidung kam, hatte sich die kritische Masse, die die Veränderung begünstigen sollte, schon gebildet. Sie ist in den gesellschaftlichen Körper eingedrungen und trug zum Auftauchen eines neuen Orientierungs- und Erwartungshorizonts bei. Zum erstenmal in der Geschichte Algeriens konnte in jeder Altersklasse die große Masse individuell und autonom die Sprache des Koran lesen, und dies in einer Zeit, in der Bild und Ton die Medienlandschaft bestimmen. Jeder Gläubige dieser neuen Generation kann selbst den grundlegenden Text lesen und einen Islam nach seinen Grundsätzen finden. Der Schüler widerspricht dem Scheich, der Sohn unterrichtet Vater und Mutter, der Student wird zum Imam. Ist der „Schleier“ im Koran? Man schließt es wenigstens aus der Interpretation des Verses 59.33. Wenn es so ist, muß er getragen werden; hier sehen wir ein Zeichen für die tiefgreifenden Veränderungen, weil der Schleier seine Funktion als Zeichen verändert, sich selbst verändert und anders getragen wird. Plötzlich gibt es 25jährige Prediger, die bei Trauungen und Beschneidungen grobschlächtigen 50jährigen das gute Wort gelehrt zukommen lassen; es gibt neue Studenten, die zehn Jahre nach der Agrarrevolution in ihre Dörfer zurückkehren, jetzt aber für eine andere Revolution. Die Universität war vor der Musthee da. Sie hat

die Moschee im Stadtviertel vorbereitet,¹² dann die Verbreitung des Glaubens (*da'wa*) und die Erneuerung (*sahwa*). Die Ereignisse vom Oktober 1988 konnte keine Bewegung besser als die islamische auf Ihre Mühlen leiten und kanalisieren. Keine war besser vorbereitet, um unmittelbar in der allen vertrauten Sprache Antworten zu geben, so daß es ihr gelang, denen die eigene Ausrichtung in Wort und Kleidung aufzuzwingen, die zunächst nur eine radikale Veränderung der gesellschaftlichen Ordnung durch eine stärkere Betonung moralischer Werte forderten. Als sich der gesellschaftliche Prozeß rasch beschleunigte, verfügte allein sie über logistische und symbolische Instrumente zur Bewältigung der neuen Situation. Indem sie sich auf die Lehrerschaft stützte, konnte sie einen strategisch platzierten kulturellen Mittler mobilisieren. Aus ihr bezog sie eine verjüngte Elite, rekrutierte Kader und Truppen, schmiedete sich einen Apparat, fand Publizisten und Volksvertreter und schuf sich eine Basis in der größten, kompaktesten und am besten über das gesamte Staatsgebiet verteilten Gruppe der Angestellten. Gestützt auf die Lehrerschaft eroberte sie von der Schule aus die Moschee und wurde aus einer Bewegung zur Partei. So kann man sagen, daß die Schule zur Moschee und die Moschee zur Schule geworden ist. Nichts wäre gelungen ohne die Schule, aber auch nichts hätte ohne die Moschee verwirklicht werden können.¹³

Trotz administrativer Kontrolle und manchmal mit stillschweigender Billigung der lokalen Repräsentanten der Zentralregierung gelang es zahlreichen Individuen und sozialen Gruppen, den geheiligten Raum zum Mittelpunkt ihrer politischen Existenz, ja sogar zur Basis ihrer politischen Tätigkeit zu machen. Zwar war auf der anderen Seite der Islam der Bruderschaften (*zawia*) keineswegs verschwunden. Er bestand weiter auf Distanz gegenüber der religiösen Reformbewegung der *islah* und gegenüber dem Staat, oft sogar gegenüber Reformen überhaupt. Weil er sich in der Vergangenheit mit der kolonialen Ordnung eingelassen hatte und der Reformbewegung von Ben Badis und seinen Nachfolgern, die in der Regierung gut vertreten waren, feindselig gegenüber stand, blieb er unter strenger Überwachung und war häufigen Verdächtigungen ausgesetzt. Der Innenminister Ahmed Medeghri veranlaßte sogar eine juristische Untersuchung gegen die Bruderschaften, nachdem die alawitische Bruderschaft von Mostaghanem 1968 nach dem Vorwurf der Zusammenarbeit mit dem Ausland geschlossen worden war. Erst sehr viel später zog man die Widerstandskraft der Bruderschaften gegen den Aufstieg des neuen Integritismus in Betracht. Sicher sah auch der Islam der Bruderschaften die Zunahme der Gottesdienstbesucher am Freitag und die neue striktere Befolgung der Gebote durch die Jugend, doch konnte er die massive Rückkehr der Menschen zur Moschee und die rasche Entwicklung der kollektiven Religiosität nicht unter seine Kontrolle bringen. Zumindest im

Norden gelang es dieser Ausrichtung des Islam nicht, einen neuen Protestislam abzubremsen, der ihrem eigenen religiösen Muster und ihrer eigenen sozialen Mikrostruktur (Komplexität der Gebote, die die einzelnen Bruderschaften befolgen, Unterordnung unter den Scheich, usw.), allerdings nicht notwendigerweise ihren eigenen Traditionen fremd gegenüberstand, weil auch der Islam der Bruderschaften früher Basis von Bauernrevolten und später der Nationalbewegung war. Dem steht nicht entgegen, daß die islamistische Mobilisierung mit ihren messianistischen Akzenten und ihren ekstatischen Aspekten an die millenaristische Dimension der Aufstände der Marabouts und Bruderschaften der Vergangenheit erinnert. Auch wenn ein abschließendes Urteil nicht möglich ist, wird man, ausgehend vom Fall der Stadt Oran, annehmen dürfen, daß der Islam der Bruderschaften nach 1988 vor allem versucht hat, die von ihm gelebte Autonomie zu verteidigen, ohne entscheidend auf die weitere Entwicklung in der Gesellschaft einzuwirken.

Hinzu kommt eine weitere Entwicklung: Einige wirtschaftlich starke Gruppen und Individuen nutzten die schon vorhandenen oder im Bau befindlichen Moscheen, um ihre Tätigkeiten in der Schattenwirtschaft abzusichern und ihr wirtschaftliches Kapital durch Akkumulation eines gesellschaftlich anerkannten „Kapitals“ zu legitimieren. Auch kleine Händler und (im übrigen nicht notwendigerweise arabophone) Beamte, Studenten und v. a. Ruheständler sahen im Bau und der Unterstützung von Moscheen ein Mittel, um ihren Status in ihrem Stadtviertel durch nützliche Tätigkeiten anzuheben, manchmal sogar um eine bezahlte Beschäftigung zu erhalten. Viele unter den Förderern von neuen Moscheen wollten einfach religiöse Aktivitäten nach altem Muster (Vereinigungen mit ihren Komitees, Büros) beleben oder ihre lokale oder regionale Position innerhalb oder auch außerhalb der FLN verbessern; andere befanden sich jedoch schon auf dem Weg des Übergangs von der islamistischen Reformbewegung zum Islamismus.

Die islamistische Tendenz war allerdings nicht allein die Ursache für die Zunahme der Minarette. Während des Jahrzehnts (1972-1982), als sich diese Tendenz im Kampf für Arabisierung des Unterrichtswesens und gegen die „Agrarrevolution“ herauskristallisiert hat, wurden weniger Moscheen als im davorliegenden Jahrzehnt gebaut.¹⁴ Die islamische Bewegung ist nur in die gesellschaftlichen Netzwerke der kleinen Bauunternehmer volkstümlicher Stadtviertel eingedrungen, um sie zu ihrem Nutzen zu orientieren und zu kanalisieren. Auf eine gewisse Weise hat die islamische Bewegung mit der Moschee dasselbe gemacht, was sie zehn Jahre zuvor in der Schule eingeleitet hat, diesmal jedoch mit viel eindeutigerer Unterstützung gewisser Fraktionen der Mittelschichten, vor allem – hier folgte sie dem früheren Beispiel der *ulema* – der Händler. Dadurch gelang es sehr leicht, mit den beiflüssen Polen der

gesellschaftlichen Schichtung in Kontakt zu treten: Auf der einen Seite die Neureichen und großen Notabilitäten, auf der anderen Seite kleine Lohnempfänger und Minikaufleute.

Festzuhalten bleibt, daß das Erziehungswesen für die islamische Bewegung, später die FIS, hervorragend synergetische Effekte zwischen weltlichem und geistlichem Raum, zwischen Elite und Massen erzeugt hat. Die fundamentalistische Sozialisierung durch die Schule hat die Politisierung bestimmter Vergesellschaftungen religiös vorbereitet. Die Moseeche war nicht mehr ein politikfreier Raum, sondern „Parteizelle“ und „Ortsbüro“. Perspektivlose Schüler und desillusionierte, schlecht bezahlte Lehrer haben in ihr eine Heimat und die Basis für einen neuen Glauben gefunden. Die Moschee hat ihre Partei und die Partei ihre Maschree: Dies gibt ihnen das Gefühl, wieder zu einer Gemeinschaft mit gemeinsamen Überzeugungen zu gehören. Sie wissen, daß sie auf dem „rechten Weg“ sind und sind sich sicher, die „Lösung“ zu haben.

Die politische Klasse hat Verrat geübt oder ist gescheitert; sie soll nun zahlen. Aus dem Islam läßt sich das Ausmaß ihrer Schuld ableiten. Die Verlautbarungen der FIS zeigen, daß das Ressentiment nicht die Suche nach Kohärenz ausschließt. Deshalb rechnet sich diese Partei hoch an, in beiden Sprachen schon am 7. März 1989 ein sechzehneitiges „Programmprojekt“ veröffentlicht zu haben, das ganz offensichtlich von frankophonen Autoren stammt und in seiner Darlegungsweise den früheren „Orientierungstexten“ der FLN ähnelt. Man stützt sich auf die „Methode“ und wiederholt die Begrifflichkeit der alten Einheitspartei („Errungenschaften“, „Etappen“), gliedert den Text in zehn Punkte, die „Achsen“ der eigenen „Orientierung“ für die „Wirtschaft“ bis zur „Außenpolitik“ entwickeln. Nicht überraschend wird Erziehung und Kultur ein entscheidender Platz eingeräumt und unter der „Achse der Sozialpolitik“ fast nur die Lehrerschaft behandelt. Offensichtlich sollte das Programm die wesentlichen unterstützenden Gruppen befriedigen, Schullehrer und Händler. Alle Führer der FIS von Madani Abassi, Universitätsprofessor, bis zu Abdelkader Hachani, höherer technischer Angestellter in der Petrochemie, nehmen für sich gern die Vernunft statt der Leidenschaft in Anspruch. Gleich den islamistischen Ingenieuren in der Türkei und im mittleren Osten behaupten sie „das allgemeine Menschheitserbe in Wissenschaft und Technologie“ mit „Authentizität“ zu verbinden¹⁵. Die Sympathisanten werden nicht allein durch die „Strategie der Tränen“, das wöchentliche Weinen von Ali Benhadj gerührt, sondern wollen überzeugt werden. Für die Intellektuellen gibt es deshalb Programme und Bücher (*Qotb, Mawdoudi, El Banna*) und für die frankophonen Leser eine Zeitschrift (*El Forkane*). Den Massen bietet man Kassetten, Broschüren und ein Repertoire von Schlüsselworten an: *schura, da'wa, madschlis, sawha* etc. Dazu gibt es für alle

Vorbilder, Versprechungen und Taten. Gerade diese Taten sind wenigstens ebenso wichtig wie alles Übrige. Über allem steht die Überzeugung, die in Gesellschaft und Kultur eingehämmert wird: Die Gesellschaft sei krank, bedürfe der Behandlung, sei unwissend und müsse erzogen werden, sei korrumpiert und müsse gereinigt werden. Die Antwort für alle diese Übel läßt sich auf ein Wort bringen: *schari'a*, Wiedereinführung der islamischen Gesetzlichkeit.

Indem sie ihre Bewegung ganz der Durchsetzung der „islamischen Lösung“ verschrieb, gelang der FIS ein Bündnis zwischen den Generationen. Sie wurde für die jungen Radikalen anziehend und besetzte eine den Alten, einschließlich den enttäuschten Überlebenden der „Étoile nord-africaine“ (1926-1937) eigene Gewißheit: „Alles steht im Keran“, wie sie schon Ende der siebziger Jahre in ihrer Rezeption des iranischen Phänomens gesagt hatte. Mit der *schari'a* hat die FIS eine Antwort auf alles und ein Programm, mit dem alte Forderungen in neue Orientierungen eingebracht werden (soziale Gerechtigkeit mittels der Solidarabgabe, der *zakar*; die Wirtschaft In Übereinstimmung mit dem Zinsverbot). Das Programm aktualisierte das alte Prinzip der Totalität der Forderungen. Niemand hat das Programm wirklich gelesen, nicht einmal – wenigstens in den meisten Fällen – die lokalen Kader der FIS. Dennoch berufen sich alle Anhänger und Sympathisanten auf das Programm und behaupten, es habe eine Vision und eine Argumentation, die alles abdecke und alles behandle. Die *schari'a* strukturiert einen Text, den keiner gelesen hat, spaziert als Heilmittel durch die Zeitungsspalten und dient als Schlüsselbegriff für eine Sprache, die alle verstehen: Gestern noch versteckt in den Fernpredigten des Scheichs Ghazali, heute offen in der Propaganda der Studenten aus den Vorstädten; diese Sprache wächst aus der Universität heraus und gelangt über die Massenquartiere des Volks auf das flache Land. Die Sympathisanten zeigen ihr Engagement durch die Körpersprache. In ihr wird Engagement dokumentiert. Bart, langes Hemd und Schleier stellen Versprechen in Aussicht und dokumentieren eine „konforme Innovation“. Sie beweisen die persönliche Anstrengung und machen die kollektive Veränderung sichtbar. Mit einer individuellen Geste wird Uniformität in der Gruppe vollzogen. Wer islamische Kleidung anlegt, wird ohne weitere Übergangsriten, mit einer nonverbalen Wiederholung des Glaubensbekenntnisses, der *schahada* und ohne wiedertäuferisches Ritual oder Wiederbekehrungszeremonie in die Gemeinschaft aufgenommen. Diese Bekleidung inszeniert „Reislamisierung“ und dokumentiert Besitznahme der Gesellschaft. Wer sie in der Öffentlichkeit trägt, will mit der Körpersprache alle herausfordern und zur Nachfolge auffordern, die noch draußen bleiben, und behauptet, daß die *schari'a* schon da ist und die Gemeinschaft gegen die Gesellschaft stellt.

3. FIS, Ereignisse und die langfristige Entwicklung

Historische Ereignisse entwickeln eine besondere Wirksamkeit, wenn sie beim Übergang einer Gesellschaft aus konjunktureller Krise zu struktureller Veränderung auftreten, wie im Oktober 1988. Das war keine der immer wiederkehrenden Zusammenrottungen, sondern ein Aufstand der gesamten benachteiligten Jugend – er erfaßte nach der Hauptstadt das ganze Land – und kein weiterer Fall von polizeilicher Repression, sondern ein noch nie dagewesener Einsatz von Panzern der „Volksarmee“ gegen das „Volk“. Die Bilder erinnern auf unerträgliche Weise an die koloniale Vergangenheit. Nie war der Graben zwischen Bevölkerung und ihrem Staat so tief. Das ganze Land befand sich im Schockzustand und suchte eine Alternative, die weder von der FLN – mit ihrem zaghaften, aber unglaublichen Erneuerungsversuch – noch von der von Anbeginn an tief in Grüppchen gespaltenen demokratischen Bewegung kommen konnte.

Im Oktober 1988 kam es zu einem Bruch, der in eine politische Leere mündete. Hier stoßen eine Vielzahl neugegründeter Parteien ohne Mitglieder und Zeitungen ohne Leser hinein. Sie können sie nicht füllen. Zunächst scheint dem Regime der kontrollierte Zusammenbruch zu gelingen mit dem Versuch einer Krisenlösung entsprechend dem Schema der dominanten Partei. Ein Vorbild sind dabei die mexikanische PRI oder die kemalistische Türkei: Die PRI regiert noch immer ohne Machtteilung über die postrevolutionäre mexikanische Gesellschaft, obwohl sie sich von den Zwängen des Einparteiensystems gelöst hat; Kemal Atatürk hat selbst eine Oppositionspartei lanciert, um die Härten der von ihm geplanten Modernisierung von oben zu mildern.

Erfolglos verbrauchte der algerische Staatspräsident drei Premierminister innerhalb von nur drei Jahren, um seinen „Deal“ – Marktwirtschaft gegen Vielparteiensystem mit impliziter Unterstützung der islamischen Bewegung, die in die Bresche gesprungen ist – durchzusetzen. Die islamische Bewegung arbeitete aber auch auf eigene Rechnung, da ihr die rasche rechtliche Zulassung im September 1989 Wachstumsperspektiven eröffnete, die wenige Monate zuvor noch undenkbar gewesen wären.

Zu diesem Zeitpunkt war noch keineswegs sicher, daß ihr die aufständische Jugend in die Hände fallen wird. Aber die alten Linksoptionen, die die Führung des Radikalismus der ärmsten Volksmassen hätten übernehmen können, waren seit langem entweder entscheidend geschwächt oder verschwunden. Ihre Überreste waren zudem intellektuell schlecht vorbereitet, um mit Heranwachsenden zu reden, die durch die neue Schule gegangen waren, sich an der religiösen Sprache orientierten, von der islamischen Antwort auf die Herausforderung des Westens fasziniert waren und schließlich ganz

einmütig durch die Haltung Saddam Husseins mobilisiert wurden. Schließlich war es schon zehn Jahre her, daß Khomeini Guevara verdrängt hatte.

Die Studentenbewegung war zerschlagen, die Lehrgewerkschaft zerbrochen, die Gewerkschaft von oben bürokratisiert, die schon schwache Intelligentsia durch ideologische und linguistische Streitereien verbraucht. Es gab weder Vordenker, die eine neue Utopie hätten vorschlagen können, noch vermittelnde Strukturen, um Erwartungen in Forderungen und Projekte zu verwandeln, dies trotz eines neuen Vereinigungsgesetzes, das kurzfristige Effekte nicht herbeiführen konnte. Außer dem Umfeld der FIS konnte niemand respektierte Multiplikatoren vorweisen, die in den Städten Terrain hätten gewinnen können. Die Kader fehlten, die als Ratgeber und Sprecher die aufsteigende Bewegung hätten kanalisieren können. Die Kräfte fehlten, die gleichzeitig gegen Staat und gegen Islamisten hätten kämpfen können. Die bemerkenswerte Erneuerung der Gewerkschaftszentrale UGTA reichte nicht aus, um ihre Aktivitäten aus den Betrieben hinaus in die Massenquartiere zu tragen. Der demokratischen Idee fehlte wenigstens in den Städten eine geeinigte und glaubwürdige Führung und ein handlungsfähiges Zentrum, das strukturierende Netze in der Gesellschaft hätte aufbauen können. Sie versandete in Streitigkeiten zwischen Parteiführungen und Einzelpersonlichkeiten.

Alles geht für die alten und neuen politischen Akteure zu schnell, außer für die FIS. Alle wesentlichen Kräfte der islamischen Bewegung vereinen sich in ihren Reihen. Die FIS hatte schon die Personen, die Instrumente und die Themen. Sie definierte das Terrain für die Auseinandersetzung, setzte die Streitfragen fest und kanalisierte Vorstellungen, Phantasien und Wünsche. Viele sahen sie zunehmend im Zentrum des Geschehens. Ihre Gegner und Feinde verwickelten sich in Politik, sie dagegen entwickelte ihre karitativen Aktivitäten und bemächtigte sich der kollektiven Symbole. Ihr Islam wurde zum Islam schlechthin, ihre Interpretation der Probleme zur einzigen Lösung. Eindrucksvoll gelang es den Islamisten rasch, erfolgreich auf die Situation zu reagieren und eine Bewegung, die ohne sie begonnen hatte, in den Griff zu bekommen, fast so wie das den institutionellen Linksextremisten im ganz andersartigen Kontext vom Mai 1968 (Frankreich) gelungen war. Dieser Erfolg war so durchschlagend, daß selbst diejenigen, die die Bewegung ohne die Islamisten ausgelöst hatten, am Schluß oft schon glaubten, daß die Bewegung von den Gründern der FIS selbst ausgelöst worden war. In weniger als einem Jahr verfügte eine politische Kraft, die gerade die erste Machtprobe bestanden hatte, über ein immenses und dichtes Netz, das bis zu den kleinsten Gemeinden reichte und als einziges in der Lage war, den territorialen Strukturen des Staats Widerstand zu leisten. Sicher war die islamische Tendenz sehr viel älter als Oktober 1988, aber ihre bizarrartige Verdichtung in eine allgegen-

Von der islamischen Reform zur islamischen Militanz

wärtige Partei beeindruckte Staat und Bürger und förderte den angestrebten Mobilisierungseffekt. Obwohl erst im September 1989 rechtlich zugelassen, war die FIS schon im Juni 1990 viel einflußreicher als die FLN und kündigte die „islamische Republik“ an.

Sie war in hohem Maße fähig, Menschen zu mobilisieren und in die Bewegung zu integrieren. Umfang und Art der benutzten Mittel sind beeindruckend: Modernste Techniken (Laser, Video, Informatik), Beherrschung aller Medien und Intensität des Drucks auf Gesellschaft und Staat sind Beweise für ihr logistisches und politisches Know-how. Gleichwohl macht die Bereitschaft eines großen Teils der Gesellschaft, eine ganz neue politische Sprache anzunehmen, sich in ihr zu erkennen und sich für sie zu engagieren, betroffen. Hunderttausende Männer, Frauen und Kinder wurden mit Hilfe der dichten Netzwerke der Moscheen mobilisiert, von Hunderten von Bussen transportiert, durch zirkulierende Kassetten und eindringliche Predigten geeint. Sie füllten Stadien, bemächtigten sich der Straße, forderten die Staatsmacht heraus, schwenkten das Buch Gottes, bedrohten die „Ungläubigen“ und versprachen eine glanzvolle Zukunft. Zurschaustellung von Stärke und Wille zur Macht schaukelten sich wechselseitig hoch; die „islamische Republik“ war auf dem Vormarsch.

Viele erklären den Erfolg damit, daß die angewandte Pädagogik einfach und die sozialen Dienstleistungen gut waren. Noch vor Legalisierung der FIS und der Übernahme der Bürgermeisterämter, durch beides aber verstärkt, war die Moschee ein aktives gesellschaftliches Zentrum geworden, das durch karitative Aktivitäten und wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen den auf diesem Gebiet scheiternden Staat ersetzte: Nahrung und Kleidung für die Bedürftigen, Unterstützung für die Alten, Verbesserung der Umwelt (Abfallbeseitigung, Reinigung von Treppenhäusern), Aufgaben der Sozialarbeit für die bislang Arbeitslosen, Unterstützung bei der Heirat für wohnungslose junge Leute ohne Aussteuer, und selbst kleine Kapitalhilfen für die, die Kleinbetriebe in der Schattenwirtschaft aufbauen wollten. Mit dem Instrument der Moschee übernahm die FIS Aufgaben von Heiratsvermittlungsinstituten, Sozialhilfenzentren, Schiedsgerichtsbarkeit und Patronagezentren in vieler Hinsicht ähnlich der „sozialen Aktion“ der Kirche in den Ländern nördlich des Mittelmeers.

Der geheiligte Raum dringt in die menschliche Alltagswelt ein: Mit der Kontrolle der Bürgermeisterämter projiziert sich die FIS in moderne Strukturen und die öffentliche Politik. Sie bemächtigt sich eines staatlichen administrativen Apparats mit dessen materiellen und normativen Ressourcen, und dessen Recht, Gebote und Verbote zu erlassen. Jetzt kann man Räume, Wohnungen und Baugrundstücke zuweisen. Man kann das Tragen islami-

scher Kleidung vorschreiben und die Koedukation verbieten. Man verbietet Alkohol und schließt die wenigen noch vorhandenen Bars. Man sagt Rock- und Rai-Konzerte ab. Reinigung der Gesellschaft und Säuberung von gegnerischen Kräften gehen miteinander einher. Jetzt existierte die „islamische Republik“.

Mehr als alles andere erklärt dies einen weiteren hervorragenden Zug der Bewegung, nämlich ihre lange Dauer. Viele politische Praktiker und Experten, die Walis [von der Zentralregierung ernannte Verwaltungschefs, vergleichbar deutschen Regierungspräsidenten, H.E.], die Verantwortlichen der Inlandsaufklärung [entspricht ungefähr dem deutschen Verfassungsschutz, H.E.] und FLN-Führer hatten ein Abflauen der Bewegung vorhergesagt. Sie sagten voraus, daß die FIS bei den Gemeinderatswahlen vom Juni 1990 weit hinter der FLN liegen und bei den Parlamentswahlen vom 26. Dezember 1991 weit abgeschlagen sein würde. Heute ist die FIS immer noch da. Zwar jetzt im Untergrund, bleibt die „islamische Republik“ immer noch ausgerufen.

Dennoch steht die Machtübernahme durch die FIS noch nicht unabweichlich im „großen Buch der Geschichte“, auch wenn man sie in der Zukunft, vielleicht unter anderen Formen, nicht ausschließen kann. Sicher vorhersagbar ist aber, daß die islamische Tendenz noch lange stark sein wird, selbst wenn nur als starke Minderheit bei den plebiszitär mobilisierbaren Volksmassen, die sie in der Art einer Gegengesellschaft organisieren könnte. Eine mögliche, deutlich fühlbare Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und eine glaubwürdige Bekräftigung der demokratischen Öffnung würden ihren Einfluß sicher zurückdrängen, nicht aber die tiefer liegenden Gründe beseitigen, die zu ihrem Aufstieg führten. Das demographische Problem wird sich noch lange stellen. Die Menschen wandern weiterhin in die Städte und in den Norden des Landes.¹⁶ Dies gilt auch für die Tendenzen zu Individualisierung und Säkularisierung der sozialen Beziehungen sowie den damit einhergehenden Wandel in Kultur und Religion, gegen den die FIS Widerstand leistet. Das Phänomen FIS ist ein Phänomen langer Dauer.

Auf politischer Ebene wird der Charakter der FIS erst unter säkularer Betrachtung deutlich, nämlich als „religiöse“ Neuauflage einer ursprünglich „laizistischen“ Formel, die 1932 mit der „ruhmreichen“ „Étoile nord-africaine“ Messali Hadjs aufgetreten ist, dem Populismus¹⁷. Deshalb ergänzen wir die auf Aktualität gerichtete Betrachtung von Ereignissen durch die Rekonstruktion der „Bewegung“. Um die FIS besser verstehen zu können, suchen wir nach ihrer möglichen Entsprechung mit zwei viel älteren politischen Konfigurationen der algerischen Geschichte, der FLN und den älteren Formen der „nationalen Bewegung“. Ohne zu überziehen, kann man die These vertreten, daß die FIS die ernsthafteste Kandidatin für die Nachfolge der FLN ist, weil sie ihnen

Strukturen am meisten entspricht. Zunächst bietet sie über einen Prozeß des Transfers von Loyalität und die Eröffnung neuer Möglichkeiten zu engagierter politischer Aktivität einem ansehnlichen Teil der früheren FLN-Mitglieder eine neue politische Heimat. In Gemeinderäten und Kreisräten, unter den Kandidaten für Wahlen und v.a. unter den Mitgliedern der Lehrerschaft ist die Zahl derer groß, die sich zunächst in der FLN oder deren Jugendorganisation organisiert hatten. Überall sind die sozialen Profile ähnlich: Dominanz von Mittel- und Plebejerschicht, überproportionales Engagement der Jugend, deren hervorragender Platz nicht nur aus der Alterspyramide, sondern auch aus der Welt algerischer politischer Vorstellungen und der Selbstdarstellung der FLN bekannt ist. Völlig logisch übernimmt die FIS zudem das vorhergegangene Modell der Einheitspartei. Aktions- und Ausdrucksformen, Mobilisierungs- und Organisationsmuster, taktische und strategische Oppositionen, Bemühen um internationale Anerkennung und Unterstützung für „Bruderparteien“ belegen alle die Fortdauer des alten Musters. Zwar errichtet man keine Unterorganisationen für Frauen, doch will man allgegenwärtig sein: Im Büro, in der Schule, in den Betrieben und auf der Straße. Die lokale Basisorganisation, der lokale *madschlis*, erinnert auf eigenartige Weise an das Büro des *kasma*, der nationale *madschlis* unwiderstehlich an das Zentralkomitee. Horizontal ist die FIS in Ausschüssen organisiert, vertikal nach dem Muster von drei Graden der Zugehörigkeit (Sympathisanten, Mitglieder, politisch Aktive), die Etappen des Engagements und Stufen für hierarchische Beförderung schaffen und eine Machtkonzentration sichernde Logik von „demokratischem Sozialismus“ erlauben. Aus einem Kürzel, hinter dem die Organisationsstruktur im ersten Jahr (1989-1990) nicht deutlich sichtbar war, ist eine immer stärker durchstrukturierte und durchregulierte Organisation geworden, die sich auf fast alle Optionen und Situationen einstellen kann. Genauso wie die FLN funktioniert die FIS formal nach dem Einstimmigkeitsprinzip; tatsächlich weist sie verschiedene Richtungen auf, über die der jeweilige Führer Richtlinienkompetenz hat. Innere Konflikte werden wie bei der FLN durch Ausschluß und Spaltung und letztlich durch sukzessive Säuberungen geregelt. 1964 lebten unter dem Dach der FLN ein marxistischer Zivillist wie Mohamed Harbi und ein rassistischer Militär wie Mohamed Saïd zusammen (der sich 1991 der FIS angeschlossen hat). 1992 waren in der FIS so verschiedene Personen wie Ali Benhadj, Tahar Onettar, ein lange Zeit von der PAGES (kommunistisch) unterstützter, talentierter, arabisch schreibender Romancier, und ein ehemaliger Premierminister, Abdelhamid Brahimi, aktiv.

Der Nachahmung des Frontcharakters der FLN durch die FIS auf dem Gebiet der Organisation entspricht auch eine parallele Struktur im Bereich der Symbolik, da die FIS wie ihre Vorgängerin einen Monopolanspruch auf die

Güter, von denen das Heil zu erwarten ist, erhebt. Beide Organisationen berufen sich auf einen Gründungsmythos und einen heiligen Text, den Propheten und den 1. November, den Koran und die Nationalcharta. Die stets unvollkommene Verknüpfung zwischen dem Heiligen und dem Weltlichen findet in beiden Fällen eine notwendig provisorische Lösung in der tagtäglichen administrativen und Rechtssprechungspraxis, ob man nun vom Koran oder von der Nationalcharta ausgeht. Ausgangspunkt und Ergebnis sind einander fremd, die gesellschaftlichen Zielvorstellungen diametral entgegengesetzt, die ethischen und ästhetischen Referenzen aber übereinstimmend, die Verhaltensmuster gleichartig und die Mentalitäten sehr nahe. Die FLN hat den politischen Bereich mit einem Heiligenschein versehen, die FIS politisiert den heiligen Bereich. Es gibt Unterschiede bei den Ausgangsvoraussetzungen, man findet aber Gemeinsamkeit beim Willen, eine Kultur der Unterwerfung durchzusetzen, die echte Partizipation einschränkt oder verbietet. Autoritärer Nationalismus und autoritärer Islam entsprechen sich in dieser Hinsicht. Die FIS ist historisch und ideologisch nicht aus der FLN entstanden, beide sind jedoch strukturell und kulturell verwandt.

Hinter dem Schleier bilderstürmerischer Exzesse zwischen beiden Tendenzen vollzieht sich ein Prozeß der Fortschreibung der Dominanz einer gleichen gesellschaftlichen Figur, der „Gemeinschaft“. Sie ist der erneute Versuch, das „Wir“ schutzbringend zu behaupten. Eine gleiche politische Formel wird fortgeschrieben, der Populismus, dieser „verlorene“ Sohn der Politikwissenschaft.

Es ist symptomatisch, daß die drei bei der Parlamentswahl vom 26. Dezember 1991 stärksten politischen Kräfte sich alle als Front und nicht als Partei präsentieren: FIS, FLN, FFS [*Front des Forces Socialistes*, eine von Ait-Ahmed geführte Organisation, H.E.]. Als „Front“ wird eine breite, klassenübergreifende Massenbewegung verstanden, die ein Defizit gesellschaftlicher Integration und politischer Repräsentation durch metaphorische und organische Rekonstitution einer anders nicht bestehenden sozialen Bindung überbrücken will. Im Unterschied zu den beiden anderen „Fronten“ schafft sich die FIS aber durch Instrumentalisierung des Korans zwei Quellen der Inspiration, da der 1. November nunmehr nur noch durch die Inspiration des Propheten historischen Sinn gewinnen kann. Dies erlaubt, zugleich den Bruch zwischen historischer FLN und politischer FLN zu überbrücken, weil die FIS damit das Erbe von 1954 ohne die durch die Zeit seit 1962 entstandenen Belastungen übernimmt. Sie ersetzt durch ihre Version des Islam die weltliche Religion der FLN, indem sie diese der Gesellschaft gleichzeitig als politische Religion und als politischen Zustand des Religiösen überstülpt.

Außerhalb der FLN sind zwei weitere frühere Akteure der nationalen Bewegung für mein Argument wichtig: Die 1931 von Scheich Abdelhamid Ben Badis gegründete *Vereinigung der Ulema* und die *Parti du Peuple Algérien* (PPA), die Messali Hadj 1937 in Paris gegründet hat. Die eine forderte als religiöse Organisation die Rückkehr zu Koran und Sunna,¹⁸ die andere als politische Partei die Unabhängigkeit des Landes. Die eine forderte die algerischen Muslime auf, ihre Sprache und ihr „Gesetz“ wieder zu entdecken, hielt sich gradualistisch an den Vorrang des Kulturellen und forderte den „Vorrang für Erziehung“. Die andere forderte die Massen zum Opfergang gegen den Kolonialismus auf und folgte einer maximalistischen Strategie des „Vorrangs für die Politik“.

Alles scheint dafür zu sprechen, daß ein halbes Jahrhundert später in einer ganz anderen gesellschaftlich-historischen Situation die FIS dieses doppelte Erbe reaktiviert, das die FLN angeblich verschleudert hat, und dabei mit Erfolg beide Elemente in einem neuen Kampf gegen den Westen zusammenführt.

Ein Vergleich zwischen FIS und Ulema scheint unmittelbar einsichtig, schon weil die neuen Islamisten auf diesen Zusammenhang Wert legen. Gemeinsam ist den dreißiger und den siebziger Jahren die Erziehung durch die Scheichs, der Bau oder die Förderung von Moscheen, die massenhafte Verbreitung von Predigten und religiösen Werken vulgarisierenden Charakters und die Entsendung von jungen Leuten zur Ausbildung ins Ausland. Die beiden Schlüsselpersonen des Übergangs, die Scheichs Soltani und Sahnoun, erscheinen als direkte Erben von Scheich Ibrahim, der Nachfolger von Abdelhamid Ben Badis war. Diese beiden formulierten im Namen der religiösen Reform (*islah*) unter den neuen Bedingungen des unabhängigen Staates, was Norm sein soll, wehrten sich gegen das sozialistische und laizistische System von Houari Boumedienne und gingen in Algier 1982 in die Offensive mit der großen islamistischen Massendemonstration, bei der Abbassi Madani an die Öffentlichkeit trat. Ben Badis' Geburtsstadt Constantine war die Hochburg der *islah* und ist heute Hauptquartier der islamischen Tendenz. Hier läßt sich am besten die Kontinuität zwischen alten Schülern des Reformismus und neuen Lehren des Islamismus herstellen.

Aber diese Verknüpfung existiert auch in der Kabylei, in Algier und im Westen des Landes. Alles scheint bis auf Einzelheiten übereinzustimmen: Kampf um die heilige Sprache des Koran und Rückkehr zur „besten der Religionen“, Kampf gegen die Bruderschaften, gegen tadelnswerte Neuerungen, gegen Lockerung der Sitten; Anpassung zwischen wissenschaftlichem Denken und islamischem Gesetz, solange die Wissenschaft der *schari'a* nicht widerspricht. Das war das Aktionsprogramm der *islah* 1931. Methoden und Diskurs sind ähnlich: Geduldige unsichtbare Arbeit im Untergrund, im

Erziehungssektor und bei der Verbreitung von Predigten. Damals war die *medersa* das Hauptaktionsfeld, heute die Schule. Wie die Anhänger der *islah* sind die heutigen Islamisten häufig zweisprachig und kennen sich bei der Benutzung der Medien aus. Wie ihre Vorgänger haben die heutigen Islamisten ihre Basis in der Stadt und breiten sich allmählich auf das Land aus. Ähnlich wie diese sind sie in eine Vielzahl von Richtungen gespalten, die regional unterschiedlich repräsentiert sind.¹⁹

Daneben gibt es aber ganz wesentliche Unterschiede. Der Reformismus der dreißiger Jahre stand unter der Leitung von in Tunis, Kairo oder dem Hedschas ausgebildeten Geisteswissenschaftlern. Sie waren gemäßigt und zögerten, sich politisch zu engagieren oder das Risiko der Gefängnishaft einzugehen. Sie waren gegen Gewalt und tadelten plebejische Ausbrüche scharf. Sie widersetzten sich der revolutionären Option: Die *ulema* haben sich als letzte nach 1954 der FLN angeschlossen.

Die Islamisten der achtziger Jahre haben ihre Ausbildung in Algerien erhalten und kennen sich in Theologie wenig aus. Sie stammen aus bescheideneren sozialen Verhältnissen und haben im allgemeinen keine wirkliche klassische Ausbildung (wenigstens soweit dies die FIS betrifft). Zwar haben sie solide Verbündete bei den Mittelklassen und im Erziehungswesen, doch repräsentieren sie v.a. die populären Viertel und streiten mit der Gewerkschaft UGTA um die Unterstützung der Lohnarbeiter. Ihre Anhänger sind jung, engagieren sich direkt im politischen Kampf und widersetzen sich mit ihren Vorstellungen dem laizistischen Staat auf allen Ebenen, insbesondere mit ihrem „revolutionären“ Islam. Man fordert *dschihad* nicht nur als persönliche Anstrengung (dem persönlichen großen *dschihad*) sondern als Kampf im *dar el-harb* (der Welt, in der Krieg zugelassen ist), um den *dar el-islam* (die dem Islam unterstehende Welt) zu vergrößern, selbstverständlich zunächst durch die Wiedereroberung des eigenen Landes für den Islam. Man träumt deshalb von Macht und Machtergreifung. Die ernsthaften Gegner sind nicht mehr die Bruderschaften, sondern die marxistischen Studentengruppen, die kommunistische Gewerkschaft oder der atheistische Staat. Die Radikalen der FIS haben Übung im Untergrundkampf, wenden gewaltsame Mittel an und haben die Strategie des Gefängnisses akzeptiert.

Die religiösen Reformer der dreißiger Jahre hatten sich auf Erziehung und Kultur konzentriert. Ihr Aktions- und Mobilisierungsgebiet war weniger die große Gebetsmoschee, sondern die arabische Schule (*medersa*). Sie verkehrten weniger in den Moscheen ihrer Stadtviertel als in Zirkeln.²⁰ Durch ihre Ethik und Ästhetik wollten sie ihre Zugehörigkeit zur *khassa* entsprechend einem auf Exzellenz ausgerichteten Modell zeigen und folgten einem muslimischen Bestreben, durch Aufklärung der Gemeinschaft der Gläubigen

Gutes zu tun und Gerechtigkeit und sozialen Frieden zu befördern. Die Radikalen der FIS interessieren sich mehr für die Massenmedien als für wissenschaftliche Zeitschriften, mehr für Ideologie als für Theologie und für islamistische Ökonomie mehr als für klassische Literatur (*adab*). Sie wollen weniger ihr intellektuelles Niveau heben und das Volk aufklären, als die Moscheen zur Mobilisierung der möglichst großen Zahl nutzen. Der Konversation im Zirkel (*nadi*) ziehen sie die Herstellung der Einheit mit den Massen in großen Stadien vor. Sicher will auch die FIS die gesellschaftlichen Übel heilen und Sodom und Gomorha abschaffen, doch zum Sieg über die Unterdrückung braucht sie den Staat, weil der Staat die mächtigste Waffe des Feindes ist. Die heutigen Islamisten sind zwar archaisch in ihrer Darstellung des Kollektivs, aber modernistisch in ihrer Beziehung zu kollektiven Aktionen. Zwischen *islah* und heutigen Islamisten besteht Kontinuität in der Betonung einer orthodoxen Beziehung zum Religiösen, die durch den gemeinsamen Bezug auf den Koran und ein gemeinsames Referenzsystem verstärkt wird, aber gleichzeitig fand gesellschaftliche Veränderung und Veränderung des Projektes durch Angriff auf den Staat als Hort der Gegenrevolution gegen die Sitten statt. Was die FIS von der *islah* unterscheidet, bringt sie der Bewegung der PPA nahe.²¹

Die fieberhafte Betonung des Predigens ist ein früherer Nationalisten und heutigen Islamisten gemeinsamer Zug. Sie bestimmte die Aktivitäten von Messali Hadj, einem Volkstribun großen Formats, der die politische *khotba* (Predigt) beherrschte. Weiter sind beiden gemeinsam der klassenübergreifende Charakter der Bewegung und die systematische Ausrichtung der Aktivitäten auf das Volk, sowie die Ergänzung der direkten Beziehung zwischen dem charismatischen Chef und seiner Basis durch die Erfassung der Basis über einen ausdifferenzierten Apparat, dessen Rolle für die Herausbildung des Populismus der FLN gezeigt wurde. Vor allem aber haben FLN und FIS gemeinsam den Willen zum radikalen Bruch mit der bestehenden Ordnung, ohne systematisch eine auf Wahlerfolge gegründete Strategie auszuschließen. Die Übereinstimmung in dieser Hinsicht ist besonders eindrucksvoll. Man kann einen Bezug zwischen dem auf Aufstand ausgerichteten Streik der FIS vom Juni 1991 und ihrem Appell zu zivilem Ungehorsam mit dem Versuch zum bewaffneten Aufstand im Mai 1945 und der paramilitärischen Organisation der Jahre 1947-1950 herstellen, die die PPA radikal von den anderen Teilen der Nationalbewegung (kommunistische KPA, UDMA von Ferhat Abbas, Ulama von Bachir Ibrahimi) unterscheiden. Dennoch behält als Kontrapunkt zur bewaffneten Aktivität der Kampf um Wahlerfolge eine Bedeutung. Genauso wie es der FIS gelungen ist, in weniger als drei Jahren zur dominanten Kraft im algerischen politischen System zu werden, hatte die FLN

in gleich kurzer Zeit vor vierzig Jahren eine gleich überwältigende Mehrheit bei durchaus ähnlichen Wahlen errungen, nämlich den Gemeindewahlen vom Oktober 1947 (ergänzt durch die Wahl zu den Dorfversammlungen im Dezember) und den Wahlen zur algerischen Versammlung im März 1948 (einer Art von beratender Nationalversammlung in der spätkolonialistischen Phase). In beiden Fällen gelang nicht nur die Eroberung der Städte, sondern auch des Landes. In beiden Fällen griff die Zentralmacht ein, um den Wahlprozeß zu unterbrechen, den sie zunächst erlaubt und in Gang gesetzt hatte.

4. Von Krieg zu Krieg. Ahnen, Generale und Emire: Die unauffhaltsame Umstrukturierung der politischen Szene

In der jüngeren Geschichte Algeriens gibt es zwei miteinander aufs engste zusammenhängende Bruchstellen, die die algerische Gesellschaft durch die gesellschaftliche und politische Krise in einen Zustand innerer Gewalt versetzen, der in der arabischen Welt nur noch mit dem Libanonkrieg verglichen werden kann: 1988 am Ausgang der städtischen Revolten, derer sich die Islamisten rasch bemächtigen, und 1992 mit dem Wahlbetrug, in dessen Folge die Zahl der Kämpfer für einen neuen heiligen Krieg in den Maquis rasch zunimmt, wobei diese zweite Bruchstelle teilweise nur der ersten nachgebildet ist. In beiden Fällen beginnt der Bruch des verfassungsmäßigen Verfahrens an der Staatsspitze durch einen Militärputsch, implizit 1989, als der amtierende Präsident Chadli Bendjedid beschloß, die Konservativen zu entmachten, explizit 1992, als der Generalstab sich weigerte, den vom Präsidenten angeregten Kompromiß mit der FIS zu unterstützen. In beiden Fällen deckt die radikale Veränderung der politischen Welt die seit 1986 akkumulierten Spannungen und die Kräftekonstellationen einer Gesellschaft auf, die sich nunmehr seit einem Jahrhundert in explosiv ablaufendem Wandel befindet.

Am Ende des Aufstands vom Oktober 1988 war der Kreis um den Präsidenten unentschlossen. Man suchte pragmatisch nach einem Ausweg zwischen einer Entwicklung zu einer dominanten Partei des Typs der mexikanischen PRI oder einem militärisch kontrollierten Rückzug nach dem Muster der Kemalisten, und einer dem Schema Sadats folgenden ökonomischen Öffnung, die mit einem ideologisch-politischen Kompromiß einhergehen konnte. Chadli schien dem Duo Madani-Belhadj vorzuschlagen: Ich lasse euch die Moscheen und die Bürgermeisterämter, wenn ihr mir Staat und Markt laßt. Dabei mußte Chadli aber den beschleunigten Zerfall von Einfluß und Entscheidungsfähigkeit der alten Allianz aus FLN und ALN in Rechnung

stellen, die er selbst verursacht hatte, auf die er jedoch auch seine Macht baute. Es gelang ihm nicht, eine stabile und dauerhafte Lösung nach dem Muster „alles muß sich ändern, damit alles bleibt wie zuvor“ (nach Lampedusa ein Ausspruch von Fürst Salinas) durchzusetzen.

Der Staatschef verbrauchte drei Premierminister in drei Jahren. Jeder Premier glaubte, daß er die Lösung hatte und versuchte, diskret von der Armee unterstützt, sich mit seiner Lösung als Kandidat für die Präsidentennachfolge zu empfehlen.²² Sie scheiterten alle, weil sie einen dritten Partner für die Krisenlösung, zum Teil aus Furcht vor regionalistischen Tendenzen, ausgeschlossen hatten und sich nicht gegenüber der letztendlichen Entscheidung des Generalstabs durchsetzen konnten, der sich zwar aus der Politik zurückgezogen hatte, bei Bedrohung seiner direkten Interessen jedoch wieder eingriff.

Dennoch wurden dem Land zum erstenmal seit der Unabhängigkeit freie Wahlen als Mechanismus zur Lösung eines politischen Konfliktes vorgeschlagen, wobei sicher viele recht unterschiedliche Hintergedanken hatten, zudem die Bevölkerung aus guten Gründen skeptisch und reserviert blieb und der Staatsapparat große Schwierigkeiten hatte, eine nach neuen Regeln durchgeführte Abstimmung auch technisch durchzuführen.

In wenigen Monaten wurde Algerien scheinbar das freieste Land der arabischen Welt. Nirgends gab es mehr Parteien, nirgends war die Presse so vielfältig, sarkastisch und kritisch. Die Gewerkschaft löste sich von der Bevormundung der Einheitspartei, die freien Vereinigungen nahmen an Zahl rasch zu, die Zivilgesellschaft belebte sich. Selbst die Frage der berberischen Minderheit blieb kein Tabu mehr. Der entscheidende Durchbruch schien gelungen. Dennoch war die schwierigste Aufgabe noch zu lösen, weil die FIS die zwei entscheidenden Wahlen der „Übergangsperiode“ gewann. Im Juli 1990 siegte sie bei den Gemeinde- und Regionalratswahlen mit Unterstützung des Staatspräsidenten, der zwar keinen so spektakulären islamischen Sieg wollte, sich aber auf die integristische Gefahr stützte, um den konservativen Flügel der FLN endgültig aus der Macht zu drängen. Dieser hatte sich den Wirtschaftsreformen und dem Ende des Monopols der Einheitspartei widersetzt. Vor allem siegte die FIS im Dezember 1991 beim ersten Wahlgang der Parlamentswahlen. Sie erhielt damit gegen den Willen der amtierenden Regierung das Recht, das Land zu regieren. Diese hatte die eigene Fähigkeit überschätzt, die seit der Abstimmung über die Selbstbestimmung von 1962 wichtigste Abstimmung für sieh zu entscheiden. Über die große Bedeutung dieser Wahl waren sich alle im Land einig. Algerien mußte dreißig Jahre nach der Unabhängigkeit nochmals über seinen Weg in die Zukunft entscheiden. Die Parlamentswahlen wurden nicht mehr nur von denen, die die magischen Stunden der Unabhängigkeit erlebt hatten, sondern noch mehr vielleicht von

den jungen Menschen, die danach geboren wurden, als Wiederholung der Entscheidung von 1962 begriffen. Die Jüngeren hatten diese Zeit zwar nicht erlebt, doch kannten sie sie fast auswendig durch Fernsehen und Film. Endlich hatten sie die Möglichkeit zur Revanche und nutzten sie, um der Abstimmung im Dezember 1991 mit ihrem Protest eine historische Dimension zu geben.

Die Armee reagierte unverzüglich auf die Konsequenzen einer Lösung, die sich gegen sie wandte: Der Präsident wurde abgesetzt, der Wahlgang für ungültig erklärt und die FIS aufgelöst. Die Armee mußte aber sofort feststellen, daß sie in ihrer Konfrontation mit einer durch einen Wahlgang legitimierten Kraft fast alleine stand. Die FIS hatte sicher psychologischen, symbolischen und sogar physischen Druck auf die Wähler ausgeübt. Von ihr beherrschte Gemeindeverwaltungen scheinen tatsächlich einen Teil der Wahlausweise konfisziert und Möglichkeiten genutzt zu haben, bis in die Wahlkabinen hinein Wähler unzulässig zu beeinflussen. Die politische Klasse und die Präfekten mit ihren untergeordneten Ausführungsbeamten verstanden sich gut auf die Fabrikation von Abstimmungen mit 95prozentigen Mehrheiten. Es fehlte ihnen für einen Sieg bei freien Wahlen an technischer Erfahrung und politischer Kultur. Damit läßt sich aber der Sieg der islamistischen Partei nicht wegdiskutieren.

Zu unterstreichen sind allerdings zwei sonst wenig beachtete Umstände der Wahl: Einerseits zog die FIS Vorteil aus dem Mehrheitswahlrecht, das die Regierung naiv zur Schwächung der Islamisten verordnet hatte, andererseits verlor die FIS gegenüber den Gemeinderatswahlen eine Million Stimmen. Vor allem war die Zahl der Stimmenthaltungen mit 41 Prozent sehr viel höher als die Zahl der Stimmen des Wahlsiegers mit 25 Prozent.²³ Über den Zugang zur Macht und für die zu entscheidende Frage galten aber nur die abgegebenen Stimmen. Hier hat sich das „Pays réel“ unbarmherzig gegen das alte „Pays légal“ gewandt: Das wirkliche Algerien hat das an der Macht befindliche Algerien verurteilt.

Verständlicherweise wollte die Militärführung nicht die Gefahr eingehen, der „Wahl des Volkes“ noch die eigene Unterstützung zu geben und so den an der Staatsspitze seit fast einem Jahr zwischen Staatschef und islamistischer Opposition ausgehandelten Kompromiß in Kraft zu setzen. Für die Armee ging es um das physische Überleben, nicht nur das politische und ökonomische, wie dies das Beispiel des Sudans belegt. Außerdem gefiel der Armee der relative Sieg eines höchst angesehenen Oppositionellen nicht, der seit dreißig Jahren den kabyllischen Partikularismus repräsentiert, der der Armee zuwider ist, nämlich von Hocine Aït-Ahmed, dem Führer der FFS.²⁴ Mit der Abstimmung vom 21. Dezember 1991 wurden drei Niederlagen endgültig, die des Herrschaftssystems von FLN und ALN, die einer vom Kreis um den Präsiden-

ten und seinen möglichen Nachfolgern ausgekochten Übergangsformel und die der „Demokraten“, die nach dreißig Jahren Einheitspartei machtlos waren und ihre alten Zwistigkeiten nicht vergessen konnten.

Strategisch bedeutsam für die Periode ist das Fehlen einer glaubwürdigen „dritten Kraft“, die sich der Reduktion auf eine Alternative zwischen FLN und FIS mit der unausweichlichen Folge des Zusammenstoßes zwischen Armee und Integristen hätte entgegenstellen können. Das Paar FLN-Armee hat das Land abdriften lassen, weil es nur an das eigene politische Überleben dachte, aber den Einstieg in eine kontrollierte, Kontinuität bewahrende Lösung nicht schaffte. FLN (Partei) und Armee waren zerstrittener denn je und anders als früher (1962, 1965, 1979) unfähig, einen Kompromiß zu finden und dadurch eine Verknüpfung zwischen Gesellschaft und Staat zu ermöglichen. Sie wollten auch nicht mehr: Kuhhandel zwischen Klans, Konzessionen zwischen ideologischen Tendenzen und Umverteilung von Stellen und Sinekuren reichten nicht mehr, um die Bruchstellen der Gesellschaft zu verkleistern, zu kanalisieren oder gar zu absorbieren. Sie konnten auch nicht mehr, weil das gesamte System mit all seinen Klans in der öffentlichen Meinung nicht mehr legitim war. Man mußte also außerhalb von FLN und Armee nach Elementen für eine Lösung suchen, z.B. nach neuen politischen Kräften, nach neuen Spielregeln, aber immer noch ausgehend von einem Entscheidungszentrum, das immer mehr auf den Kreis um den Präsidenten, die dominante Gruppe in der Militärischen Sicherheit und die Schlüsselpersonen des Generalstabs schrumpfte. Die Verhältnisse zwangen dazu; die Machthaber taten so, als ob sie diesen Prozeß organisierten.

Nach dem Oktober 1988 stand der Kreis um den Präsidenten unter Zugzwang und eröffnete die politische Auseinandersetzung mit dem Versuch, die ökonomische Reform durchzusetzen. Er legalisierte die alte Opposition. Diese war schon seit langem sehr schwach, außer den Islamisten und den Berberisten, die aus dem Untergrund wieder auftauchten und durch die iranische Revolution von 1979 (Islamisten) und durch den „berberistischen Frühling“ von 1980²⁵ (Berberisten) gestärkt waren.²⁶ Vor allem gab er dem Antrag der FIS auf Zulassung als Partei nach und schuf dieser eine rechtliche Basis entgegen einer buchstabengetreuen Auslegung der neuen Verfassung von 1989, die religiöse Parteien weiterhin verbot. Die Berater des Präsidenten wollten damit zwei Ziele erreichen: Die islamistische Strömung sollte auf die Legalität verpflichtet werden; das Land sollte sowohl zur Abwehr der nunmehr legalen islamistischen Gefahr gezwungen werden, als auch eine erneuerte FLN, also nicht mehr den verachteten bisherigen status quo zu unterstützen. Die innerhalb der politischen Klasse umstrittenen Machthaber versuchten, die Karten im politischen Spiel radikal umzuverteilen, indem sie sofort mit

den Islamisten verhandelten. Mit dieser Schwäche trugen sie zur Konsolidierung dieser Gruppe bei, verschafften ihr Repräsentativität in den Augen der Bevölkerung und erlaubten ihr erst den Durchbruch zu einer richtigen Massenorganisation. In der Folgezeit zeigte sich, daß der Staatspräsident und seine Berater soweit gehen würden, eine Art von historischem Kompromiß zwischen einem FLN-Staat und einer islamischen Republik zu stützen, wobei sie darauf hofften, gemäßigte und extremistische Islamisten gegeneinander auszuspielen. Tatsächlich war die islamische Strömung aber seit langem sogar an der Staatsspitze gut vertreten. Die Wochenzeitung der Regierungspartei, „Révolution Africaine“, hat die wachsende Rolle der „Barbéféliènes“ (bärtige FLN-Kader) scharf kritisiert. Unmittelbar vor den Wahlen des Dezember 1991 hatten viele Abgeordnete der FLN, sogar der Präsident des Parlaments deutlich gemacht, daß sie sich der islamistischen Opposition anschließen wollten. Sie waren dabei nicht allein: Geschäftsmacher, Beamte, Lehrer, Einzelhändler und viele andere standen unter großer Versuchung, zum Sieger überzulaufen.

Tatsächlich war die politische Auseinandersetzung sehr viel komplexer. Entgegen der vorherrschenden Interpretation, die nur auf den Gegensatz zwischen dem früheren Regime und den Anhängern einer islamistischen Opposition abhebt, wurde sie bestimmt durch den Kampf aller Kandidaten für die Nachfolge der Präsidentschaft über die Kontrolle einer zwischen beiden Extremen liegenden politischen Kraft. An diesem Kampf nahm auch der Kreis um die Präsidenten teil. In der Rückschau läßt sich die These vertreten, eine solche Kraft habe nie existiert, doch war ihr Einfluß zu jener Zeit wenigstens in der Einschätzung derer groß, die sie fürchteten. 1989 bis 1991 haben nationalistische Staatsmacht und islamistische Gegenmacht die Gefahr einer Institutionalisierung der politischen Kräfte, die zwischen ihnen lagen, vielleicht mehr gefürchtet als sich selbst wechselseitig.

Gerade deshalb mußten so unterschiedliche Menschen wie Liabes, Djaut und Boudiaf sterben. Auch wenn es noch keine demokratische Bewegung gab, wie dies Mohamed Harbi zurecht anmerkt, gab es Demokraten und eine wenn auch noch diffuse Anziehungskraft der politischen Demokratie weit jenseits der Eliten, die sie forderten. Beide etablierten Kräfte, Nationalisten und Islamisten, wollten um jeden Preis eine organisatorische Konsolidierung der Demokraten verhindern. Die drei Regierungen jener Jahre unternahmen alles, um die ernsthafteren unter ihren Gegnern auseinanderzudividieren, ihnen den Zugang zu den Medien zu versperren, ihnen den Platz zu verwehren, den sie einnehmen konnten, und dies im Namen einer erneuerten gegen die diskreditierte FLN. Sie verlangsamten die Rückkehr der Emigranten, vor allem die Rückkehr von Ait-Ahmed, der auf sich das Prestige eines „historischen Chefs“

[des Befreiungskriegs, H.E.] und das Prestige eines Widerstandskämpfers der ersten Stunde gegen das Einparteiensregime vereinigt. Sie versuchten, neue Kräfte an sich zu binden, indem sie jungen, kompetenten und integren Leuten wie Djillali Liabes Ministerkarrieren anboten, die das Land mit dem Instrument des Staates erneuern und auf neue Wege bringen wollten. Wer sich dieser Umarmung entzog, wurde als Regionalist, wie Dr. Saadi, oder als volksfremder Intellektueller diskreditiert, wie Nourredin Boukrouh. Sie fabrizierten sogar ganz neue Oppositionskräfte, um die Konfusion zu vergrößern und selbst die Idee der Demokratie zu ruinieren, indem sie die Bildung von 50 Parteien begünstigten, von denen nur vier bis fünf realistische Chancen bei Wahlen haben konnten, und dies in der Absicht, den Wählern einzureden, daß es keine Alternative außer einer erneuerten FLN gäbe. Abbassi Madani konnte sich billig über diese *sanafir* (Zwerge) lustig machen, die in Zeitungen publizierten, aber niemanden repräsentierten²⁷. Die Herrschaft über die Massenmedien stellte eine äußerst wichtige Möglichkeit politischer Diskriminierung dar, weil die Druckmedien sicher höchstens 20 Prozent der Bevölkerung erreichten. Die amtierende Mannschaft beherrschte Radio und Fernsehen und ermöglichte ernsthaften Parteien und starken Persönlichkeiten keinen Zugang, und dies gerade in der Periode, in der diese Medien besonders wichtig gewesen wären, als neue noch ungeformte politische Kräfte auf dem schwierigen Weg der Entwicklung organisatorischer Strukturen waren. Unter diesem Ausschluß aus den Medien litt die FIS weniger als ihre laizistischen Gegner, weil sie ja die Moscheen hatte.

Zu fragen ist allerdings, warum es den Gegnern dieser Doppelherrschaft, der Alternative zwischen den feindlichen Brüdern FLN und FIS nicht gelang, ihre eigene Rolle zu spielen und diejenigen zu motivieren, die weder FLN noch FIS folgen wollten. Sie hätten sich auf ein breites Spektrum politischer Positionen zwischen beiden Alternativen durch gemeinsame Kandidaten und gemeinsame Plattformen stützen können, um in dem neu geöffneten öffentlichen politischen Raum ihren Platz einzunehmen. Warum war es ihnen nicht möglich, den Ausschluß aus dem Fernsehen durch den Gang in die Filmtheater oder die Fußballstadien zu kompensieren, selbst wenn die Machthaber auch hier noch über Druckmittel verfügten? Warum zögerten sie, die in der Neuartigkeit der Herausforderung liegenden Widrigkeiten zu überwinden und ihre eigene momentane Zersplitterung wenigstens zeitweise aufzugeben, um eine wirkliche Koordination aller Demokraten herbeizuführen? Hier geht es um das alte und neue Problem der Demokratie als paradoxer politischer Kultur, zwischen Mächtigkeit und Gebrechlichkeit.

Die „demokratische“ Opposition hat aus vielfältigen Gründen ihren anfänglichen Infantilismus nicht überwinden können. Außer den Jahren des

Kampfes gegen den kolonialen Staat 1930-1950 hatte die demokratische Opposition keine verbindende Tradition. Ihre verschiedenen Tendenzen hatten jeweils auf eigene Rechnung zu überleben versucht: 1962 und 1965, sieht man einmal von der kurzlebigen ORP (einer Allianz von Kommunistischer Partei und marxistischer Linker der FLN) oder sehr viel später dem recht folgenlosen Londoner Treffen zwischen den beiden verfeindeten Brüdern (Aït-Ahmed und Ben Bella) ab. Die demokratische Idee wurde von alten und neuen, aber immer zersplitterten und verstümmten Gruppierungen vertreten. Sie ist in der Kabylei und Algier mit stabilen Parteiorganisationen etabliert. Wegen ihres regionalen Charakters, den ihr die beiden Gegenparteien massiv vorhalten, wird sie im übrigen Land nicht als Katalysator der Erneuerung anerkannt. Ihr fehlt es an Führungskraft und Bereitschaft, dieses Problem anzugehen. Kandidaten, die Führungsfähigkeiten hätten, haben einen zu starken regionalen Hintergrund, der in Algerien immer von Nachteil ist. Tatsächlich weigerten sich alle möglichen Führer, die Führung eines anderen anzuerkennen und bestätigten damit, daß das Syndrom des *zaim* (Führer) aus diesen Organisationen noch nicht verschwunden ist.

Die Intellektuellen, ob frankophon, arabophon oder gar zweisprachig, hatten sich mit einigen Ausnahmen zu sehr von Regierung oder gar Einheitspartei einbinden lassen, wenn sie nicht eng mit sektiererischen Grüppchen verknüpft waren. Als Gruppe konnten sie sich nicht Gehör verschaffen und dem autoritären Staat ihre Positionen aufzwingen, indem sie sich ausreichend autonomen kritischen öffentlichen Raum in der Öffentlichkeit verschafften. Es gab während der Zeit der Unterdrückung der Meinungsfreiheit in Algerien wenig Samizdat-Veröffentlichungen, obwohl es durchaus sehr viel größere Möglichkeiten gab als in den „Volksdemokratien“. 1989-1991 gelang der neuen Generation die Selbstbefreiung von der Vorherrschaft der alten Garde oder vorhandenen Partei- und Staatsstrukturen weder in Algier noch im Westen oder Osten des Landes. Der jungen Generation waren keine spektakulären Neugründungen geglückt. Nur Boukrouh und Saadi waren gewandt genug, eigenen Ehrgeiz für ihre Person und für ihre Generation zu formulieren und den Männern und Normen der Vergangenheit beflissenen Respekt zu verweigern, beanspruchten aber für sich selbst ein Führungsmonopol.

Das Abwarten der großen Mehrheit und die Hoffnung eines Teils des Landes auf eine Lösung durch die Armee waren die Antwort auf den Zusammenbruch der FLN, auf den Rückzug des Staats auf die Armee und Militärische Sicherheit sowie auf die Machtlosigkeit der „Demokraten“, als Ausdruck ihrer Zerstrittenheit. Es gab keine ernsthafte Alternative gegenüber dem Gespann FLN-FIS; die Spaltung zwischen Gesellschaft und Politik blieb und wurde tiefer; der Konflikt reduzierte sich auf die Gegnerschaft zwischen

Generalstab und GIA, die vielleicht sogar vom Generalstab manipuliert wurde. So paradox es erscheint, ist der Weg des FFS zu Abdelhamid Mehris FLN und Anouar Haddams FIS nach Rom im Moment, als der Krieg zwischen den Falcken beider Lager am heftigsten tobte, doch logisch. Ähnlich wie die frühere Staatspartei und in einem gewissen Maß auch die FIS, hat die „demokratische Opposition“ Schwierigkeiten, sich in der eigenen Unterschiedlichkeit anzunehmen und zu finden. Hier spiegelt sie die algerische Gesellschaft wider, die zwar nicht aus historischer Gesetzmäßigkeit oder angeborener Unfähigkeit, wegen einer Art von „ewigem Jugurtha“, nicht in der Lage wäre, ein zunächst fremdes politisches Modell aufzunehmen und mit Leben zu erfüllen, aber doch immer noch kämpft, die eigene notwendige Moderne zu erfinden.

5. Von Krieg zu Krieg: Die Rückkehr des Gründervaters

Paradoxerweise erinnerte ein Greis, nämlich Mohamed Boudiaf, an die Notwendigkeit, die eigene Moderne zu erfinden. Besser als irgendein anderer zeigte dieser aus der Vergangenheit zurückgekommene Mann dem Land die Zukunft. Gerade deshalb beseitigte man ihn ohne Zögern. Seine Rückkehr war nicht Wiederholung einer veralteten Geste, Farce, sondern Wiederauffinden von Geschichte als Zeichen für die Zukunft. 1992 hatte der Wahlbetrug an der Demokratie wie 1948 tragische Folgen. Die Annullierung einer Abstimmung begünstigte und rechtfertigte den Aufstieg der Extreme. An die Stelle der Entscheidung durch Wahlurnen trat die Entscheidung der Waffen, eine Art modernes muslimantisches Gottesgericht. Allerdings dauerte es bis zur Ermordung von Boudiaf, bis Algerien erneut in die Verführung des Kriegs, ja sogar den Bürgerkrieg selbst hineinschlitterte. Erst zu diesem Zeitpunkt wurde die Schwelle zum Krieg wirklich überschritten: Dies zeigt die qualitative und quantitative Entwicklung kollektiver Gewalt, die von Islamisten, Armee, aber auch der Gesellschaft nicht nur im Frühjahr 1992, sondern noch mehr im Herbst 1992 anging. Die meisten Spezialisten haben übersehen, daß es 1992 nicht eine, sondern zwei Bruchstellen gab. Einerseits radikalisierten sich die Islamisten nach dem Abbruch des Wahlprozesses und der Errichtung von Internierungslagern im Süden, andererseits eröffnete die Beseitigung von Boudiaf definitiv Tausenden von jugendlichen Sympathisanten der FIS die Option der Anwendung von Terror, während durch Boudiafs Beseitigung gleichzeitig die Hoffnung jener zerbrach, die glaubten, es gäbe endlich den Ansatz zu einer politischen und demokratischen Lösung der Krise. Dies ist der Kontext, in dem die zunächst völlig unerwartete Hinwendung der Armee zum

Emigranten von Kenitra zu analysieren ist.

Zuerstmal seit Ben Bella hatte die Armee einen Zivilisten an die Spitze des Landes gestellt. Dies ist um so mehr zu unterstreichen, als die Armee nach dem Tod von Boudiaf zur alten Praxis zurückkehrte und zum Staatschef einen früheren Oberst der ALN, Ali Kafi, dann einen im Ruhestand lebenden General der APN (Lamine Zeroual) machte, der sich mit Präsident Chadli überworfen hatte. Zum erstenmal seit der Unabhängigkeit entfernte sich die FLN von der Unterstützung der Regierung und ging vorsichtig in Opposition, behielt aber dabei ihre Beziehungen und Helfer im Staat. Im Unterschied zu den türkischen und ägyptischen Vergleichsbeispielen gelang dem algerischen Staat nicht eine Machtteilung, bei der die Armee zwar herrschte, aber nicht regierte. Die Berufung des Gründervaters zum Staatspräsidenten erlaubte dem Generalstab zwar noch, seine Hand auf den Regierungsgeschäften zu behalten, doch implizierte sie schon kurzfristig die effektive Liquidierung des alten Regimes und die definitive Rückkehr der Armee in die Kasernen. Boudiaf starb nicht, weil er zu viele, zu mächtige Gegner hatte, oder weil jene Militärs, die in ihm ehrlich eine Übergangslösung gesehen hatten, der strategischen Bedeutung seiner persönlichen Sicherheit nicht genug Beachtung geschenkt hätten. Beides trifft zwar zu, doch wird dadurch die Schlüsselstellung dieser Phase und die Bedeutung des Verbrechens nicht richtig erfaßt. Boudiaf mußte sterben, weil er vielleicht die Möglichkeit gehabt hätte, das zu erreichen, an was niemand mehr glaubte, nämlich die Versöhnung zwischen Vergangenheit und Gegenwart und die Wiederherstellung einer Verknüpfung zwischen Gesellschaft und Staat. Es ist symptomatisch, daß der Generalstab aus Marokko einen „historischen Führer“ der FLN geholt hat. Man ist zu ironischen Bemerkungen versucht: Nach Boudiaf kommt Messali? Muß man um Wunder beten und die Toten wieder auferstehen lassen? Ein symbolkräftiger Mensch kann, eher als andere, ein wirkungsvoller politischer Akteur werden. Da er die besten Aspekte der Vergangenheit verkörpert, ist sein Ansehen in der Gegenwart unangetastet. Er war einer der führenden Gründer der FLN und unmittelbar vor dem 1. November primus inter pares, erster unter den historischen Führern. Zudem war er noch der letzte Verantwortliche der Sonderorganisation des MTLD, der OS, des bewaffneten Zweigs der nationalistischen Partei, jener mythischen Geheimorganisation der PPA, aus der alle Kader des Volksaufstands kamen. Keiner konnte ihn beim Engagement für eine Lösung mit den Waffen übertreffen, und doch war er kein Militär, kein Oberst. Er hatte den Kampf für die Unabhängigkeit gestartet und war doch kein Gewinner der Unabhängigkeit geworden. Er hatte sich nicht bereichert und nicht die Einheitspartei unterstützt. Vielmehr war er unter den ersten Gegnern des Regimes, bevor er sich definitiv vom politischen Leben zurückgezogen

hat. Mit ihm konnte der Generalstab nachdrücklich auf den Gegensatz zwischen historischer und politischer FLN, zwischen FLN von 1954 und FLN von 1962, 1965, 1979 und 1988 setzen. Nur Boudiaf konnte auf die FLN nachfolgen und diese in der Versenkung der Vergangenheit verschwinden lassen. Indem er mit der FLN brach und sie ausdrücklich als überholt bezeichnete, reaktivierte Boudiaf die Macht des mit ihr verbundenen Mythos und schloß die Vergangenheit versiegelnd ab. Er machte einen Übergang, der zugleich auch Übergabe eines Erbes war, glaubwürdig und legitim.

Zwei andere historische Führer konnten sich Hoffnungen machen, erneut eine nationale Bestimmung zu finden, indem sie die Reinheit der ursprünglichen Befreiungsbewegung mit der Vaterfigur verbanden: Aït-Ahmed und Ben Bella. Auch sjé waren Gründungsmitglieder der FLN als Mitglieder ihrer Außenvertretung und zugleich Vorgänger von Boudiaf in der Führung der OS. Die Armee konnte sie aber nicht wie Boudiaf einsetzen. Beide Männer hatten versucht, allein ohne und sogar gegen die Armee in die Politik zurückzukehren, während Boudiaf seit langem jede politische Aktivität und alle politischen Ansprüche aufgegeben hatte. Außerdem war ihr Image verschieden: Ben Bella blieb ein Vertreter des Einparteiensystems und hatte den schlechten Start in die Unabhängigkeit verschuldet. Seit Anfang der achtziger Jahre sieht er sich als Vertreter des politischen Islam, doch ist er hier weniger glaubwürdig als die Kandidaten der FIS. Nicht zufällig verlor er bei den Dezemberwahlen 1991 sogar in seiner Heimatstadt, Maghnia, massiv. Dagegen teilt Aït-Ahmed mit Boudiaf die Ablehnung des 1962 errichteten politischen Systems. Was ihn aber in der Kabylei und Algier stark macht, macht ihn auf nationaler Ebene schwach. Er hat die berberische Kulturbewegung unterstützt und dadurch seine regionale Verankerung gefördert. Dies ist auf nationaler Ebene ein Handicap, obwohl er selbst weit über die geographischen Grenzen seiner Partei Einfluß hat. So war Boudiaf tatsächlich der einzige, der die Verknüpfung zwischen Vergangenheit und Gegenwart herstellen und sofort das ganze Land vertreten konnte.

Boudiaf handelte rasch mit weitreichenden Perspektiven und störte ohne Zaudern das seit Jahrzehnten errichtete Geflecht von Interessen. Die Korruption wurde beim Namen genannt. Sorgfältige Untersuchungen wurden einganggesetzt, um sie aufzudecken und zu verfolgen. Niemand entkam seiner Kritik: Die FLN sei anachronistisch, die Integristen dienen nicht dem Islam, den sie auf falsche Weise interpretieren, die Mafia wird als solche gebrandmarkt, die Armee solle ihre wirkliche Aufgabe wahrnehmen, ihre Intervention dürfe nicht über die Zeit des unmittelbaren Notstands hinaus verlängert werden.

Den von den Offizieren auf das Schild gehobene neue Staatspräsident hatte

sicher Verpflichtungen gegenüber denen, die seine Rückkehr organisiert hatten. So konnte er seine Regierung nicht vollständig allein zusammenstellen. Seine Entscheidungen und die seiner Minister wurden häufig blockiert, umgangen oder schlicht ignoriert. Allmählich über wunlen seine Reihen von einer wachsenden Zahl von Algeriern ernstgenommen. Selbst die Jungen reagierten nicht mehr mit Ironie, wenn sie diesem aus der Vergangenheit kommenden Greis zuhörten. Die Eltern und die Presse sagten ihnen, wer er ist. Und sie entdeckten ihn allmählich selbst. Seit Boumedienne beherrschte niemand besser als er das Hauptmedium der Massen, mit dem Boumedienne die Aufmerksamkeit des Landes gewonnen hatte. Sein äußerer Anblick, der an eine ägyptische Mumie erinnerte, seine langen aristokratischen Hände, sein stilvolles Dialektarabisch, seine direkte Redeweise, sein klarer Zugriff auf die komplexen Fragen von Wirtschaft und Außenpolitik, und vor allem sein ungezwungener Umgang mit dem Islam verschafften ihm einen eindrucksvollen Eindruck von Ehrlichkeit und Kompetenz. Der Gegensatz zum Vorgänger war greifbar. Zum erstenmal seit vier, vielleicht sogar seit fünfzehn Jahren, schien sich wieder eine Kommunikation zwischen der Spitze des Staates und der Basis der Gesellschaft herzustellen. Die Institutionalisierung dieser Beziehung steckte noch in mühsamen Anfängen, wurde aber glaubwürdig und zwang die ganze politische Szene zu Reaktionen. Seine Gegner mußten sich von nun an im Verhältnis zu ihm definieren. Man konnte plötzlich die Hoffnung hegen, mit der Zeit könne eine wirkliche Umstrukturierung des öffentlichen Lebens im Rahmen der Demokratie erreicht werden.

Der Tod Boudiafs beseitigte diese Perspektive and überließ für eine unbestimmte Zeit das Feld all denen, die, von welcher Seite auch immer, Waffen einsetzen wollen, um das Monopol legitimer Gewalt zu behalten oder zu erobern.

6. Salafisten und Algerianisten, AIS und GIA

Schon vor 1988 hielten sich die Islamisten zwei Feuer heiß und setzten auf zwei Wege der Machtübernahme: Gegen den Staat und mit ihm, von oben und von unten, über die Institutionen und über den bewaffneten Kampf. Diese Doppelstrategie war nicht nur Ausdruck taktischer Beweglichkeit. Vielmehr wird im Rahmen der gemeinsamen Strategie des Kampfes innerhalb der Anhänger der *schari'a* in ununterbrochenen, ernsten Auseinandersetzungen und Kämpfen um die Frage des richtigen Wegs gerungen. Je näher die Macht, desto größer die Spannungen zwischen früheren Anhängern der religiösen Reform Islah und den neuen Islamisten, Minimalisten und Maximalisten,

Von der islamischen Reform zur islamischen Militanz

gewählten Vertretern auf lokaler Ebene und extremistischen Untergrundkämpfern, Strukturen der Massenorganisation (*Madschlis*) und Emiren (Führer der Untereinheiten). Regime und Sicherheitsdienste kannten diese Konflikte und versuchten erfolglos, sie auszuspielen, als die islamische Gefahr größer und eine islamistische Alternative wahrscheinlicher wurden. Die islamische Tendenz ist in Wirklichkeit in weiten Bereichen unbestimmt und differenziert, komplex und in einem permanenten Prozeß der Umstrukturierung begriffen, und erfindet immer neue Lösungen auf der Grundlage wechselnder Interpretationen der algerischen Vergangenheit und neuer ausländischer Modelle.

Die Stärke der Ereignisse vom Oktober 1988 vervielfachte die kollektive Kraft der islamischen Bewegung und führte zu einer Verschiebung des Einflusses unterschiedlicher Tendenzen, weil der größte Teil der Islamisten sich einer neuen potentiellen Einheitspartei, der FIS, anschloß, der die Staatsmacht eine rechtliche Organisation und die Wahlen neues politisches Gewicht verliehen. Neofundamentalistische Extremisten, wie Ali Belhadj, gingen weit über die Forderungen der alten, aus der früheren *Vereinigung der ulema* hervorgegangenen Führer, wie Scheich Sahnoun und Soltani, hinaus, die nunmehr als alte, weise Männer erschienen, und stützten sich dabei auf islamistische Nationalisten, die Abassi Madani folgten, der zu den Pionieren des 1. Novembers 1954 gehört. Das gemeinsame Hauptziel war zunächst anerkannt zu werden, um den Durchbruch, besser den Sieg, vom Oktober politisch einzufahren, der alten mißte, dann aber auch der weitere Vormarsch mit allen rechtlichen Argumenten und allen Kampfmitteln einer Massenpartei. Dieser breiten Sammlungsbewegung, die aus den von den extremistischsten Moscheen angezettelten Revolten entstand, widersetzte sich schon eine doppelte Version gemäßiger „Muslimbrüder“, die in der Region von Algier von einem früheren aktiven FLN-Mitglied aus Blida, Nahnah, und in der Constantine von einem arabischsprachigen jungen Akademiker, Djaballah, geführt wurden. Gleichzeitig gab es schon mindestens drei Typen paramilitärischer Kerne. Den Überresten des von Bouyali in Blida aufgebauten Maquis schlossen sich zwölf kleine Gruppen an, die ihre Vorbilder in den Mördern von Sadat sahen, und die ersten Rückkehrer aus dem Afghanistankrieg. Noch hatte die politische Richtung einen Organisationsvorsprung und konnte sich durchsetzen. Die Strategie des Machterwerbs über Wahlen setzte sich gegen die Strategie der noch stark improvisierten Revolte durch, solange die FIS, gestützt auf ihre Netzwerke in den Moscheen, ihre Basis in den Schulen und ihre Neumitglieder aus der alten Einheitspartei in ihrer Massenbewegung organisierte und sich als Alternative gegen die FLN zunehmend Gehör verschaffte. Der erste Wahlsieg bei den Gemeinde- und

Regionalwahlen verschaffte den Anhängern eines legalen Machterwerbs mächtige Argumente, mit denen sie zwar die Zwistigkeiten nicht beilegen, sich aber für einige Zeit durchsetzen konnten. Die Euphorie dauerte aber nicht lange. Die Übernahme von Macht auf lokaler Ebene führte zu politischen Kosten. Zunehmender Erfolg wurde kompensiert durch die Unmöglichkeit, rasch die gesellschaftlichen Erwartungen der großen Zahl zu erfüllen. Erste Kritiken über das Wiederauftauchen klientelistischer Praktiken früherer Zeit wurden zunehmend laut.

Der Widerstand der Armee, die Zurückhaltung einer neuen schweigenden Mehrheit, der Kampfgeist der am meisten bedrohten Minderheiten, der der Frauen, der Intellektuellen, der Druckpresse und das Fehlen eines direkten Zugriffs auf die großen Medien liefert den Anhängern eines gewaltsamen Bruchs Argumente. Sie hatten bewaffnete Kräfte, seitdem die Afghanistankämpfer zurückgekehrt waren, und eine aktive Basis bei den jungen Anhängern, die häufig zum Opfergang bereit sind. 1992 gingen die radikalsten unter ihnen widerstandslos von der Organisationsform der Miliz zum Guerillakampf über, wie schon fünfzehn Jahre zuvor Bouyali. In vielerlei Hinsicht ist die Parallele zur PPA-MTLD der Zeit von 1945-1950 eindrucksvoll.

Die islamistische Bewegung beeindruckt nicht nur durch ihren raschen Aufstieg nach dem Bruch des Oktober 1988, sondern auch durch ihre Kapazität, sich in einer Partei zu einigen. Die islamische Bewegung ist weiterhin gespalten, obwohl sie mächtig geworden ist.

Aus dem Französischen von Hartmut Elsenhans

- 1 S. P. Thiery, *La crise du système productif algérien*. Thèse d'État en Sciences économique, Grenoble, Juni 1982; G. de Villers, *L'État démiurge. Le cas algérien*, Paris 1987; A. Henni, *Économie de l'Algérie indépendante*, Alger 1991. Bei der Volkszählung vom 20. März 1987 waren 54,8 Prozent der Bevölkerung unter 20 Jahre.
- 2 A. Henni, *Essai sur l'économie parallèle. Le cas de l'Algérie*, Alger 1991.
- 3 1985-1988 *Algérie Actualité*.
- 4 O. Carlier, *Symbolisme et politique. Le cas du drapeau algérien*. Beitrag zum Seminar von L. Valensi, Paris (EHSS) 1990.
- 5 Ders., *Populisme et religion des morts* (Manuskript, 1988); R. Babadji, *Le chahid, l'État et le droit*. Note sur une figure de la théologie politique algérienne. *Journées d'études sur L'anthropologie de la mort au Maghreb*, Université d'Oran, Mai 1988.
- 6 A. Prenant/B. Semmoud, *L'Algérie avant et après Octobre 1988*, Paris 1989.
- 7 F. Hakiki-Talahite, *Sous le voile... Les femmes*, in: *Cahiers de l'Orient* 1991, H. 23, S. 123-142.
- 8 N. Saadi, *La femme et la loi en Algérie*, Alger 1991.
- 9 J. Leca/J.-C. Vatin, *L'Algérie politique*, Paris 1975.
- 10 G. Grandguillaume, 1983 *Arabisation et politique linguistique au Maghreb*, Paris 1983; G.

Von der islamischen Reform zur islamischen Militanz

- Geneste, L'arabisation des sciences sociales et humaines en Algérie, Lyon 1984 (Diss.).
- 11 L'enseignement de l'histoire au Maghreb. Colloque URASC, Université d'Oran, Februar 1992, v.a. den Beitrag von Hassan Remanun über den algerischen Fall.
 - 12 A. Rouadjia, Les frères et la mosquée. Enquête sur le mouvement islamiste en Algérie, Paris 1990.
 - 13 M. Abderrahmane, La Mosquée. Vortrag im Rahmen meines Seminars über politische Soziologie, Universität Oran, März 1992.
 - 14 A. Rouadjia, Les frères et la mosquée (Ann. 13), S. 78.
 - 15 Interview von Abassi Madani in: La tribune d'Octobre, Nr. 5, 15.-31. März 1989, S. 31.
 - 16 M. Cote, L'Algérie ou l'espace retourné, Paris 1988.
 - 17 Diese Arbeitshypothese habe ich in Aix-en-Provence im Oktober 1990 beim Kolloquium des IREMAM: Changements politiques au Maghreb (unter Leitung von Michel Camau) vorgetragen.
 - 18 Ch.-R. Ageron, Histoire de l'Algérie contemporaine, Paris 1979; M. Kaddache, Histoire du nationalisme algérien. Question nationale et politique algérienne, 1919-1951, Alger 1980.
 - 19 B. Botiveau u.a., L'Algérie par ses islamistes, Paris 1991.
 - 20 M. El Korsou, Politique et religion en Algérie, L'Islah: ses structures et ses hommes. Le cas de l'Association des Ulama Musulmans Algériens en Oranie, 1931-1945, Diss., Université de Paris VII 1989; A. Merad, Le réformisme musulman en Algérie de 1925 à 1940, Paris 1967.
 - 21 M. Harbi, Aux origines du FLN. Le populisme révolutionnaire en Algérie, Paris 1975.
 - 22 Kasdi Merbah wollte eine Öffnung bei gleichzeitiger Wiederherstellung des Prestiges des Staats, Mouloud Hamrouche wollte den Rentierstaat im Austausch gegen einen neuen historischen Kompromiß zerschlagen, und Sid-Ahmed Ghazali versuchte einen mittleren Weg zwischen diesen beiden Extremen.
 - 23 Einschließlich der für die „gemäßigten Islamisten“ der Hamas und der Nahda abgegebenen Stimmen, die von Scheich Nahnah und Scheich Djaballah geleitet werden.
 - 24 Die FFS, Front des Forces Socialistes von Ait-Ahmed wurde drittstärkste Partei, weit hinter der FIS und selbst der FLN, jedoch mit sehr guten Wahlergebnissen in der großen Kabylci und in Algier.
 - 25 1980 kam es zu einer Aufstandsbewegung in der Kabylci, bei der vor allem die Benutzung der berberischen Sprache im öffentlichen Leben gefordert wurde [H.E.].
 - 26 Die kommunistische Partei Algeriens (PAGS) befand sich in einer inneren Krise durch den Generationswechsel und Uneinigkeit über die Frage der Erneuerung. Sie war geschwächt durch den allgemeinen Niedergang des Kommunismus und den Zusammenbruch der UdSSR. Sie konnte die Positionen, die sie bei den Intellektuellen, in der Gewerkschaft und in Wirtschaft und Verwaltung noch hatte, nicht nutzen. Sie verlor die Schlacht des Oktobers, obwohl sie selbst an der Organisation der Streiks in Rouiba [einem großen Industrieort im östlichen Umfeld von Algier, H.E.] beteiligt war. Die trotzkistischen Parteien waren und blieben mitgliederschwache Vereinigungen, die nur hinter der starken Persönlichkeit von Louisa Hanoune existierten. Die PRS von Boudiaf hatte sich nach dem Konflikt über die spanische Sahara aufgelöst. Die FFS erwacht wieder zum Leben, während die MDA von Ben Bella kein Gehör fand. Die MDRA von Krim Belkacem und die PPA der Messalisten dienten nur noch der Bewahrung der Erinnerung an ihre Führer.
 - 27 Auch der Premierminister Ghazali konnte sich nicht verkneifen, sich über diese Parteien bei einer Fernsehdebatte nach der Annullierung des von der vorherigen Regierung verabschiedeten Wahlgesetzes lustig zu machen. Bei dieser Fernsehdebatte war die FIS nicht offiziell als Organisation eingeladen. Ernstzunehmende Persönlichkeiten und Organisationen fehlten oder erhielten nur knapp bemessene Redezeit.

Die Attraktion des politischen Islam: Fallbeispiel Ägypten

Ägypten kann als eines der besterforschten Länder des Nahen und Mittleren Ostens gelten,¹ und auch der ägyptische Islam – und zwar nicht nur der politische, der hier im Vordergrund stehen wird – hat viel Aufmerksamkeit gefunden. Dennoch bleiben wichtige Fragen offen oder umstritten: Sie betreffen die Hintergründe des „islamischen Aufschwungs“ der siebziger und achtziger Jahre, Formen und Mechanismen islamischen Engagements, die soziale Basis und die Perspektiven der islamischen Bewegung(en).² Die Rückbesinnung auf die Religion und der Vormarsch des politischen Islam, die seit den siebziger Jahren fast den gesamten Nahen und Mittleren Osten erfaßt haben, werden allgemein als Symptom einer tiefgreifenden – wenn auch unterschiedlich definierten – Krise der nahöstlichen Gesellschaften verstanden, die das „Scheitern“ der nationalistischen, linken und liberalen Alternativen zum Ausdruck brachte bzw. die jenes Scheitern noch verschärfte. In dieser Krise bieten die Islamisten den Islam (genauer gesagt: ihre Variante eines schrift- und gesetzesbezogenen Islam) als Lösung aller Probleme. Von der Durchsetzung der Scharia, der islamischen Rechts- und Werteordnung, erwarten sie die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit, kultureller Eigenständigkeit und kollektiver Stärke. Hinter der Krisenthese steht, wenn sie von Kritikern der Bewegung vorgetragen wird, letztlich die Annahme, der politische Islam sei ein Krankheitssymptom – in der Tat „heilt“ aus islamistischer Sicht der Islam die Krankheiten der Gesellschaft –, eine Abweichung, unnatürlich, anormal.³ Das mag für gewalttätige Gruppen richtig sein. Aber gilt es auch für die gemäßigten? Warum sollte ein muslimischer Mittelständler, Lehrer, Angestellter zur Begründung seiner Anliegen nicht ebenso auf den Fundus religiöser Sprache und Symbolik zurückgreifen, wie dies ein christlicher Arbeitnehmer oder Unternehmer tut?

1. Islam und Islamismus in Ägypten

Der ägyptische Islam hat viele Gesichter. Er ist in der Mehrheit unpolitisch – den größten Anhang haben nach wie vor nicht Gruppen wie al-Jihad oder die

Muslimbrüder, sondern mystisch orientierte Sufi-Bruderschaften⁴ –, und auch der politische Islam ist nicht auf einen mehr oder minder militanten Fundamentalismus zu reduzieren. Als Bestandteil der Kultur (auch der politischen Kultur) ist Religion in Ägypten eine Selbstverständlichkeit. Die überwältigende Mehrheit der Ägypter, und zwar Muslime wie Christen, wird sich als gläubig bezeichnen. Das heißt nicht, daß sie die religiösen Pflichten immer vorschriftsmäßig erfüllen oder ihr gesamtes Tun und Denken nach den Lehren ihres Glaubens ausrichten. Islamisten unterscheiden sich von „normalen Muslimen“, in dem sie den Islam nicht nur als Gesamtheit religiöser und sittlicher Normen und Verhaltensweisen verstehen, sondern als gesellschafts-politisches Programm, das konkrete rechtliche und wirtschaftliche Bestimmungen umfaßt (Anwendung der zivil- und strafrechtlichen Normen der Scharia).

Die geistigen Wurzeln der zeitgenössischen islamischen Bewegung liegen in der kulturellen und religiösen Reformbewegung der Jahrhundertwende (Salafiyya und Nahda), die von Persönlichkeiten wie Jamal ad-Din al-Afghani (1839-97), Muhammad 'Abduh (1849-1905) und Rashid Rida (1865-1935) geprägt wurde, über Jahrzehnte allerdings keine nennenswerte gesellschaftliche Resonanz fand. In der „liberalen Ära“ der zwanziger und dreißiger Jahre verlor der Islam zwar keineswegs seine soziale und kulturelle Bedeutung für die ägyptische Gesellschaft; er bestimmte aber nicht das politische Geschehen und die Ideologie der dominierenden politischen Kräfte. In den dreißiger Jahren traten politische islamische Organisationen auf, die bis Ende der vierziger Jahre eine breite Massenbasis gewannen und sich rasch über Ägypten hinaus in der arabischen Welt ausbreiteten. Die größte Bedeutung erlangte die 1928 von Hassan al-Banna (1906-49), einem angehenden Lehrer, gegründete Gemeinschaft der Muslimbrüder (jama'at al-ikhwan al-muslimin). Wenn es richtig ist, daß die Muslimbruderschaft Ende der vierziger Jahre bei einer Gesamtbevölkerung von rund 19 Mio. etwa 1 Mio. Mitglieder und Sympathisanten hatte,⁵ dann lag ihr prozentualer Anteil an der ägyptischen Bevölkerung mit fast fünf Prozent wohl mindestens ebenso hoch wie in den siebziger, achtziger und frühen neunziger Jahren, möglicherweise sogar weit höher. Dennoch – und das müßte noch befriedigend erklärt werden – vermochte sie sich ebenso wenig zu behaupten wie die Nationalbewegung des Wafd, als die Freien Offiziere nach dem Putsch vom Juli 1952 den Kampf um die Macht aufnahmen. In zwei großen Wellen wurde die Organisation der Muslimbruderschaft 1954 und 1965 zerschlagen – die Bewegung der Muslimbrüder allerdings, wie sich nach Nassers Tod zeigen sollte, nicht dauerhaft zerstört.⁶

Die Entwicklung der sechziger Jahre ist, von Gefängnisberichten und Memoiren abgesehen, die noch systematisch auszuwerten wären, schlecht

dokumentiert und erforscht. Die Erinnerung an die „große Heimsuchung“ (al-mihna) der Nasser-Zeit ist in der islamischen Bewegung weit über Ägypten hinaus auf jeden Fall lebendig. Unterdrückung, Haft, Folter oder Exil radikalisierten weite Teile der Bewegung, vor allem, wie es scheint (aber nicht umfassend belegt ist), die jüngeren Aktivisten. Sie fanden Inspiration in dem Werk des 1966 hingerichteten Muslimbruders Sayyid Qutb, namentlich seiner 1964 vom Gefängnis aus verbreiteten Schrift ‚Wegmarkierungen‘ (ma’alim fi t-tariq). Qutb propagierte den kompromißlosen Kampf (Jihad) einer revolutionären Avantgarde wahrer Gläubiger gegen ein Regime, das sich die alleinige Souveränität Gottes (hakimiyya) angemahnt, die Scharia durch Gesetze menschlichen, noch dazu nicht-islamischen Ursprungs verdrängt und die Gesellschaft damit in die vorislamische Zeit der „Jahiliyya“, der Unkenntnis und Leugnung des Islam, zurückversetzt hatte.⁷ Der Weg zur Militanz war von Qutb theoretisch vorgezeichnet, jedoch keineswegs zwangsläufig.

Die arabische Niederlage im Junikrieg von 1967 diskreditierte den arabischen Sozialismus und schwächte die panarabische Bewegung, die im wahrsten Sinne des Wortes „abgewirtschaftet“ hatten. Auf das Debakel von 1967 verweisen all diejenigen, die vom Scheitern fremder, unislamischer („unauthentischer“) Ideologien sprechen. Die iranische Revolution hatte in Ägypten mit seinem dichten Netz islamischer Vereinigungen und Einrichtungen im übrigen nur begrenzte Wirkung. Die Haltung islamischer Aktivisten zur Revolution kann geradezu als Musterbeispiel für die politischen Differenzen innerhalb des islamischen Lagers dienen.⁸

Nach Nassers Tod im September 1970 übernahmen seine Nachfolger Anwar as-Sadat (1970-81) und Husni Mubarak (seit 1981) unterschiedliche Strategien der Wirtschafts-, Außen- und Sicherheitspolitik. Ihre innen- und religionspolitische Linie hingegen wies große Ähnlichkeiten auf – auch in ihren Ambivalenzen und Widersprüchen. Der Tübinger Politologe Peter Pawelka sieht Ägypten als typischen „Semirentier“, in dem der Staat die von außen zufließende Rente nicht monopolisieren kann, sie vielmehr mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und Kräften teilen muß („Rentenstreunung“).⁹ Sowohl unter Sadat wie unter Mubarak hielt sich die politische Öffnung („Demokratisierung“) jedoch in engen Grenzen; sie tastete die Pfeiler staatlicher Macht (Präsidentschaft, Bürokratie, Armee und Sicherheitsapparat) nicht an. Gewerkschaften stehen weiterhin unter strikter staatlicher Kontrolle, Streiks sind ungesetzlich.¹⁰ Die Parteien – 1995 sind 13 Parteien beim Innenministerium registriert – sind in der Gesellschaft kaum verankert.¹¹ Die Linke, die sich um die ‚Tajammu‘-Partei und verschiedene neo-nasseristische Parteien gruppiert, wurde unter Sadat entscheidend geschwächt. Soweit ihre Basis überhaupt erkennbar ist, liegt sie bei Intellektuellen (die nicht

Die Attraktion des politischen Islam: Fallbeispiel Ägypten

geschlossen zum Islamismus übergetreten sind), Industriearbeitern und Angestellten des öffentlichen Sektors, die von den nasseristischen Reformen profitierten. Die liberal-konservative Neo-Wafd-Partei genießt Unterstützung im städtischen wie im ländlichen Sektor, kann mit der Partei des Präsidenten, der National-Demokratischen Partei, hinsichtlich Organisation, Patronage und Zugang zur Öffentlichkeit aber nicht konkurrieren.

Unter Mubarak entfaltete sich in den achtziger Jahren das Vereinswesen. Bis 1991 stieg die Zahl nichtstaatlicher Vereinigungen auf rund 11 360 (1960 waren es 3195, in den siebziger Jahren kamen 3165 neue hinzu, in den achtziger Jahren 3946). Nicht zu vernachlässigen ist dabei ausländische Unterstützung (auch finanzieller Art), da die internationalen Kreditgeber zur Förderung von Marktwirtschaft und Demokratie auf eine Stärkung des Privatsektors und der Zivilgesellschaft drängen.¹² Die Handlungsfreiheit der Berufsvereinigungen, Menschenrechtsgruppen, Bürgerinitiativen, Nachbarschafts- und Selbsthilfegruppen ist jedoch begrenzt.¹³ Die besten Chancen autonomer Betätigung bietet auch in Ägypten das weitgefächerte Netz religiöser Einrichtungen – neben den islamischen im übrigen auch die christlich-koptischen.¹⁴ Auch hier kommt der Moschee als potentiellm Freiraum gesellschaftlicher und politischer Betätigung eine zentrale Rolle zu.¹⁵ 1991 präsentierte sich mehr als ein Viertel (27,6 Prozent) aller eingetragenen Vereine unter „islamischem“ Vorzeichen.¹⁶ Die große Mehrheit dürfte allerdings keine im engeren Sinn politischen Interessen verfolgen.

Ähnliches gilt für den sog. islamischen Wirtschaftssektor, der in den achtziger Jahren im gesamten Nahen und Mittleren Osten expandierte, sich allerdings aus sehr unterschiedlichen Unternehmen zusammensetzt:¹⁷ Zu den großen internationalen Banken wie der Faisal Islamic Bank, die überwiegend von Kapital aus Saudi-Arabien, Kuwait, den Vereinigten Arabischen Emiraten kontrolliert wird, kommen kleinere, lokal begrenzte Unternehmen, die sich im wesentlichen auf Import-/Exporthandel, Bank-, Anlage- und Investmentgeschäfte konzentrieren. „Islamisch“ ist dabei ihre Vermeidung der Zinsnahme und -vergabe, die durch unterschiedliche Formen der Kompensation und Gewinnbeteiligung (mudaraba) ersetzt wird, und die es ihnen erlaubt, sich als (einzige) Vertreter religiös korrekter, „sauberer“ Geschäftspraktiken darzustellen. Ihr Erfolg erklärt sich zum einen aus dieser religiös-moralischen Note, zum anderen aus ihrem nichtstaatlichen Charakter: Viele Angehörige der ländlichen und städtischen Unter- und Mittelschichten würden ihre Ersparnisse prinzipiell keiner staatlichen Institution anvertrauen. Die Hoch-Zeit der Arbeitsmigration war daher nicht umsonst die Blütezeit des islamischen Sektors, der 1988/89 in Teilen zusammenbrach, als die Behörden gegen illegale Praktiken einzelner Investmentgesellschaften voringen. Nur weni-

gen der großen „islamischen“ Unternehmen von ar-Rayyan über Sa'd und al-Huda Misr bis al-Sharif konnten Kontakte zum politischen Islam nachgewiesen werden. Die Mehrzahl ist ausschließlich am geschäftlichen Erfolg orientiert, der ein gewisses Maß innerer und regionaler Stabilität voraussetzt; sie hat kein Interesse an der Zunahme innergesellschaftlichen Protestes, und sei er auch islamisch formuliert.

Die rasche Expansion des islamischen Sektors in Wirtschaft und Zivilgesellschaft und der Aufschwung politischer islamischer Gruppierungen stellte den Staat vor neue Herausforderungen, denen er bis in die frühen neunziger Jahre mit einer Doppelstrategie begegnete: Versuch der Legitimation durch den Islam und Kontrolle der organisierten islamischen Bewegung. Die Forderungen der Islamisten wurden insoweit aufgegriffen, als sie die staatliche Kontrolle über Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nicht unmittelbar in Frage stellten, die Träger der islamischen Botschaft hingegen entweder auf individueller Basis kooptiert und in kontrollierbare Bahnen gelenkt, oder aber ausgegrenzt und verfolgt haben. Der Ausnahmezustand, der nur im Sommer vor Sadats Ermordung einmal kurzfristig außer Kraft gesetzt worden war, und weitreichende Notstandsgesetze gaben dazu jede Handhabe. Zugeständnisse machte die Regierung bei der Anpassung des Ehe- und Familienrechts an traditionelle muslimische Vorstellungen, beim Alkoholverbot, der Zensur religionskritischer Literatur und Kunst; das religiöse Angebot in den staatlichen Medien, Radio, Fernsehen und sog. nationaler Presse wurde erheblich ausgeweitet.

2. Die Krise von Wirtschaft und Gesellschaft

Daß sich die ägyptische Volkswirtschaft in einer strukturellen Krise befindet, ist nicht neu. Seit den sechziger Jahren werden die Grundprobleme benannt: rasches Bevölkerungswachstum bei eng begrenzten Ressourcen (landwirtschaftliche Nutzfläche, Wasser), massiver Druck auf Wohnungs- und Arbeitsmarkt, eine lähmende Bürokratie, Korruption. Nach einem Jahrzehnt hoher Wachstumsraten im Zeichen der 1974 eingeleiteten Öffnungspolitik (Infitah) wurde Ägypten Mitte der achtziger Jahre von der regionalen Rezession erfaßt: Sinkende Renteneinnahmen aus Gastarbeiterüberweisungen, Ölverkäufen, Suezkanal-Gebühren und Tourismus schlugen sich in öffentlichen wie privaten Haushalten nieder.¹⁸ Besonders einschneidend wirkte sich der Rückgang der Arbeitsmöglichkeiten in den Ölstaaten aus. Zu den entwicklungshemmenden Faktoren zählt neben der ungleichen Landverteilung (noch immer leben 53 Prozent der Bevölkerung auf dem Land) das hohe Bevölkerungswachstum,

das die Leistungs- und Versorgungsprobleme des Staates auf allen Ebenen verschärft.¹⁹ Zwischen 1960 und 1990 wuchs die Bevölkerung von 26 Mio. auf mehr als das Doppelte. Wie in den meisten arabischen Ländern, sind die Wachstumsraten, die ihren höchsten Stand in den sechziger und nochmals in den achtziger Jahren erreichten, seit Beginn der neunziger Jahre rückläufig (1980-91 ca. 2,5 Prozent pro Jahr; 1991-2000 geschätzt 2,1 Prozent – das bedeutet noch immer rund 1,6 Mio. Geburten pro Jahr und annähernd 450.000 Neuzugänge auf dem Arbeitsmarkt). Etwa 40 Prozent der Bevölkerung sind jünger als 15 Jahre, nur etwa 5 Prozent älter als 60 Jahre. Auch bei sinkenden Zuwachsraten werden die neuen Generationen höhere Ansprüche anmelden, der Leistungs- und Erwartungsdruck also auf absehbare Zeit eher zunehmen.

Die seit Ende der achtziger Jahre implementierten Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank, die das Staatsbudget durch Abbau von Subventionen und Sozialleistungen allgemein, Freigabe der Verbraucherpreise, Abbau der Bürokratie und Privatisierung von Staatsunternehmen sanieren sollen, treffen zumindest in einer ersten Phase die lohnabhängige städtische Mittelschicht und die städtischen und ländlichen Unterschichten am härtesten. Seit Mitte der achtziger Jahre, noch genauer seit 1991, wird eine Zunahme der Armut registriert: Ein Viertel bis ein Drittel der ägyptischen Bevölkerung (15-20 von rund 60 Mio. Einwohnern) lebt zu Beginn der neunziger Jahre unter der Armutsgrenze.²⁰ Betroffen sind nicht nur Kleinbauern, Pächter, landlose Bauern und Landarbeiter, die schon die nasseristische Agrarreform vernachlässigt hatte. Armut bedroht zusehends die lohnabhängige städtische Mittelschicht (öffentliche Bedienstete, Lehrer, Akademiker), die nicht nur eine Verschlechterung ihrer Gehälter erfahren, die mit den steigenden Preisen (und Erwartungen) nicht länger Schritt halten. Sie erfahren auch einen Statusverlust: Während die wirtschaftliche Liberalisierung Geschäftemachern jeder Art erlaubte, in kurzer Zeit sehr viel Geld zu verdienen, verloren ihre akademischen Qualifikationen an Bedeutung. Sie sichern ihnen nicht länger ein gesichertes Einkommen – die Arbeitslosigkeit unter Akademikern ist hoch.²¹ Sekundar- und Hochschulabsolventen haben wenig Aussicht auf eine gesicherte Anstellung – und einen angesehenen Platz in der Gesellschaft.

Es liegt nahe, eine Korrelation von (alter und neuer) Armut und islamischem Protest anzunehmen: Seine Schwerpunkte liegen in eben den überwiegend agrarischen Provinzen Oberägyptens und des Deltas sowie in den städtischen Ballungsgebieten von Kairo und Alexandria, in denen die Armut am höchsten ist. Am marokkanischen Beispiel hat der Soziologe Jamal Zyadi die Orientierungslosigkeit und Verstörung gerade neu urbanisierter Menschen beschrieben, denen islamische Gruppen und Einrichtungen ein Gefühl von Gebergherheit, Vertrautheit, Sinn und nicht zuletzt Selbstachtung verschaf-

fen.²² In den späten siebziger Jahren übernahmen Islamisten unterschiedlicher Couleur an den meisten Fakultäten die studentischen Vertretungen,²³ in den achtziger und frühen neunziger Jahren folgten die Berufsvereinigungen des akaderaichen Mittelstandes.²⁴ Offener Protest, auch unter religiösem Vorzeichen, ist allerdings eher die Ausnahme. Die sog. Brotrevolten, die von den ausgehenden siebziger Jahren an eine Reihe arabischer Staaten von Ägypten (Januar 1977) über Tunesien (Januar 1984), Algerien (Oktober 1988), Marokko und Jordanien (April 1989) erschütterten, waren nicht von islamischen Gruppen gesteuert, scheinen vielmehr spontan ausgebrochen und anfänglich kaum koordiniert gewesen zu sein.²⁵ Ein großer Teil der Bevölkerung mag mit der Regierung (dem Präsidenten) unzufrieden sein. Sie mißtraut dem Staat und seinen Parolen, sie verweigert sich staatlichen Initiativen und zieht sich auf private Bezugsnetze traditioneller oder moderner Art zurück. Politisch aktiv wird nur eine kleine Minderheit – auch in islamischen Gruppen.

3. Islamische Alternativen

Die verschiedenen Gruppen und Persönlichkeiten des islamischen Lagers verfolgen ein gemeinsames Ziel: Sie wollen die Scharia als alleingültige Rechts- und Werteordnung durchsetzen und Ägypten in eine islamische Republik umwandeln – wenn auch nicht iranischen Musters. Dabei haben sie im einzelnen durchaus unterschiedliche Vorstellungen davon, wie die Scharia interpretiert und wie die islamische Ordnung (annizam al-islami) gestaltet werden soll. Deutliche Unterschiede zeigen sich in Fragen der Strategie sowie der sozialen Verankerung und Programmatik einzelner Gruppierungen. Im Hinblick auf ihre Einstellung zur bestehenden Ordnung, zum politischen Gegner und zur Legitimität, wenn nicht Notwendigkeit gewaltsamen Widerstands (Jihad) lassen sich zwei Richtungen erkennen: eine gemäßigte oder, vorsichtiger ausgedrückt, eine pragmatische und eine militante Richtung. Als Kriterium dient nicht ihre Haltung in außenpolitischen Fragen, sondern ihre innenpolitische Strategie.²⁶ Ein gemäßigter, prinzipiell gewaltfreier Kurs im Innern kann, wie sich noch deutlicher am Beispiel der palästinensischen Hamas und der jordanischen Muslimbruderschaft zeigen ließe, durchaus mit einer harten Ablehnung Israels, der USA und des Westens generell zusammenfallen. Im übrigen äußern sich auch prominente Sprecher des „gemäßigten Lagers“ – ein Musterbeispiel ist Scheich Muhammad al-Ghazali – hochgradig intolerant gegenüber linken, liberalen und säkularistischen Kritikern des politischen Islam, denen sie Feindschaft gegenüber dem Islam schlechthin unterstellen.²⁷

Die Attraktion des politischen Islam: Fallbeispiel Ägypten

Die Entscheidung für oder gegen Gewalt ist zu einem gewissen Grad mit historischen Erfahrungen zu erklären (im konkreten Fall der nasseristischen Verfolgung, auch wenn sie nicht persönlich erlebt wurde), also aus der Wechselwirkung von Theorie und Praxis, Anspruch und Wirklichkeit erwachsen.²⁸ Zu klären bleibt, inwieweit sie Weltsicht und Interessen bestimmter sozialer Schichten und/oder Altersgruppen widerspiegelt. Die Datenlage erlaubt hier nur mehr oder weniger einleuchtende Vermutungen („educated guesses“), denn von Wahlergebnissen auf lokaler und nationaler Ebene, aus Studenten- und Berufsvertretungen abgesehen, stützt sich die Forschung weitgehend auf Daten der sechziger und siebziger Jahre.²⁹

In den achtziger und neunziger Jahren zählen zur „gemäßigten“ Strömung nicht nur die Sprecher des sog. offiziellen Islam – Rechtsgelehrte der Azhar-Universität, vom Staat bezahlte Prediger usw. –, sondern auch der islamischen Opposition: Muslimbrüder, Teile der, soweit man erkennen kann, stark aufgesplitterten „Islamischen Gemeinschaften“ und unabhängige, d.h. nicht organisierte Prediger, Gelehrte und Intellektuelle. Tendenziell scheint es sich um Angehörige der städtischen Mittelschicht mittleren und höheren Alters zu handeln, einige von ihnen nicht nur gebildet, sondern auch vermögend, die nicht auf Grund von Armut zum politischen Islam gestoßen sind, und die an gewaltsamen Konfrontationen kein Interesse haben. Sie halten die gegebene Ordnung für reformierbar, befürworten einen Marsch durch die Institutionen und lehnen die Anwendung von Gewalt ab, wenn sie sich nicht als defensiv charakterisieren läßt (eine dehnbare Formel natürlich). Eine militante, zu allem entschlossene Minderheit hingegen – der Hauptstrom der Islamischen Gemeinschaften, verschiedene Untergrundorganisationen und einzelne Prediger – verweigert jegliche Zusammenarbeit mit dem als unislamisch (kafir, jahili) und illegitim verurteilten System und sieht Gewalt als einziges Mittel gegen die Unterdrückung „des Islam“ (d.h. der islamischen Opposition). Sie will die Macht. Die Militanten sind – das wird kaum erstaunen – im großen und ganzen jünger, schwächer in die bestehenden Strukturen integriert, dabei aber vielfach akademisch gut qualifiziert. Die Grenze zwischen pragmatischen und radikalen Gruppen und Positionen ist nicht immer scharf zu ziehen, sie fluktuiert und wird von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (an erster Stelle der Zu- und Abnahme staatlicher Repression) beeinflusst. Islamisten mögen abstrakt argumentieren, mit alleiniger Berufung auf die ewiggöttlichen Werte des Islam. Ihre Strategie ist selbstverständlich ebenso von ihrem politischen Umfeld bestimmt wie die anderer politischer Kräfte.

Zwischen einzelnen Gruppen und Persönlichkeiten des islamischen Lagers bestehen ohne Zweifel Querverbindungen ideologischer, persönlicher

und finanzieller Art. Beziehungen (Patronageverhältnisse) bestehen auch zu auswärtigen Mächten – in den achtziger und neunziger Jahren vor allem Iran, Saudi-Arabien, Sudan –, die über die islamische Karte ihren regionalen Einfluß vergrößern wollen. Im Falle Ägyptens haben Saudi-Arabien und die kleineren arabischen Golfstaaten besonderes Gewicht, die nach 1967 die Rückkehr zu konservativen Werten im allgemeinen und zum Islam – ihrer Version des Islam – im besonderen propagierten. Den von Saudis und Kuwaitis repräsentierten „Petro-Islam“³⁰ lernten nicht nur exilierte Muslimbrüder kennen, sondern auch Hunderttausende ägyptischer Auslandsarbeiter, für die sich der von Saudis und Kuwaitis praktizierte, sozial konservative Islam mit der Vorstellung höchsten Wohlstands verband³¹ – „Renten-Islam“ gewissermaßen. Auch großzügige finanzielle Unterstützung bewahrte die Ölmonarchien, wie die Golfkrise von 1990/91 erneut zeigte, keineswegs vor Kritik aus islamischen Reihen.³² Soweit überhaupt Klarheit zu gewinnen ist, verdankt die islamische Bewegung ihre Präsenz und Stärke vorrangig nicht externer Finanzhilfe, sondern den Beiträgen und Spenden finanzkräftiger Mitglieder im In- und Ausland, deren Netz sich gerade in den Zeiten der Verfolgung ausweitete.³³

Ogleich verlässliche Daten über Finanzen, Logistik, Ausbildung islamischer Aktivisten (namentlich ehemaliger Afghanistankämpfer, Mujahedin) u.a.m. nicht vorliegen, spricht wenig für die Existenz einer „Islamischen Internationale“, die dem diffusen Geflecht islamischer Gruppen und Aktivisten – französischsprachige Autoren sprechen von einer „nébuleuse islamique“, einem „islamischen Nebelgespinnst“ – eine einheitliche Form und Führung geben könnte.³⁴ Die Islamisten haben ein gemeinsames Ziel und vielfach gemeinsame Gegner, und sie berufen sich auf ein und dasselbe Wertesystem. Aber sie konkurrieren zugleich um Einfluß innerhalb der islamischen Strömung und der Gesellschaft als Ganzer. In Ägypten ist es selbst zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Muslimbrüdern, Islamischen Gemeinschaften und sonstigen militanten Gruppen gekommen, die um die Kontrolle einzelner Moscheen, Stadtviertel, islamischer Einrichtungen (z.B. Zakat-Komitees) und deren Ressourcen kämpften.³⁵

3.1. Militante Gruppen

Während Teile der islamischen Bewegung unter Sadat und Mubarak ihren Platz im System suchten, verweigerten andere den Marsch durch die Institutionen. Für sie hatte Qutbs Analyse nichts von ihrer Stichhaltigkeit eingeüßt. Zwar hatte Sadat 1980 die Verfassung von 1971 dahingehend ändern lassen, daß „die“ (alicerdings nicht präzisierten) „Prinzipien der Scharia“ zur „Haupt-

quelle“ der ägyptischen Gesetzgebung erhoben wurden, doch folgte dem auch unter Mubarak keine systematische Islamisierung des ägyptischen Rechts. Für die Islamisten folgte daraus die religiöse Pflicht, den „Herrscher“, wenn nicht die Gesellschaft insgesamt als Apostaten und Ungläubige zu bekämpfen. Sie kritisierten zugleich die Grundpfeiler der staatlichen Wirtschafts- und Außenpolitik: ökonomische Liberalisierung (Infitah), Zusammenarbeit mit den USA, Frieden mit Israel.

In den achtziger und neunziger Jahren zählen zur militanten Richtung der Hauptstrom der Islamischen Gemeinschaften (al-jama'at al-islamiyya), die in den frühen siebziger Jahren zunächst von den Behörden geduldet, wenn nicht gefördert, 1979 aber verboten worden waren. Mittlerweile dient die Bezeichnung als Oberbegriff für verschiedene, nicht notwendigerweise koordinierte Untergrundorganisationen.³⁶ Hinzu kommen Geheimorganisationen wie at-Takfir wal-Hijra oder al-Jihad und einzelne prominente Prediger wie die Scheichs Kishk, Mahallawi oder ,Umar ,Abd ar-Rahman, deren Einfluß den zahlreicher Azhar-Scheichs bei weitem übertreffen dürfte. Wir kennen allerdings weder die exakte Größe noch die Zusammensetzung nach Alter, sozialer Schicht und regionaler Zugehörigkeit der militanten Gruppen.³⁷ Nach offizieller Darstellung sind sie staatsgefährdend, aber klein und in zweifacher Hinsicht marginal: ihr sozialer Rückhalt beschränkt sich danach auf unterprivilegierte Schichten, und überdies werden sie vom Ausland (Iran, Sudan, saudische Stellen nur mit größerer Zurückhaltung) gesteuert. Seriöse Beobachter rechnen miteinander Zahl von einigen tausend Aktivisten, wobei zwischen aktiven Mitgliedern auf der einen Seite und Sympathisanten auf der anderen nicht immer klar unterschieden werden kann.³⁸

Wie fast alle politischen Bewegungen rekrutieren auch die (militanten) islamischen Gruppen ihre Aktivisten vor allem aus der städtischen unteren Mittelschicht. Insofern ist der oft gemachte Hinweis auf ihre kleinbürgerliche Basis zwar richtig, aber nicht sonderlich erhellend.³⁹ Zur gleichen Zeit ist ein großer Teil dieser städtischen unteren Mittelschicht zwar tiefreligiös (wenn auch nicht unbedingt nach orthodoxen Standards), aber dezidiert unpolitisch.⁴⁰ Die Mechanismen der Rekrutierung hat Saad Eddin Ibrahim prägnant zusammengefaßt: kinship, friendship, worship – Familie, Freundschaft, Gottesdienst.⁴¹ Das klassische Profil eines radikalen islamischen Aktivisten zeigt einen jungen Mann (in nicht wenigen Fällen aber auch eine junge Frau)⁴² unter dreißig Jahren mit einfacher bis gehobener Schulbildung, wobei unter den militanten Gruppen Studenten und Absolventen naturwissenschaftlich-technischer Disziplinen (Ingenieure, Agronomen usw.) – die einen guten Schulabschluß voraussetzen, klare Denkschemata vermitteln (ja/nein, richtig/falsch), Prestige verschaffen und bei generell schlechter Arbeitslage vergleichsweise

gute Anstellungschancen bieten – besonders auffallen. Vernachlässigt wurde in vielen Analysen vielleicht der Faktor Bildung:⁴³ Es sind nicht die Ärmsten der Armen (die arbeiten müssen, statt eine Schule besuchen zu können), und im allgemeinen weder Arbeiter noch Bauern, sondern allenfalls die Kinder in die Stadt abgewanderter Bauern.⁴⁴ Es handelt sich überwiegend um soziale Aufsteiger, die in erster Generation in der Stadt leben, und zwar entweder in Provinzstädten wie Minya, Asyut, Damanhur oder in den Randgebieten der Metropole Kairo ohne gewachsene soziale Bindungen und funktionierende Infrastruktur – den Zonen also, die von der Infitah wenig oder gar nicht profitierten und unter der Strukturanpassung besonders leiden. Dennoch unterstreicht Ibrahim zu recht die Normalität dieser jungen Leute.⁴⁵ Es sind junge Männer und Frauen, die nicht bereit sind, sich mit den bescheidenen Chancen abzufinden, die ihnen das System bietet.

Die verschiedenen, miteinander rivalisierenden Geheimorganisationen sind relativ dezentral auf der Basis einzelner Zellen organisiert.⁴⁶ Trotz massiver staatlicher Verfolgung sind sie bislang nicht ausgeschaltet worden. Im Gegenteil: Im Herbst 1992 eskalierten sie mit Anschlägen auf touristische Einrichtungen und ausländische Besucher ihren Kampf gegen das Regime. Seitdem kontrollieren sie einzelne Bezirke des von Kairo aus nie völlig beherrschten Mittel- und Oberägypten und demonstrieren mit Attentaten auf hohe Staats- und Regierungsvertreter im Herzen der Hauptstadt Kairo selbst ihre Schlagkraft.⁴⁷

Trotz dieser Erfolge ist ihr Rückhalt in der Bevölkerung schwer zu bestimmen: Die radikale Absage an das System erhöht zwar ihre Anziehungskraft als Märtyrer und (einzig echte) Alternative zur bestehenden Ordnung. Aber sie verstößt zugleich gegen traditionelle, religiös formulierte Werte. Auch die militanten Islamisten sind, wie immer wieder angemerkt wurde, „Kinder der Moderne“.⁴⁸ Sie transportieren nicht einfach traditionelle Einstellungen und Verhaltensweisen, schon gar nicht die der ländlichen Bevölkerung – eine Ausnahme macht allerdings ihre patriarchalische Auffassung vom gottgewollten und naturgegebenen Verhältnis zwischen Mann und Frau –, und sie wollen den gelebten Volksislam ausdrücklich nicht bewahren, sondern von allen „Verfälschungen“ reinigen. Auf Ablehnung stoßen ihr Bruch mit Familie und Gesellschaft, vor allem aber ihre Gewaltbereitschaft, die sich nicht zuletzt gegen die christlichen Kopten richtet und damit die vielbeschworene „nationale Einheit“ von Muslimen und Kopten in Gefahr bringt, die mit Stolz als ägyptische Eigenheit gesehen wird. Ihre Anschläge auf touristische Einrichtungen und ausländische Besucher verletzen die ökonomischen Interessen einer breiten Mittelschicht einschließlich vieler Vertreter einer gemäßigten islamischen Linie. Die Gewaltakte der Radikalen und die Vorbehalte weiter

Bevölkerungskreise erlauben es dem Staat, sich als den wahren Verteidiger religiöser und nationaler Werte darzustellen. Sie bestärken die autoritären Tendenzen in Regierung, Bürokratie und staatstragender Schicht, die mit Berufung auf die fundamentalistische Bedrohung die Ansätze politischer Liberalisierung weiter beschneiden wollen.

3.2. Die gemäßigt-pragmatische Strömung

In der Öffentlichkeit – für die Forschung gilt das nicht in gleicher Weise⁴⁹ – fand die große Zahl derjenigen Aktivisten weniger Aufmerksamkeit, die aus der Erfahrung der Nasser-Zeit die Lehre zogen, daß die direkte Konfrontation mit einem übermächtigen Staatsapparat selbstzerstörerisch und im Interesse des Islam und der islamischen Bewegung nicht zu verantworten sei. Sie kehrten daher unter Sadat zur Strategie der kleinen Schritte zurück (tadarruj) und setzten auf die langfristig angelegte Erziehungs- und Überzeugungsarbeit, die eine Reform von unten anstelle der gewaltsamen Revolution von oben anstrebte. Die Eskalation religiös legitimierter Gewalt und staatlicher Gegen Gewalt bringt sie freilich in eine schwierige Lage: Sie distanzieren sich von den im Namen des Islam verübten Gewaltakten, die im übrigen ihren eigenen politischen und ökonomischen Interessen zuwiderlaufen. Ihre Rolle als Sprecher des wahren, richtigen Islam, der gegenüber einer prinzipiell gutwilligen, in religiösen Dingen aber unwissenden und irregeleiteten Jugend Geduld, Vernunft und ein rechtes Augenmaß annimmt, stärkt tendenziell ihre Position gegenüber der Regierung. Aber sie macht sie auch angreifbar, denn während die einen ihnen allzu großes Verständnis, wenn nicht klammheimliche Unterstützung für die „Extremisten“ unterstellen, beschuldigen sie die anderen der Kollaboration mit dem Staatsapparat und des Verrats am Islam.

Über die inneren Strukturen, Flügel, Patronagenetze und Debatten der neu aufgebauten, aber nach wie vor illegalen Muslimbruderschaft, die in der Forschung gelegentlich als „Neue Muslimbruderschaft“ bezeichnet wird, ist wenig bekannt. Bis in die sechziger Jahre rekrutierte auch die Muslimbruderschaft – wenn die Angaben über die 1954 und 1965 Verhafteten aussagekräftig sind – ihre Mitglieder aus der städtischen Mittelschicht; unter Bauern und Arbeitern besaß sie so gut wie keinen Rückhalt.⁵⁰ Einzelne Hinweise auf die Mitglieder der Führungsriege deuten darauf hin, daß sie von den siebziger Jahren an eine Basis im Infitah-Bürgertum erwarb: sozial konservativ, vermögend, keinesfalls marginal und mit manifestem Interesse an Erhalt und Ausbau des liberalen Wirtschaftskurses.⁵¹ Ihre sozialen und wirtschaftlichen Vorstellungen lassen sich am besten als soziale Marktwirtschaft islamischer Inspiration beschreiben, die gekennzeichnet ist durch

Anerkennung von Privateigentum und sozialen Unterschieden, Verteilungsgerechtigkeit, Almosensteuer (Zakat), Verbot von Zinsnahme und Wucher, islamisches Versicherungswesen u.ä.m.⁵² Angaben zur Basis, soweit sie über die der Muslimbruderschaft nahestehenden mittelständischen Berufsvereinigungen hinausgeht, fehlen fast völlig. Die Muslimbruderschaft erscheint gewissermaßen als Haupt ohne Glieder.

Wahlergebnisse von Kommunal- und Parlamentswahlen vermitteln auf Grund staatlicher Manipulation, die von der Ziehung der Wahlkreise bis zur direkten Einmischung reicht, keine verlässlichen Daten über den sozialen und regionalen Rückhalt einzelner politischer Gruppierungen. Das gilt auch für die Islamisten. In verschiedenen nächstlichen Staaten von Marokko bis zur Türkei errangen islamische Kandidaten seit den achtziger Jahren im Durchschnitt maximal 20 Prozent der Stimmen (Ausnahmen: Algerien 1990/91, Kuwait 1992), blieben also weit davon entfernt, eine Mehrheit für sich einzunehmen. Bei den ägyptischen Parlamentswahlen vom April 1984 gewannen Muslimbrüder und Vertreter der Islamischen Gemeinschaften, die auf den Wahllisten der national-liberalen Wafd-Partei kandidierten, da ihre eigenen Gruppierungen nicht zugelassen waren, etwa 8 Prozent der Stimmen (die Liste insgesamt erzielte 15,1 Prozent der Stimmen und 58 von 390 gewählten Mandaten). Ihr Anteil stieg auf rund 14 Prozent und 35 Abgeordnete, als sie bei den Parlamentswahlen vom Mai 1987 eine gemeinsame Liste („Islamisches Bündnis“) mit zwei schwächeren Parteien bildeten (insgesamt 17 Prozent der Stimmen, 56 von 400 gewählten Mandaten). Die Parlamentswahlen vom November 1990 boykottierten sie gemeinsam mit den meisten Oppositionsparteien aus Protest gegen unfaire Bedingungen und staatliche Manipulation.⁵³

Ist die islamische Bewegung auf parlamentarischer und kommunaler Ebene auf Grund staatlicher Eingriffe insgesamt wohl unterrepräsentiert, so gilt das nicht für die Berufsvereinigungen des (städtischen) Mittelstandes. Dank überlegener Organisation und dem Engagement einer hochmotivierten Mitgliederschaft errangen islamistische Kandidaten von den achtziger Jahren an die Mehrheit in den Vereinigungen der Ärzte und Apotheker, Ingenieure, Professoren und im September 1992 schließlich auch der politisch besonders profilierten Anwälte.⁵⁴ Gerade in dem Sektor, der Zivilgesellschaft par excellence repräsentiert, deren Vitalität wiederum als Grundvoraussetzung für eine tragfähige demokratische Entwicklung gilt, findet die islamische Bewegung ein starkes Echo. Nun grassiert auch unter Ingenieuren und Ärzten die Arbeitslosigkeit; gerade Akademiker sind, vor allem, wenn im staatlichen Sektor beschäftigt, in den Zeiten der Strukturanpassung von Status- und Einkommensverlust bedroht. Die Islamisten bieten jedoch mehr als Gebar-

Die Attraktion des politischen Islam: Fallbeispiel Ägypten

genheit, Sinn und die Utopie einer konfliktfrei-harmonischen Gesellschaft, in der Recht, Ordnung, Disziplin und Klarheit herrschen. Sie überzeugen durch Leistungen für ihre jeweilige Interessengruppe. Es darf daher bezweifelt werden, daß das „Gesetz zur Sicherung der Demokratie in den Berufsverbänden“ vom Februar 1992 die Islamisten wie gewünscht aus dem Herzen der Zivilgesellschaft verdrängt.⁵⁵

4. Ausblicke

Reformer, die mit Berufung auf die Fundamente der Religion gegen das vorgingen, was sie als Verzerrung und Verfälschung des reinen Islam der idealisierten Frühzeit ansahen – Luxus, Korruption, Unmoral, mangelnder Glaubenseifer, Schwäche gegenüber dem äußeren Feind –, hat es die gesamte islamische Geschichte hindurch gegeben, lange vor der Begegnung mit dem europäischen Kolonialismus. Gewandelt haben sich natürlich ihr gesellschaftliches Umfeld und die Mißstände (oder was sie dafür hielten), gegen die sie sich wandten; gewandelt hat sich auch ihr soziales Profil. In den achtziger und neunziger Jahren reicht die islamische Strömung Ägyptens von religiösen Wohltätigkeits- und Bildungseinrichtungen bis zu islamischen Banken, Anlagengeldern, Import- und Exportfirmen, von liberalen Intellektuellen, die den modernistischen Ansatz ‚Abduhs weiterführen möchten, bis zu kompromißlosen Eiferern, die jegliche Anpassung an Normen und Konzepte nicht-islamischen Ursprungs verurteilen und den radikalen Bruch mit der eigenen Gesellschaft fordern. Gerade seine Breite macht das islami(sti)sche Phänomen so schwer faßbar.

Die Islamisten präsentieren sich als einzig authentische Alternative zum bestehenden System. Ihr Diskurs der Reinheit, Einheit und Macht, mit dem sie soziale Harmonie, Gerechtigkeit – ein Kernbegriff islamischer Ethik – und moralische Eindeutigkeit an die Stelle von Fragmentierung, Wertewandel und allgegenwärtiger Korruption im moralischen wie ökonomischen Sinn setzen, wirkt bestechend. Mindestens ebenso wichtig wie ihr Image moralischer Ernsthaftigkeit, Integrität (und Unduldsamkeit) sind aber greifbare soziale und materielle Leistungen. Islamische Gruppen und Persönlichkeiten – politische wie unpolitische – bieten nicht nur religiöse Unterweisung, sondern auch Alphabetisierungs- und Computerkurse; sie unterhalten Kliniken, Ambulanzen und Kinderheimstätten, helfen bei der Wohnungs- und Stellensuche, vermitteln Studenten kostenloses Unterrichtsmaterial und Studentinnen preiswerte „islamische“ Kleidung. Damit sind sie in Bereichen engagiert, in denen der Staat nicht ausreichend präsent ist (Beispiel Erdbebenhilfe Oktober 1992)⁵⁶ – wenn auch nicht völlig abwesend: Die aus Ahnosensteuer finanzier-

ten sozialen Leistungen der staatlichen Bank Nasr al-İjtima'ıyya können als Gegenbeispiel dienen.⁵⁷ Der Staat bietet im übrigen für private Initiativen sogar steuerliche Vergünstigungen – um so auffallender der Unterschied zu politischen Gruppierungen des liberalen, linken oder nationalistischen Lagers, bei denen ein vergleichbares soziales Engagement nicht zu erkennen ist. Ob dies staatlicher Behinderung anzulasten ist, die religiös firmierende Initiativen eher gewähren läßt als nicht-religiöse, oder eigenem Versagen, bliebe zu klären.

Anders als oft dargestellt, ist die islamische Strömung in Ägypten keineswegs auf die marginalisierten Schichten ländlicher Neuzuwanderer und halbgebildeter jugendlicher Arbeitsloser begrenzt, unter denen die militanten Gruppen ihren Rückhalt finden. Die Anziehungskraft zumindest der gemäßigten, auf Gewalt verzichtenden islamischen Strömung reicht weit in die gutsituierte und gebildete Mittelschicht hinein. Sie spricht Angestellte, Beamte, Freiberufler und Akademiker, Händler und Unternehmer an, die sich in Berufsverbänden, Interessengruppen und Bürgerinitiativen artikulieren – Inbegriff einer potentiell demokratischen Zivilgesellschaft. Sie steht für die Utopie einer harmonisch ausbalancierten, von islamischer Moral beseelten, aber marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft („für Gerechtigkeit“ und „gegen Korruption“). Im Unterschied zu früheren Jahrzehnten finden islamische Themen und Thesen seit den siebziger Jahren auch unter der kritischen Intelligenz Gehör, die nach der Enttäuschung über den arabischen Sozialismus (der insoweit scheiterte, als er seine eigenen Versprechungen nicht verwirklichen konnte) nach einem neuen „nationalen Projekt“, einer neuen mobilisierenden Kraft sucht.

Damit sind die Islamisten im wahrsten Sinn des Wortes zur tonangebenden Strömung aufgerückt, allerdings – auch dies ist immer wieder zu betonen – nicht zur einzig bedeutsamen intellektuellen und politischen Kraft. Als Ergebnis einer breitgestreuten Präsenz und Aktivität reicht der Einfluß der islamischen Strömung auf Denken und Verhalten ihrer Mitbürger weit über das engere Feld der Politik hinaus. Bassam Tibi verweist zu Recht darauf, daß fundamentalistische (besser wäre wohl: militante) Gruppen in den meisten nahöstlichen Staaten zwar zahlenmäßig weiterhin eine Minderheit bilden, „fundamentalistische“ Einstellungen aber in der ganzen Gesellschaft verbreitet sind und dort für lange Zeit vorherrschen werden.⁵⁸ Soziale und wirtschaftliche Reformen allein werden die Islamisten und die von ihnen vertretenen Denkmuster aus Politik und Öffentlichkeit nicht verdrängen können, auch wenn ihre Fähigkeit, die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Probleme des Landes zu bewältigen, nicht höher sein dürfte als die ihrer Konkurrenten und Vorgänger – aber auch nicht zwingend niedriger.

Die Attraktion des politischen Islam: Fallbeispiel Ägypten

- 1 Zum politischen System Ägyptens vgl. R. Springborg, *Approaches to the Understanding of Egypt*, in: P. Chelkowski/R. J. Pranger (Hrsg.), *Ideology and Power in the Middle East*, Durham, London 1988, S. 137-159.
- 2 Vgl. dazu den exzellenten Beitrag von S. Ben Néfissa-Paris, *Le mouvement associatif égyptien et l'islam. Eléments d'une problématique*, in: *Maghreb-Machrek*, No. 135 (Januar-März 1992), S. 19-36, hier S. 29, 35. A. Roussillon, *Entre al-Jihad et al-Rayyan: Phénoménologie de l'islamisme égyptien*, ebd., No. 127 (Januar-März 1990), S. 17-50, demonstriert die Breite der Bewegung; W. M. Abdelnasser, *The Islamic Movement in Egypt. Perceptions of international relations, 1967-1981*, London/New York 1994, zeigt die Vielzahl „islamischer“ Positionen in außenpolitischen Fragen.
- 3 Kritisch dazu auch V. Perthes, *Die Fiktion des Fundamentalismus. Von der Normalität islamistischer Bewegungen*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 38 (1993) 2, S. 188-200.
- 4 Deren politische Abstinenz besagt selbstverständlich nicht, daß sie keine politische Bedeutung besitzen. Die über den mystisch inspirierten Volksislam ausgeübten Formen sozialer und politischer Kontrolle analysiert E. B. Reeves, *The Hidden Government. Ritual, Clientelism, and Legitimation in Northern Egypt*, Salt Lake City 1990; ferner P.-J. Luizard, *Le role des confréries soufies dans le système politique égyptien*, in: *Maghreb-Machrek*, No. 131 (Januar-März 1991), S. 26-53; grundlegend darüberhinaus M. Gilsenan, *Saint and Sufi in Modern Egypt: An Essay in the Sociology of Religion*, Oxford 1973.
- 5 Diese häufig genannte, wenn auch auffällig runde Zahl geht auf R. P. Mitchell zurück, dessen 1969 veröffentlichte Arbeit (*The Society of the Muslim Brothers*, Neuaufl., Oxford u.a. 1993) noch immer als Standardwerk gilt. Die wachsende Zahl einschlägiger arabischer Studien bietet kaum statistische Daten.
- 6 Vgl. neben Mitchell insbes. O. Carré/G. Michaud, *Les Frères musulmans. Egypte et Syrie (1928-1982)*, Paris 1983; ‚Abdallah Fahd anNafisi (Hrsg.), *al-haraka al-islamiyya: ru'ya mustaqbaliyya. auraq fi n-naqd adh-dhati* [Die islamische Bewegung: Eine perspektivische Sicht. Papiere zur Selbstkritik], Kairo 1989, Kap. 1.
- 7 Vgl. A. S. Mousalli, *Radical Islamic Fundamentalism: The Ideological and Political Discourse of Sayyid Qutb*, Beirut 1992.
- 8 Vgl. eingehend Abdelnasser, *The Islamic Movement* (Anm. 2), S. 65-77; ferner die Beiträge in: J. R. I. Cole/N. R. Keddie (Hrsg.), *Shi'ism and Social Protest*, New Haven/London 1986; M. Kramer (Hrsg.), *Shi'ism, Resistance and Revolution*, Boulder/London 1987; D. Menashri (Hrsg.), *The Iranian Revolution and the Muslim World*, Boulder u.a. 1990.
- 9 *Der Vordere Orient und die Internationale Politik*, Stuttgart u.a. 1993, S. 134ff.
- 10 Entwicklung und Rolle der ägyptischen Gewerkschaften sind vergleichsweise schlecht untersucht; Ansätze bieten R. Bianchi, *Unruly Corporatism. Associational Life in Twentieth-Century Egypt*, New York/Oxford 1989, Kap. 5; A. ‚Abdallah (Hrsg.), *humum misr wa-azmat al-'uqul ash-shaba* [Die Angelegenheiten Ägyptens und die Krise der jungen Intelligenz], Kairo 1994, Kap. 4; für die Vorgeschichte J. Bein/Z. Lockman, *Workers on the Nile*, Princeton 1987, und A. ‚Atif Hasan, *tarikh al-haraka an-niqabiya fi misr* [Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Ägypten], Kairo 1981.
- 11 Vgl. R. A. Hinnebusch Jr., *Egyptian politics under Sadat*, Cambridge u.a. 1985; P. Pawelka, *Herrschaft und Entwicklung im Nahen Osten: Ägypten*, Heidelberg 1985, Kap. 1; G. Krämer, *Ägypten unter Mubarak: Identität und nationales Interesse*, Baden-Baden 1986, Kap. B; R. Springborg, *Mubarak's Egypt. The Fragmentation of the Political Order*, Boulder/London 1989, *passim*.
- 12 Vgl. B. Néfissa-Paris, *Le mouvement associatif* (Anm. 2), S. 27, 33f. M. Zaalouk beschreibt

- den Aufstieg einer von Infatih und USAID genährten „parasitären Agentenklasse“: Power, Class and Foreign Capital in Egypt. The Rise of the New Bourgeoisie, London/New Jersey 1989, S. 11, 79ff; ferner Springborg, Mubarak's Egypt (Anm. 11), Kap. 3. Die (politisch konditionierten) Zuwendungen der westlichen Industrienationen, der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) an Ägypten sind beträchtlich: Die USA leisten rund 2,3 Mrd. US-Dollar jährlicher Wirtschafts- und Militärhilfe, die Europäische Union (1992-96) 780 Mio. US-Dollar Finanzhilfe. Ob sie auch islamischen Initiativen und Einrichtungen zufließen, die, wie immer wieder zu betonen ist, in vielen Fällen politisch nicht engagiert sind, bliebe zu klären. Zur Finanzierung vgl. nochmals unten.
- 13 Vgl. neben B. Néfissa-Paris, *Le mouvement associatif* (Anm. 2), vor allem Bianchi, *Unruly Corporatism* (Anm. 10); M. K. Al-Sayyid, *A Civil Society in Egypt?*, in: *Middle East Journal*, 40 (1993) 2, S. 228-242; sowie G. Krämer, *Staat und Zivilgesellschaft im Nahen und Mittleren Osten: Das Beispiel Ägyptens*, in: E. Gormsen/A. Thimm (Hrsg.), *Zivilgesellschaft und Staat in der Dritten Welt*, Mainz 1992, S. 115-137.
 - 14 Vgl. R. Hatīb, *al-ittijaj ad-dini wa-s-sira' at-tabaqi fi misr* [Religiöser Protest und Klassenkampf in Ägypten], Kairo 1989; ders., *al-ihya' ad-dini, milaff lit-tayyarat al-masihyya wal-islamiyya fi misr* [Der religiöse Aufschwung. Dossier der christlichen und islamischen Strömungen in Ägypten], Kairo 1991.
 - 15 Für Algerien hat dies mustergültig A. Rouadjah gezeigt; *Les frères et la mosquée. Enquête sur le mouvement islamiste en Algérie*, Paris 1990; am Beispiel eines islamischen Predigers im oberägyptischen Minya auch P. Gaffney, *The Prophet's Pulpit. Islamic Preaching in Contemporary Egypt*, Berkeley 1994.
 - 16 B. Néfissa-Paris, *Le mouvement associatif* (Anm. 2), S. 19, 26f.
 - 17 Zum folgenden vgl. Roussillon, *Entre al-Jihad et al-Rayyan*; ders., *Sociétés de placement de fonds et „ouverture économique“*, Kairo 1988 (Dossiers du CEDEJ, No. 3); S. Wippel, *Gott, Geld und Staat. Aufstieg und Niedergang der Islamischen Investmentgesellschaften im Ägypten im Spannungsfeld von Ökonomie, Politik und Religion*, Berlin 1994; Knapp Pawelka, *Der Vordere Orient* (Anm. 11), S. 135-137. Über Ägypten hinaus weisen A. Gärber, *Islam, finanzielle Infrastruktur und wirtschaftliche Entwicklung*, Frankfurt u.a. 1992; C. H. Moore, *Islamic Banks and Competitive Politics in the Arab World and Turkey**, in: *Middle East Journal*, 44 (1990) 2, S. 234-255, sowie O. Mehmet, *Islamic Identity and Development. Studies of the Islamic Periphery*, London, New York 1990; F. Nomani/A. Rahnama, *Islamic Economic Systems*, London, New Jersey 1994.
 - 18 Zur „Krise des Allokationsstaates“ Knapp Pawelka, *Der Vordere Orient* (Anm. 11), S. 109, 132.
 - 19 Vgl. Ph. Fargues, *Demographic Explosion or Social Upheaval?*, in: Gh. Salamé (Hrsg.), *Democracy Without Democrats? The Renewal of Politics in the Muslim World*, London 1994, S. 156-179.
 - 20 Schätzungen von Weltbank, UNDP, UNICEF.
 - 21 Vgl. N. Fergany, *Médecins et ingénieurs sur le marché du travail égyptien*, in: *Maghreb-Machrek*, No. 146 (Okt.-Dez. 1994), S. 40-47.
 - 22 Zit. in: K. Dwyer, *Arab Voices. The Human Rights Debate in the Middle East*, London, New York 1991, S. 137f.
 - 23 Die Wahlergebnisse von 1988/89 analysieren aus islamistischer Sicht, Isam al-'Iryan u.a., *al-intikhabat at-tullabiyya bil-jami'at al-misriyya, 1988-1989* [Die studentischen Wahlen an den ägyptischen Universitäten], Kairo 1989. Allgemeiner hierzu G. Kepel, *Le Prophète et pharaon*, Paris 1984, und A. Abdallah, *al-jami' wal-jami'a. naqd al-islamiyyin wal-muthaqqafin fi misr* [Moschee und Universität. Kritik der Islamisten und der Intellektuellen in Ägypten], Kairo 1994.

Die Attraktion des politischen Islam: Fallbeispiel Ägypten

- 24 Dazu den Abschnitt „Die gemäßigt-pragmatische Strömung“.
- 25 Vgl. M. Tessler, Anger and Governance in the Arab World: Lessons from the Maghrib and Implications for the West, in: *Jerusalem Journal of International Relations*, 13 (1991) 3, S. 7-33; vgl. aber auch G. Denoex, Urban Unrest in the Middle East. A Comparative Study of Informal Networks in Egypt, Iran, and Lebanon, Albany, N.Y. 1993.
- 26 Zur Außenpolitik gründlich Abdelnasser, *The Islamic Movement* (Anm. 2); zur innenpolitischen Strategie G. Krämer, *The Integration of the Integrists: A comparative study of Egypt, Jordan and Tunisia*, in: Salamé (Hrsg.), *Democracy Without Democrats?*, S. 200-226, und dies., *Cross-Links and Double Talk? Islamic Movements in the Political Process*, in: L. Guazzone (Hrsg.), *The Political Role of Islamist Movements in the Arab World* (i.Vorb.).
- 27 S. z.B. N. Kermani, *Die Affäre Abu Zayd. Eine Kritik am religiösen Diskurs und ihre Folgen*, in: *Orient*, 35 (1994) 1, S. 25-49.
- 28 Vgl. hierzu J. Piscatori, *Islam in a World of Nation-States*, Cambridge u.a. 1983.
- 29 Vgl. etwa E. Davis, *Idcology, Social Class and Islamic Radicalism in Modern Egypt*, in: S. A. Arjomand (Hrsg.), *From Nationalism to Revolutionary Islam*, London 1984, S. 134-157, und die unten zit. Titel von Ibrahim (Anm. 37) und Guenena (Anm. 37).
- 30 Der Begriff stammt von dem ägyptischen Islamismus-Kritiker Fu'ad Zakariya (selbst Philosophieprofessor in Kuwait), der die saudische Variante des Islam als fremd und aufgezogen charakterisiert. Er widerspricht der These der Islamisten, die Rückkehr zum Islam der Frühzeit bedeute die Wiedergewinnung kultureller Authentizität; s. seinen Beitrag ‚Säkularisierung – eine historische Notwendigkeit‘, in: M. A. Lüders (Hrsg.), *Der Islam im Aufbruch?*, München/Zürich 1992, S. 228-245.
- 31 So Habib, *al-islam al-ihitijaji*, S. 82ff.
- 32 Auch im Verhältnis ägyptischer Islamisten gegenüber Saudi-Arabien weist Abdelnasser ein breites Spektrum von Einstellungen nach; *The Islamic Movement* (Anm. 2), S. 82-87; ähnlich J. Piscatori (Hrsg.), *Islamic Fundamentalisms and the Gulf Crisis*, Chicago 1991.
- 33 S. die Anmerkungen zur Muslimbruderschaft, unten.
- 34 Dagegen aber D. Khalid, *The „Islamist Internationale“*, in: *Vierteljahresberichte der Friedrich-Ebert-Stiftung*, No. 134 (Dez. 1993), S. 337-345.
- 35 Eingehender dazu H. Mustafā, *al-islam as-siyasi fi mlṣr* [Der politische Islam in Ägypten], Kairo 1992.
- 36 Zu ihnen N. Khouri, *De la mouvance islamiste en général et des Gama'at Islamiya en particulier* (1970-1985). *Essai de lecture sociologique*, in: *Revue Tiers Monde*, No. 121 (Januar-März 1990), S. 57-72; B. Muḥammad Badr, *al-jama'at al-islamiyya fi jami'at mlṣr. ḥaqa'iq wa-watha'iq* [Die Islamischen Gemeinschaften in den ägyptischen Universitäten. Fakten und Dokumente], Kairo 1989.
- 37 Die wichtigsten Daten liefern noch immer S. Eddin Ibrahim, *Anatomy of Egypt's Militant Islamic Groups: Methodological Notes and Preliminary Findings*, in: *International Journal of Middle East Studies*, 12 (1980) 4, S. 423-453; und N. Guenena, *The ‚Jihad‘. An ‚Islamic Alternative‘ in Egypt*, *Cairo Papers in Social Science*, Vol. 9, Monograph 2, 1986; ferner Mustafa, *al-islam as-siyasi*; Rif'at Sayyid Ahmad, *tanzimat al-ghadab al-islami fi s-sab'inat* [Organisation des islamischen Zorns in den siebziger Jahren], Kairo 1989; zu ihrem Weltbild zusätzlich J. J. G. Jansen, *The Creed of Sadat's Assassins and Islamic Resurgence in the Middle East*, New York 1986.
- 38 G. Lobmeyer weist darauf hin, daß nicht selten die punktuelle Aktion eher denn der kontinuierliche Einsatz gefragt ist; *Islamismus und sozialer Konflikt in Syrien*, Berlin 1990 (= *Ethnizität und Gesellschaft, Occasional Papers*, Nr. 26), S. 42, Anm. 86.

- 39 In differenzierter Form bietet ihn M. Riesebrodt, *Fundamentalismus als patriarchalische Protestbewegung*, Tübingen 1990, oder am vorrevolutionären syrischen Beispiel J. Reissner, *Ideologie und Politik der Muslimbrüder Syriens. Von den Wahlen 1947 bis zum Verbot unter Adib as-Sisakli 1952*, Freiburg 1980. Das von Pawelka gezeichnete Profil der neuen, arabisch-sozialistischen Herrschaftsklasse etwa zeigt eben diese soziale Schicht; *Der Vordere Orient* (Anm. 11), S. 75.
- 40 Vgl. z.B. A. Elowe MacLeod, *Accommodating Protest. Working Women, the New Veiling, and Change in Cairo*, New York 1991, S. 38-41.
- 41 *Anatomy*, S. 438ff; jetzt auch M. Sa'd Abu 'Amud, *al-bina' at-tanzimi li-jama'at al-islam as-siyasi fi l-watan al-'arabi wa-ataruh fi s-suluk as-siyasi li-hadhihi l-jama'at (misr ka-hala li-d-dirasa)* [Die Organisation politischer islamischer Vereinigungen in der arabischen Welt und deren Einfluß auf ihr politisches Verhalten. Ägypten als Fallbeispiel], in: *al-Mustaqbal al-'Arabi*, No. 143 (1/1991), S. 21-40.
- 42 Vgl. etwa Guenena, *The 'Jihad'* (Anm. 37), S. 52-70; zum Hintergrund auch S. Zuhur, *Revealing, Reveiling. Islamist Gender Ideology in Contemporary Egypt*, Albany, N.Y. 1992.
- 43 Auf ihn verweist H. Munson, Jr., *The Social Base of Islamic Militancy in Morocco*, in: *Middle East Journal*, 40 (1986) 2, S. 267-284.
- 44 Nachprüfbar Daten hierzu sind rar; vgl. U. M. Kupferschmidt, *Reformist and Militant Islam in Urban and Rural Egypt*, in: *Middle Eastern Studies*, 23 (1987) 4, S. 403ff; für die Zeit vor 1954 auch Beinun/Lockman, *Workers on the Nile* (Anm. 10), Kap. XI.
- 45 *Anatomy*, S. 440.
- 46 Zusammenfassend F. Kogelmann, *Die Islamisten Ägyptens in der Regierungszeit von Anwar as-Sadat (1970-1981)*, Berlin 1994 (= *Islamkundliche Untersuchungen*, Bd. 179), S. 118-138.
- 47 Vgl. G. Krämer, *Die fundamentalistische Bedrohung Ägyptens*, in: *Handbuch Dritte Welt 1994*, München 1993, S. 167-182.
- 48 B. Etienne, *L'islamisme radical*, Paris 1987; N. N. Ayubi, *Political Islam. Religion and Politics in the Arab World*, London, New York 1991, bes. S. 3; S. Zubaida, *Islam, the People and the State*, London/New York 1989, Einleitung.
- 49 Literaturhinweise bei Krämer, *The Integration* (Anm. 26).
- 50 Vgl. die zit. Titel von Davis (Anm. 29), Kupferschmidt (Anm. 44) und Beinun/Lockman (Anm. 10).
- 51 Vgl. Springborg, *Mubarak's Egypt* (Anm. 11).
- 52 Vgl. die in der ägyptischen Oppositionspresse veröffentlichten Wahlprogramme von 1984 und 1987 sowie die umfangreichen, aber moralisierend-unpräzisen Abhandlungen des Muslimbruders J. al-Banna: *bayyan ramadan* [Die Ramadan-Erklärung], Kairo 1987; *al-islam huwa al-hall* [Der Islam ist die Lösung], Kairo 1988; *al-barnamij al-islami* [Das islamische Programm], Kairo 1991. Für die Militanten s. Davis (Anm. 29) und in Anm. 37 zit. Titel von Ibrahim, Guenena, Jansen und Mustafa.
- 53 Wahlartanalysen in der französischen Zeitschrift ‚Monde arabe. Maghreb-Machrek‘ vermitteln ausgezeichnete Einblicke in Verlauf, Ergebnis und Problematik der nahöstlichen Liberalisierungsprozesse; vgl. für Ägypten I. Farag, *Le politique à l'égyptienne. Lecture des élections législatives*, No. 133 (Juli-September 1991), S. 19-23; Überblick bei Krämer, *Cross-Links* (Anm. 26).
- 54 Zum folgenden Bianchi, *Unruly Corporatism* (Anm. 10), Kap. 4 und 6; A. Qandil, *L'évolution du rôle des islamistes dans les syndicats professionnels égyptiens*, in: B. Dupret (Hrsg.), *Le phénomène de la violence politique: Perspectives comparatistes et paradigme égyptien*, Kairo 1994 (= *Dossiers du CEDEJ*), S. 281-294; M. K. El Sayyid, *Egypte. Le syndicat des Ingénieurs*

Die Attraktion des politischen Islam: Fallbeispiel Ägypten

- et le courant islamique, in: *Maghreb-Machrek*, No. 146 (Okt.-Dez. 1994), S. 27-39.
- 55 Hierzu B. Botiveau, *Egypte: crise de l'Ordre des avocats et mobilisation des syndicats professionnels*, in: *Maghreb-Machrek*, No. 142 (Okt.-Dez. 1993), S. 5-15.
- 56 S. Galila El Kadi, *Le Tremblement de terre en Egypte*, in: *Egypte/Monde arabe*, No. 14 (1993), S. 163-195.
- 57 Vgl. S. Ben-Nefissa Paris, *Zakat officielle et zakat non officielle aujourd'hui en Egypte*, in: *Egypte/Monde arabe*, No. 7 (1991), S. 105-120, hier S. 114, und dies., *Le mouvement associatif*, S. 19f.
- 58 *Islamischer Fundamentalismus, moderne Wissenschaft und Technologie*, Frankfurt a.M. 1993, S. 161.

Die Zerstörung des Muslimtempels und die Problematik des Nationalstaats

Die Zerstörung der Babri Moschee aus dem 16. Jh. im Dezember 1992 durch eine Masse von hinduistischen Eiferern hat plötzlich ein altes Problem wieder in den Vordergrund gebracht: Welche Art von Nation sollte Indien sein? Das Problem hat sich schon vor und nach unserer Unabhängigkeit 1947 gestellt, doch hat die Zerstörung des Tempels uns zu einer ernsthaften Neubewertung der Ideen und Konzepte über Legitimität von Staat, Nationalismus und nationaler Identität usw. gezwungen. Indien schlägt sich mit der Problematik des Nationalstaats herum, wie viele andere ethnisch gespaltene Entwicklungsländer und frühere kommunistische Länder. Die Problematik erscheint für die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder Westeuropas und Nordamerikas verschieden. Mit meinem Versuch, die Zerstörung des Tempels in den Kontext einer indischen Erfahrung mit dem Aufbau einer Nation zu stellen, leugne ich nicht die rein religiösen Aspekte des Ereignisses für viele fromme Hindus. Die Hindu fanatiker, die die Moschee zerstörten und sehr viel zahlreichere, die sich darüber freuten, sahen darin die Erfüllung ihrer religiösen Bestrebungen. Schließlich dachten sie, daß mit der Zerstörung der Moschee, die auf den Ruinen eines Tempels für den Gott Ram stand, ein Symbol der Entheiligung der Hindureligion durch die Muslime beseitigt worden ist. Sie hoffen, daß ein „wiederaufgebauter“ Tempel für den Gott Ram, was sie anstreben, ein mindestens genauso heiliger Platz der Anbetung wird wie Badrinath, einer der heiligsten Plätze des Landes.

Ich möchte einen anderen Aspekt beleuchten und argumentiere, daß die Ereignisse von Ayodhya im Dezember 1992 eine gewalttätige Ausdrucksform eines Hindunationalismus sind, der den indischen Staat auf der Grundlage des zahlenmäßigen, religiösen und kulturellen Übergewichts der Hindus rekonstruieren will. In einer kritischen Bewertung von Schriften, Äußerungen und Aktionen verschiedener politischer Organisationen und ihrer Führer, die hinter der Agitation zum Aufbau eines Tempels für den Gott Ram am Platz der Babri Moschee standen, möchte ich zeigen, daß dieser Nationalismus essentiell modern ist, obwohl er sich religiöser Themen bedient. Religion ist ein Instrument in den Händen von Hindunationalisten, um einen modernen Staat aufzubauen (wobei dieser Begriff hier synonym mit Nationalstaat oder

moderner Nation gebraucht wird). Im weiteren Verlauf meines Beitrags analysiere ich die Stärke und die zukünftige Ausrichtung dieses Nationalismus. Zum Schluß gebe ich einen kurzen Kommentar über die Relevanz dieser Form politischer Organisation, die man als Nationalstaat bezeichnet, für ein ethnisch und religiös so verschiedenartiges Land wie Indien.

Zunächst kurz zu den Ereignissen, die zur Zerstörung des Tempels im Dezember 1992 führten.¹ Die Auseinandersetzung über Ayodhya ist über ein Jahrhundert alt. Hinduistische religiöse Organisationen und Heilige behaupten, daß der Herrscher des Mogulreiches Babar einen alten, dem Gott Rama geweihten Hindutempel zerstört habe, um die Babri Moschee im 16. Jh. zu errichten. Die Muslime behaupten dagegen, daß es an dieser Stelle keinen Tempel gab und die Moschee seit alter Zeit dort stand.

Die beiden religiösen Gemeinschaften haben sich vor Gericht und wiederholt auch auf der Straße lange Zeit bekämpft, doch wurde aus dieser Auseinandersetzung erst Mitte der achtziger Jahre ein politischer Konflikt. Eine politische Vorfeldorganisation, die 1964 zur Konsolidierung und Stärkung der Hindugesellschaft gegründete *Vishwa Hindu Parishad* (VHP), agitierte seit 1984 für den Aufbau eines Tempels an der Stelle der Moschee, wobei sie vorgab, daß sie dies auf friedliche und legale Weise erreichen wolle. Zwei andere Organisationen mit religiösem hinduistischen Hintergrund, die *Bhartiya Janata Party* (BJP, etwa: Indische Volkspartei) und die *Rashtriya Swayamsevak Sangh* (RSS), die 1925 zur Verteidigung und Verbreitung des hinduistischen Glaubens gegründet worden war, schlossen sich der Forderung der VHP für die „Restaurierung“ des Ram-Tempels an. Diese drei Organisationen bilden im wesentlichen die *Sangh Parivar*, einen Zusammenschluß hinduistischer religiöser und politischer Organisationen mit weit verzweigten Beziehungen.

Unter diesen Organisationen, die sich alle im Namen des Hinduismus äußern, spielte die BJP die entscheidende Rolle in der Transformation des Streits über Ayodhya in eine politische Krise. BJP ist die größte Oppositionspartei mit landesweiter Präsenz, legalem Status und politischem Ansehen, während RSS und VHP häufig wegen des Verdachts verfassungswidriger Aktivitäten verboten waren.

Die BJP hat zunächst vorsichtig, dann laut die Forderung der VHP für den Bau eines Ram-Tempels in Ayodhya um 1988 übernommen. Beim Wahlkampf für die Parlamentswahlen 1989 nahm sie das Thema allerdings nicht so lautstark wie ein Jahr später auf. Sie unterstützte die Regierung der Nationalen Front von V. P. Singh, ohne allerdings in die Regierungskoalition formal einzutreten, und drängte die Regierung, das Ayodhya-Problem zu lösen, ohne jedoch den Bruch über diese Frage zu wagen.²

Seit Oktober 1990 hat dann die BJP diese Forderung sehr viel nachdrück-

licher vorgetragen und dabei die religiösen Aspekte lautstark unterstrichen. Ihr Führer, L. K. Advani, unternahm eine religiöse Pilgerfahrt in einem traditionellen Wagen (tatsächlich handelte es sich um einen zu einem solchen Wagen umgebauten Toyota, selbstverständlich mit perfekter Klimaanlage) vom Tempel in Somnath an der Westküste nach Ayodhya an der Ostküste. Die im Namen der Religion durchgeführte politische Mobilisierung zahlte sich bei den Parlamentswahlen vom Juni 1991 beträchtlich aus. Die BJP wurde die größte Oppositionspartei. Sie hatte sich engagiert, den Tempel zu bauen, allerdings nach ihrer Aussage innerhalb der rechtlichen Grenzen. Darauf erst erfolgte die Zerstörung der Moschee im Dezember 1992 aus Gründen, die noch unbekannt sind. Vielleicht handelte es sich um eine spontane Aktion einer fanatisierten Menge, vielleicht war es aber auch eine wohlgeplante und gesteuerte Aktion einiger militanter Hinduorganisationen. Bedeutsam ist allerdings das Ereignis selbst und nicht seine Ursachen. Es zeigt den Wiederaufstieg einer Art Hindunationalismus, der im Untergrund schlummerte, seit er in den zwanziger Jahren entstanden war. Jetzt hat dieser Nationalismus noch nie zuvor erreichten politischen Einfluß und zielt darauf, den indischen Staat auf der Grundlage kultureller und religiöser Charakteristika neu zu organisieren.

1. Hindu Rashtra

Mit dem Aufbau eines dem Gott Rama in Ayodhya gewidmeten Tempels soll ein Monument für Hindu Rashtra, die Herrschaft der Hindus, entstehen, an die hinduistische Nationalisten glauben. Das Thema einer Hindu Rashtra ist alt und taucht vor allem in den Schriften verschiedener hinduistischer nationalistischer Ideologen seit den zwanziger Jahren auf.³ Das Thema wurde während der Agitation für Ayodhya in der Mitte der achtziger Jahre wiederbelebt. Das Wort Rashtra ist vieldeutig und könnte eine Nation im modernen Sinn, aber auch eine kulturelle Einheit, ein heiliges Land, eine religiöse Gemeinschaft bezeichnen und wurde zu verschiedenen Zeiten von verschiedenen nationalistischen Schriftstellern mit diesen verschiedenen Bedeutungen benutzt. Eines bezeichnet das Wort aber nicht: Einen theokratischen Staat. Ich kenne keinen hinduistischen Nationalisten, der die Forderung nach einem theokratischen Staat vorgebracht hätte.

Die Idee einer Hindu Rashtra hat die Agitatoren inspiriert. Für sie waren Religion und religiöse Symbole Mittel, Hindu Rashtra zu erreichen. Das zentrale Motiv der Agitation für Ayodhya wird gut in einer im Oktober 1990 bei L. K. Advanis Pilgerfahrt von Somnath nach Ayodhya am Straßenrand

aufgezeigten Losung zusammengefaßt. Die Losung lautete: „Ram drohi, Rashtra drohi“ (Wer Gott Rama verrät, verrät auch die Nation). Als Vorsitzender der BJP hatte L. K. Advani schon lange vor der Zerstörung der Moschœ ausgeführt, daß der Streit über Ayodhya weder nur ein „Rechtssreit“ sei noch allein eine historische Frage betrifft. Es geht entscheidend um die Frage der Identität der Nation. Mit wem hat sich die Nation zu identifizieren, mit Ram oder Babar¹ (dem Mogulkaiser, der angeblich den Ram-Tempel in Ayodhya im 16. Jh. zerstört hatte). In der Welt der hinduistischen Nationalisten wird Rama das Symbol nationaler Einheit und nationaler Identität. Rama, der Held des alten Epos Ramayana, der als solcher von Millionen frommer Hindus seit Jahrhunderten verehrt wird, verleiht der indischen Nation im derzeitigen Diskurs über Nationalismus die höhere Weihe. Rama wird, wie viele andere nationalistischen Helden in der neuen Heiligengeschichte, als männlicher und rachsüchtiger Gott dargestellt, der seine Feinde vernichtet.

Nationalisten waren in der ganzen Welt bisher einflußreich. Ernest Gellner hat in seiner durchkonstruierten Erklärung des Nationalismus ausgeführt, daß Nationalisten Mythen, Symbole, Folklore und alles Vergangene, selbst tote Sprache ausnützten, um etwas so modernes wie eine nationalistische Ideologie zu schaffen.⁵ Die derzeitigen hinduistischen Nationalisten fanden in der Religion ein mächtiges Instrument zur Konsolidierung des Glaubensbekenntnisses ihres Nationalismus, das sie als Hindutva (Hindutum) bezeichnen. Der Begriff wurde in den zwanziger Jahren zuerst von Veer Savarkar, einem überzeugten Atheisten und, nach Meinung vieler, dem ersten hinduistischen nationalistischen Denker, entwickelt.⁶

Außer einer kleinen Gruppe Engagierter hatte Hindutva jedoch auf nationaler Ebene bis in die jüngste Zeit wenig Attraktivität. Gandhiiistischer Nationalismus, wenn man diesen Begriff annehmen will, gab ihm keine Entfaltungsmöglichkeit, weil er sehr hinduistische Werte wie Toleranz und Synkretismus und andere Elemente der vielschichtigen indischen Zivilisation besetzte, während der Nationalismus von Nehru, wenn auch eher gebrochen, den Begriff der Moderne besetzte. Darauf komme ich in Kürze zurück. Es könnte mehrere Gründe geben, weshalb Hindutva plötzlich in der Mitte der achtziger Jahre für viele Menschen anziehend wurde. Dazu kann man Zahlen nennen. Die BJP erhöhte ihren Stimmenanteil von mageren zwei Prozent 1984 auf 22 Prozent 1991. Aber diese Zahlen geben uns nicht die Gründe dafür.

Zweifellos ist der plötzliche und spektakuläre Aufstieg der BJP mit ihrer deutlich religiösen Orientierung etwas neues in der indischen Politik, die bis dahin weitgehend zentristisch und nicht ideologisch bestimmt war. Die Gründe für die Popularität der BJP sind komplex, und bislang haben wir keine präzisen Daten, mit denen wir ihre Anziehungskraft auf intelligenten besonde-

ren Faktor oder eine Gruppe von Faktoren zurückführen könnten. Die Mehrzahl ihrer Anhänger und Gegner glauben, daß ihr aggressives Eintreten für einen hinduistischen Nationalismus ihre Anziehungskraft bei Wahlen erklärt. Wäre das so, dann müßte man mit einem sehr viel größeren Wahlerfolg rechnen, als er tatsächlich 1993, gerade ein Jahr nach der Zerstörung der Moschee, erzielt wurde. Darauf komme ich noch zu sprechen.

Mir scheint, daß im wesentlichen zwei Faktoren den Aufstieg der BJP zu einer wichtigen politischen Partei in Indien erklären. Der erste Faktor ist, daß die Kongreßpartei unter der Führung der Nehru-Gandhi-Dynastie sich in den achtziger Jahren im Niedergang befand und hauptsächlich die BJP von diesem Niedergang profitierte. Der zweite Faktor ist, daß viele Menschen zur Überzeugung gelangten, daß der Versuch, einen Nationalstaat aufzubauen, auf Schwierigkeiten stoßen, möglicherweise sogar zum Scheitern verurteilt sein würde. Die Ermordung von Indira Gandhi durch Sikh-Extremisten 1984, schwere politische Unruhen im Pandschab und ein sezessionistischer Aufstand in Kaschmir verdeutlichten vielen Menschen die Zerbrechlichkeit der Einheit des Landes. Hinzu kommt die Furcht vor islamischem Fundamentalismus, wie er von den Regimen in Pakistan, Iran und einigen anderen Ländern des mittleren Ostens praktiziert wird. Es gab also eine beträchtliche Verängstigung der Inder gegenüber Gefahren für die Einheit des Landes. Indem zieht sich häufig das Herz zusammen, wenn sie an die Gefahr der Auflösung des Landes denken, wie dies V. S. Naipul in seinem ergreifenden Reisebericht „A Wounded Civilization“ sagt.⁷ In dieser Situation erreichte die Idee von Hindu Rashtra eine gewisse populäre Anziehungskraft und intellektuelles Ansehen. Hindu Rashtra ist eine klare Alternative zum derzeitigen liberalen und säkularen Staat, sagen die hinduistischen Nationalisten. Es werde weitere Pandschabs, Kaschmirs und sogar noch viele Pakistans geben, solange dieser säkulare Staat die unbestreitbare Tatsache leugnet, daß Indien überwiegend hinduistisch und auf ein hinduistisches Ethos gegründet ist. Der BJP-Führer L. K. Advani, dessen öffentliche Äußerungen stets wohlbedacht sind, hat wiederholt gesagt, daß Indien immer ein Hindu Rashtra gewesen sei. Er meint damit, daß das Land stets eine besondere geographische und kulturelle Einheit war, die sich vom Himalaya bis zum Ozean erstreckte und von Menschen bevölkert war, die Hindus genannt wurden.⁸ Das Wort Hindu wird hier nicht als religiöser, sondern eher geographischer und kultureller Begriff benutzt. Alle, die hier seit Jahrhunderten lebten, sind Hindus, unabhängig von der Religion, die sie ausüben. Es gibt, so sagt er, Hindu-Muslime, Hindu-Christen und Hindu-Parais.

Vielleicht ist das alles verbale Sophisterei, was Advani und seine Kollegen von der Sangh Parivar vorbringen, um die Kritiken ihrer Gegner zu entkräften,

sie seien gegen die religiösen Minderheiten und den säkularen Staat. Unabhängig von ihren letztlichsten Zielen kann kein Zweifel daran bestehen, daß sie den derzeitigen indischen Staat mit seiner Grundlegung auf der Trennung von Religion und Staat und dem gleichen Staatsbürgerrecht für alle entlang neuer Charakteristika, die auf seine historischen Ursprünge abheben, umbauen wollen. Der Staat soll zum Träger der hinduistischen Zivilisation werden. Sicher bestehen sie regelmäßig darauf, daß ihre Kulturnation oder Hindu Rashtra sich nicht gegen die gegenwärtige Verfassung und den säkularen Staat wenden, sondern daß ein solcher Staat an sich schon schwach ist, weil er ohne kulturelle Grundlegung existieren muß. Nur die Kultur der Mehrheit kann dem Staat Kohärenz und Stärke geben. Mit anderen Worten: Sie behaupten, daß Indien nur durch Berufung auf sein kulturelles Erbe ein moderner Nationalstaat werden kann.

Offensichtlich sind die derzeitigen hinduistischen Nationalisten modern, wenn auch vom Typ der politischen Aktivisten, die es zwischen den Kriegen in den osteuropäischen Ländern so zahlreich gab. Für sie sind Kultur und Religion Instrumente zum Aufbau eines modernen Nationalstaats. In diesem Punkt unterscheiden sie sich von möglichen Traditionalisten, die im Nationalismus ein Mittel zum Widerstand gegen die Moderne sahen. Der Dichter Rabindranath Tagore, der Indiens Nationalhymne geschrieben hat, sprach die Sprache der Traditionalisten, als er sagte, „die Nation sei ein Gedicht, keine Konstruktion“.⁹ Er hätte den modernen Nationalismus als illegitimes Kind indischer Zivilisation abgelehnt, wie Ashis Nandy¹⁰ geschrieben hat. Auch Gandhi hat den Nationalismus zum Kampf gegen britische Herrschaft nicht nur deshalb genutzt, weil britische Herrschaft fremd war, sondern weil sie auch Träger von Moderne war.

Kulturelle Erneuerung ist heute die Forderung der hinduistischen Nationalisten. Dieser an das europäische Risorgimento anknüpfende Nationalismus will die traditionelle Kultur wie damals Mitte und Ende des 19. Jhs. in Italien und einigen mitteleuropäischen Ländern wiederbeleben, um eine moderne Nation aufzubauen. Ausgebildete Mittelklassen und erst jüngst in die Städte abgewanderte Landbevölkerung sprachen von kulturellem Erwachen, um die Staatsmacht in diesen Ländern zu übernehmen. Etwas ähnliches beobachten wir derzeit in Indien, nur daß es spät, fast 50 Jahre nach der Unabhängigkeit auftritt.

Die Hindu-nationalisten haben tatsächlich dasselbe Ziel wie die Risorgimento-nationalisten in Europa: Transformation des Staats in einen Nationalstaat. Govindacharya, ein Theoretiker der BJP, hat das sehr deutlich gemacht, als er ausführte, daß die Agitation für Ayodhya darauf zielte, Bharat und Indien zusammenzubringen.¹¹ Bharat ist der Ausdruck für die alte

kulturelle Einheit, während Indien eine britische Schöpfung entsprechend der Begrifflichkeit von Weber über Territorium und Gewaltmonopol ist. Beides soll nun durch das Instrument Kultur vereint werden.

Vielleicht überziehe ich mein Argument, wenn ich sage, daß die hinduistischen Nationalisten die Religion nur zum Aufbau eines modernen Nationalstaats nutzen wollen. Sicher darf man nicht die zentrale Bedeutung der hinduistischen Religion für das indische politische Denken dieses Jahrhunderts übersehen. Ein Traditionalist wie Tagore, ein kritischer Traditionalist wie Gandhi, und selbst Modernisten wie Tilak und Ambedkar oder selbst ein Agnostiker wie Nehru, haben sich mit den Ideen der europäischen Aufklärung aus einer religiösen Perspektive auseinandergesetzt.

Kultureller Nationalismus der BJP und anderer Hinduorganisationen hat sicher einen instrumentellen Zweck: Kultur als Verpackung für Modernität. Doch muß man gleichzeitig die Agitation für den Aufbau des Rama-Tempels in Ayodhya als Versuch der Modernisierer, sich selbst mit der Modernität zu verbinden, verstehen. Religion gibt eine Kritik von Modernität. Religion macht aber einer alten fortdauernden Zivilisation wie der indischen das Ertragen der Belastungen beim Übergang zur Modernität leichter.

Ich möchte eine Episode erwähnen, die sich kurz nach der Unabhängigkeit 1947 ereignete, und die sehr schön illustriert, was religiöse Symbole selbst für Personen bedeuten, die sich für die Modernität engagieren. 1947 hatte ein politischer Führer mit einer an Nehru heranreichenden Statur, Sardar Vallabhai Patel, beschlossen, den Tempel von Somnath an der Westküste wieder aufzubauen. Ein aus dem 10. Jh. stammender, in den letzten Tausend Jahren periodisch von muslimischen Invasoren und Königen zerstört und regelmäßig von lokalen hinduistischen Königen wiedererrichteter Tempel wurde ein Symbol für indischen Nationalismus, kurz nachdem das Land die Unabhängigkeit von britischer Herrschaft erreicht hatte. Zwar wurde Somnath damals kein mit Ayodhya heute vergleichbarer Konflikt, auch gab es keine politische Agitation für Somnath, die man mit der Agitation für Ayodhya vergleichen könnte. Aber der Wiederaufbau von Somnath war Sardar Patel und seinem Kollegen K. M. Munshi ans Herz gewachsen. Der liberale und säkulare Nationalist Nehru war gegen diesen Wiederaufbau, weil er glaubte, daß der Staat sich nicht in religiöse Dinge einmischen sollte und befürchtete, daß die Muslime auf einen solchen Versuch reagieren würden. K. M. Munshi hat in einem Brief an Nehru 1951 gut dargestellt, was für ihn ein wiederaufgebaute Tempel in Somnath bedeutete. Er schrieb: „Ich habe mich seit meiner Jugendzeit gegen viele Traditionen in meinem persönlichen Leben gewehrt. Ich habe mich auf meine einfache Art durch literarische und soziale Arbeit bemüht, einige Aspekte des Hinduismus in mein Leben zu integrieren und zu

ihrer weiteren Ausbildung beizutragen, weil ich glaubte, daß nur durch solche Bemühungen Indien eine fortgeschrittene und kräftige Nation unter modernen Bedingungen werden kann...“¹²

Es war also für Indien notwendig, den Tempel in Smnath wieder aufzubauen, um eine fortgeschrittene und kräftige Nation zu werden, dachte Munshi. Viele Inder denken heute, daß Religion und religiöse Symbole bewahrt werden sollten, um die Belastungen der Modernität zu bewältigen. Modernisierung von oben kann in Desastern wie im Fall des Iran des Schahs oder des Kommunismus enden, wenn sie sich in Abschottung von der Tradition oder gar in Opposition zu ihr vollzieht. Religion ist eine große Sicherung gegen jene Art von „Hyperrationalität“¹³, auf deren Grundlage Generationen vom Führern von Robespierre bis Stalin eine technokratische Transformation traditioneller Gesellschaften versucht haben.

2. Mainstream- und Hindutva-Nationalismen

Mit Mainstream-Nationalismus meine ich jene Art von Nationalismus, die J. Nehru und einige seiner Zeitgenossen während des Kampfs gegen die britische Herrschaft artikulierten und die später durch die Kongreßpartei während ihrer langjährigen Ausübung der Macht seit der Unabhängigkeit 1947 übernommen wurde. In diesem Sinn ist dieser Nationalismus eine Klammer des Zusammenhalts für den indischen Staat.

Dieser Nationalismus besteht aus Elementen, die für die meisten Nationalismen in der Dritten Welt kennzeichnend sind: Modernisierung, Entwicklung von Naturwissenschaft und Technologie, Aufbau einer nationalen Wirtschaft (in den meisten Fällen einer autarken Wirtschaft), Sicherung nationalen Zusammenhalts und Entwicklung einer nationalen Identität waren einige der Aufgaben, deren Erfüllung von diesem Mainstream-Nationalismus erwartet wurde. Der Aufbau eines modernen Nationalstaats auf der Grundlage des bestehenden kolonialen Staatsapparats war das wichtigste Ziel.

Indischer Mainstream-Nationalismus ist aber von den meisten anderen Nationalismen der Dritten Welt in einer Hinsicht verschieden: Er hatte von Anfang an seine Grundlagen in den Ideen der europäischen Aufklärung. Zum indischen nationalistischen Denken gehören die Ideen der Aufklärung wie Freiheit, Vernunft und (politische) Gleichheit. Die Gedanken von Comte, J. S. Mill oder Mazzini haben die zentralen nationalistischen Führer, vor allem J. Nehru nachhaltig beeinflusst. Sicher wäre die Behauptung übertrieben, daß nur der indische Nationalismus dem Erbe der Aufklärung verbunden wäre. Auch lateinamerikanische Nationalisten haben sich darauf berufen, doch scheiterten

sie weitgehend beim Versuch, politische Institutionen in Übereinstimmung mit ihrer Berufung auf dieses Erbe aufzubauen. Die Aufklärung kam über Britannien nach Indien, so daß vom englischen Liberalismus bis heute entscheidender Einfluß auf die Ausformung der Gedanken der indischen Nationalisten ausgeht. Als Britannien um die Mitte des 19. Jhs. eine reiche industrielle Demokratie geworden war, wurde die Loyalität der Staatsbürger als Grundlage für den nationalen Zusammenhang in den Vordergrund gestellt. Eine ethnische oder religiöse Grundlage für den Nationalismus wurde dagegen im viktorianischen England wenigstens formal abgelehnt. Die meisten Mainstream-Nationalisten in Indien übersahen dabei, daß dieser gemäßigte und humanistische Nationalismus sich erst nach langen Perioden¹⁴ bürgerkriegsähnlicher Auseinandersetzungen und äußerer Kriege durchsetzen konnte, die im Namen des Nationalismus und der Konsolidierung der Vorherrschaft der schon etablierten Mehrheit, wie dies Michael Waltzer bezeichnet hatte,¹⁵ durchgeführt wurden.

Der englische Nationalismus, den sie sahen, gefiel ihnen, ohne daß sie wirklich verstanden, wie er zustande gekommen war. Deshalb haben diese Mainstream-Nationalisten von Anfang an ihren Nationalismus auf gleiche Staatsbürgerschaft und den territorialen Staat abgestellt, wie er 1947 entstanden war. Keine der alten historischen, kulturellen oder religiösen Zugehörigkeiten sollte beim Aufbau der Nation von Bedeutung sein. So hat der Schöpfer der Verfassung, B. R. Ambedkar, diese alten Zugehörigkeiten verächtlich als „Sumpf von Lokalismus“ zurückgewiesen.¹⁶

Dieser Versuch, auf der Grundlage gleichberechtigter Staatsbürgerschaft für alle eine einheitliche Nation aufzubauen, obwohl die Gesellschaft historisch nur eine lockere Assoziation zahlreicher unterschiedlicher Gemeinschaften war, war zweifelsohne ein historisches Experiment ohne Parallele. Über 3000 Jatis (Gemeinschaften, die sich durch Erbllichkeit der Berufe, Kasten und lokale Zugehörigkeiten unterscheiden), 350 Stammesgemeinschaften und 18 Sprachen bestehen in der indischen Gesellschaft von heute nebeneinander. Dies ist in Wirklichkeit keine integrierte Gesellschaft, sondern eher eine lockere Verbindung zahlreicher Gemeinschaften, von denen einige größer als manche europäische Nation sind. Die Mainstream-Nationalisten dachten, daß diese unglaublich verschiedenartige Gesellschaft in eine moderne Nation zusammengeführt werden könnte auf der Grundlage gleichberechtigter Staatsbürgerschaft und Loyalität gegenüber dem Staat. Für diese Nationalisten galten Britannien und die multi-ethnischen Vereinigten Staaten als Idealtypus. Die extremen Schwierigkeiten bei der Realisierung dieser Idealvorstellungen tun ihrer Kühnheit keinen Abbruch. Dennoch bleibt als Ironie festzuhalten, daß sie ihre gedankliche Grundlage dem Westen

entliehen hatten. In einem eindringlichen Artikel hat D. L. Sheth (1989) darauf verwiesen, daß es zum Zeitpunkt der Redaktion der Verfassung 1950 recht wenig originelle indische Gedanken über die Art von Nation gab, die Indien werden sollte.¹⁷ Die Nationalisten glaubten weitgehend, daß die nationalstaatlichen Institutionen, die sie aus dem liberalen demokratischen Westen kannten, nach Indien übertragen werden konnte. Außer Tagore und Gandhi stellten sich die Nationalisten selten die Frage, durch welche historischen Prozesse, unter welchen Bedingungen und zu welchen Kosten diese Institutionen im Westen entstanden waren. Diese Fragen werden ihnen heute, 50 Jahre nach dem Beginn des Kampfes um die Transformation des Landes in eine moderne Nation, gestellt.

Von Anfang an hatten die Mainstream-Nationalisten Religion, Ethnizität oder kulturelle und politische Profilierung einer Gruppe oder Gemeinschaft als Grundlage der Nationsbildung abgelehnt. Sie glaubten, eine moderne Nation könnte auf der Stärke eines Nationalismus beruhen, dessen Wurzeln in einer liberalen und säkularen Verfassung, ähnlich dem heutigen deutschen Begriff des Verfassungspatriotismus¹⁸, bestehen könnten. Aus zwei weiteren Gründen lehnten sie Ethnizität und Religion als Grundlage für die Nation ab: Zum einen handelt es sich dabei um den tragischen und blutigen Zusammenstoß zwischen diesem Nationalismus und dem religiösen Nationalismus der Muslim-Liga, der zur Teilung des Landes 1947 führte. Zur Vermeidung weiterer Aufteilungen des Landes im Namen der Religion war die Verbannung der Religion aus dem öffentlichen Bereich absolut notwendig. Ein weiterer und noch wichtiger Grund kam hinzu: Die Mainstream-Nationalisten glaubten, daß die indische Gesellschaft viel zu gespalten wäre, als daß sie durch irgend etwas aus der indischen Tradition wie Religion, Sprache oder Kultur zusammengehalten werden könnte; alles eigenständig Indische barg in sich die Gefahr der Spaltung. Nur das moderne Konzept von Staatsbürgerschaft und Territorium war geeignet, die Gesellschaft zusammenzuhalten und, nach einer gewissen Zeit, ein Gefühl gemeinsamer nationaler Identität zu schaffen. Im Prozeß der Modernisierung würden sich traditionelle Identitäten allmählich auflösen oder abschwächen, so daß eine neue nationale Identität entstehen könnte. Diese Hoffnung der Nationalisten wurde nicht völlig widerlegt, aber auch nirgends völlig erfüllt.

Mainstream- und Hindutva-Nationalismus geraten über eine historische Frage ernsthaft in Konflikt: Wie soll die muslimische religiöse Minderheit mit ihrem besonderen Identitätsgefühl in die nationale Gemeinschaft integriert werden? Es handelt sich um eine immer wiederkehrende alte Frage, die schon zu Blutvergießen führte, aber ungelöst blieb. Beide Nationalismen stimmen darin überein, daß es für die Integration der Muslime in die nationale

Gemeinschaft nur das Instrument der gemeinsamen Staatsbürgerschaft gibt. Sie unterscheiden sich aber scharf in der Frage, wie dies bewerkstelligt werden soll. Die Hindutva-Nationalisten, insbesondere jene, die zur BJP gehören, verlangen, daß jeder Ausdruök einer besonderen Stellung der Muslime aufgrund ihrer Religion aus der Verfassung verbannt werden muß. Wie alle guten Anhänger eines säkularen Staats sagen die Führer der BJP heute, daß Religion Privatsache sei und der Staat keine Religionsgemeinschaft schützen solle. So hat die BJP in den letzten Jahren nachdrücklich die Abschaffung des muslimischen Ehe- und Erbrechtes und die Verabschiedung eines einheitlichen Personenstandsgesetzes verlangt. Unabhängig von religiöser Zugehörigkeit muß nach ihrer Auffassung für alle Inder das gleiche Personenstandsgesetz gelten. Niemand kann die Führer der BJP wegen religiösem Fundamentalismus angreifen, wenigstens soweit es die öffentlichen Äußerungen betrifft, obwohl dieser Vorwurf häufig im In- und Ausland gemacht wird.

Die BJP wirft den Mainstream-Nationalisten, insbesondere aus der Kongreßpartei, vor, die muslimische religiöse Orthodoxie bewußt zu schützen. Die Rücknahme des Gesetzes über die Rechte muslimischer Frauen durch die Regierung Rajiv Gandhis 1987, das muslimischen Frauen den Rechtsweg unter dem bestehenden Personenstandsgesetz in Scheidungs- und Unterhaltfragen eröffnet hätte, wurde von der BJP als Verrat der Kongreßpartei am säkularen Staat öffentlich und nachhaltig kritisiert.¹⁹ Die BJP beanspruchte damit für sich, für einen „echten“ säkularen Staat einzutreten und klagte ihren parteipolitischen Gegner des Eintretens für einen nur „scheinbaren“ säkularen Staat an.

Die BJP stellt ihren Hindutva-Nationalismus als modern dar und wurde dadurch für liberale und modernisierte Hindus attraktiv. Es stellt sich allerdings die beunruhigende Frage, wie weit dieser Nationalismus im Gellnerschen Sinn tatsächlich modern ist und wie weit er dagegen in der Tradition seine Wurzeln hat. So ist immerhin zu fragen, ob L. K. Advani eine religiöse Basis für die Staatsangehörigkeit verlangt, wenn er alle verschiedenen religiösen Minderheiten in Indien den Hindus zugehörig betrachtet und deshalb statt der Begriffe Muslime oder Christen die Begriffe Hindu-Muslime oder Hindu-Christen vorzieht.²⁰ Oder glaubt er, daß die Muslime „echtere“ Inder würden, wenn sie von sich sagten, sie gehörten zur Hindu zivilisation? Oder handelt es sich nur um eine verbale Maskerade, die den Zweck verfolgt, das ihm und der *Sangh Parivar* unterstellte Ziel zu verbergen: Das zahlenmäßige, kulturelle und religiöse Übergewicht der Hindus zur Grundlage des indischen Nationalstaats zu machen?

Solche Fragen haben sich die Wähler eher unbewußt als bewußt bei den Wahlen gestellt, die gerade ein Jahr auf die Zerstörung der Babri-Moschee im

Dezember 1992 folgten. Sie wurden gerade in dem Teil des Landes gestellt, der als Hochburg der BJP angesehen wird: Dem nordindischen hindi-sprachigen Kernland. Auch wenn sie absichtlich den Streit, ob Tempel oder Moschee, heraufspielte, glaubte die BJP immer noch, daß die Wähler enthusiastisch für die Partei, die die Forderungen von Ayodhya mit Nachdruck vertreten hatte, stimmen würden. Hier hatte sie sich getäuscht. Sie hielt zwar ihre Stammwählerschaft, die sie von 1981 bis 1992 durch Mobilisierung der Bevölkerung im Namen der Religion gewonnen hatte, konnte ihren Stimmenanteil jedoch nicht signifikant erhöhen.²¹

Politischer Wettbewerb führt häufig zur Verwässerung militanter Ideologien und religiösen Eiferertums. Die BJP scheiterte beim Versuch, eine breite Unterstützung für ihre Art von Nationalismus bei der Bevölkerung zu erhalten. Dieser Nationalismus erscheint heute rückständigen und ausgeschlossenen Hindus als Deckmantel für die Fortdauer der Herrschaft modernisierter Hindus aus den Oberkassen über sie. Diese Opfer der Gesellschaftsordnung der Hindus und die Muslime haben in verschiedenen Staaten des Landes Koalitionen zur Bekämpfung des Hindutva-Nationalismus bei Wahlen gebildet. Für sie ist der Gott Rama nicht das Symbol der Einheit aller Hindus, sondern der Gott der privilegierten Hindus.²² In der gegenwärtigen ideologischen Form kann Hindutva durch verschiedene politische, gesellschaftliche und ökonomische Organisationen in dieser Demokratie in Schach gehalten werden. Ohne einen Zusammenbruch der Demokratie oder eine größere äußere Krise kann Hindutva das Land nicht im Sturm nehmen.

Aus einem anderen wichtigen Grund kann Hinduismus nicht Grundlage der Nation werden.²³ Eine Gleichsetzung von Hinduismus mit der Nation wird von vielen Linken und Liberalen befürchtet, doch ist dies unbegründet. Ohne einen Kern unumstrittener Glaubenssätze, ohne organisierte Priesterschaft und ohne gemeinsame teleologische metatheoretische Aussagen kann der Hinduismus nur sehr schwer als philosophische Basis für einen militanten Nationalismus dienen. Sein Inhalt unterscheidet sich vom schiitischen Islam oder vom Protestantismus, die die philosophische Grundlage für den iranischen bzw. den deutschen und englischen Nationalismus abgaben.

3. Kann Indien ein Nationalstaat werden?

Die kurze Antwort lautet: Nein. Leider sind allerdings die Nationalisten aller Schattierungen in Indien nicht bereit, diese negative Antwort hinzunehmen. Für sie ist der Nationalstaat die erstrebenswerteste Form politischer Organisation. Dabei ist schon die Verknüpfung dieser beiden Worte, Nation und Staat, im Kopf vieler Leute als Begriff für eine einzige politische Einheit unsinnig.

Tatsächlich waren Staat und Nation fast immer verschiedene Einheiten. Nur in einigen Ländern kamen sie durch einen langen und komplexen historischen Prozeß in wechselseitige Übereinstimmung.

Nur wenige unter den 180 heute bestehenden Ländern sind Nationalstaaten: Frankreich ist ein Nationalstaat, während die USA ein Staat sind, der locker mit einer Nation verbunden ist, die viele ethnische Gemeinschaften umfaßt. Somalia ist keines von beiden.

Im Gegensatz dazu suchen der Mainstream- und der Hindutva-Nationalist einen Nationalstaat aus einer Gesellschaft zu machen, deren Verschiedenheit für jeden Außenseiter unvorstellbar ist. Der Mainstream-Nationalist hofft, daß die Moderne irgendwann eine indische Identität aus den alten traditionellen Identitäten wie Kaste, Religion, Sprache, Stammeszugehörigkeit etc. schaffen könnte. In Indien ist bisher der Versuch nicht erfolgt, alte Identitäten zu überbrücken, doch glauben die Mainstream-Nationalisten, daß eine indische Identität aus einem Prozeß der Modernisierung entstehen könnte. Genau dieses kann aber innerhalb der Grenzen, die die Demokratie setzt, nicht erreicht werden.

In der Zielvorstellung der Mainstream-Nationalisten fehlt das allerwichtigste Element, nämlich die Kultur. Selbst in dem höchst erfolgreichen amerikanischen Experiment des Aufbaus einer Nation, das noch lange nicht abgeschlossen ist, hatte Kultur einen entscheidenden Anteil. Die Bindestrich-Amerikaner von Michael Waltzer²⁴, Polnisch-Amerikaner, Chinesisch-Amerikaner etc., behielten ihre ethnische Besonderheit und durften doch an der amerikanischen politischen Identität teilnehmen. Zudem gibt es in Indien zumindest zu wenig gesellschaftliche Mobilität, die das amerikanische Experiment so erfolgreich hat werden lassen. Traditionale Verbindungen und Loyalitäten bleiben intakt.

Die Antwort der Hindutva-Nationalisten auf das Dilemma besteht in der kraftvoll vorgetragenen Behauptung, daß Indien die „natürlichste“ Nation ist und daß, da der Staat schon besteht, es nur noch darum gehen kann, beide miteinander zu verbinden. Die Hindutva-Nationalisten meinen mit einer „natürlichen“ Nation eine kulturelle Nation, und das ist gerade ein Unterschied zu einer modernen Nation. Das traditionelle Indien war kulturell relativ homogen, hatte aber eine Vielfalt von Formen politischer Herrschaft und oft sogar viele Herrscher, die miteinander um die Herrschaft über das Land kämpften. Deshalb haben die Hindutva-Nationalisten den Ram-Tempel als Symbol nationaler Identität ausgewählt. Damit hofften sie, daß der Ram-Tempel ein neues Symbol für das politische und religiöse Wiedererwachen des Hinduismus werden könnte. Aber die Politik und die Religion haben die Mixtur nicht entstehen lassen, die sie sich erwartet hatten.

Die Problematik des Nationalstaats in Indien

Der Versuch, dieses „alte und große Land“, um mit Nehru zu sprechen, in einen Nationalstaat zu verwandeln, ist ein vergebliches Unterfangen. Indien ist eine alte, und nicht erst eine neue, multikulturelle Einheit. Es gleicht nicht manchen der alten, eher homogenen Einheiten Westeuropas, wo der Nationalstaat zuerst entstanden ist. Viele westliche Länder wurden im Ergebnis von Wanderungs- und Flüchtlingsbewegungen erst heute multikulturell. Weil ihr Multikulturalismus im Gegensatz zu dem Indiens neu ist, können die Methoden, mit denen der liberale Westen seine Probleme des Multikulturalismus angeht, insbesondere was die Rechte kultureller Minderheiten angeht, für Indien nur geringe Bedeutung haben. In Indien gibt es in gewissem Sinn weder Mehrheits- noch Minderheitsgemeinschaften.

Die Gewalt, die auf Ayodhya folgte, war der Preis, den das Land für den Eifer einiger Nationalisten bezahlte, die das Land in einen Nationalstaat verwandeln wollen. Gleichgelagerte Versuche haben zu einem hohen Blutpreis in Kaschmir und Pandschab geführt. Anstatt die Geschichte zu beachten, versuchen die Nationalisten hier eine imaginäre Nation zu schaffen. Besser sollten sie erst von Indiens Geschichte etwas über die Formen politischer Organisation lernen, die in der Vergangenheit einer solch heterogenen Gesellschaft am meisten angemessen waren. Sie könnten dann erkennen, daß der Staat als Kontrolleur von Gesellschaft in unserer Geschichte nie existiert hat. Es gab in Indien nie eine auf den Staat zentrierte politische Ordnung. Diese so unendlich reiche philosophische Tradition der Hindus brachte nie einen Bodin oder Hobbes hervor. Die einzige Form eines Staats, der Indien heute am meisten angemessen wäre, ist ein begrenzter Staat. Er sollte auf die Aufgabe der Entwicklung und vor allem auf die Aufgabe des nation building verzichten und sich darauf beschränken, die „funktionierende Anarchie“ mitzusteuern, die man Indien nennt.

(Aus dem Englischen von Hartmut Elsenhans)

- 1 Zu einem guten und kritischen Abriss vgl. N. Mukhopadhyas, *The Demolition, India at the Crossroads*. Harper Collins, New York 1994.
- 2 Die BJP hat die Regierung der Nationalen Front von V. P. Singh über die ganze Zeit ihrer kurzen Dauer von zehn Monaten selbst dann unterstützt, als es ernsthafte Meinungsverschiedenheiten über die Ayodhya-Frage gab. Als Begründung hat L. K. Advani häufig angegeben, daß die BJP einen Erfolg dieses zweiten Experiments einer Koalitionsregierung ohne die Kongreßpartei wollte, weil sie befürchtete, daß im Fall des Scheiterns die Bevölkerung den Glauben an die Möglichkeit der Parteien außerhalb der Kongreßpartei verlieren könnte, eine eigene Koalitionsregierung aufzubauen, und dies den Weg für die Rückkehr der Kongreßpartei zur Macht unter Rajiv Gandhi ebnen würde.
- 3 Unter der großen Zahl von Autoren, die darüber geschrieben und diskutiert haben, sind zwei hervorzuheben, V. D. Savarkar und M.S. Golwalkar. Savarkars „Hindutva“ (Bombay 1969) ist

die beste Definition von Hindutum. Als Hindu soll nur der gelten, der Indien als Vaterland und heiliges Land akzeptiert. Muslime, Christen und andere, die im Land seit Jahrhunderten leben, es aber nicht als ihr heiliges Land akzeptieren konnten, weil sie Religionen aus anderen Ländern folgen, können zwar Staatsangehörige sein, auch wenn sie nicht so echte Bürger wie die Hindus sind. M. S. Golwalkar (Bunch of Thoughts, Bangalore 1966; ders., We or Our Nationhood Defined, Nagpur 1939) war sehr viel traditionalistischer als Savarkar und lehnte die staatsbürgerlichen Rechte für jene Nicht-Hindus ab, die die „Hindukultur und -sprache nicht akzeptierten“. Die derzeitige Führung der BJP erwähnt Religion als Grundlage für Staatsbürgerrechte nicht mehr, da dies ernsthaft ihre Wahlaussichten beeinträchtigen würde. Wenn aber L. K. Advani sagt, daß Muslime oder Christen sich als Hindu-Muslime oder Hindu-Christen verstehen sollten, sagt er auf eine andere Weise dasselbe wie Savarkar und Golwalkar. Auf jeden Fall hegen die Liberalen und noch mehr die nicht-hinduistischen religiösen Minoritäten erhebliches Mißtrauen gegenüber den von der BJP ihnen gegenüber verfolgten Poliüken.

- 4 Press statement, 30. März 1987.
- 5 E. Gellner, Nations and Nationalism, Oxford 1989.
- 6 V. Savarkar, Savarkar's „Hindutva“, Bombay 1969.
- 7 V. S. Naipul, A Wounded Civilization, London 1977, S. 47.
- 8 Times of India, 11. Dezember 1993.
- 9 R. Tagore, Nationalism, London 1917, S. 49-93.
- 10 Der Autor tritt stark für die Verteidigung von Tradition ein. In einer kritischen Untersuchung der Theaterstücke von Tagore hat er dessen Gedanken über Nationalismus rekonstruiert. Vgl. B. Wariavwalla, The Illegitimacy of Nationalism, Delhi 1994.
- 11 K. N. Govindacharya, Future Vistas, in: J. Bajaj (Hrsg.), Ayodhya and the Future of India, Madras 1993, S. 186.
- 12 Dieser Brief an Nehru ist zitiert in P. Van Der Veer, Ayodhya and Somnath: Eternal Shrines, Contested Histories, in: Social Research, Vol. 59, No. 1 (Frühjahr 1992), S. 85-109, hier S. 93.
- 13 Diese Idee verdanke ich G. Stokes, Lessons of the East European Revolution of 1989, in: Problems of Communism (September-Oktober 1991).
- 14 L. Colley, Britons. Forging the Nation, 1707-1837, New Haven 1992.
- 15 M. Waltzer, What it Means to be an American, Delhi 1994, S. 53-77.
- 16 Vgl. J. Bajaj (Hrsg.), Ayodhya and the Future of India (Anm. 11), S. 33.
- 17 D. L. Sheth, State, Nation and Ethnicity: Experience of Third World Countries, in: Economic and Political Weekly, Vol. 24, No. 12 (25. März 1989), S. 619-626.
- 18 Der Begriff wird benutzt von A. O. Hirschman, Social Conflicts As Pillars of Democratic Market Society, in: Political Theory, Vol. 22, No. 2 (Mai 1994), S. 203-218, hier S. 204.
- 19 „Echter“ Säkularismus wurde zu einem Schlüsselbegriff der Propaganda in der Wahlkampagne der BJP für die Parlamentswahlen 1989, dazu N. Mukhopadhyas, The Demolition (Anm. 1).
- 20 Dies modifiziert die Kriterien von V. B. Savarkar für die Staatsangehörigkeit nur geringfügig, vgl. Savarkar's „Hindutva“ (Anm. 6). Nach der Zerstörung der Moschee im Dezember 1992 hat sich Advani häufig dazu geäußert.
- 21 Für eine gute Analyse der Landesparlamentswahlen in den Staaten Madhya Pradesh, Uttar Pradesh, Himachal Pradesh und Rajasthan vgl. Y. Yadav, Political Change in North India, in: Economic and Political Weekly, Special Number (18. Dezember 1993), S. 2767-2774.
- 22 Dazu B. Wariavwalla, India Has a Centrist Void That Pro-Hindu Moderates Might Fill, in: International Herald Tribune, 6. Januar 1994.
- 23 Dies ist das Thema von P. Chatterjee, History and the Nationalization of Hinduism, in: Social Research, Vol. 59, No. 1 (Frühjahr 1992), S. 111-149.
- 24 M. Waltzer, What it means to be an American (Anm. 15), S. 23-24.

Probleme des Managements der Gesellschaft und der Ökonomie nach der islamischen Revolution im Iran

1. Vorbemerkung

Nach dem Zweiten Weltkrieg ist – insbesondere in Europa – ein Verfall der traditionellen ethischen und moralischen Werte zu verzeichnen. Es hatte sich gezeigt, daß weder die von Max Weber geschätzte protestantische Ethik noch die katholische Morallehre einen Holocaust oder die Greuelthaten des Kriegsgeschehens verhindern können. Als neue moralische Kategorien setzten sich im Verlaufe der Nachkriegszeit zwei divergierende Weltbilder durch: der vom Stalinismus geprägte und durch die Sowjetunion dominierte sogenannte real-existierende Sozialismus sowie der amerikanische „Way of Life“ mit seiner Devise „make money“. Dieser Ost-West-Dualismus blieb nicht auf Europa oder die Industriestaaten beschränkt, sondern bestimmte die Welt. Nur waren die einzelnen Staaten unterschiedlich stark in den Ost-West-Konflikt einbezogen. Iran beispielsweise mit seiner über 2000 Kilometer langen Grenze im Norden zur Sowjetunion und die Beherrschung der Ölindustrie im Süden des Landes durch die US-amerikanische Ölmultis ist geradezu ein Paradebeispiel für die Umklammerung durch zwei von außen kommende Ideologien, die innerhalb der iranischen Bevölkerung keine wirkliche Basis besaßen.

Fast zeitgleich mit den sowohl in den westlichen als auch in den östlichen Industriestaaten entstehenden Protestbewegungen, deren Merkmale postmaterialistisch, emanzipatorisch, partizipatorisch und sozial-ethisch geprägt sind, entstand auch in Iran eine politische Protestbewegung, die sich sowohl vom westlichen Lebensstil wie vom sowjetisch geprägten Sozialismus abwandte. Dies war verbunden mit einer Rückbesinnung auf traditionelle Werte und Glaubensüberzeugungen. Da die in Iran oktroyierten – und, wie gezeigt wurde, konkurrierenden – Ideologien nicht ohne Weiteres abzuschütteln waren, erfolgte eine Radikalisierung der traditionellen Werte in einer neuen sozialen Bewegung in Form des islamischen Fundamentalismus.

Martin Riesebrodt¹ hat als einer der ersten Wissenschaftler religiösen Fanatismus unter dem Aspekt einer politischen Protestbewegung einer

kritischen soziologischen Betrachtung unterzogen. Im Ergebnis seiner Untersuchung kommt Riesebrodt – bezogen auf den islamischen Fundamentalismus – zu dem Ergebnis, daß dieser Fundamentalismus zum einen aufgrund dramatisch empfundener sozialer Umwälzungsprozesse entstanden ist, daß er in der Gesellschaft mehrheitsfähig ist, daß er städtisch geprägt und nicht pauschal fortschrittsfeindlich ist; außerdem vermag er „gezielte Bündnisse mit kapitalistischer Marktwirtschaft und moderner Technik einzugehen; ist nicht allein Folge der Propaganda fanatisierter Mullahs“².

Im folgenden soll aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Irans nach 1979 das Einwirken des islamischen Fundamentalismus aufgezeigt werden. Dabei wird verdeutlicht, daß wir es in Iran nicht nur mit einem islamischen Umwälzungsprozeß zu tun haben, sondern daß bis zum Untergang der Sowjetunion stets auch der Ost-West-Konflikt in die iranische Gesellschaft hineingewirkt hat, oft sogar die Weichenstellung für eine religiöse Radikalisierung gewesen ist.

2. Die islamische Revolution

In einer Analyse der revolutionären Ereignisse 1978/80 habe ich versucht aufzuzeigen, daß verschiedene Kräfte von außen auf den Ablauf der Umwälzung Einfluß genommen hatten. Eine besondere Rolle spielten dabei die Tudeh-Partei³ sowie andere prosowjetische iranische Splittergruppen und Organisationen⁴. Vor allem die Revolutionsregierung des iranischen Staatspräsidenten Bazargan⁵, die einen gemäßigten islamischen Kurs steuerte, wurde massiv in ihrer politischen Tätigkeit behindert. Dies konnte in erster Linie über eine wirtschaftliche Schwächung der Regierung erfolgen.

Als einer der neuralgischen Punkte in der iranischen Wirtschaft gilt die Erdölindustrie. Sowohl in der Endphase des Schahregimes als während der Amtszeit der provisorischen Revolutionsregierung Bazargans, wurden Streiks in der Erdölindustrie zur Demontage der Regierung eingesetzt.

Als das Schahregime Ende 1978/Anfang 1979 endgültig zusammengebrochen war, kehrte der damals im Pariser Exil lebende Ayatollah Khomeini im Februar 1979 nach Iran zurück. Khomeini wußte um die Bedeutung der Erdölindustrie und forderte kurz nach seiner Rückkehr die Streikenden in der iranischen Erdölindustrie zur Beendigung des Streiks auf.⁶ Trotz der Autorität, die Khomeini damals besaß, befolgte die Mehrheit der Streikenden diesen Appell nicht, und es ist interessant, daß der Streik erst beendet

wurde, nachdem in Paris durch eine Vertretung der Tudeh-Partei eine Bekanntmachung an die dortige Presse lanciert worden war, in der sich die iranischen Erdölarbeiter bereiterklärten, dem Aufruf Khomeinis Folge zu leisten⁷.

Bezeichnenderweise blieb die Erdölindustrie am Persischen Golf ein Schwerpunkt der politischen Betätigung der Tudeh-Partei bzw. der von Tudeh-Funktionären dominierten Gewerkschaft der Erdölarbeiter. Darunter hatte die Regierung Bazargans zu leiden.

Bazargan selbst war nach der Rückkehr Khomeinis, durch letzteren autorisiert, mit der Bildung einer provisorischen Revolutionsregierung betraut worden. Dabei war es Bazargans Bemühen, den wirtschaftlichen Übergang von der Schahära in die nachrevolutionäre Phase so behutsam wie möglich durchzuführen. Dies galt vornehmlich für die Erdölindustrie, die nach der Revolution verstaatlicht wurde. Da zum einem im Zuge der Revolution die Entlastung des alten Managements dieser Industrie wie auch der ausländischen Experten gefordert worden war, setzte Bazargan als Generaldirektor der „Nationalen Erdölindustrie“ (NIOC) den Juristen Hassan Nazih ein, der als ausgleichende integere Persönlichkeit angesehen wurde⁸. Nazih, der sich bei der Umstellung der Erdölindustrie von einer Privatindustrie zu einer verstaatlichten Industrie um Ausgleich und Schadensbegrenzung bemühte, geriet sehr schnell in die öffentliche Kritik. Dabei hatte es den Anschein, daß Nazih sich den Unwillen der iranischen Geistlichkeit zuzog⁹, inzwischen steht jedoch fest, daß die Tudeh-Partei, insbesondere unter ihrem Vorsitzenden Kianouri die Kampagnen gegen Nazih gestartet und schließlich seinen Sturz bewirkt hat.

Die Tudeh-Partei unter ihrem Vorsitzenden Kianouri trug in der Folgezeit – auch mit Hilfe verschiedener neugegründeter Organisationen – zur Radikalisierung der islamischen Revolution bei. Gemäßigte, einen liberaleren Kurs vertretende Personen wurden als amerikanische Spione verdächtigt und kaltgestellt, wenn sie nicht sogar hingerichtet wurden. Ziel der Tudeh-Partei war es, radikale Kräfte um Khomeini die Revolution im Iran vorantreiben zu lassen und in eine prosovjetsche Richtung zu lenken, um sodann, d.h. nachdem alle liberalen Kräfte mundtot gemacht worden waren, die Zügel selbst in die Hand zu nehmen. Dies ist der Tudeh-Partei nicht gelungen, denn durch einen sowjetischen KGB-Überläufer wurden die Pläne an westliche Geheimdienste verraten und von letzterem an die Öffentlichkeit gebracht¹⁰.

Während bis heute unstrittig ist, daß die islamische Revolution von 1978 ursprünglich aus einer sozialen Bewegung der iranischen Mittelschicht (den Bazaris) hervorgegangen ist, die sich gegenüber dem vom

Ausland beherrschten Großkapital benachteiligt fühlten, ist die Entwicklung der Revolution in eine radikale Richtung von dieser Schicht nicht initiiert worden. Zwar hatten die Bazaris eindeutig die iranische Geistlichkeit präferiert und unterstützt, weil diese als integrierende Kraft die eigentliche funktionierende und charismatische Opposition gegen die Pahlawi-Dynastie gewesen ist. Die Revolution entwickelte in ihrem Verlauf dann jedoch eine eigene Dynamik, die aufgrund einer fehlenden Organisationsstruktur von den Bazaris nicht mehr beherrschbar war.

Die Radikalisierung der islamischen Protestbewegung – die ursprünglich entstanden war als Antwort auf die Verwestlichung Irans zur Schahzeit ohne Rücksichtnahme auf die wirtschaftliche Situation und Befindlichkeit der breiten Masse der Bevölkerung – war somit ein Ergebnis äußerer Einmischung.¹¹

Des weiteren trug der Iran aufgezwungene Krieg mit Irak dazu bei, daß extremistische Tendenzen innerhalb des Landes sich verstärken konnten. Da die Weltöffentlichkeit den irakischen Angriff nicht ächrete, wurde die iranische Bevölkerung geradezu in die Arme radikaler Kräfte getrieben.

Der Fundamentalismus im Iran ist deshalb auch differenziert zu betrachten. Er trat in der Vergangenheit radikal nach außen auf, während er sich im Inneren des Landes zu einem großen Teil – insbesondere nach dem Tode Khomeinis im Jahre 1989 – moderater verhält. Bis heute sind die Machtkämpfe zwischen dem radikalen Flügel um den Geistlichen Khamenei und dem gemäßigeren Staatspräsidenten noch nicht ausgetragen. Fest steht jedoch, daß Staatspräsident Rafsanjani und die ihn umgebenden Reformkräfte ihre Politik ohne Absegnung durch islamische Traditionalisten nicht in die Tat umsetzen können. Sie müssen deshalb auf islamische Befindlichkeiten Rücksicht nehmen und dabei gleichzeitig die wirtschaftliche Modernisierung des Landes im Auge haben. Andererseits müssen sich auch die radikalen Islamisten der Marktwirtschaft und dem Technologietransfer öffnen, wenn sie verhindern wollen, daß das Niveau der iranischen Wirtschaft noch weiter als bisher sinken soll.

Anhand ausgewählter Beispiele soll deshalb aufgezeigt werden, zu welchen Modifizierungen Politiker wie Geistliche inzwischen bereit sind, um neue Weichenstellungen für eine bereits begonnene verfehlte Politik zu geben. Das Beispiel der Verstaatlichung der Erdölindustrie wird dabei bewußt ausgelassen, weil ich zum einen an anderer Stelle darauf bereits ausführlich eingegangen bin,¹² zum anderen weil die Verstaatlichung eine alte Forderung der nationalen Kräfte Irans um den früheren Ministerpräsidenten Mossaqdeh gewesen ist.¹³ Vielmehr soll an zwei Beispielen der Einfluß der islamischen Bewegung im Iran verdeutlicht werden, und zwar:

- am Beispiel der iranischen Bevölkerungspolitik sowie
- am Beispiel der Industriepolitik.

In beiden Bereichen gab es eine radikale Veränderung gegenüber der Schahzeit; und in beiden Bereichen wird derzeit ein eher moderater Pragmatismus betrieben.

3. Bevölkerungsentwicklung und ihre Auswirkungen

3.1. Sozio-kultureller Hintergrund der demographischen Situation im Iran

Mit demographischen Fragen beschäftigt man sich im Iran erst seit jüngerer Zeit. Die amtliche Registrierung von Geburten und Sterbefällen wurde erst Mitte der zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts unter Reza Schah¹⁴ eingeführt. Erhebungen über die Bevölkerungsentwicklung wurden jedoch erst in den fünfziger Jahren durchgeführt, 1966 erfolgte eine offizielle Volkszählung. Zwar hätte eine vergleichende Analyse der Daten aus den fünfziger und sechziger Jahren bereits eine dynamische Bevölkerungsentwicklung angedeutet, doch seinerzeit gab es keine Veranlassung, diese Entwicklung als besorgniserregend anzusehen. Dies änderte sich erst, als die Migration der Landbevölkerung in die Städte immer stärker wurde und sich an den Stadträndern riesige Slums bildeten. Das Schahregime war aufgrund der Bevölkerungszunahme gezwungen, Nahrungsmittel zu importieren und dafür immer mehr Mittel aus den Erdölexporten zu verwenden. Als Mitte der siebziger Jahre die dynamische Bevölkerungsentwicklung als eine Problematik für die Entwicklung Irans erkannt worden war, war es für das alte System bereits schon zu spät, einschneidende Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Wie andere Südländer hat auch Iran einen sehr hohen Bevölkerungsanteil an Kindern und Jugendlichen, die zu der noch nicht produktiven Bevölkerung zählen, d.h. der Anteil der unter 16jährigen. 1986 waren 45,5 Prozent der Bevölkerung jünger als 16 Jahre. Stellt man diesem Bevölkerungsanteil den Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter gegenüber, so macht diese – bezogen auf die 20- bis 60jährigen – 41 Prozent aus. Von dieser Gruppe beträgt der männliche Anteil nur rund 21 Prozent. Diese Gruppe ist vorrangig für die Schaffung des iranischen Bruttosozialprodukts zuständig.

Der Bevölkerungsanteil der über 60jährigen ist demgegenüber sehr gering, er macht nur etwa sechs bis sieben Prozent aus.¹⁵ Die Bevölkerungsgruppe zwischen 16 und 20 Jahren setzt sich zu einem großen Teil aus

Schülern, Auszubildenden und Studenten zusammen, die ebenfalls nicht im Produktionsprozeß stehen und volkswirtschaftliche Kosten verursachen, zum anderen sind es junge Menschen aus der unteren Mittel- oder der Unterschicht, die zum größten Teil arbeitslos sind.

Der wirtschaftlich aktive Teil umfaßt derzeit etwa 26 Prozent derjenigen im Erwerbstätigenalter.¹⁶ Dies ist ein enormer Rückgang dieser Gruppe im Vergleich zur Schahzeit. Teilweise ist dies darauf zurückzuführen, daß nach der Revolution der Anteil erwerbstätiger Frauen drastisch zurückgegangen ist. Zum anderen sind die Gründe in dem mangelnden Arbeitsangebot zu suchen. Die Zahl der Erwerbstätigen würde sogar noch geringer ausfallen, wenn die sogenannten verdeckten Arbeitslosen in der amtlichen Statistik nicht als Erwerbstätige aufgeführt würden. Ihr Anteil wird auf ca. 33 Prozent der Erwerbstätigenquote geschätzt.

Sektorale Daten zu den Erwerbspersonen liegen nur selektiv vor. Nach Angaben der staatlichen Planungskommission waren im Erhebungszeitraum 1982 34 Prozent der Erwerbstätigen im Agrarsektor tätig, 31 Prozent im produzierenden Gewerbe und 35 Prozent im Dienstleistungssektor.¹⁷ Während viele der im produzierenden Gewerbe Tätigen unterbeschäftigt sind, sind im Agrarsektor oftmals nur Saisonarbeiter tätig; und unter den Sektor Dienstleistung fallen verdeckte Arbeitslose wie Zeitungs- und Zigarettenverkäufer, Schuhputzer und ähnliches.

Nach der Volkszählung von 1986 macht die von Unterbeschäftigten bereinigte Zahl der Erwerbspersonen nach Schätzungen der iranischen Planungsbehörde ungefähr 7,5 Millionen aus. Diese 7,5 Millionen mußten 1986 50 Millionen Einwohner ernähren. Inzwischen beträgt die Zahl der iranischen Bevölkerung 60 Millionen. Die Folge ist eine Knappheit bei der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, im Gesundheitsbereich und beim Wohnungsbau.

3.2. Natürliche Bevölkerungsbewegung

Obwohl nach Schätzungen infolge des irakisch-iranischen Krieges ca. eine halbe Million Kriegstote zu zählen sind, hat Iran eine steigende natürliche Wachstumsrate der Bevölkerung zu verzeichnen. Neben der Zunahme der Geburten ist der natürliche Bevölkerungszuwachs in erster Linie auf ein Sinken der Sterbeziffer zurückzuführen. Dies schlägt sich insbesondere bei der Kindersterblichkeitsrate nieder. Starben beispielsweise im Zeitraum von 1960 bis 1965 von 1.000 Lebendgeborenen noch 164 im ersten Lebensjahr, so wurde diese Zahl aufgrund der Verbesserung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung auf 115 Verstorbene im erfaßten

Zeitraum von 1980 bis 1985 gesenkt. Auch die früher im Iran sehr hohe Kindersterblichkeitsrate, bezogen auf Kinder im Alter von ein bis vier Jahren, konnte auf 17 pro 1.000 im Jahre 1985 gesenkt werden, während sie zwanzig Jahre zuvor noch 32 betrug.¹⁸

Des Weiteren hat sich die Lebenserwartung der iranischen Bevölkerung erhöht; sie liegt – im übrigen für Frauen und Männer – im Durchschnitt bei 60 Jahren. Während – wie oben ausgeführt – in den siebziger Jahren zur Schahzeit eine beginnende mitteltransformative Phase eingetreten war, aus der sich ein Trend entwickelt hatte, der sich langfristig in einem Rückgang sowohl der Geburten- als auch der Sterberate abgezeichnet hätte, ist diese Entwicklung nach der Revolution zum Stillstand gekommen. Die Folge davon ist, daß die Einwohnerzahl Irans stetig steigt und bei dem gegenwärtigen Trend bald die 100 Millionenmarke erreicht sein wird.

3.3. Ethische Fragen zum Bevölkerungswachstum

Die ethisch-islamische Einstellung zur Fortpflanzung hat den erwähnten Übergang in eine mitteltransformative Phase abgestoppt. Allerdings hat der irakisch-iranische Krieg nicht – wie allgemein befürchtet worden war – zu einer Wiederbelebung der Polygamie geführt. Ein Grund mag darin liegen, daß die biologischen Strukturmerkmale Irans gekennzeichnet sind durch einen Männerüberschuß ab der Altersgruppe der 35jährigen, der auf die Multifunktion der Frauen und deren damit einhergehende höhere Sterblichkeitsrate zurückzuführen ist. Als Folge wurde und wird wegen des Frauenmangels vielfach Monogamie geübt. Das Bevölkerungswachstum beruht somit vorrangig auf der hohen Kinderzahl je Familie.

Von Khomeini und den nachrevolutionären Machthabern ist das Bevölkerungswachstum nicht als Problem erkannt worden. Khomeini selbst stellte rigide ethische Normen zu Schwangerschaft, Geburt und Familienplanung auf, die insgesamt auf eine pronatalistische Geburten- und Familienpolitik hinausliefen. In der nachwachsenden Generation, die gemäß der herrschenden Ideologie erzogen werden konnte, sah man die zukünftige Spitze des Systems. Erst gegen Ende der Khomeini-Herrschaft – Khomeini war seinerzeit bereits schwer krank – fand in der Familienpolitik ein Umdenken statt.

Als erste hatten Demographen und Familienpolitiker den Trend zur Bevölkerungsexplosion ausgemacht. Sie waren bemüht, geeignete Maßnahmen zur Verringerung der Geburtenrate einzuleiten, mußten sich dabei jedoch islamischer Geistlicher bedienen, die ein ethisches Konzept für eine tragbare Familienplanung ausarbeiten sollten. Dabei mußte es um die

Vermittlung einer sittlichen Pflicht zur verantwortlichen Geburtenregelung sowie um Fragen der Zulassung eines Schwangerschaftsabbruches und eine diesbezügliche Interpretation islamischer Vorschriften gehen. Mit ersten Publikationen zu diesen Fragen sind Geistliche bereits an die Öffentlichkeit getreten.

Ende 1988 meldeten sich führende Geistliche zu Fragen der Geburtenkontrolle und Familienplanung zu Wort. Angesichts der dramatischen Bevölkerungszunahme nahmen sie eine moderatere Haltung ein. So wurde erkannt, daß die Bevölkerungszunahme das System durchaus destabilisieren konnte. Geburtenkontrolle wurde nun als mit den islamischen Werten vereinbar interpretiert, weil – so die geistliche Erklärung – gemäß der islamischen Ethik nur so viele Kinder gezeugt werden sollten, wie die jeweilige Familie ernähren könnte.¹⁹ Einer der Ayatollahs führte aus: „Geburt und Fortpflanzung sind erlaubte Prinzipien. Falls die Fortpflanzung jedoch stark zunimmt und zu einer Gefahr wird, kann sie vom islamischen Staat verhindert werden“.²⁰ Damals sprachen sich einige Geistliche bereits für nidationshemmende Maßnahmen aus.²¹

Eine systematische Bestandsaufnahme wurde jedoch erst nach Khomeinis Tod, d. h. mit dem Amtsantritt Haschemi Rafsanjanis als Staatspräsident vorgenommen. Vor dem Hintergrund des ideologischen Erbes Khomeinis erwies sich allerdings ein Bewußtseinswandel als schwierig. Bevölkerungspolitische Diskussionen fanden zunächst im Fernsehen, geführt von Wissenschaftlern, statt. Ein Teil der Geistlichkeit argumentierte – wie schon gezeigt – im Sinne einer antinatalistischen Bevölkerungspolitik. Zu Wort gemeldet hatte sich außerdem der iranische Minister für Gesundheit, Medizin und medizinisches Hochschulwesen Dr. Reza Malakzadeh. Er unterbreitete bereits im Juni 1991 dem iranischen Parlament ein Planungspaket, das eine umfassende Kontrolle der Bevölkerungsentwicklung beinhaltete.²² Im August 1991 äußerte sich der Minister sodann positiv zur Sterilisation und zur Notwendigkeit der Propagierung empfängnisverhütender Mittel.²³

Der iranische Minister für Erziehung und Ausbildung Mohammad Ali Najafi nahm ebenfalls im Sommer 1991 zur dynamischen Bevölkerungsentwicklung Stellung, und zwar im Hinblick auf die daraus resultierenden Probleme im Bildungswesen. Er forderte Maßnahmen zur Geburtenkontrolle.²⁴

Aufgrund dieser Forderung wurden noch 1991 in der Provinz Teheran 90 Familienplanungszentren eingerichtet. Dort sollen Aufklärungskurse durchgeführt und Verhütungsmittel unentgeltlich abgegeben werden. In einer Reihe von Teheraner Krankenhäusern sollten zudem kostenlose

Sterilisationen durchgeführt werden.²⁵

Dies alles bedeutet einen radikalen Bruch mit der bisherigen Tabuisierung der öffentlichen Diskussion über den Gebrauch von Kontrazeptiva und Kondomen. Sogar die streng fundamentalistische Geistlichkeit in der heiligen Stadt Ghom hat die Erörterung dieser Diskussion aufgegriffen.²⁶ Die Reaktionen sind ein Indiz dafür, daß der aus der Bevölkerungsexplosion resultierende Problemdruck nach politischen Antworten verlangt.

Zwar werden inzwischen – wie es auch während der Schahzeit in Iran üblich war – Erfolgsmeldungen in der Bevölkerungsentwicklung verbreitet, so zum Beispiel von der öffentlichen Vertreterin des iranischen Gesundheitsministers auf der 1994 durchgeführten Weltbevölkerungskonferenz in Kairo, Frau Dr. Batul Ahmadi. Sie führte aus, daß die Bevölkerungszunahme im Iran derzeit kein Problem darstelle.²⁷

Richtig ist zwar, daß die Zunahme der Bevölkerung nicht ganz so dramatisch erfolgt ist, wie die ungünstigsten Prognosen befürchtet hatten, doch die Dynamisierung ist noch nicht gestoppt. Derzeit leben 60 Millionen Menschen im Iran, von denen der größte Teil unter dreißig Jahre alt ist. Ein Fünftel der 60 Millionen, d.h. 12 Millionen, sind Frauen im fertilen Alter.²⁸ Deshalb ist davon auszugehen, daß die Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten noch wachsen wird. Schahla Kazemipour von der bevölkerungswissenschaftlichen Abteilung der soziologischen Fakultät an der Teheraner Universität hat die durchschnittliche Kinderzahl je Familie mit sechs angegeben. Nach ihrer Auffassung wäre eine Reduzierung nur auf fünf Kinder pro Familie zu erzielen, weil insbesondere die vielen Analphabeten ihre Kinderzahl nicht beschränken werden, sondern als gottgewollt hinnehmen.²⁹ Frau Kazemipour vertritt die Auffassung, daß bei dieser Bevölkerungsgruppe Aufklärung oder Zwangsmaßnahmen kein positives Resultat bringen. Sie plädiert eher dafür, mit dem ökonomischen Hebel zu arbeiten und beispielsweise eine staatliche Unterstützung für Grundnahrungsmittel und Ausbildungshilfen von einer geringen Kinderzahl abhängig zu machen.³⁰

Wie man inzwischen aus anderen Südländern mit ähnlichen Bevölkerungsentwicklungen weiß, ist erfolgreiche Familienplanung vom Bildungsstand der Frauen abhängig. Frauen ohne Bildung und zudem in ökonomischer Abhängigkeit vom Ehemann lebend reduzieren ihre Kinderzahl nicht. Deshalb werden die derzeitigen Maßnahmen, die vorrangig vom Gesundheitsministerium getragen werden, wie die Verteilung von Verhütungsmitteln, zu Recht kritisiert, weil sie das Grundübel nicht an den Wurzeln packen. Auch der inzwischen eingerichtete Bevölkerungskontrollrat, in dem sechs Ministerien und die obersten Planungsbehörden

ihren Sitz haben, führt in seinen jährlichen Tätigkeitsberichten zwar positive Erfolge seiner Kampagnen an, da die Tätigkeit jedoch nicht von Externen überprüft wird, ist die positive Bilanz eher zu bezweifeln.³¹

4. Strukturelle Änderungen im Wirtschaftsbereich

4.1. Umverteilung der staatlichen Ausgaben

Weiter oben wurde aufgezeigt, daß die islamische Revolution ihre Wurzeln in der Unzufriedenheit der iranischen Bazaris hatte. Im wesentlichen wurden die revolutionären Ereignisse jedoch von der breiten Masse der unter dem Schahregime Benachteiligten getragen. Diese breite Masse erhoffte sich nach der Revolution eine Verbesserung ihrer sozialen Lage. Um dies zu gewährleisten, wurden Maßnahmen sozialpolitischer Art propagiert. Eine der revolutionären Forderungen war die kostenlose Versorgung der Bevölkerung mit Energie und Wasser. Nach anfänglichen euphorischen Plänen wurde dieser Punkt jedoch wieder ad acta gelegt, weil er mit der Realität nicht in Einklang gebracht werden konnte.

Dafür entschied man sich für die Einführung eines staatlichen Subventionssystems. Subventioniert wurden zunächst Heizöl und Energie, so daß Iran innerhalb der Mittel-Ost-Region das Land mit den niedrigsten Energiekosten war. Die Folge davon war nicht eine zunehmende Prosperität, sondern ein verschwenderischer Umgang mit Energie sowie ein schwunghafter Schwarzhandel mit den Nachbarstaaten.

Ein weiteres Beispiel für eine verfehlte Subventionspolitik ist die künstliche Verbilligung von Grundnahrungsmitteln. Zum einen hat dies dazu geführt, daß sich die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte nicht mehr lohnte. Die Folge war eine Verstärkung der ohnehin schon anormen Landflucht und Zunahme der städtischen Agglomerationen. Zum anderen wurden die für andere wirtschaftliche Bereiche notwendigen Petrodollars für den Import von Nahrungsmitteln ausgegeben.³²

Mehr Gerechtigkeit versprach man sich außerdem durch die Ausgabe von Lebensmittelkarten sowie Bezugsscheinen für bestimmte Konsumgüter. Jedoch auch diese Maßnahmen erwiesen sich in der Praxis als wenig effektiv. Vielmehr hat dies zu einer Horung von subventionierten Waren geführt, und inzwischen ist mit solchen Waren ein regelrechter Schwarzhandel entstanden, sehr zum Verdruß der offiziellen Händler.

Trotz der negativen Folgen wird derzeit noch immer an der staatlichen Subventionspolitik festgehalten. Zwar ist das Volumen der subventionierten Waren verringert worden, noch die Regierung versucht auf diese Weise

Versorgungsengpässe zu überwinden und Unruhe in der Bevölkerung wegen der stetig zunehmenden Inflation zu vermeiden. Als Deflationsmaßnahme hat sich das Verteilungssystem nicht bewährt, vielmehr steigt die Inflation nach wie vor.

Gravierende Fehler bei der Verteilung von Nahrungsmitteln in den einzelnen Regionen Irans sind in der Vergangenheit wie in der Gegenwart auf die fehlende Infrastruktur zurückzuführen. Die Entwicklung der Infrastruktur war im Iran in den zwanziger und dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts in Angriff genommen worden. Dabei war die strukturelle Entwicklung des Verkehrswesens nicht auf iranische Bedürfnisse zugeschnitten, sondern entsprach wirtschaftlichen Interessen des Auslands, beispielsweise den ausländischen Erdölkonzernen. Dies hat sich bis heute negativ auf die iranische Wirtschaft ausgewirkt. Auch die Verteilung der teuer importierten Lebensmittel scheiterte an eben diesem Grundübel nach der Revolution. Ein Großteil der eingeführten Waren verdarb in den Häfen und mußte schließlich vernichtet werden. Der Krieg mit Irak hat eine dringende Verbesserung der Infrastruktur in weite Ferne gerückt, so daß auch aus diesem Grund eine stetige Migration der in unzugänglichen Regionen lebenden und unzureichend versorgten Landbevölkerung in die überfüllten Städte anhält.

Insgesamt hat die Subventionspolitik zu einer Verringerung der Inlandsproduktion sowohl im landwirtschaftlichen als auch teilweise im industriellen Bereich geführt.³³

4.2. Umstrukturierung des Industriesektors

Im Zusammenhang mit der Machtergreifung Khomeinis wurde weiter oben auf die veränderte Wirtschaftspolitik, bezogen auf die Erdölpolitik, eingegangen, und es wurde auf Umstrukturierungen im Management hingewiesen. Solche Veränderungen vollzogen sich nicht nur auf dem Erdölsektor, sondern auch im industriellen Bereich. Iran, ein ehemaliger reiner Agrarstaat mit einer entwickelten Teppichmanufaktur, hatte während der Schahzeit erste kleine Schritte in Richtung einer Industrialisierung unternommen. Dabei handelte es sich vorrangig um eine Montageindustrie bzw. Lizenzproduktion. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang die Autoherstellung der Marke „Paykan“ in französischer Lizenz. Sowohl die Montageindustrie als auch die Lizenzproduktion waren unter Mitwirkung ausländischer Fachkräfte aufgebaut worden.

Im Zuge der Revolution wurden diese Fachkräfte aus dem Iran ausgewiesen, und das iranische Management wurde der Kollaboration mit dem

Ausland bezichtigt und ebenfalls entlassen bzw. kaltgestellt. Gerade im Verlaufe der revolutionären Wirren wurden viele Entlassungen aufgrund persönlicher Rivalitäten, von Neid und Mißgunst selbsternannter Revolutionäre vorgenommen. Fachkräfte und Management wurde allerdings nicht durch fähige einheimische Kräfte ersetzt, sondern lukrative Posten wurden unter den sogenannten Revolutionskadern verteilt. Später wurde bei der Besetzung von Führungsfunktionen nicht so sehr Wert gelegt auf Fachkenntnisse, sondern auf das ideologische Bekenntnis. Ähnliches gilt für die Enteignung vieler – zumeist mittelständischer – Firmen.

Alle seitens des Schahiregimes eingeführten Maßnahmen in Richtung einer Industrialisierung galten nach der Revolution als verpönt und wurden politisch bekämpft. So wurde die Montageindustrie nahezu völlig vernachlässigt. Während beispielsweise Staaten wie Südkorea und Taiwan ihre prosperierende Industrie aus eben einer solchen Montageindustrie entwickelt haben, wurde Iran durch den abrupten Abbruch dieser Entwicklung nach der Revolution um Jahrzehnte zurückgeworfen, so daß im industriellen Bereich nicht einmal der Standard der siebziger Jahre beibehalten werden konnte. Gerade was die Situation der Lizenzproduktion angeht, zeigt sich am Beispiel der Autoherstellung, daß das islamische System inzwischen von der Substanz lebt.

Heute, d.h. 17 Jahre nach der Revolution, melden sich inzwischen Experten zu Wort, die das Mißmanagement kritisieren. Sie fühlen sich ermuntert durch kritische Reden des iranischen Staatspräsidenten Rafsanjani. Zu den warnenden Stimmen gehört u.a. der Leiter des parlamentarischen Ausschusses für Industrie und Bergbau Hossein Haschemi. Er verwies im Dezember 1994 auf die Erfolge der prosperierenden Staaten im ostasiatischen Raum und warf der Regierung Untätigkeit vor. Wörtlich sagte er: „Im zweiten Wirtschaftsplan hat die Regierung sich verpflichtet, bei Vertragsabschlüssen mit ausländischen Firmen auch einen Technologietransfer mit zu berücksichtigen... Bei diesen Überlegungen müssen wir uns die Erfolge solcher Länder zu eigen machen, die über dieselben Voraussetzungen [wie Iran – A. M.] verfügen, wie z. B. Indonesien, das ebenso wie wir früher nur vom Erdöl und Erdgas abhängig gewesen ist... Nachdem Indonesien sich aus einer solchen Abhängigkeit befreit hat, ist es dem Staat 1987 gelungen, 70 Prozent seiner defizitären Ausgaben, die durch eine Senkung des Erdölpreises verursacht worden sind, durch eine Exportindustrie auszugleichen.“³⁴

Hossein Haschemi sprach hier einen neuralgischen Punkt der iranischen Wirtschaft an, die zunehmende Auslandsverschuldung Irans.

4.3. Probleme in der Handelsbilanz und mit der Auslandsverschuldung

Iran, der lange Jahre aufgrund seiner Erdölexporte eine positive Handelsbilanz aufwies und darüber kaum Schulden im Ausland zu verzeichnen hatte, hat auch auf diesem Gebiet eine einschneidende Veränderung erfahren. Ein Teil der Gründe, die zu dieser Entwicklung führten, sind bereits erläutert worden, und zwar sind dies:

- die dynamische Bevölkerungsentwicklung, die zu immer größeren Exporten führte;
- der Verfall des Erdölpreises auf dem Weltmarkt, der zu einer Verringerung der Petrodollareinnahmen führte;
- die Vernachlässigung der iranischen Inlandsproduktion bzw. deren Verringerung aufgrund einer unterbrochenen Montageindustrie, eines Mißmanagements und einer damit einhergehenden nicht mehr geleisteten Konkurrenzfähigkeit mit dem Ausland;
- die Ausgaben für die Aufrüstung des Landes. Letzteres ist kein hausgemachtes Problem, sondern hat seine Ursachen im irakisch-iranischen Krieg. Auch nach Beendigung des Krieges blieb die Gefahr einer kriegerischen Auseinandersetzung mit dem unberechenbaren Regime Sadam Husseins bestehen.

Staatspräsident Rafsanjani nahm erst im Dezember 1994 zur Auslandsverschuldung Irans Stellung und erläuterte die iranische Vorgehensweise zum Schuldenabbau anhand einiger Beispiele.³⁵

Iran ist derzeit mit einer Milliarde DM bei 900 deutschen Firmen verschuldet; ein Großteil dieser Firmen, nämlich 750, waren nicht über die Hermesbürgschaft abgesichert. Um die Forderungen an die iranische Seite geordnet abzuwickeln, wurde seitens deutscher Industrievertreter und amtlicher iranischer Stellen in Köln eine Vereinbarung getroffen, die die stufenweise Rückzahlung der Schulden beinhaltet und die dafür notwendigen Modalitäten festlegte.³⁶ Der Schuldenberg gegenüber der deutschen Seite hatte sich insbesondere deswegen angehäuft, weil Deutschland seinen Warenimport aus Iran drastisch gesenkt hatte.³⁷

Ähnliche Probleme, wenn auch nicht in derselben Höhe, hatte Iran im Außenhandel mit Österreich und Italien zu verzeichnen. Auch diese Staaten trafen nach dem Vorbild des deutschen Modells gestaffelte Rückzahlungsvereinbarungen.³⁸

Ursache für dieses Desaster ist der derzeit zu beobachtende starke Rückfall Irans bei Produktqualität und Technologietransfer mit der Folge des Verlustes der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.³⁹

4.4. Mißmanagement wegen fehlender Fachkräfte

Es wurde bereits dargelegt, daß im Zuge der revolutionären Ereignisse das alte Management in Firmen wie in öffentlichen Instituten abgesetzt worden und zum Teil mit solchen Personen besetzt worden ist, die sich als streng gläubige Moslems ausgaben, unabhängig von ihren Fähigkeiten und Kenntnissen. Dies hat sich bis heute nicht wesentlich verändert. Vielmehr kam zu dem Mißmanagement noch ein ständiger Wechsel in der iranischen Organisationsstruktur hinzu.⁴⁰

Zwar sind nach der Revolution neue universitäre Einrichtungen entstanden, die dem Mangel an Fachkräften begegnen sollten, doch diese haben sich zu Machtzentren des Regimes entwickelt, anstatt moderne Manager auszubilden. Noch immer ist es im Iran durchaus nicht unüblich, daß Universitätsabschlüsse oder Promotionen, angeblich im Ausland erworben, gefälscht sind. Wenn die Regimetreue gegeben ist, werden solche zweifelhaften Angaben nicht weiter überprüft.

Viele der früheren Fachkräfte, die ihre Ausbildung in Westeuropa oder den USA absolviert hatten, sind während und nach der Revolution politisch drangsaliert worden, so daß eine große Zahl von ihnen Iran verlassen hat. Die größte Gruppe der Auslandsmigranten lebt in der Türkei. Ein Teil der dort lebenden iranischen Flüchtlinge betrachtet die Türkei als Transit-aufenthalt für eine Weiterreise nach Westeuropa oder in die USA. Gerade junge Fachspezialisten aus dem Iran entscheiden sich für eine Auswanderung in die USA oder nach Kanada. Sie werden sich in diese multikulturellen Gesellschaften integrieren und nicht wieder nach Iran zurückkehren. Anders sieht es bei der Migrantengruppe aus, die in Westeuropa derzeit um politisches Asyl nachsucht. Das langwierige Asylverfahren und die teilweisen Diskriminierungen durch die Einheimischen führen dazu, daß diese Gruppe eine spätere Rückkehr nach Iran anvisiert. Bisher hat die iranische Regierung jedoch kein Programm erstellt, das ein Anreiz für eine solche Rückkehr sein könnte.

5. Wege aus der Krise

Will Iran trotz seiner Reichtümer, insbesondere an Erdölquellen, nicht zu einem Armutsstand herabsinken, so muß sich die Politik, allem voran die Wirtschaftspolitik ändern. Eine Reihe von Politikern wie von Technokraten in den verschiedensten Institutionen hat dies erkannt und tritt mit ihrer Kritik an die Öffentlichkeit. Sie finden Rückhalt bei dem iranischen

Staatspräsidenten Haschemi Rafsanjani, der sich selbst um eine liberalere Wirtschaftspolitik bemüht. Rafsanjani versucht dabei, die iranische Öffentlichkeit für seine Einstellung zu gewinnen. Gerade in der letzten Zeit hat er sich den Fragen von Journalisten in der Presse und bei Fernsehauftritten gestellt. Rafsanjani hat dabei mit zwei Schwierigkeiten zu kämpfen. Zum einen muß er die radikalen Fundamentalisten im Auge behalten, die schnell eine Kampagne gegen den Staatspräsidenten anzetteln können; zum anderen muß er die kritischen Stimmen gegen das iranische Regime im Ausland besänftigen. Rafsanjani weiß, daß ein wirtschaftlicher Aufschwung im Iran nur ermöglicht wird, wenn ausländische Investoren gewonnen werden können und so technologisches Know-how ins Land kommt. Dieses Lavieren zwischen Besänftigung der Fundamentalisten und Werben um ausländisches Kapital kommt sehr gut in einem im Dezember 1994 im iranischen Fernsehen ausgestrahlten Interview zum Ausdruck. Rafsanjani führte darin aus: „Gut, sie [d. h. die ausländischen Staaten – A. M.] stehen uns feindlich gegenüber, weil ihnen unsere revolutionären Ideale nicht gefallen. Sie ignorieren viele Tatsachen, die wir bezeugen können, weil sie diese nicht akzeptieren wollen. Allerdings könnte m.E. vieles neutralisiert werden, wenn wir keine Anlässe und Ursachen zum Mißtrauen geben. Wir müssen überzeugende Argumente vorbringen... Die islamischen Ideale sind für uns originär, jedoch die Art und Weise, wie für diese Gedanken geworben wird, kann zu einer Konfrontation führen. Allerdings gelten für uns Grundsätze, die manche Großmächte als Bedrohung empfinden. Auf solche Auseinandersetzungen müssen wir gefaßt sein. ... Wir äußern unsere Argumente in Freitagsgebeten, in Zeitungen, im Radio oder in Vorträgen. Dabei müssen wir uns einer zeitgemäßen Sprache bedienen, wir müssen moderne Mittel anwenden und die spezielle Kultur [der ausländischen Staaten – A. M.] berücksichtigen. – Wenn wir eine positive Entwicklung unseres Landes fördern wollen, müssen wir in gewissem Maße ausländisches Kapital nutzen. Dazu müssen wir uns der Technologie und des Managements anderer bedienen. Beides wird in der Welt tagtäglich weiterentwickelt und verkompliziert sich zunehmend. Das Fundament unserer Politik muß die Sicherheit für das Kapital sein. Die Kapitaleigner setzen ihr Kapital nicht in einer unsicheren Atmosphäre ein. ... Wir müssen Voraussetzungen dafür schaffen, daß Investitionen attraktiv werden...“⁴¹

Im weiteren Verlaufe des Interviews sowie in anderen offiziellen Stellungnahmen wirbt Rafsanjani derzeit vehement für Investitionen im Iran. Da Rafsanjani Rücksicht nehmen muß auf radikale Fundamentalisten, die bei einer Zulassung insbesondere ausländischer Investoren eine Auf-

weichung der islamischen Werte und der revolutionären Errungenschaften befürchten, appelliert Rafsanjani an diese, man müsse, um Investoren ins Land zu holen, diesen auch Gewinne zubilligen, ohne dabei Spekulationsgeschäfte zu begünstigen: „Es ist zwar richtig, daß wir keine Diener des Kapitals sind, aber wenn das Kapital hierher kommt und Arbeitsplätze schafft und Brot für diejenigen bringt, die kein Kapital besitzen, wenn dadurch das Land entwickelt wird, kann der Kapitalinvestor Gewinne machen“, so beschwor Rafsanjani geradezu die Gegner von Auslandsinvestitionen im Iran.⁴² Iran benötigt Investoren insbesondere für Großprojekte der Petrochemie, in der Stahlindustrie, zum Bau von Staudämmen sowie in der Entwicklung der Infrastruktur wie dem Kommunikations- und Transportsektor und dem Hafenausbau.⁴³

Grundsätzlich geht es dem iranischen Staatspräsidenten darum, den radikalen Fundamentalisten vor Augen zu führen, daß unsensible Äußerungen ausländische wie inländische Investoren abschrecken. Seine Forderungen gehen deshalb dahin, Sicherheiten im Land zu schaffen, die das Klima für eine Investitionsbereitschaft verbessern. Bisher ist der Iran nicht bereit gewesen, Kredite über einen längeren Zeitraum laufen zu lassen, weil angeblich Experten davor gewarnt hatten. Außerdem ließen die gesetzlichen Bestimmungen Irans ausländische Investitionen nur bis zu einer 49prozentigen Beteiligung zu, während Investoren eine höhere Beteiligung wünschten. Vor allem gehen die Forderungen ausländischer Investoren dahin, freie Hand im Management zu erhalten.

Es dürfte jedoch nicht nur um die Investitionsbereitschaft ausländischen Kapitals gehen. Auch innerhalb Irans gibt es eine Reihe von Großkaufleuten, die über eine beachtliche Menge Kapital verfügen und als potentielle Investoren in Betracht kommen. Diese Kapitaleigentümer, die an einer erhöhten Gewinnerschöpfung interessiert sind, zögern mit ihrer Kapitalanlage, weil sie derzeit die notwendige Transparenz vermissen. Weiterhin fehlen ihnen die notwendigen Informationen über die politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung im Iran wie über den iranischen Trend im internationalen Wirtschaftsgefüge, denn mit dem Kapital ist zwar eine nationale Wertschöpfung verbunden, doch der Charakter des Kapitals ist stets auch international. Der freie Zugang zu den internationalen Märkten ist und bleibt die primäre Voraussetzung für die Akkumulation des Kapitals. In einem System, das sich mit den internationalen Finanzmärkten verfeindet hat, sind die Voraussetzungen für Investitionen nicht mehr gegeben, folglich wird nur in den kurzfristigen Handel investiert. Da für die Geschäftsleute die gesellschaftliche wie die wirtschaftliche Stabilität langfristig nicht berechenbar ist, werden nur kurzfristige und begrenzte Ge-

schäfte getätigt, oder das Kapital wandert zu den euroatlantischen Banken ab.

Rafsanjani und die ihn stützenden gemäßigten Kräfte und Technokraten haben dies erkannt. Sie plädieren für eine Abkehr von den radikalen Zielen und versuchen sich mit solchen Geistlichen zu verbünden, die die ethisch-moralischen Grundlagen dafür liefern, daß eine islamische Gesellschaft mit Technologiefortschritt und Marktwirtschaft vereinbar ist.

6. Resümee

Die politische Situation Irans ist derzeit durch einen Machtkampf zwischen radikalen Fundamentalisten und einem gemäßigten islamischen Flügel gekennzeichnet. In der Vergangenheit hatten die radikalen Fundamentalisten Erfolge für sich verbuchen können. Gestützt auf Khomeini, war Anfang 1988 ein sogenannter Rat von Sachverständigen gegründet worden, der sämtliche iranische Gesetzesvorlagen, parlamentarische Anträge und dergleichen auf ihre Übereinstimmung mit den islamischen Werten überprüfen sollte. Diese Entscheidung hatte zu heftigen Kontroversen im Land geführt, weil sie unter Mißachtung der bestehenden verfassungsrechtlichen Grundsätze die Befugnisse des Parlaments drastisch einschränkte. Der konstituierende Rat wurde deshalb als überflüssig angesehen; führende Oppositionspolitiker wie der Ministerpräsident der provisorischen Revolutionsregierung, Mehdi Bazargan, kritisierten in Flugblättern und offenen Briefen an Khomeini die Schaffung des Rates. Mit diesem Vehikel muß sich jedoch bis heute das iranische Parlament wie das iranische Regierungskabinett auseinandersetzen.

Staatspräsident Rafsanjani bemüht sich als Vertreter des gemäßigten Flügels derzeit um eine Reformpolitik und muß gleichzeitig den islamischen Rat im Auge behalten. Obwohl Rafsanjani immer wieder eine Änderung des Wirtschaftskurses, vor allem die Schaffung von Stabilität und Sicherheit für Investoren, ankündigt, sind bisher noch keine konkreten Taten in dieser Richtung erfolgt. Das läßt darauf schließen, daß der Machtkampf noch nicht von den Reformern gewonnen worden ist.

Ein weiterer Faktor, der zu einer Radikalisierung im Iran geführt hat und bis heute nicht beseitigt worden ist, ist der Antiamerikanismus. Dieser Antiamerikanismus ist als Antwort auf die proamerikanische Schahpolitik zu verstehen. Inwieweit jedoch die sowjetische Seite diese Tendenz verstärkt hat, wird wohl erst die zukünftige Geschichtsforschung nach Akten-einsicht aufdecken können. Auffällig ist jedoch, daß – ebenso wie die

Aktionen der Tudeh-Partei in der Erdölregion, sich der revolutionäre Antiamerikanismus gegen die demokratisch gewählte Revolutionsregierung Bazargans richtete. Während die Sowjetunion inzwischen zerfallen ist und die USA und Rußland sich inzwischen nicht mehr als antagonistische Kräfte gegenüberstehen, kämpfen die radikalen Fundamentalisten im Iran noch immer gegen einen „Satan“ USA. Für sie stehen die USA als Verkörperung des Bösen, des Teuflischen. Allerdings haben die Scheinkämpfe dieser Radikalen nicht verhindern können, daß das „teuflische Geld“, der US-Dollar, inzwischen die dominierende Währung im Lande ist. Die Masse der iranischen Bevölkerung glaubt zudem schon lange nicht mehr, daß finstere Machenschaften der CIA an den Unzulänglichkeiten im Iran schuld sind. Deshalb kann von einer breiten Zustimmung zu einer Reformpolitik innerhalb der iranischen Bevölkerung ausgegangen werden.

Ausländische Staaten, allen voran die westlichen Industriestaaten, sollten deshalb ihr Augenmerk auf die Reformer im Lande richten. Eine Hoffnung auf Ablösung des islamischen Systems ist abwegig und gefährlich, denn eine Alternative gibt es derzeit nicht. Vielmehr würde eine Ablösung der iranischen Regierung das Land in Chaos und Bürgerkriege stürzen, weil sich gegenseitig bekämpfende politische Gruppierungen an die Macht drängen würden, ohne daß eine dieser Gruppierungen dominieren könnte. Ähnlich katastrophale Zustände, wie wir sie derzeit in der GUS, in Jugoslawien und in Afghanistan beobachten, wären die Folge. Dies kann – auch mit Blick auf iranische Erdölvorkommen – nicht im Interesse der derzeitigen Großmächte liegen. Zudem besteht immer die Gefahr, daß aus den jetzt bereits bestehenden kleinen Kriegsherden ein großer Flächenbrand wird, in den schließlich auch Europa und die USA verwickelt werden können, wenn immer mehr Kriegsherde hinzukommen.

- 1 M. Riesebrodt, *Fundamentalismus als patriarchalische Protestbewegung. Amerikanische Protestanten (1910-28) und iranische Schiiten (1961-79) im Vergleich*, Tübingen 1990.
- 2 P. Lohauß, *Fundamentalismus und moderne Identität. Zu Martin Riesebrodt's Analyse des Fundamentalismus als soziale Protestbewegung*, in: PROKLA 96, *Fundamentalismus und neue Religiosität*, 1994, 3, H. 96, S. 477f.
- 3 Die iranische Tudeh-Partei war eine zur Schahzeit im Iran verbotene kommunistische Schwesterpartei der KPdSU.
- 4 Die Rolle der Tudeh-Partei habe ich in einer von der Volkswagen-Stiftung geförderten Untersuchung analysiert. Vgl. dazu auch A. Mahrad, *Das Geständnis des Chef-Ideologen der Tudeh-Partei Täbari*, in: *Iranisches Jahrbuch 1985*, H. 5; ders., *Die Unterwanderung liberaler Oppositionsgruppen durch die Tudeh-Partei*, in: *Iranisches Jahrbuch 1987*, H. 7.
- 5 Mehdi Bazargan starb am 8. Januar 1995 in Zürich an einem Herzinfarkt. Bazargan war auf dem Weg in die USA, wo er sich einer notwendigen Herzoperation unterziehen wollte.
- 6 A. Mahrad, *Iran nach dem Sturz des Schahs. Die provisorische Revolutionsregierung*

Probleme des Managements der Gesellschaft und der Ökonomie im Iran

- Bazargans, Frankfurt a.M./New York 1983, S. 123ff.
- 7 Ebenda, S. 123.
 - 8 Hassan Nazih war Vorsitzender des iranischen Anwaltsvereins und hatte zur Schahzeit die Menschenrechtsverletzungen im Iran angeprangert.
 - 9 Über die Querelen in der iranischen Erdölpolitik und die Kampagnen gegen Nazih habe ich ausführlich berichtet in: A. Mahrad, Iran nach dem Sturz des Schahs (Anm. 6), S. 135-186.
 - 10 Daraufhin erfolgte im Iran die Verhaftung von Tudeh-Funktionären. Auch Kianouri wurde verhaftet und soll vor Gericht seine Auftragsdienste für die Sowjetunion gestanden haben. Vgl. Jomhuri Eslami Nr. 1138 vom 5.5.1983, Nr. 1146 vom 8.5.1983, Nr. 1240 vom 16.5.1983. Etelaat Nr. 17182 vom 15.12.1983 sowie Nr. 17208 vom 17.1.1984.
 - 11 Das ganze Anmaß der äußeren Einmischung ist bis heute nicht vollständig aufgedeckt. So ist bisher nicht nachzuweisen, daß die Geiselnahme US-amerikanischer Botschaftsangehöriger eventuell auch von außen gesteuert worden ist. Eine detaillierte Aufschlüsselung und Analyse sämtlicher revolutionärer Abläufe im Iran wird erst exakt möglich sein, wenn iranische wie ausländische Archive ihre Akten öffnen. Ich habe zum Beispiel beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR um Akteneinsicht gebeten. Die dortigen Recherchen gestalten sich jedoch als langwierig, weil damit zu rechnen ist, daß ein Großteil der Akten vernichtet bzw. nach Moskau überstellt worden ist.
 - 12 A. Mahrad, Iran nach dem Sturz des Schahs (Anm. 6).
 - 13 Vgl. ders., Iran nach dem Staatsstreich von 1953 gegen Ministerpräsident Mohammad Mossaddegh. Pfaffenweiler 1988 sowie ders., Die Außenpolitik Irans von 1950 bis 1954 und die Aufnahme der Beziehungen zwischen Iran und der Bundesrepublik Deutschland, Saarbrücken 1985.
 - 14 Reza Schah, der Vater des letzten Schahs, bestieg 1925 den Thron. Er führte eine Reihe von Reformen ein, zu denen auch standesamtliche Registrierungen gehörten. Vgl. A. Mahrad, Iran unter der Herrschaft Reza Schahs, Frankfurt a.M./New York 1977.
 - 15 Statistisches Jahrbuch, hrsg. v. der Organisation Planung und Haushalt, fortlaufende Nummern. Teheran (persisch). Iran im Spiegel der Statistik, hrsg. v. Ministerium für Planung und Haushalt, Teheran 1985 (persisch).
 - 16 Ebenda.
 - 17 Ebenda.
 - 18 H. Amirahmadi/F. Nikour, Bevölkerungsentwicklung und wirtschaftlicher Aufschwung im Iran (persisch), in: Etelaat siassi eghtessadi, 5. Jg., H. 40, Dezember 1990, S. 47-57.
 - 19 Vgl. Etelaat Nr. 13498 vom 19.12.1988.
 - 20 Ebenda.
 - 21 Ebenda.
 - 22 Kayhan vom 26.6.1991, S. 22.
 - 23 Iran Times, Nr. 22 vom 16.8.1991, S. 5.
 - 24 Ebenda, S. 2.
 - 25 Kayhan vom 14.8.1991, S. 4.
 - 26 Pasdarane Eslam, Nr. 116 vom August 1991, S. 32ff.
 - 27 Etelaat, Nr. 20377 vom 25.12.1994, S. 6.
 - 28 Hamshari, Nr. 367 vom 7.4.1994, S. 12 sowie Etelaat, Nr. 20384 vom 3.1.1995, S. 4.
 - 29 Hamshari, Nr. 367 vom 7.4.1994, S. 12.
 - 30 Ebenda.
 - 31 Ebenda.
 - 32 Hamshari, Nr. 584 vom 27.12.1994, S. 5.
 - 33 Ebenda.

Ahmad Mahrad

- 34 Interview in der Zeitung Jomhuri Eslami mit dem Staatspräsidenten Rafsanjani, in: Jomhuri Eslami, Nr. 4516 vom 27.12.1994, S. 1 und 14.
- 35 H. Hascheini, Über Autarkie und die Stärkung des nationalen Willens als Vorreiter für eine technologische Entwicklung, in: Kayhan vom 24.12.1994, S. 15.
- 36 Interview Rafsanjanis im iranischen Fernsehen, Dezember 1994, abgedruckt in Kayhan vom 26.12.1994.
- 37 Imersten Halbjahr 1994 führte deshalb auch Iran – verglichen mit demselben Zeitraum im Jahr 1993 – ein Drittel weniger Waren aus Deutschland ein. (Vgl. Etelaat, Nr. 20377 vom 25.12.1994, S. 4.)
- 38 Kayhan v. 24.12.1994, S. 13.
- 39 Vgl. den Beitrag von Dr. Mehdi Bahadori-Negat, Dozent der TU Teheran, in: Kayhan vom 24.12.1994, S. 5.
- 40 Ebenda.
- 41 Es handelt sich hier um eine freie Übersetzung des Interviews mit Rafsanjani, bei der in erster Linie die Gedankengänge des Staatspräsidenten nachvollziehbar werden sollten. Rafsanjani hat sich wörtlich viel vorsichtiger mit Blick auf die radikalen Fundamentalisten ausgedrückt.
- 42 Interview Rafsanjanis im iranischen Fernsehen, Dezember 1994, abgedruckt in Kayhan v. 26.12.1994, S.1 u. 15.
- 43 Ebenda.

Christine Bogedain

Erfolgschancen landwirtschaftlicher Reformpolitik in Zimbabwe. Eine Untersuchung zum Bodenrecht*

Konzepte von internationalen Organisationen und Regierungen afrikanischer Länder favorisieren die Vergabe von privaten Eigentumstiteln an Boden, um Produktivität und Produktion in der Landwirtschaft zu steigern. Begründet wird diese Forderung mit der These, daß dadurch Hemmnisse für die landwirtschaftliche Entwicklung, die ihre Ursache in veränderten Funktionsbedingungen für das noch vorherrschende traditionelle Bodeneigentum haben, abgebaut sowie innovationsfördernde Strategien der Bauern unterstützt würden.

Im Gegensatz zum autochthonen afrikanischen Bodeneigentum wird bei der Durchsetzung des Privateigentums die Trennung von Verfügungs- und Nutzungsgewalt über den Boden aufgehoben. Sämtliche Rechte sind demzufolge bei einem privaten Eigentümer konzentriert. Diese Konzentrierung der Rechte macht den Eigentümer sicher gegenüber dem Zugriff anderer auf sein Land und gibt ihm die Möglichkeit, sein Land zu beleihen und Investitionen zu tätigen. Gleichzeitig besitzt er die Garantie, daß die Resultate der Investitionen und Verbesserungen des Bodens zur Steigerung der Produktion und zum Schutz der Ressource nur ihm allein zugute kommen und daß er alles uneingeschränkt seinen Nachkommen vererben kann. Damit scheinen die notwendigen Voraussetzungen geschaffen zu sein, die dem Bauern einerseits ökonomisch rationales Handeln ermöglichen und ihm andererseits auch die nötigen Anreize geben, Strategien der Produktionssteigerung, der Marktorientierung und der Gewinnmaximierung zu verfügen und die Übernutzung und Zerstörung von natürlichen Ressourcen zu verhindern.

* Bei dem vorliegenden Artikel handelt es sich um eine überarbeitete Fassung des Autorreferates zur Dissertation „Privates Bodeneigentum und ökonomisch-soziales Verhalten in der afrikanischen Landwirtschaft. Eine Untersuchung zu den Small Scale Commercial Farming Areas in Zimbabwe“, die am Institut für Politikwissenschaft der Universität Leipzig verteidigt wurde. Sie ist unter dem Titel „Entwicklung durch Privatisierung? Bauern zwischen Subsistenzorientierung und Marktproduktion in Zimbabwe“ am Institut für Afrika-Kunde in Hamburg erschienen (Hamburger Beiträge zur Afrika-Kunde, Bd. 44).

Ob sich diese Wirkungen, die mit der Einführung von Bodeneigentum verknüpft werden, unter den Bedingungen der Länder des subsaharischen Afrika einstellen werden, wird in der Literatur jedoch derzeit kontrovers diskutiert, leider oft auf der Basis mangelnder Empirie.

In dieser Untersuchung bietet eine ausgedehnte, empirische Studie die Grundlage für die These, daß das gegenwärtige gesellschaftliche Umfeld zu Verhaltensweisen führt, die der Ausnutzung des privaten Bodeneigentums entgegenstehen. Von insgesamt 120 privaten afrikanischen Farmern in zwei Gebieten Zimbabwes, Chitowa und Somnene, wurden mit Hilfe eines standardisierten Fragebogens in mehrstündigen Interviews Daten zu sozialen und ökonomischen Kennziffern und Verhaltensweisen erhoben.¹ Verglichen werden dabei zwei Regionen der *Small Scale Commercial Farming Areas* in Zimbabwe, in denen privates, im Grundbuch registriertes Bodeneigentum für afrikanische Farmer schon seit mehreren Jahrzehnten existiert. Diese Regionen sind durch unterschiedliche agroökologische Bedingungen gekennzeichnet.

Auf der Basis der durchgeführten Untersuchungen zeigt sich, daß genau wie der Mechanismus der traditionellen afrikanischen Agrarverfassung auch das private Bodeneigentum an Voraussetzungen im gesellschaftlichen Umfeld gebunden ist, wenn die erwarteten Effekte eintreten sollen. Privateigentum hat sich in den Erhebungsgebieten nur unter ganz bestimmten Bedingungen wie angenommen durchgesetzt, nämlich dann, wenn die Einkommensströme groß und dauerhaft sind. Ein hohes Einkommen garantiert dem Farmer ein geringes Risiko auch ohne absichernde Strategien. Insbesondere Absicherungsstrategien innerhalb der Großfamilie, die dem Farmer ein ständiges soziales Sicherungssystem bietet und in Krisenzeiten als Auffangnetz fungiert, verlieren an Bedeutung. Je mehr Einkommen erzielt wird, desto häufiger werden individuelle Strategien, die den Farmer allein begünstigen, verfolgt. Umfangreiche solidarische Beziehungen innerhalb der Großfamilie, die ihrer Versorgung dienen und durch die das Sicherungsnetz für den Farmer erhalten bleibt, sind dann für ihn nicht mehr notwendig und er kann alle Rechte, die das Privateigentum beinhaltet, nutzen. Erst dann wird er als vorwiegend marktorientiert wirtschaftender, innovativer Eigentümer des Bodens agieren und erzielte Überschüsse für Investitionen in den Farmbetrieb und nicht vorwiegend für die Aufrechterhaltung der Solidaritätsbeziehungen in der Familie verwenden.

Wenn jedoch das Einkommen, das über den Markt realisiert werden kann, gering oder unsicher ist, bedient sich der Bauer risikominimierender Strategien der Absicherung. Insbesondere eben die Bindungen zur Groß-

familie, die als potentielle Stütze dient und auf deren Unterstützung der geringer verdienende Farmer in schlechten Zeiten angewiesen ist, werden bewahrt und gepflegt. Die Produktion richtet sich vor allem auf die Subsistenzbedürfnisse der Angehörigen und weniger auf die Nachfrage am Markt aus, der Boden dient vorwiegend als Sicherheit für die Familie, und Vererbungsmechanismen orientieren sich an überlieferten Verhaltensmustern. Die auf der Grundlage geringer Einkommen so weiter funktionierenden Solidaritätsbeziehungen innerhalb der Familiengemeinschaft wirken der Wahrnehmung und Ausnutzung der privaten Eigentumsrechte entgegen.

Von den 120 befragten privaten Farmern in Zimbabwe gelang es nur einem kleinen Teil, mit ihrem landwirtschaftlichen Betrieb solche Einkommen zu erzielen, die eine eigenständige, markt- und gewinnorientierte Bewirtschaftung der Farm ermöglichen.

Zwei Strategien zeichnen sich ab, die zur Herausbildung dieser individuell-kapitalistischen landwirtschaftlichen Produktion führen.

Zum einen gehören zu dieser Gruppe Eigentümer, die sich vor allem billiger familiärer Arbeitskräfte innerhalb des eigenen Haushaltes bedienen und mit ihnen bei vergleichsweise gering bleibenden Kosten eine größere Menge von Produkten erzeugen können. Die erwirtschafteten Überschüsse bleiben angesichts der Grenzen der Erzeugung eines Mehrprodukts durch die Mehrverwendung von Arbeitskräften jedoch zumeist klein. Für umfangreichere Investitionen in die Landwirtschaft reichen sie in den meisten Fällen nicht aus, zumal durch die Existenz vieler Kinder ein Großteil der erwirtschafteten Mittel als Investition in die Bildung verlagert wird. Dadurch wird versucht zu sichern, daß es einem Teil der Kinder gelingt, eine Beschäftigung außerhalb der Landwirtschaft aufzunehmen. Ziel ist, daß diese dann unabhängig vom Farmbetrieb leben können und außerdem in der Lage sind, ihn von außen mit Kapital zu unterstützen. Die Einkommen dieser Farmer sind zwar höher und auch ihre Möglichkeiten, höhere Einkommen zu erzielen, sind größer, als bei den meisten anderen Farmern, gleichzeitig lösen sich jedoch die engen Familienbeziehungen nicht. Die Verpflichtung des Eigentümers, für nichtbeschäftigte Familienmitglieder zu sorgen, bleibt auch zukünftig bestehen. Die traditionellen Sozialbeziehungen innerhalb der Großfamilie spielen noch eine große Rolle, obwohl der Farmeigentümer sie zunächst zu seinem Vorteil auszunutzen versteht.

Der andere Teil individuell wirtschaftender Farmer umfaßt diejenigen, die aufgrund der Ausstattung der Farm und der Art und Weise ihrer Bewirtschaftung am ehesten als eigenständig kapitalistisch wirtschaftende

Bodeneigentümer bezeichnet werden können. Sie verfügen über Maschinen und Inputs und diversifizieren die landwirtschaftliche Produktion in Subsistenzmittelproduktion und in die Erzeugung von Gütern für den Markt, die ihnen den notwendigen Einkommensüberschuß bringen. Sie benutzen zum Teil überwiegend Fremdarbeitskräfte und investieren sowohl in rein landwirtschaftliche Projekte, wie Hühner- und Fischzucht, als auch in der Landwirtschaft anhängige Aktivitäten, wie Maismühlen und Läden in ländlichen Zentren. Zu den Kennzeichen dieser Farmbetriebe gehört, daß oft sehr enge Verbindungen zu außerlandwirtschaftlichen, städtischen Tätigkeiten existieren, mit denen der Farm Kapital von außen zugeführt wurde bzw. weiterhin wird, das für Investitionen zur Verfügung steht. Meistens haben oder hatten die Farmer selbst eine, oft qualifizierte, Beschäftigung, häufig im Staatsdienst. Auch Kinder oder nahe Verwandte sind nicht selten in diesen Bereichen tätig, im Gegensatz zu den Angehörigen der erstgenannten Farmergruppe, die vielfach nur Arbeit in geringer bezahlten Bereichen und im informellen Sektor finden.

Die Hypothese, daß die Schaffung von Privateigentum an Boden eine individuelle, investive und produktive Landwirtschaft hervorbringt, läßt sich somit nur anhand einer kleinen, unter bestimmten förderlichen Bedingungen operierenden Gruppe von Farmern beweisen.

Diese Gruppe kann aufgrund günstiger Voraussetzungen, wie besonders guten natürlichen Bedingungen oder einer hohen Kapitalzufuhr von außen, einen landwirtschaftlichen Betrieb aufbauen, mit dem ein hohes Einkommen erwirtschaftet werden kann. Im Zusammenhang mit der Veränderung von Produktionsmethoden bewirkt die Höhe und die Stabilität des Einkommens, daß auf soziale Sicherungssysteme innerhalb der Großfamilie verzichtet werden kann. Die landwirtschaftliche Produktion orientiert sich nicht mehr vordergründig am Subsistenzbedarf der Großfamilie, sondern an Markterfordernissen und am erzielbaren Gewinn. An die Stelle von risikominimierenden Strategien der Absicherung und Erhaltung der Solidaritätsbeziehungen treten marktwirtschaftliche Strategien der Gewinnerzielung. Ausreichende individuelle wirtschaftliche Anreize bedingen dabei gleichzeitig, daß diese Farmer sich auch gegenüber dem moralischen Druck ärmerer Familienmitglieder zu behaupten beginnen bzw. sie vor allem zu ihrem eigenen Vorteil auszunutzen. Unterstützend wirkt dabei über und unter dem städtischen Einfluß rascher fortschreitende Prozeß der Auflösung des engen Großfamilienverbandes in zwar miteinander in Beziehung stehende, jedoch eher unabhängige Kleinfamilien.

Demgegenüber kann sich der größere Teil der Farmer trotz des privaten Bodeneigentums nicht als erfolgreiche, individuell wirtschaftende Farmer

etablieren. Nun lassen sich dafür zunächst naheliegende Ursachen im ökologischen Potential, das in einem der untersuchten Gebiete für den vorherrschenden Ackerbau extrem ungünstig ist, feststellen. Zudem sind auch unter anderen als den Besingungen des subsaharischen Afrika trotz möglicherweise gleicher Zugangsbedingungen zu den Ressourcen aus ganz individuellen Gründen nicht alle landwirtschaftlichen Betriebe gleich innovativ.

Eine nähere Betrachtung der tatsächlichen Wahrnehmung der privaten Eigentumsrechte über den Boden ergibt jedoch noch einen weiteren Aspekt. Bei einer großen Gruppe der privaten Farmen besitzt der Haushaltsvorstand, d.h. derjenige, dem die Farmbewirtschaftung in der Praxis obliegt, nur begrenzte Verfügungs- und Entscheidungsmöglichkeiten über den Boden. Das ist immer dann der Fall, wenn derjenige, der auf der Farm wirtschaftet, nicht der ist, der als offizieller Eigentümer auf den *Title deeds*, der Urkunde über die Vergabe des Eigentumstitels auf den Boden, und im Grundbuch eingetragen ist. In der Praxis bedeutet dies, daß ein Farmbetreiber, der nur Nutzer und nicht registrierter Eigentümer des Bodens ist, über Anbauprodukte und -methoden, über eine Kreditaufnahme und die damit verbundene Beleihung des Bodens, über Investitionen, die Organisation des Farmbetriebes und in extremen Fällen über die Vermarktung und die Verwendung der Mittel im allgemeinen nicht frei bestimmen kann. Diese Entscheidungsrechte obliegen nur dem Eigentümer.

Betroffen sind Farmen, wo sich der Farminhaber permanent nicht auf der Farm aufhält und ein Familienmitglied die Farm betreibt, sowie Nebenhaushalte, die als separate Haushalte von Familienmitgliedern zusätzlich zum Haupthaushalt des Farmmanagers auf der Farm existieren.

Wesentlich zu diesen nach wie vor getrennt wahrgenommenen Verfügungs- und Nutzungsrechten hat das Weiterbestehen der überlieferten Vererbungs- und Bodenzuteilungsmechanismen beigetragen. Nebenhaushalte entstehen beispielsweise immer dann, wenn nicht dem Haushalt angehörende Familienmitglieder sich mangels anderer ökonomischer Alternativen auf der Farm, die ihnen Wohnplatz und Nahrung bieten kann, niederlassen. Insbesondere betrifft das Brüder der Farmbetreiber, die mit dem Kauf der Farm durch den Vater und dem Ausscheiden aus dem System traditioneller Bodenverteilungsmechanismen der zuvor bestehenden Gemeinschaft ihr Recht auf Land in diesen Gebieten verloren haben. Dennoch greifen weiterhin Normen und Werte, die eng mit diesen Regeln der Bodenzuteilung verbunden sind. Erhalten werden sie durch die fehlenden Möglichkeiten für andere Familienmitglieder, sich eine ökonomische Existenz außerhalb der Landwirtschaft aufzubauen.

Somit leiten sich aus dem Weiterbestehen der familiären Solidaritätsbeziehungen, die für den größten Teil der Farmbetreiber wichtig sind, die Verpflichtungen des ökonomisch Begünstigten, in diesem Falle des Farmeigentümers, gegenüber den Mitgliedern der Großfamilie ab. Auf diese Weise entstanden auf fast der Hälfte aller befragten Farmen zwischen einem und fünf Nebenhaushalten, die im Durchschnitt insgesamt etwa ein Drittel des ackerbaulich genutzten Landes der Farmen bewirtschaften. Im Ergebnis dessen ist die Farm, entgegen den Bestrebungen des privaten Bodeneigentums, sie als ganze Produktionseinheit zu erhalten, vielfach fragmentiert. Tendenzen der Überweidung lassen sich aufgrund verschiedener Besitzverhältnisse beim Vieh nur schwer kontrollieren und eindämmen.

Auch beim Transfer der Farm im Vererbungsfall kommt es noch nach mehreren Jahrzehnten der Existenz des privaten Bodeneigentums zu einem Aufeinanderprallen der privaten Eigentumsverhältnisse und ihrer Erfordernisse mit traditionellen Denk- und Verhaltensweisen. Unabhängig davon, ob der erstgeborene Sohn die Farm bereits verlassen hat, kein Interesse an ihr zeigt oder auch nicht die Fähigkeit besitzt, sie zu betreiben, wird er zumeist automatisch als Erbe eingesetzt. Trifft einer dieser Aspekte zu, verzögert sich die Eigentumsumschreibung der Farm vom verstorbenen auf den neuen Eigentümer oft um Jahre, oder das Land wird auf einen Eigentümer registriert, der permanent nicht anwesend ist oder zum überwiegenden Teil einer anderen Beschäftigung nachgeht. Entscheidungen, die nach geltenden Bestimmungen und Regeln nur der eingetragene Farmeigentümer treffen kann, wie z.B. eine Beleihung der Farm oder gravierende Veränderungen bei den Anbauprodukten, sind in diesen Fällen kaum möglich.

Gleichzeitig führen auch Auseinandersetzungen über diese Erbmechanismen zugunsten neuer Entwicklungen immer häufiger zu Streitigkeiten unter den potentiellen Erben und anderen Angehörigen und damit ebenfalls zu Aufschüben bei der Überführung der Farm in die Hände eines neuen Eigentümers.

Erfolgchancen landwirtschaftlicher Reformpolitik in Zimbabwe

Tabelle: Eigentumsverhältnisse auf den Farmen, Chitowa und Somnene

Farneigentümer und Farmbetreiber	Chitowa		Somnene	
	Anzahl	Anteil (%)	Anzahl	Anteil (%)
Eigentümer permanent anwesend, betreibt die Farm	33	55	32	53
Eigentümer nur zeitweise anwesend, Farm wird von Verwandten bewirtschaftet	9	15	3	5
Eigentümer verstorben, neuer Farmeigentümer noch nicht registriert, Farm wird vom potentiellen Erben oder von Verwandten bewirtschaftet	11	18	7	12
Eigentümer permanent nicht anwesend, Farm wird in der Regel von Verwandten bewirtschaftet	7	12	18	30
Gesamt	60	100	60	100

Fast die Hälfte aller Farmen in den Untersuchungsgebieten sind so auf den Namen eines Eigentümers registriert, der bereits verstorben ist oder sich überwiegend oder permanent nicht auf der Farm befindet und sie nicht selbst betreibt. Die diese Farmen bewirtschaftenden Farmmanager, in der übergroßen Mehrzahl Angehörige der Großfamilie, können unter diesen Umständen nur einen bestimmten Teil der Eigentumsrechte, nämlich wie beim überlieferten Bodenrecht nur die Nutzungsrechte, ausüben. Die so innerhalb der Institution des privaten Bodeneigentums eingeschränkte Entscheidungsgewalt der Farmbetreiber auf diesen Farmen hat zur Folge, daß sie im Durchschnitt schlechtere Produktionsergebnisse aufweisen, als Farmen mit geklärten Eigentumsverhältnissen und sogar geringere als kleinbäuerliche Betriebe, die in Gebieten ohne privates Bodeneigentum wirtschaften.

Elemente des traditionellen Vererbungsprozesses sind in dieser schwierigen Phase der Diskrepanz zwischen überlieferten Maßstäben und neuen Prämissen, in der sich die Farmer befinden, noch weit verbreitet, daneben scheinen sich langsam neue Tendenzen auszuweiten. Wenn auch noch lange nicht ein Großteil, so wollen zumindestens mehr Farmer als bisher beispielsweise die Erbfolge durch ein Testament regeln und dabei die

Fähigkeiten und das Interesse des potentiellen Erben an landwirtschaftlicher Tätigkeit berücksichtigen. Die Übergangsphasen der Vermischung, Irritation, Suche und Neuorientierung, zu denen es gegenwärtig kommt, sind nicht selten aber auch begleitet von besonders starkem Festhalten an starren Traditionen, wie die vielen ungeklärten Eigentumsverhältnisse auf den Farmen belegen.

Bisher ist deutlich geworden, daß der überwiegende Teil der untersuchten Farmen gekennzeichnet ist vom Fortbestehen traditioneller Sozialbeziehungen innerhalb der Großfamilie. Die Folge sind soziokulturelle Verhaltensweisen, die den Erwartungen, die in die Einführung von privatem Bodeneigentum gesetzt werden, nicht entsprechen und mögliche Effekte untergraben. Eine Konsequenz dessen ist ein interner Transfer vom privatem Boden, der dazu führt, daß zum einen in vielen Fällen die Farmbetreiber nicht identisch mit den registrierten Farmeigentümern sind, und zum anderen Farmen mit mehreren Haushalten entstehen. Eben dieses Auseinanderfallen von Verfügungs- und Nutzungsrechten wird als ein wesentliches Hemmnis für eine produktive Ausnutzung des Bodens unter den Bedingungen des traditionell überlieferten afrikanischen Bodenrechts angesehen und fungiert als wichtiges Argument für die Favorisierung von privatem Bodenrecht, mit dessen Schaffung es eigentlich beseitigt werden sollte.

Im Ergebnis dieses inoffiziellen Bodentransfers auf den Farmen nutzen nicht nur die eigentlichen Farminhaber ihre Rechte und Möglichkeiten, die sie mit Vergabe der Bodeneigentumstitel prinzipiell haben, nicht vollständig aus. Auch für die Haushalte, die den privat registrierten Boden eines anderen bewirtschaften, bleiben sowohl die wirtschaftlichen Anreize, als auch die realen Möglichkeiten, die erwarteten Strategien zur Steigerung der Produktion zu verfolgen, gering. Obwohl privates Bodeneigentum besteht, verfügen diese Haushalte nur über untergeordnete Rechte an Boden, die sie abhängig machen vom individuellen Ermessen des Eigentümers. Ihre Stellung zum Boden ist unter diesen Umständen weit unsicherer als in Gebieten, in denen die sozialen Regeln des überlieferten Bodenrechtes noch weitgehend vorherrschen.

Seitens der eigentlichen Farmeigentümer ist es aber aufgrund der nicht ausreichenden oder für die Dauer unsicheren wirtschaftlichen Anreize innerhalb der bestehenden gesellschaftlichen Strukturen offensichtlich oft gar nicht ökonomisch irrational, sich überlieferter soziokultureller Verhaltensmuster zu bedienen. Eher scheint es in diesem Umfeld Ausdruck ökonomischer Rationalität zu sein, sich in die traditionellen Sozialbeziehungen der Großfamilie, die ihnen bei Bedarf auch ein System der

Absicherung bietet, einzufügen und sich ihrer zu bedienen.

Deutlich wird an dieser Stelle bereits, daß nicht allein das private Bodeneigentum des Farmers, sondern vor allem die hohen Einnahmen, die eben in erster Linie nicht Folge der Schaffung von Privateigentum sind, den Farmer in die Lage versetzen und motivieren, innovativ und produktiv zu wirtschaften und dabei Vorteile des Privateigentums auszunutzen.

Die Untersuchungsergebnisse für das Beispiel zweier Gebiete der *Small Scale Commercial Farming Areas* in Zimbabwe belegen, daß das Konzept der Veränderung der Eigentumsstrukturen allein nicht tauglich ist, eine umfassende Produktivitätsteigerung in der Landwirtschaft hervorzurufen. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, die theoretischen Annahmen, daß schon allein die Einführung von Privateigentum an Boden zu höheren Anreizen und Möglichkeiten führt, die landwirtschaftliche Produktion markt- und gewinnorientiert zu gestalten, Investitionen zu tätigen und die Produktivität zu steigern, zu präzisieren. Aus der Erhebung wird deutlich, daß die Einführung einer neuen Rechtsform dafür offensichtlich nicht ausreicht.

Nur unter den Bedingungen, daß das Einkommen hoch genug ist und soziale Sicherungsmaßnahmen sich weitgehend erübrigen, kann der Eigentumstitel auf den Boden ausgenutzt werden und ist dann ohne Zweifel auch von Vorteil, indem er dem Farmer die Möglichkeit gibt, das Land entsprechend seinen eigenen Interessen und den wirtschaftlichen Erfordernissen zu nutzen. Unter den Bedingungen eines überwiegend geringen Einkommens für die Farmer kann sich privates Bodeneigentum jedoch nicht mit den gewünschten Resultaten durchsetzen. Die Vergabe des Eigentumstitels führt nicht automatisch zu einer Konzentration von Verfügungs- und Nutzungsrechten über den Boden bei einer Person und dem Ausschluß anderer Familienmitglieder. Die erzielten Einnahmen aus der Landwirtschaft bieten dafür keinen wirklichen Anreiz. Traditionelle Sozialbeziehungen können und müssen aufrechterhalten werden. Unter diesen Bedingungen wird eine Strategie notwendig, die die mit dem Bodeneigentum in Verbindung gebrachten Verhaltensweisen zunächst in eine Beziehung zu den Möglichkeiten einer stabilen und ausreichenden Einkommenserzielung, und damit zum gesellschaftlichen Umfeld und nicht allein zum Privateigentum setzt. In einer Phase mangelnder ökonomischer Anreize, dem Druck der ausgeschlossenen Mitglieder der Großfamilie und fehlender wirtschaftlicher Alternativen sind von der Wirkung des privaten Bodeneigentums allein Innovationen nicht zu erwarten. Die im Untersuchungsbeispiel sichtbar gewordenen nicht ausgenutzten privaten Eigentumsstrukturen weisen darauf hin, daß entscheidender als das

Bodenrecht in diesem Zusammenhang die Frage ist, wie es gelingen kann, daß in der Landwirtschaft hohe Einkommen realisiert werden können, die es für afrikanische Bauern überflüssig machen, innovationshemmende Strategien der sozialen Absicherung zu verfolgen.

Dabei werden traditionelle Normen und Verhaltensweisen ein durchschlagender Faktor bleiben, solange sich mangels anderer Alternativen die soziale Sicherungsfunktion des Bodens nicht erübrigt. Erst wenn für die Masse der Bevölkerung dafür keine Notwendigkeit mehr besteht, kann Land ausschließlich als Mittel zur Akkumulation und Profitmaximierung dienen. Zuvor jedoch werden die soziokulturellen Normen einer Agrargesellschaft, die sich in einem permanenten Übergang zur Industriegesellschaft befindet, bei dem zwar Marktprinzipien, aber keine sozialen Sicherungssysteme geschaffen werden, ständig revitalisiert.

Dazu kommt, daß sich natürlich alte Normen auch verfestigt haben. Neue Lebensformen können sich somit nur sehr langsam verwirklichen – eine Tendenz, die als Fortleben von Traditionen auf dem Lande auch in durchindustrialisierten Ländern zu beobachten ist. Andererseits ist es aufgrund hoher Arbeitslosigkeit für junge Leute aus ländlichen Gebieten schwierig, die traditionelle Lebenswirklichkeit zu ändern. Sie haben in der Regel nur die Möglichkeit, auf dem Land unterzukommen, wo jedoch die Alten über die Ressourcen verfügen und deren Tradition vorherrscht.

So wird die Einführung von privatem Boden nur dann einen individuellen, marktorientiert wirtschaftenden und innovativen Farmer hervorbringen, wenn eine Agrarproduktion möglich ist, die sich für den einzelnen Farmer lohnt. Als Bremse für die Umsetzung des privaten Bodeneigentums wirkt also zunächst das bestehende gesellschaftliche Umfeld. Dies macht es notwendig, an anderen limitierenden Faktoren als der Eigentumsfrage anzusetzen. Die geringen wirtschaftlichen Erfolge der Mehrheit und das begrenzte Einkommen der privaten Farmen, der Bevölkerungsdruck und die Landknappheit in den afrikanischen Gebieten sowie die Notwendigkeit, in der derzeitigen gesellschaftlichen Situation möglichst viele Menschen im landwirtschaftlichen Sektor zu beschäftigen und ihnen einen ausreichenden Lebensunterhalt zu verschaffen, erfordern, die Privatisierung des Landes mit Strategien und Maßnahmen zu verbinden, die eine wirkungsvolle und nachhaltige Umgestaltung der Agrarverhältnisse unter Einbeziehung der Masse der Bevölkerung zur Folge haben. Erst unter den Voraussetzungen, daß sich die ökonomischen Anreize und Möglichkeiten für eine agrare Marktproduktion und die Individualisierung des Farmbetriebes erhöhen, können private Eigentumsstrukturen ausgenutzt werden und Konzepte einer Änderung der Eigentumsverhältnisse zum angestrebten

Erfolg führen.

Zu solchen Schritten, die die agrare Marktproduktion attraktiver machen, gehört die Preisbildung, die dem Produzenten einen ausreichenden Marktpreis für ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Erzeuger- und Inputpreisen sichert. Dazu gehören weitere agrarpolitische Maßnahmen, wie der Aufbau der Marktinfrastruktur und eine auf kleinbäuerliche Bedürfnisse und Gegebenheiten ausgerichtete Kreditpolitik. Und dazu gehört auch, daß bäuerliche Produzenten über genügend und über agroökologisch gutes Land verfügen. Eine gleichmäßigere Umverteilung der knappen Ressource Boden im Zusammenhang mit komplementären Maßnahmen kann Beschäftigung und Einkommen für die Masse der Bevölkerung sichern. Ohne Zweifel ist dabei auch ein Eingreifen des Staates notwendig, der sich, um Sicherheit und Stabilität im Land zu erhalten, an den ökonomischen und politischen Bedürfnissen der Massen orientieren muß. Über eine Förderung der Binnennachfrage können dabei Markt- und Preisbildungsmechanismen in Gang gesetzt werden, die sich dann in entsprechenden Einkommen und marktorientierten Verhaltensweisen der Farmer niederschlagen.

Die Untersuchungsergebnisse belegen für Zimbabwe, daß die formale Einführung von privatem Bodeneigentum ohne eine Berücksichtigung der inneren und äußeren Rahmenbedingungen nicht zu einer Ausnutzung der mit ihm in Verbindung gebrachten Vorzüge führt. Die Vergabe von Eigentumstiteln auf den Boden hat nicht automatisch eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion zur Folge. Das gesellschaftliche Umfeld erfordert für eine angestrebte dauerhafte Produktivitätssteigerung in der afrikanischen Landwirtschaft einen Komplex von Maßnahmen, in dem die verbreitete Vergabe von Bodeneigentumstiteln nur ein, eher langfristiges Element ausmacht, dessen erfolgreiche Ausnutzung einer Reihe von Voraussetzungen bedarf. Vor dieser grundlegenden Umgestaltung der Agrarverhältnisse, die auch eine Einbeziehung des Industriesektors notwendig macht, scheut sich auch Zimbabwe. Zwar existieren Pläne zur Enteignung der Hälfte des Landes der Großgrundbesitzer, die Durchführung des Programms wird jedoch hinausgezögert. Das taktische Agieren der Regierung in diesem Bereich zur Sicherung von Wählerstimmen bei der anstehenden 1995er Wahl gewinnt mehr und mehr die Oberhand. Maßnahmen zu einer substantiellen Förderung der Kleinbauern deuten sich in diesem Zusammenhang nicht an. Erst in diesem Kontext aber entstehen die Rahmenbedingungen, in denen privates Bodeneigentum die gewünschten Resultate zeigen kann und zu einem innovativen, marktorientierten Verhalten führt.

- 1 Die *Small Scale Commercial Farming Areas*, in denen die afrikanischen Farmer private, registrierte Eigentümer ihres Bodens sind, gehören zu einem der kleinsten Sektoren in der Landwirtschaft Zimbabwes. Sie umfassen jetzt mit ca. 1,2 Mio Hektar etwas mehr als drei Prozent des Landes. Das Untersuchungsgebiet Chitowa liegt im nordöstlichen Teil Zimbabwes, etwa 100 Kilometer entfernt von der Hauptstadt Harare. Somnene, das zweite Untersuchungsgebiet, befindet sich im Südwesten des Landes in ca. 70 Kilometer Entfernung von der zweitgrößten Stadt Zimbabwes, Bulawayo. Bei der Auswahl der Gebiete spielten zwei Faktoren eine entscheidende Rolle. Zumeinen sollten sie aufgrund der ausgeprägten Verschiedenartigkeit der agroökologischen Bedingungen in Zimbabwe in unterschiedlichen natürlichen Regionen gelegen sein. Chitowa befindet sich in der agroökologischen Zone IIb; in der pro Jahr im allgemeinen ca. 750 bis 1000 Milliliter Niederschlag fällt, der den Anbau von Mais, Sorghum, Hirse, Tabak und Baumwolle gestattet. Somnene liegt in der agroökologischen Zone IV, die aufgrund des geringen Niederschlags von jährlich durchschnittlich ca. 500 bis 650 Millilitern mit Ausnahme des Anbaus einiger dürreresistenter Arten im Prinzip nur für die Viehhaltung geeignet ist. Zum anderen sollte der Anteil der befragten Farmer an der Gesamtzahl in den Gebieten ähnlich und möglichst hoch sein, um eine Vergleichbarkeit beider Regionen zu gewährleisten und repräsentative Aussagen für die Gebiete treffen zu können. Mit jeweils 60 Farmern wurden in Chitowa 42 Prozent, in Somnene sogar 73 Prozent interviewt. Ungeachtet der agroökologischen Verhältnisse wird in beiden Gebieten, auch in Somnene, in erster Linie Ackerbau betrieben. Hauptanbauprodukt für den Eigenbedarf und den Verkauf ist Mais. Das Potential für eine diversifizierte und marktorientierte Landwirtschaft, die auf den Ackerbau ausgerichtet ist, ist aufgrund der besseren Niederschlagsverhältnisse in Chitowa höher. Die Viehhaltung wird weiterhin im wesentlichen nicht kommerziell betrieben. Für eine extensive Viehhaltung fehlen Kapital und Know-how. Deutlich wird in diesem Zusammenhang insbesondere die multifunktionale Rolle des Viehs im sozialen und religiösen Kontext sowie als Mittel zur Produktion und Konsumtion, nicht jedoch für die konstante Erzielung von Einnahmen durch Verkauf.

Literaturauswahl

- J. Backhaus/H. G. Nutzinger, Eigentumsrechte und Partizipation. Frankfurt a.M. 1982.
R. Barrows/M. Roth, Land Tenure and Investment in African Agriculture: Theory and Evidence, in: *The Journal of Modern African Studies*, Vol. 28, 1990, No. 2, S. 265-297.
S. Berry, Hegemony on a Shoestring: Indirect Rule and Access to Agricultural Land, in: *Africa*, 1992, Vol. 62, No. 3, S. 327-355.
A. P. Cheater, Idioms of Accumulation. Rural Development and Class Formation among Freeholders in Zimbabwe. Gweru 1984.
R. E. Downs/S. P. Reyna (Hrsg.), Land and Society in Contemporary Africa. Hannover/London 1988.
H. Eisenhans, Agrarverfassung, Akkumulationsprozeß und Demokratisierung, in: ders. (Hrsg.), *Agrarreform in der Dritten Welt*. Frankfurt a.M./New York 1979, S. 505-652.
G. Feder/D. Feeny, Land Tenure and Property Rights: Theory and Implications for Development Policy, in: *World Bank Economic Review*, 1991, Vol. 5, No. 1, S. 135-153.
S. Migot-Adholla et al., Indigenous Land Rights Systems in Sub-Saharan Africa: A Constraint on Productivity?, in: *The World Bank Economic Review*, 1991, Vol. 5, No. 1, S. 155-175.

Erfolgschancen landwirtschaftlicher Reformpolitik in Zimbabwe

- S. Moyo/T. Skalness, Land Reform and Development Strategy in Zimbabwe: State Autonomy, Class and Agrarian Lobby, Harare 1989.
- H. H. Münknr, Entwicklungsrelevante Fragen der Agrarverfassung und des Bodenrechts in Afrika südlich der Sahara, Marburg 1984.
- M. W. Murphree/D. H. M. Cumming, Savanna Land Use: Policy and Practice in Zimbabwe, CASS/WWF Paper No. 1, Nairobi 1991.
- R. Palmer/N. Parsons, The Roots of Rural Poverty in Central and Southern Africa, London.
- P. Shipton/M. Goheen, Understanding African Land Holding, in: Africa, 1992, Vol. 62, No. 3, S. 307-325.
- World Bank, Zimbabwe Agricultural Sector Memorandum, Vol. 1, 2, 3, Washington 1991.

Demokratisierung und marktwirtschaftliche Reform in Osteuropa. Überlegungen zur Rolle der Civil Society im polnischen Transformationsprozeß

Während die „Civil Society“ (CS) Diskussion im Zusammenhang mit dem Systemwechsel in Osteuropa zu einem bedeutenden Wachstumspol sozialwissenschaftlicher Erkenntnisbemühungen avancierte, gewann das Konzept selbst eine immer elastischere Gestalt. Je nach individuellem Blickwinkel variiert das zugrundeliegende CS-Konzept so stark, daß um Klärung bemühte Autoren einräumen mußten, „über das Konzept der Civil Society herrscht helle Uneinigkeit...“¹ Der Artikel fragt nach den Wesenszügen der CS und nach deren spezifischer Rolle bei der Überwindung der kommunistischen Einparteiensysteme sowie nach dem potentiellen Beitrag der osteuropäischen CS zur Konsolidierung der postkommunistischen Demokratien am Beispiel Polens. Dabei wird der spezifisch osteuropäische Kontext der Anwendung des Terminus bezugnehmend auf politische, gegen den Staat gerichtete Öffentlichkeiten und Handlungsräume verlassen. Im Vordergrund stehen demokratische Konsolidierungsprozesse und die Rolle kollektiver Akteure als Trägergruppen von Reformen.²

Folgende Thesen werden dabei vertreten: In der Auseinandersetzung mit dem sozialistischen Staat konstituierte sich eine polnische Gegengesellschaft über die Mobilisierung von unten, die in Gestalt der Solidarnosc Anfang der achtziger Jahre auch eine dauerhafte Organisationsform annahm. Der Konflikt mit dem Staatsapparat bildete die Klammer der an sich heterogenen, koalierenden Interessen und konstituierte erst deren gemeinsame Identität. Diese schwindet mit der Machtübernahme der vormaligen Oppositionseliten und der Auflösung der Konfliktsituation.

Der Beitrag dieser Gegengesellschaft zur Überwindung des kommunistischen Systems ist wichtig, wird aber wegen der Ausklammerung anderer Faktoren überschätzt. Ohnehin ist die Bezeichnung CS für osteuropäische Gegengesellschaften im analytischen Sinne fraglich, da es ihnen an einer über den Markt vermittelten Autonomie mangelte. Nach der verhandelten Revolution zerfiel die vormalige Gegengesellschaft in kon-

kurrierende Gruppierungen entlang ihrer inneren Konfliktlinien, ohne daß sich eine den Staat entlastende CS im eigentliche Sinne bislang herausbildete, da deren sozio-ökonomische Grundlagen in den postkommunistischen Gesellschaften aufgrund der Dominanz des staatlichen Industriesektors und des unterentwickelten Privatsektors erst schwach ausgebildet sind. Damit fehlen vor allem die sozio-ökonomischen, über Markt und Eigentum vermittelten Grundlagen der gesellschaftlichen Selbststeuerung.

Die Konsolidierung der Demokratie in Osteuropa ist ein schwieriger Prozeß, der sich im Spannungsfeld zwischen dem Übergewicht kurzfristiger gesellschaftlicher Defensivinteressen und der Durchsetzung notwendiger, mit sozialen Kosten verbundener Reformimperative vollzieht. Eine Stärkung der Exekutive vor dem Hintergrund von Konflikten mit dem Parlament ist als Konsequenz in dieser Konstellation angelegt, insbesondere da die schwache CS nicht wesentlich zur Unterstützung der Reformen beitragen kann.

1. Begriffsklärung: Genese, Struktur und Funktion der Civil Society

Die einschlägige Diskussion um den Begriff der CS konvergiert um einige zentrale Punkte. Ausgehend von den Arbeiten von Keane, Diamond und Schmitter beschreibt der Begriff die Totalität aller autonomen, d.h. sich selbst organisierenden und vom Staat unabhängigen, intermediären gesellschaftlichen Institutionen und Assoziationen, die kollektiv und organisiert ihre Interessen und Belange in der öffentlichen Sphäre artikulieren und vertreten.³ Zentrale Punkte sind die Selbständigkeit solcher Organisationen, ihre vermittelnde Funktion und ihr politisches Potential. Privates wirtschaftliches Handeln ist als solches nicht Element der CS, kann aber Voraussetzung für deren Existenz sein.

In pluralistischen politischen Systemen, die demokratischen Mindestanforderungen genügen, sollten politische Parteien, trotz ihrer vermeintlichen Staatsnähe, in das CS Konzept miteinbezogen werden. Nur so kann den in vielerlei Beziehung existierenden Querverbindungen zwischen Parteien und Interessenverbänden Rechnung geuragen werden, auch in post-kommunistischen Systemen.⁴

Eine ausgeprägte CS wird in mehreren Hinsichten als der Demokratie und der Demokratisierung förderlich erachtet. Zum einen indem sie ein Gegengewicht zur Staatsmacht etabliert und horizontale Kontrolleffekte ausübt,⁵ zum anderen indem sie Interessen mobilisiert, aggregiert und in

den politischen Prozeß kanalisiert.⁶ Die Autonomie der Zivilgesellschaft wird dabei als entscheidend angesehen – kooptierte Massenorganisationen nach korporatistischem Muster sind kein Beispiel gesellschaftlicher Selbstorganisation und echter Interessenrepräsentation – wiewohl es vielfältige Institutionen mit halb-staatlichem, halb-autonomen Status gibt.

Indem die CS Literatur in Bezug auf Osteuropa sich thematisch auf den Modus „CS against the state“⁷ konzentrierte, vernachlässigte sie freilich den Beitrag des Systems der funktionalen Interessenrepräsentation zur politischen Steuerung.⁸ Intermediäre Institutionen der Interessenvermittlung, die in der Lage sind, Sachinteressen zu aggregieren und als Kollektivinteresse policy-orientiert zu formulieren (in erster Linie die Träger funktionaler Repräsentation von Wirtschaftsinteressen), erhöhen die Koordinations- und Kompromißfähigkeit partikulärer Interessen über den Mechanismus der Erhöhung der Verbindlichkeit getroffener Regelungen und der Beständigkeit der Regelungsmuster mit dem Effekt der Entlastung des Staates.⁹

Die „positive Bilanz“ neo-korporatistischer Gesellschaftsteuerung¹⁰ wird erst durch eine stark institutionalisierte CS möglich. Sofern das System der verbandlichen Interessenvertretung in der Lage ist, diese Leistungen zu erbringen, sollte es über Attribute wie hierarchische Koordinationsfähigkeit, Repräsentationsmonopol, Differenzierung nach funktionalen Kriterien, Verbindlichkeit der Mitgliedschaft und Anerkennung des Repräsentationsstatus durch staatliche Stellen etc. verfügen.¹¹ Auch bei der Analyse der CS beharrt Schmitter auf der Dominanz von funktional strukturierten Konfliktlinien entlang den Kriterien Klasse, Branche und Profession, da „Eigentum und die Organisation der Produktion“ die politisch dauerhaftesten und bestimmenden gesellschaftlichen Konfliktlinien produzierten.¹² Insgesamt betrachtet erscheinen Institutionen mit hohem Formalisierungsgrad wie Parteien, Gewerkschaften und Unternehmerverbände, aber auch die Kirche von zentraler Bedeutung.

Aus historischer Perspektive scheint eine pluralistische CS die Existenz von *autonomen Machtsphären* mit eigenem sozio-ökonomischen Status vorauszusetzen. So entwickelte sich in Europa die Grundlage der Trennung von staatlicher und gesellschaftlicher Sphäre erst mit dem Aufkommen der autonomen urbanen Ökonomie und der Dispersion ökonomischer Ressourcen.¹³ Als Träger des Liberalismus konnte das urbane Bürgertum in der europäischen Geschichte dem feudalen Staat die konstitutionellen Bindungen nur abtrotzen, da letzterer zur Befriedigung seines finanziellen und materiellen Appetits auf die Dienste der aufstrebenden, sich emanzipierenden Handels- und Finanzbourgeoisie angewiesen

war.¹⁴

Erkenntnisse aus der Dritte-Welt-Forschung unterstreichen die Abhängigkeit einer starken CS von einer entwickelten Ökonomie, deren zentrale gesellschaftliche Steuerungskategorie aufgrund des Wirkens eines funktionierenden kapitalistischen Markt- und Wachstumsmechanismus Profite und nicht Renten sind, und deren Arbeitsmärkte transformiert, d.h. nicht von Marginalität, sondern von relativer Knappheit an Arbeitsangebot gekennzeichnet sind. Nur unter diesen Voraussetzungen ist eine starke Ausprägung relevanter Institutionen der CS, insbesondere von Unternehmerverbänden und Gewerkschaften, möglich und kann von Marktsteuerung gesprochen werden.¹⁵ Die Möglichkeit der Aneignung von Renten seitens staatlicher Apparate steigert deren Verfügungsgewalt über die gesellschaftlichen Ressourcen und begründet damit auch die Abhängigkeit der einheimischen Bourgeoisie vom Staat und dessen Garantierung von Monopolen auf den Binnenmärkten.¹⁶ Gleichsam können intern ungleiche und nicht demokratische Strukturen durch klientelistische Kooptationssysteme verfestigt werden. Sind die Arbeitsmärkte segmentiert und weite Teile der Arbeiterschaft marginalisiert,¹⁷ ist der Herausbildung von starken Gewerkschaften ohnehin aufgrund ihres geringen Verweigerungs- und Sanktionspotentials ein Riegel vorgeschoben.

2. Civil Society und der Übergang zu demokratischer Herrschaft in Osteuropa

Der in der englischen Fachliteratur „*democratic transition*“ genannte Übergang zu demokratischen Regierungsformen bezeichnet eine befristete Zeitperiode, die mit dem Zerfall eines autoritären oder totalitären Systems beginnt und in der Errichtung eines demokratischen Systems mündet. Der Abschluß der Übergangsphase kann mit der Adoption einer neuen Verfassung durch eine gewählte Versammlung oder mit der Wahl eines Parlamentes nach Inkrafttreten der Verfassung bestimmt werden.¹⁸

Synthetisierend kann man „*democratic transition*“ als die Phase der Errichtung eines formal-pluralistischen, institutionellen Rahmens für den politischen Wettbewerb begreifen. Die Forschung zu diesem Komplex nimmt eine dezidiert prozeßorientierte, auf individuelle Handlungsspielräume und Strategiefähigkeit der sozialen Akteure abhebende Position ein und stellt subjektive Faktoren wie Dispositionen und Kalküle der Eliten, das wichtige Instrument des Elitenpaktes und andere Aushandlungsprozesse sowie Brüche innerhalb autoritärer Regime in den Vordergrund,

um die Öffnung eines autoritären Regimes zu erklären.¹⁹ Die Theoriebildung schwächt von vornherein die Rolle struktureller Hintergrundfaktoren, und damit auch den Part der CS bei der Erklärung von Regimewechseln.

Wiewohl die Modernisierungstheorie den politischen Druck auf ein autoritäres Regime, den eine entwickelte CS infolge sozio-ökonomischer Modernisierung und des damit verbundenen Auftretens der Artikulation und der Mobilisierung von sozialen und politischen Interessen ausübt, als erklärende Variable hervorhebt,²⁰ bleibt dieser Erklärungslogik als zentrale intervenierende Variable Kohäsion und Machtressourcen des Staatsapparates entgegenzuhalten.²¹ Gleichfalls muß Wachstum nicht ohne weiteres zur Delegitimation autoritärer Herrschaft führen, sondern kann, wie im Falle von Hongkong oder Singapur, zu deren Stabilisierung beitragen.²²

Was die Osteuropaforschung anbelangt, so lautet das klassische Argument, es hätte eine Polarisierung zwischen Staat und der mobilisierten CS gegeben, die schließlich in die Überwindung des totalitären Staates durch die organisierte CS mündete. Diese strapazierte Generalisierung des polnischen Falls der Konfrontation zwischen der Solidarnosc-Bewegung und dem Staat läßt sich allerdings nur aufrechterhalten, wenn man nicht nur die Rolle externer Akteure, in diesem Falle die implizite Rücknahme der Breschnew-Doktrin, vernachlässigt,²³ sondern auch die Verquickung und Vermengung zwischen formellen Staatsorganisationen und der osteuropäischen CS ausblendet. Wie Ding zeigte, konnte für Osteuropa, so wie es auch keine klare Trennung, sondern wechselseitige Abhängigkeiten zwischen der „Second Economy“ und dem Staatssektor gab,²⁴ gar nicht von einer autonomen CS im obigen Sinne ausgegangen werden. Um den langwierigen Prozeß der Auflösung und Zersetzung von Staat, Partei und Massenorganisationen und der parallel dazu verlaufenden Durchdringung und Auflösung der Zweckbestimmung dieser Institutionen durch gesellschaftliche Akteure, wie auch die verschwimmenden Grenzen zwischen staatlicher und gesellschaftlicher Sphäre zu beschreiben, prägte Ding den Ausdruck „institutional amphibiousness“.²⁵ Dieses Konzept umfaßt die Abhängigkeit oppositioneller Bewegungen von der staatlichen Infrastruktur sowie die Instrumentalisierung der bestehenden Organisationen durch soziale Akteure.²⁶

Die These von Ding läuft darauf hinaus, daß die Anwendung des CS-Konzeptes bei der Untersuchung der demokratischen Übergänge in Osteuropa nur partiell möglich ist, ohne den begrifflichen Inhalt des Konzeptes zu unterhöhlen.

3. Civil Society, Konsolidierung demokratischer Herrschaft und Wirtschaftsreform in Osteuropa

Auch das Konzept der demokratischen Konsolidierung unterliegt begrifflichen Schwankungen. Pridham sieht als entscheidende Momente der *Konsolidierung* der formell-demokratischen Institutionen die Herausbildung einer spezifischen, systemstützenden „politischen Kultur“. ²⁷ Konsolidierung wird in diesem Ansatz auch unter dem Aspekt der Entstehung eines generellen Konsenses betrachtet, der der demokratischen Herrschaftsform einen Wert an sich jenseits ihres instrumentellen Charakters für die Befriedigung von konkreten Interessen zuweist. ²⁸ Der Ansatz unterstellt, daß eine operierende Demokratie mit der Zeit ein stabilisierendes Trägheitsmoment akkumuliert, an dem adverse Umwelteinwirkungen abprallen.

Im Mittelpunkt des pragmatischen Ansatzes steht hingegen die Definition von Konsolidierung über die Verständigung aller relevanten politischen Akteure über die zentralen Spielregeln des demokratischen Wettbewerbs und seine Abwicklung im Rahmen der demokratischen Institutionen. ²⁹ In Przeworskis Modell ist die Loyalität der politischen Kräfte in letzter Instanz abhängig von ihrer Fähigkeit, ihre Interessen langfristig im Rahmen des demokratischen Institutionengefüges durchsetzen zu können, bzw. vom Vertrauen der im Verteilungskampf unterliegenden Akteure in die langfristige Verbesserung ihrer sozio-ökonomischen Situation durch Diffusionseffekte. ³⁰

Tritt im Gegensatz zur Übergangsphase in der Konsolidierungsphase die Routinisierung des Handelns in den Vordergrund, dann verengt sich der Entscheidungsspielraum der relevanten politischen Akteure wieder unter dem formenden Gewicht der objektiven Bedingungen des historisch gewachsenen Kontexts. ³¹

Kurz: Eine Analyse von langfristigen Prozessen wie der Konsolidierung von politischen Systemen bedarf, anders als die Untersuchung von eher kurzfristigen, aus einer spezifischen historischen Situation resultierenden Übergangsprozessen, einer stärkeren Betonung der unterliegenden strukturellen Faktoren, die in einem komplexen Zusammenspiel, vermittelt über die Praxis der sozialen Akteure, die langfristigen Konsolidierungschancen bestimmen. ³² Daher hat eine Makroanalyse der CS in diesem Kontext Aussagekraft.

Warum eine stark institutionalisierte CS, deren Organisationen umfas-

send sind und über strategische Handlungsfähigkeit verfügen, im allgemeinen als positiv mit demokratischer Konsolidierung verknüpft gelten kann, wurde schon implizit erörtert. Je korporatistischer, im Gegensatz zu pluralistischer, die Struktur der Interessenvermittlung, desto positivere Effekte sind für den Konsolidierungsprozeß zu erwarten.³³

Dies wird insbesondere deutlich, wenn die Rolle der CS im osteuropäischen Transformationsprozeß genauer betrachtet wird, dessen primäres Charakteristikum die simultane ökonomische und politische Reform darstellt. Im so vorstrukturierten Kontext erlangt die Unterstützung des Reformprozesses durch eine *organisierte soziale Basis* zentrale Bedeutung, zumal die moralische Legitimation der Reformkräfte über das Erringen des Systemwechsels sich im politischen Alltag aufbraucht. Nebender generalisierten politischen Unterstützung der Reformmaßnahmen stehen insbesondere Parteien, Verbände und Gewerkschaften vor der Aufgabe, ihre Basis zu sensibilisieren für den Verzicht auf kurzfristige materielle Interessen zugunsten von Vorteilen, die sich erst spät materialisieren und über mehrere Generationen erstrecken. Das Dilemma besteht darin, ökonomische Reformen, die mit Realeinkommensverlusten für zumindest einige Gruppen gekoppelt sind, mit schocktherapeutischen Mitteln zu initiieren und vor politischem Druck von Interessengruppen abzuschirmen,³⁴ dann aber in einer zweiten Phase die Konsolidierung der Reformen politisch zu moderieren und im Dialog mit Interessengruppen zu verfestigen, ohne die demokratischen Institutionen zu unterminieren.³⁵

Vor ähnlichen Problemen standen und stehen eine Reihe lateinamerikanischer Staaten bei der Implementation von Strukturanpassungsprogrammen.³⁶ Als notwendige Bedingung für das langfristige Gelingen des Reformprozesses erwies sich laut einer komparativen Studie die Etablierung von Konsultationsmechanismen und politischen Vermittlungsinstanzen zwischen Reformträgern und betroffenen Gruppen mit dem Ziel,³⁷ die Reformen auf ein politisch stabiles Fundament zu stellen und die Entfremdung weiter Bevölkerungsteile vom demokratischen Prozeß zu vermeiden. Um eine spätere Verschärfung des Konflikts zwischen Kapital und Arbeit zu vermeiden, müßten insbesondere die Belange der Arbeiterklasse in den politischen Prozeß reinkorporiert werden.³⁸ Der resultierende Widerspruch zwischen der Logik der strukturellen Reform und der Einräumung von Partizipationsmöglichkeiten ndvers betroffener kollektiver Akteure ist jedoch nur schwer auflösbar. Die entfachte politische Dynamik solcher Konstellationen kann leicht in politische Destabilisierung und erneute politische Zentralisierungsschübe münden.³⁹ Empirische Fallstudien zur Relation zwischen demokratischer Konsolidierung

und der Bewältigung ökonomischer Krisenbedingungen zeigten, daß die entscheidende Variable zur Erklärung der Überlebensfähigkeit demokratischer Regime der Grad der Institutionalisierung des Systems der Interessenrepräsentation ist, insbesondere von Parteien und Interessenverbänden.⁴⁰ Remmer ermittelte sogar einen Zusammenhang zwischen einem stabilen Zwei-Parteien-System und politischer Stabilität.⁴¹ Als nicht der Demokratisierung förderlich wird generell ein fragmentiertes, polarisiertes Multiparteiensystem erachtet.⁴²

Im Mittelpunkt des Interessenausgleichs steht der von seinen Entstehungsbedingungen her anspruchsvolle *Sozialpakt* als prädestiniertes Instrument des Austauschs von Lohnzurückhaltung und Akzeptanz struktureller Reformen auf Seiten der Gewerkschaften gegen die Gewährung der Tarifautonomie, sozialer Kompensationen und arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen seitens Staat und Wirtschaft. Ziele eines solchen Sozialpakts sind die Schaffung politischer Reformgrundlagen sowie die Eindämmung von inflationären Tendenzen über die Stabilisierung von Erwartungen.⁴³ Allerdings bestätigte die Neokorporatismusforschung einem solchen Sozialpakt, daß er als dauerhaftes Instrument zur Aushandlung von Lohnverzicht bei bevorstehender Entindustrialisierung und zur Verwaltung erschöpften Verteilungsspielraumes versage.⁴⁴ Dies gilt um so mehr, wenn rivalisierende Interessenvertretungen, die sich aus der gesamtwirtschaftlichen Verantwortung ziehen und die bornierte Repräsentation von Partikularinteressen qua radikaler Forderungen betreiben, die Erfolgsaussichten solcher Abkommen unterminieren.

Der Prozeß der demokratischen Konsolidierung trifft folglich in den Reformstaaten auf um so günstigere Bedingungen, je fortgeschrittener der Grad der Institutionalisierung der CS und je relevanter damit ihr potentieller Beitrag zur Legitimation der Reformen.

4. Bedeutung und Realität der Civil Society im polnischen Transformationsprozeß

In Anlehnung an obige Definitionen können die ersten völlig demokratischen Wahlen zum Sejm, dem polnischen Unterhaus, am 27. Oktober 1991 sowie die Annahme der vorläufigen „Kleinen Verfassung“ durch den Sejm Anfang August 1992 als Eckpfeiler der Beendigung des Regimewechsels in Polen gelten. Die beiden Ereignisse markieren die Beseitigung der wichtigsten institutionellen Residuen des kommunistischen Regimes im polnischen Regierungssystem. Durch die Wahlen vom Oktober 1991

wurde das im Juni 1989 gewählte Unterhaus neu bestellt, das gemäß den Vereinbarungen des „Runden Tisches“ 65 Prozent seiner 460 Sitze für Kommunisten und Blockparteien reserviert hielt und dessen Komposition nur zu 35 Prozent aus freier Wahl hervorging. Mit dem Beschluß der „Kleinen Verfassung“ als vorläufige Verfassung bis zur Verabschiedung eines gänzlich neuen Grundgesetzes wurden die Kompetenzen zwischen Parlament, Regierung und Staatspräsident neu geregelt. Das Gesetzeswerk ersetzte in diesen Punkten die stalinistische Verfassung von 1952. Schließlich wurde mit dem Wahlsieg der Reformkommunisten (SdPR) im Bund der demokratischen Linken (PSL) vom 19. September 1993 und der anschließenden Regierungsbildung mit der Bauernpartei (PSL) auch die Hürde des „doppelten Machtwechsels“ genommen. Polens Demokratie befindet sich in der Konsolidierungsphase.

Welche Bewandnis hat die obige theoretische Analyse für Osteuropa und Polen? Historisch betrachtet äußerte sich in Mitteleuropa das Fehlen autonomer Machtsphären und endogener industrieller Entwicklung in Zentralisierungstendenzen. Der Staat wurde zwangsläufig zum Träger einer nachholenden Modernisierung. In der Folge behinderte die prädominante Position des Staates selbst die Herausbildung einer reifen bürgerlichen Gesellschaft und Öffentlichkeit. Versuche, parlamentarische Institutionen westlichen Zuschnitts auf die unterentwickelte Zivilgesellschaft zu stützen, liefen auf demokratische Fassaden ohne reale politische Souveränität hinaus.⁴⁵

Die Auflösung der unabhängigen Assoziationen und ihre mangelnde ökonomische Grundlage im Realsozialismus stellt die Revitalisierung der CS vor schwerwiegende Probleme. Verschiedentlich wird die in Osteuropa entstandene „*Second Society*“, Produkt der Ablehnung des kommunistischen Systems, die sich v.a. aus einem lose gekoppelten Netz kultureller, intellektueller und gewerkschaftlicher Gegenaktivitäten zusammensetzte, als funktionales Äquivalent zur CS verstanden.⁴⁶

Die polnische Gegengesellschaft gewann ihre institutionelle Identität im Zuge der Streikwelle vom August 1980 in Gestalt der unabhängigen Gewerkschaft *Solidarnosc*. Die Einheit der in dem heterogenen Sammlungsforum umfaßten Interessen entstand jedoch nur artifiziiell in der Konfrontation mit dem übermächtigen Staat. Die Sprengkraft der v.a. aus dem dualen Charakter der Organisation, politisch und gewerkschaftlich, resultierenden inneren Antagonismen entfaltete sich nach der Überwindung des alten Regimes. Zu Beginn der achtziger Jahre zählte die Volksbewegung *Solidarnosc* noch 9,5 Mio. Mitglieder, im Juni 1989 war die Mitgliederzahl der Gewerkschaft bereits auf 1,6 Mio. gesunken.⁴⁷ Die Binnendif-

ferenzierung spaltete zunächst einen parteipolitischen Flügel von der nationalen Sammlungsbewegung ab. Dieser differenzierte sich soweit aus, daß in das im Oktober 1991 gewählte Parlament sechs verschiedene Post-Solidarnosc Parteien oder Parteialianzen mit grundverschiedener ideologischen Profilen und programmatischen Inhalten einzogen.⁴⁸ Nach der gewerkschaftlichen Neugründung der NSZZ Solidarnosc rekrutiert sich die Basis der Gewerkschaft überwiegend aus den veralteten Sektoren der Großindustrie, die primär für Ziele der materiellen Besitzstandswahrung optiert.⁴⁹

Trotz des Zerbrechens der innerorganisatorischen Klassenallianz und der funktionalen Differenzierung innerhalb der Organisation selbst, fühlten sich große Teile der Solidarnosc bis 1993 für den Erfolg des Reformprozesses und dessen soziale Flankierung verantwortlich, indem sie die Reformen politisch unterstützten. Der Spagat zwischen dem disziplinierenden Auftreten als politischer Ordnungsfaktor und genuiner betrieblicher Interessenvertretung (oftmals ein massives Interesse am Erhalt alter Strukturen) erwies sich als Gratwanderung. Solidarnosc hatte nicht nur die alte Staatsgewerkschaft OPZZ mit circa 4 Mio. Mitgliedern zur Konkurrenz, die sich paradoxerweise als Artikulationsforum der materiellen Arbeitnehmerinteressen profilieren konnte, sondern ranste an den Rändern durch Abspaltungen (z.B. „Solidarnosc 80“) aus und wurde gleichzeitig durch die Neuformierungen militanter gewerkschaftlicher Gruppierungen auf Konfrontationskurs mit der Regierung unter Druck gesetzt.⁵⁰ Mit den Streiks in den schlesischen Kohleminen um die Jahreswende 1992/93, der Entscheidung der Solidarnosc-Führung gegen das Staatsbudget zu stimmen im Februar und den nationalen Streikwellen der Beschäftigten im öffentlichen Sektor im Mai 1993 zerbrach das stillschweigende Einverständnis mit dem Reformprozeß nach der unnachgiebigen Haltung der Regierung.⁵¹ Das am 27. Mai folgende Einbringen eines Mißtrauensvotums seitens der Solidarnosc stürzte letztendlich die Regierung von Hanna Suchocka. Die Arbeitslosigkeit hatte inzwischen ein Niveau von über 14 Prozent erreicht.

Konnte sich das Balcerowicz-Stabilisierungsprogramm noch auf den von der moralischen Autorität der Solidarnosc mobilisierten Konsensus stützen, so war zur weiteren sozialen Flankierung des Reformprozesses ein *Sozialpakt* (nach neo-korporativem Muster als tripartites Gremium) seit den Streikwellen im Sommer 1992 diskutiert worden.⁵² Im Februar 1993 wurde der „Pakt über die Staatsunternehmen“ unterzeichnet, der Prinzipien und Zeitvorgaben für die Privatisierung und Restrukturierung von Staatsbetrieben sowie die Kompensation der Beschäftigten (sowie die

zentralisierte Aushandlung von Maximallöhnen nach Branchen durch tripartite Gremien) festlegte.⁵³ Allerdings wurde der Pakt von der Regierung Pawlak nur auszugsweise in Kraft gesetzt. (NZZ 05.03.1995). In der Entourage des für die Wirtschaftspolitik zuständigen Vizepremiers Kolodko wurde jedoch weiter an einer Verständigung zwischen den politischen Eliten und funktionalen Interessenverbänden über die essentiellen Reformschritte gearbeitet, um die gesellschaftliche Basis für die erarbeitete „Strategie für Polen“, die Handlungsrichtlinien für die Jahre 1994-1997 festlegt, zu festigen.⁵⁴

Das polnische *Parteiensystem* befindet sich seit den Wahlen zum Sejm im September 1993 in der Kondensierungsphase. Zwar waren März 1992 131 politische Parteien registriert,⁵⁵ von denen dank eines extremen Verhältniswahlrechtes und des Fehlens von Eintrittsbarrieren insgesamt 29 im Oktober 1991 in den Sejm zogen. Keine der gewählten Parteien erhielt mehr als 12,3 Prozent der Stimmen, wobei von einer Zersplitterung der Parteien in drei grobe Blöcke, darunter eine parlamentarische Mitte aus Post-Solidarnosc Parteien von knapp 40 Prozent der Stimmen, gesprochen werden konnte. Doch nach den Modifikationen im Wahlrecht zogen im September 1993 nur noch sechs Parteien (exklusive der deutschen Minderheit) in den Sejm ein. Die Sieger der Wahl, das postkommunistische Wahlbündnis SDL mit 20,7 Prozent und die Polnische Bauernpartei mit 15,3 Prozent der Stimmen, sind gleichzeitig die beiden Parteien, bzw. Wahlbündnisse, mit der größten gesellschaftlichen Verankerung. Die SDL hat ihre Basis in den Massenorganisationen des alten Systems, v.a. der OPZZ und dem Lehrerverband; die PSL stützt sich einseitig auf Agrarinteressen. Beider Klientel verbindet ein defensives Interesse am Reformprozeß, wenn auch die Interessengegensätze zwischen beiden gravierend sind.⁵⁶

Aufgrund der eingeführten Einzugshürden und des Multiplikatoreffekts des Wahlrechts kontrollieren PSL und SLD mit nur 36 Prozent der abgegebenen Stimmen 303 der insgesamt 460 Sitze im Sejm. Da PSL und SLD auch 73 von 100 Sitzen im Senat gewannen, besitzen sie eine für Verfassungsänderungen und das Überstimmen eines präsidentiellen Vetos ausreichende Zweidrittelmehrheit. Insgesamt 34 Prozent der abgegebenen Stimmen gingen an nicht im Parlament vertretene Parteien vornehmlich des rechten Spektrums. Die implizierte Lücke in der parlamentarischen Repräsentation beeinträchtigt zwar die Legitimität des Sejms, bestraft wurden aber v.a. kooperationsunfähige Parteien. Anzumerken bleibt, daß der radikal-populistische, reformfeindliche Teil des Parteienspektrums (Konföderation Unabhängiges Polen KPN, etc.) nur 11,56

Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte, und nur durch die KPN vertreten ist. Wenn man die Wahlbeteiligung in Höhe von nur 52 Prozent miteinbezieht, wurde die Regierungsmehrheit in Höhe von 66 Prozent aller Mandate von 18,72 Prozent des Elektorsats bestellt.⁵⁷

Die Ergebnisse der Wahlen in Polen im September 1993 und in Ungarn im Mai 1994 mit dem Erdrutschsieg der postkommunistischen MSZP wurden gemeinhin nicht als Protestwahl gegen die Reformen an sich, sondern als Votum für einen „capitalism with a human face“⁵⁸ bzw. für eine verbesserte soziale Abfederung des Reformprozesses und eine größere Rolle des Staats interpretiert.⁵⁹

War zu Beginn des Systemwandels konstatiert worden, daß die *politischen Konfliktlinien* in Osteuropa dauerhaft durch eine Präokkupation mit der symbolisch-kulturellen Dimension von Politik mit Nation und Kirche als positiven Koordinaten geprägt sein würden, da ein kohärentes Parteiensystem und tragfähiger politischer Pluralismus aufgrund der noch unstrukturierten gesellschaftlichen Interessengegensätze erschwert würden, demonstrierten die Wahlergebnisse die sich herauskristallisierende Dominanz sozio-ökonomisch zentrierter Konfliktlinien.

Die Frage nach der möglichen Autonomie der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber dem Staat verweist auf die Rolle einer unabhängigen „*Bourgeoisie*“. Ein zentrales Dilemma in den Reformstaaten ist, daß jahrzehntelange kommunistische Herrschaft bei einem Anteil des Staatssektors von bis zu 98 Prozent die Institution des Privateigentums weitestgehend liquidierte. Im Postkommunismus wird der Staat daher zum unternehmenden Subjekt der Transformation, welche er im Namen von lediglich „theoretischen Interessen“ vorantreibt,⁶⁰ sind doch in der postkommunistischen Gesellschaft private Akteure mit langfristigen Profitinteressen noch kaum präsent.⁶¹ Aufgrund der hohen Wohlfahrtsverluste in den ostmitteleuropäischen Staaten im Zuge der die Binnennachfrage drosselnden makroökonomischen Stabilisierung und Liberalisierung sowie des Abbruchs der Handelsbeziehungen im Rahmen des RGW erlangten kurzfristige Defensivinteressen in der ersten Reformphase ein strukturelles Übergewicht. Auch in der folgenden, zweiten Reformphase, die durch einen beschleunigten Strukturwandel und Modernisierung des Produktionsapparates mitsamt den einhergehenden Friktionen auf den Arbeitsmärkten gekennzeichnet sein wird, bleiben die Interessen der Transformationsverlierer ein politischer Faktor. Der bisherige Verlauf des Reformprozesses in Osteuropa hat zwar gezeigt, daß das Festhalten der politischen Eliten am Reformprozeß, sei es mangels praktikabler Alternativen, sei es aufgrund des Einflusses der internationalen Gemeinschaft und

ihres Sanktionspotential in Form von Schuldenerleichterungen, Wirtschaftshilfen und Kreditzusagen sowie sicherheitspolitischen Zugeständnissen, ausreicht, um marktwirtschaftliche Reformen voranzutreiben. Selbst nach den Wahlsiegen ex-kommunistischer Parteien führten neue Administrationen, wie in Polen unter dem parteilosen Finanzminister Grzegorz Kolodko, in wesentlichen Punkten den eingeschlagenen liberalen Reformkurs fort, wenn auch mit Akzentverschiebungen wie z.B. in Bezug auf die Industriepolitik und die Rolle des Staates bei der Restrukturierung von Unternehmen.⁶² Doch stellt sich langfristig die Frage nach den Trägergruppen der Reformen und der Kompatibilität von technokratisch geprägter Wirtschaftspolitik und der Konsolidierung der demokratischen politischen Systeme.

Ein Lösungsweg wird in einer rapiden *Privatisierung* gesehen, um eine sozialstrukturelle Mindestschwelle der Transformation zu überschreiten, d.h. eine kritische Masse von sozialen Akteuren mit Eigeninteresse am Erfolg des Reformprozesses ins Leben zu rufen. Diese Alternative war auch die Präferenz der Architekten der neoliberal geprägten Reformprogramme in Osteuropa, die in Folge der Wiederherstellung eines makroökonomischen stabilen Rahmens ein rasches Wachstum basierend auf privater Wirtschaftstätigkeit erwarteten. Die Zunahme des privaten Sektors sollte dann eine die Demokratie stützende Mittelschicht hervorbringen.

In Polen waren Ende 1994 noch 5096 Staatsbetriebe zu privatisieren, 3068 befanden sich im Prozeß der Privatisierung und 1308 darunter wurden bis Ende November privatisiert bzw. liquidiert. Lediglich 135 mittlere oder größere Unternehmen wurden bis zu diesem Zeitpunkt mittels der „Kapitalprivatisierung“ (Verkauf an Investoren oder Gang an die Börse) privatisiert. Das stagnierende Programm zur Massenprivatisierung, das versuchsweise 444 mittlere und größere Unternehmen mit insgesamt etwa 500.000 Beschäftigten umfaßt und bereits 1991 konzipiert wurde, sieht vor, das Kapital der Unternehmen zu je 60 Prozent auf 13 bis 15 zu gründende Nationale Investitionsfonds⁶³ sowie zu 15 Prozent auf die Mitarbeiter und zu 25 Prozent an das Schatzamt zu verteilen. Alle erwachsenen Staatsbürger können dann gegen einen geringen Verkaufspreis Anteile an den Fonds erwerben. Ein großer Teil aller übrigen Staatsbetriebe sollte nach an der Regierung Pawlak ausgearbeiteten Vorstellungen eine Massenkommmerzialisierung durchlaufen, bei der diese in Aktiengesellschaften in Staatseigentum umgewandelt werden. (NZZ 05.03.1995) Im Kleinhandel und in der Kleinindustrie, in der Gastronomie, im Druck- und Baugewerbe sowie im Handwerk, allesamt

gekennzeichnet durch ihren geringen Kapitalbedarf und eher geringe technologische und wirtschaftliche Komplexität, waren schon Anfang 1993 80-100 Prozent aller Betriebe privatisiert.⁶⁴ Das Tempo der Privatisierung der staatlichen Großbetriebe stockt aus Gründen des Kapitalmangels, der administrativen Engpässe, der geringen Attraktivität des angebotenen Produktivkapitals⁶⁵, aber v.a. aufgrund der politischen Sensibilität der mit der Privatisierung verbundenen Umverteilung von Eigentum und der daraus resultierenden schwierigen politischen Umsetzung.

Ende 1994 entfielen 61 Prozent der gesamten Beschäftigung und 56 Prozent der Wertschöpfung auf den privaten Sektor, der einen Anteil von 38 Prozent an der Industrieproduktion innehatte.⁶⁶ Allerdings entfallen nur 12,5 Prozent aller nicht-landwirtschaftlichen Beschäftigten auf kleine und mittlere Betriebe mit mehr als fünf Angestellten.⁶⁷ Somit kann für den privaten Sektor noch nicht von einem breiten industriellen Mittelstand ausgegangen werden und damit auch nicht von einer Grundlage für die Institutionalisierung des Klassenkonflikts in Form von staatslosen Auseinandersetzungen entlang der selbstorganisierten Interessenvertretungen von Kapital und Arbeit gemäß deren Verwertungs-, bzw. Reproduktionsinteresse.⁶⁸ Dieser Befund impliziert jedoch nicht, daß, der Modernisierungstheorie folgend, die Demokratie in Polen auf tönernen Füßen stünde, da es an der tragenden Säule der unabhängigen Mittelschichten mangle. Vielmehr existieren diese Mittelschichten. Die strukturelle Voraussetzung ihrer Unabhängigkeit vom Staat ist allerdings nicht ihr Eigentum an Produktionsmitteln sondern die universelle Verwendbarkeit ihrer erworbenen Qualifikation in einer Gesellschaft, die aufgrund der Konkurrenz des privaten Sektors nicht länger durch eine Monopolisierung der Arbeitskräftenachfrage durch den Staat gekennzeichnet ist.⁶⁹ Aufgrund des gestiegenen Wertes ihrer Qualifikationen auf den Arbeitsmärkten zählen die professionellen Mittelschichten zu den Transformationsgewinnern und damit auch zu den potentiellen Trägergruppen der Reformen.

Zweifel am Charakter der entstehenden Bourgeoisie in Osteuropa läßt die insbesondere in Rußland verbreitete *Nomenklatura-Privatisierung* aufkommen. Diese bezeichnet die Strategien, mit der die ehemalige Nomenklatura ihren politischen Einfluß, Positionen und Kontakte geltend macht, um nicht über den Markt gehandelte Eigentumstitel über Staatsbesitz bzw. -unternehmen unter dem Marktpreis zu erwerben und somit Monopolrenten einzustreichen.⁷⁰ Typischerweise war auch in Polen der entstehende private Sektor eng mit dem Staatssektor über begünstigende Liefer- oder Abnehmerbeziehungen verbunden.⁷¹ Das damit einhergehen-

de Interesse an staatlich begründeten Monopolstellungen läßt die neuen Produzenten als ein nur zweifelhaftes Gegengewicht zum Staatsapparat erscheinen. Entstanden in einer Situation des unvollkommenen Wettbewerbs an der Schnittstelle zwischen Staat und Markt und ökonomisch in Symbiose mit Teilen des Staatssektors, könnten die neuen privaten Eigentümer dazu tendieren, Allianzen mit dem Staatsapparat einzugehen, um sich der Subvention und der Protektion vor dem Konkurrenzdruck des Marktes zu versichern.⁷² Dies umso mehr in Regionen, wo die Interaktionsstrukturen zwischen staatlichen Stellen und Unternehmen durch eine gewachsene regionale Monopolisierung des Angebots an Beschäftigung und Wertschöpfung durch einzelne Großbetriebe geprägt und staatliche Stellen zur Erfüllung ihrer Aufgaben von diesen Ressourcen abhängig sind.⁷³

Der Widerspruch zwischen der Einführung pluralistischer Institutionen und einer noch unterentwickelten CS in Osteuropa unter den Bedingungen der Transformation⁷⁴ verursacht zentrifugale Tendenzen des politischen Wettbewerbs und schränkt die parlamentarische Handlungsfähigkeit ein. Der resultierende Konflikt zwischen exekutiver Effizienz und demokratischer Repräsentation löste in Polen einen Zentralisierungsschub in Richtung der Vertiefung des Präsidialamtes aus.⁷⁵

Die Verlagerung von politischer Kompetenz in die Präsidialkanzlei fand in der Stärkung dieses Amtes im Rahmen der „Kleinen Verfassung“ ihren Ausdruck. Zu den wesentlichsten, jedoch nicht unumstrittenen Punkten gehört das Recht des Präsidenten, in bestimmten Situationen nach eigenem Ermessen, wie bei der Nicht-Verabschiedung des Budgets innerhalb von drei Monaten nach Einbringung in das Parlament, Sejm und Senat aufzulösen sowie Neuwahlen anzusetzen. Allerdings nahm der Sejm am 3. Februar 1995 eine Resolution an, wonach eine vorzeitige Parlamentsauflösung durch den Präsidenten für verfassungswidrig erklärt wurde. Die sich daraus ergebenden Rechtsverhältnisse blieben unklar. (SZ06.02.1995) Sofern es dem Sejm nach Ablauf eines bestimmten Verfahrens nicht gelungen ist, eine Mehrheit für den designierten Premierminister zu finden, gebührt dem Präsidenten fernerhin das Recht, eine provisorische Regierung für die Dauer von sechs Monaten einzusetzen.⁷⁶

Gleichfalls kann der Präsident mit seinem Veto die Verabschiedung von Gesetzen blockieren. In diesem Fall kann der Sejm das Veto nur mit Zweidrittelmehrheit überstimmen. Diese Konstellation beinhaltet auch die Möglichkeit der Blockade der Regierungsarbeit durch eine Obstruktionspolitik des Präsidenten, wie sie bei der Verabschiedung des Budgetgesetzes für 1995 konstatiert wurde.⁷⁷

Zwar räumte die Regierung Pawlak anfänglich dem amtierenden polnischen Präsidenten Walesa gemäß dem in der „Kleinen Verfassung“ festgelegten Primat des Präsidenten in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik ein Mitbestimmungsrecht bei der Besetzung des Verteidigungs-, Innen-, und Außenministeramtes ein,⁷⁸ doch war die Interpretation der Verfassung auch in diesem Punkt umstritten, und die Ministerien für Verteidigung und Äußeres blieben seit dem Herbst 1994 vakant. Der designierte polnische Regierungschef Oleksy war bei der Regierungsbildung Anfang März 1995 im Interesse einer zügigen Regierungsbildung nach dem Rücktritt Pawlaks vom 7. Februar 1995 zwar zu Konzessionen gegenüber den Kandidaten Walesas für die Schlüsselressorts Äußeres und Verteidigung bereit, zuvor hatte er jedoch mehrfach das Mitentscheidungsrecht des Präsidenten der Verfassung nach verneint. (NZZ 05.03.1995).

5. Resümee: Implikationen für Osteuropa

Ein sozio-ökonomisches Fundament in Form einer dezentralisierten, zumindest teilweise privaten und dem Wettbewerb ausgesetzten Ökonomie erscheint als notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für die Herausbildung von unabhängigen und handlungsfähigen Stützen der pluralistischen Zivilgesellschaft. Solche Pfeiler sind in kompromiß- und strategiefähigen, umfassenden Gewerkschaften und Unternehmerverbänden und einem konsolidierten Parteiensystem zu sehen. Diese haben die Aufgabe der Integration von Interessen und der Akkommodation von Interessegegensätzen. Polen hat wie die anderen ostmitteleuropäischen Demokratien seit der verhandelten Revolution Fortschritte bei der Institutionalisierung seiner CS in verschiedenen Bereichen und damit auf dem Weg zur demokratischen Konsolidierung erzielt. Ausschlaggebende Faktoren bei den Konsolidierungsprozessen in diesen Staaten dürften jedoch die positiven Interessen der professionellen Mittelschichten am Fortgang des Reformprozesses sein sowie, indirekt, die Anreize für die politischen Eliten, die sich aus der Nähe zu Westeuropa und zur EU ergeben; räumlich, politisch, sicherheitspolitisch und zu den jeweiligen Märkten.

In Teilen Osteuropas und der GUS sind Demokratien entstanden, die formell als pluralistisch charakterisiert werden können, aber aufgrund der unterentwickelten CS und der mangelhaften Institutionalisierung ihrer Regierungssysteme nicht mit repräsentativen Demokratien westlichen Zuschnitts verglichen werden können. Gemeinsam ist diesen Staaten, daß

sie eine schwere sozio-ökonomische „Transformationskrise“ durchlaufen und noch kein funktionierender Marktmechanismus in diesen Ländern gegriffen hat. Die politischen Implikationen sind oftmals ein Leerlaufen der demokratischen Partizipations- und parlamentarischen Mitwirkungsrechte, ihre Überlagerung durch außerparlamentarische Formen der Einflußnahme und die nur ungenügend kontrollierte Machtausübung durch die per plebiszitärer Wahl bestellten höchsten Funktionsträger der Exekutive.⁷⁹ O'Donnell prägte für diese zwar per Wahl legitimierten, aber autoritär regierten Systeme den Ausdruck „delegative democracy“. Diese „Demokratien“ sind weniger von einem Umschlagen des politischen Prozesses in auch formell autoritäre Politikmuster als von einem zunehmenden Prozeß der Deinstitutionalisierung und des politischen Verfalls bedroht.

In postkommunistischen Gesellschaften mit geschwächtem Zentralstaat, wie in Rußland, besteht weniger die Gefahr eines Staatskorporatismus mit klientelistischer Anbindung von anderen Gruppen als vielmehr die der pluralistischen Verselbständigung regionaler oder lokaler Machtzentren mit dem Ergebnis eines neo-feudalistischen Konglomerats interagierender Elitenkartelle. Hingegen sind in rohstoffreichen Ländern der GUS oder Regionen Rußlands auch staatsautoritäre Varianten der Herrschaftsausübung mit aus Rohstoffrenten finanzierter klientelistischer Anbindung von gesellschaftlichen Gruppen denkbar.

- 1 S. Meuschel, *Zivilgesellschaft im Postsozialismus?*, in: *Comparativ. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung*, Jg. 3 (1993) H. 4, S. 49. - Was noch freundlich ausgedrückt ist. Blaney und Pasha werden dort schon bestimmter: „We note first that the common employments of the concept ignore the theoretical and historical specificity of CS: CS is used to label any group or movement opposed to the state, regardless of its intent or character, or used so generically that it is indistinguishable from the term ‚society‘.“ D. L. Blaney/M. K. Pasha, *Civil Society and Democracy in the Third World: Ambiguities and Historical Possibilities*, in: *Studies in Comparative International Development*, Bd. 28 (1993) H. 1, S. 3. Dubiel zufolge machte das Konzept Karriere, da „es sich als Projektionsfläche für Vorstellungen eignet, die wegen ihrer internen Undeutlichkeit und der Vielfalt ihrer zeitgeschichtlichen Bezüge noch nicht unmittelbar artikulierbar sind.“ H. Dubiel, *Der entfesselte Riese? Die ‚zivile Gesellschaft‘ und die liberale Demokratie nach 1989*, in: C. Leggewie (Hrsg.), *Wozu Politikwissenschaft? Über das Neue in der Politik*, Darmstadt 1994, S. 49.
- 2 Vgl. die Differenzierung der beiden Kontexte ebenda, S. 51.
- 3 Vgl. J. Keane, *Democracy and Civil Society*, London/New York 1988, S. 14; L. Diamond, *Toward Democratic Consolidation*, in: *Journal of Democracy*, Bd. 5 (July 1994) H. 3, S. 5-7; Ph. C. Schmitter, *Some Propositions about Civil Society and the Consolidation of Democracy*, Wien 1993, S. 1.

Demokratisierung und marktwirtschaftliche Reform in Osteuropa

- 4 Von den traditionellen Austauschbeziehungen zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie ganz abgesehen, existierte z.B. in Polen bis 1993 eine Parlamentsgruppe der Solidarnosc. „In den 1989 bzw. 1990 gewählten Parlamenten der UdSSR bzw. der Unionsrepubliken gehörten die von Staatsdirektoren gebildeten Fraktionen zu den wenigen kohäsiven und vergleichsweise einflußreichen politischen Blöcken. Die in den Parlamenten entstandenen Strukturierungsformen organisierter Wirtschaftsinteressen wurden zur organisatorischen Basis der ersten dezidiert als ‚Interessenverbände‘ auftretenden Vereinigungen...“ H. Wiesenthal/P. Stykow, *Unternehmerverbände im Systemwechsel. Entwicklung und Status organisierter Wirtschaftsinteressen in den Transformationsprozessen Ostmitteleuropas und Rußlands*. Arbeitspapier AG TRAP 94/5. Arbeitsgruppe Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern, Berlin 1994, S. 15.
- 5 Horizontale Kontrolleffekte treten neben die vertikale Kontrolle von politischen Repräsentanten und Institutionen durch Wahl und die damit implizierte Möglichkeit der Abwahl. Ersterer werden alltäglich durch die interaktive und beobachtende Teilnahme am politischen Prozeß durch die vernetzte CS ausgeübt und stellen eine Form von Öffentlichkeit dar. Vgl. G. O'Donnell, *Delegative Democracy*, in: *Journal of Democracy*, Bd. 5 (Jan. 1994) H. 1, S. 59.
- 6 Vgl. u.a. S. Huntington, *Will More Countries Become Democratic*, in: *Political Science Quarterly*, Bd. 99 (Summer 1984) H. 2, S. 203; D. Rueschemeyer/E. H. Stephens/J. D. Stephens, *Capitalist Development and Democracy*, Cambridge 1992, S. 47-51; L. Diamond/J. J. Linz/S. M. Lipset (Hrsg.), *Democracy in Developing Countries. Latin America*, Boulder 1989, S. 21-23; L. Diamond, *Toward Democratic Consolidation* (Anm. 3), S. 5-15.
- 7 A. Arato, *Civil Society Against the State: Poland 1980-81*, in: *Telos*, (1981) H. 47, S. 23-47.
- 8 Vgl. für diesen Abschnitt die ausführliche Diskussion in H. Wiesenthal, *Die „Politische Ökonomie“ des fortgeschrittenen Transformationsprozesses und die (potentiellen) Funktionen intermediärer Akteure (I.)*. Arbeitspapier AG TRAP 93/1, Berlin 1993, S. 11, 18.
- 9 Ebenda, S. 14.
- 10 Ebenda.
- 11 Ph. C. Schmitter, *Reflections on Where the Theory of Neo-Corporatism Has Gone and Where the Praxis of Neo-Corporatism May Be Going*, in: G. Lehmbruch/Ph. C. Schmitter (Hrsg.), *Patterns of Corporatist Policy-Making*, London 1982, S. 262.
- 12 Ph. C. Schmitter, *Some Propositions* (Anm. 3), S. 2. Die Bedeutung und Handlungsfähigkeit von intermediären Institutionen bemißt Schmitter nach den aus der Organisations- und Korporatismus-Debatte stammenden Dimensionen „strategic capacity and encompassingness“. „Strategic Capacity“ bemißt sich nach dem Grad an Unabhängigkeit einer Organisation gegenüber individuellen Merkmalen der Mitglieder und an Unabhängigkeit gegenüber deren kurzfristigen Interessen bei der Verfolgung strategischer Ziele. „Encompassingness“ bezieht sich auf die Breite der innerhalb einer Organisation vertretenen spezialisierten Interessen und die Dichte der Mitgliedschaft. Vgl. Ph. C. Schmitter, *The Consolidation of Democracy and Representation of Social Groups*, in: *American Behavioral Scientist*, Bd. 35 (March/June 1992) H. 4/5, S. 438-439.
- 13 J. Szücs, *Three Historical Regions of Europe. An Outline*, in: J. Keane (Hrsg.), *Civil Society and the State. New European Perspectives*, London/New York 1988, S. 296-297.
- 14 Vgl. T. Bernhard, *Civil Society and Democratic Transition in East Central Europe*, in: *Political Science Quarterly*, Bd. 108 (1993) H. 2, S. 308. Genetisch ist aber nur die liberale, konstitutionelle Variante der polyarchischen Herrschaftsausübung verknüpft mit dem

- Engagement der Bourgeoisie für Handels- und Gewerbefreiheit und ihrem Kampf gegen die Prärogative der absoluten Macht. C. Lindblom, *Politics and Markets: The World Political Economic Systems*, New York 1977, S. 162-165. Die Inklusionsdimension, die eine polyarchische von einer demokratischen Regierungsform unterscheidet, mußte erst von der Arbeiterbewegung erkämpft werden. Rueschmeyer/Stephens/Stephens, *Capitalist Development* (Anm. 6), S. 57-63.
- 15 H. Eisenhans, *Structural Adjustment Requires more than only more Market Regulations, as Capitalist Market-Regulated Economics Require Local Technology Production and Expanding Mass Markets*, in: R. B. Jain/H. Bongartz (Hrsg.), *Structural Adjustment, Public Policy and Bureaucracy in Developing Societies*, New Dehli 1994, S. 80-81.
 - 16 Vgl. ders., *Dependencia, Unterentwicklung und der Staat in der Dritten Welt*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Bd. 27 (1986) H. 2, S. 133-156; ders., *The Logic of Profit and the Logic of Rent*, in: *Voice of Peace and Integration*, Bd. 1 (1992) H. 1, S. 5-44; ders., *Structural Adjustment* (Anm. 15). Der in diesem Zusammenhang wichtigste Unterschied zwischen Renten und Profiten liegt darin begründet, daß nur letztere dem kapitalistischen Konkurrenzprinzip unterworfen sind, und daher zur dauerhaften Realisierung der Reinvestition bedürfen, während Renten auf staatlich garantierten Monopolen beruhen und somit feste Verteilungskonkordien etablieren.
 - 17 Vgl. H. Eisenhans, *The Logic of Profit* (Anm. 16), S. 11-12; W. A. Lewis, *Economic Development with Unlimited Supply of Labour*, in: *Manchester School of Economic and Social Studies*, Bd. 22 (1954) H. 4, S. 139-191.
 - 18 J. M. Maravall/J. Santamaria, *Political Change in Spain and the Prospects for Democracy*, in: G. O'Donnell u.a. (Hrsg.), *Transitions from Authoritarian Rule: Southern Europe*, Baltimore 1986, S. 73.
 - 19 G. O'Donnell/Ph. C. Schmitter, *Transitions from Authoritarian Rule: Tentative Conclusions about Uncertain Democracies*, Baltimore 1986; G. O'Donnell/Ph. C. Schmitter/L. Whitehead (Hrsg.), *Transitions from Authoritarian Rule: Southern Europe*, Baltimore 1986; diess. (Hrsg.), *Transitions from Authoritarian Rule: Comparative Perspectives*, Baltimore 1986. Insbesondere diess. (Hrsg.), *Transitions from Authoritarian Rule: Latin America*, Baltimore 1986, S. 3-5, 18; T. L. Karl/C. Schmitter, *Modes of Transition in Latin America, Southern and Eastern Europe*, in: *International Social Science Journal*, (1991) H. 128, S. 269-284; D. Nohlen/B. Thiebaut, *Transitionsforschung zu Lateinamerika: Ansätze, Konzepte, Thesen*, in: W. Merkel (Hrsg.), *Systemwechsel I. Theorien, Ansätze und Konzeptionen*, Opladen 1994, S. 201. - G. L. Munck, *Democratic Transitions in Comparative Perspective*, in: *Comparative Politics*, Bd. 26 (1994) H. 3, S. 370 betont die Rolle epochaler politischer Führungspersonlichkeiten wie Jelzin, Mandela, De Klerk, Havel, Walesa, Gorbatschow und jetzt Rabin und Arafat.
 - 20 Vgl. S. Huntington, *Will More Countries* (Anm. 6), S. 198-202.
 - 21 Untersuchungen aus historisch-soziologischer Perspektive bestätigen, daß die Delegitimation eines Regimes in den Augen breiter Schichten keine Wirkung zeitigt, solange die relevanten politischen Kräfte und die staatlichen Repressionsapparate auf Seiten des Systems stehen. T. Skocpol, *Etats et Révolutions Sociales. La Révolution en France, en Russie et en Chine*, Paris 1985, S. 57-58. Vgl. auch J. Gitting, *Democracy and Civil Society: Growth Model and Area Diversity*, in: *Contemporary Southeast Asia*, Bd. 15 (Sep. 1993) H. 2, S. 237 zu Indonesien. Als weitere intervenierende Variable gelten, wie im Falle von Taiwan und Südkorea, die nach innen wirkenden Disziplinierungseffekte perzipierter externer Bedrohungslagen.
 - 22 „A fairly stable, and prosperous undemocratic (city-) state with sustained socio-economic development, abundant perceived chances of upward social mobility and relatively

Demokratisierung und marktwirtschaftliche Reform in Osteuropa

- corruption-free officials, can still enjoy a moderate degree of legitimacy and free from significant domestic pressure for democratization for a lengthy period.“ M. Sing, *Democratization in Hong Kong – An Anomaly to Modernization Theory*. Paper prepared for presentation at the World Congress of the IPSA, Berlin, 21.-25.08.1994, S. 36.
- 23 Die Aufgabe der Breshnew-Doktrin verminderte den perzipierten Grad der sowjetischen Interventionsbedrohung und gab den Akteuren den entscheidenden Impuls zu den in ganz Osteuropa einsetzenden Demokratisierungsprozessen. Am sowjetischen Veto mußten zuvor alle Demokratisierungsbemühungen scheitern. L. Whitehead, *East-Central Europe in Comparative Perspective*, in: G. Pridham/E. Herring/G. Sanford (Hrsg.): *Building Democracy. The International Dimension of Democratisation in Eastern Europe*, London 1994, S. 56.
- 24 Vgl. J. Staniszkis, *Dilemmata der Demokratie in Osteuropa*, in: R. Deppe u.a. (Hrsg.), *Demokratischer Umbruch in Osteuropa*, Frankfurt a.M. 1991, S. 326-347.
- 25 X. L. Ding, *Institutional Amphibiousness and the Transition from Communism: The Case of China*, in: *British Journal of Political Science*, Bd. 24 (1994), S. 298.
- 26 „In late communist societies many organizations that were described by observers as ‚independent‘ or ‚autonomous‘ and that worked hard to end communist rule, were actually in a parasitic relationship with party-state structures. They depended... on official structures for a political screen or legal protection, and for personnel and material support... Institutional conversion takes place when the upper level of a communist regime loses control of pseudo-social organizations, and members of society can partially convert these organizations from state agencies into instruments for the expression of ideals, or mobilization and coordination of interests against the party-state.“ Ebenda.
- 27 Diese ist gekennzeichnet durch die breite Beteiligung der Bevölkerung an Wahlen, die pluralistische Artikulation von Gruppeninteressen sowie durch die Herausbildung von die Gesellschaft penetrierenden politischen Parteien. G. Pridham, *Comparative Perspectives on the New Mediterranean Democracies: A Model of Regime Transition?*, in: ders. (Hrsg.), *The New Mediterranean Democracies: Regime Transition in Spain, Greece and Portugal*, London 1984, S. 12.
- 28 Vgl. M. Burton/R. Gunther/J. Higley, *Introduction. Elite Transformations and Democratic Regimes*, in: J. Higley/R. Gunther (Hrsg.), *Elites and Democratic Consolidation in Latin America and Southern Europe*, Cambridge 1992, S. 3; G. Di Palma, *To Craft Democracies. An Essay on Democratic Transition*, Berkeley/Oxford 1991, S. 143; L. Diamond, *Toward Democratic Consolidation* (Anm. 3), S. 15. Ähnlich könnte man mit Fuchs die Konsolidierung als Phase der Herausbildung einer alltäglicher und konkreter Unzufriedenheiten entthobenen generalisierten Systemunterstützung begreifen. D. Fuchs, *Eine Metatheorie des demokratischen Prozesses*, Berlin 1993, S. 92f. Bei empirischer Betrachtung sind allerdings Abstriche zu machen, da z.B. Remmer in ihren Untersuchungen zur Persistenz demokratischer Herrschaft in Lateinamerika keinerlei signifikanten statistischen Zusammenhang zwischen „demokratischer Reife“ (Systemalter) und Überlebensfähigkeit angesichts sozio-ökonomischer Krisen feststellen konnte. K. L. Remmer, *New Wine or Old Bottleneck? The Study of Latin America Democracy*, in: *Comparative Politics*, Bd. 23 (1991) H. 4, S. 490.
- 29 Vgl. A. Przeworski, *Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America*, Cambridge 1991, S. 51 und ähnliche Definitionen Ph. C. Schmitter, *Some Propositions* (Anm. 3), S. 1; G. L. Munck, *Democratic Transitions* (Anm. 19), S. 362; H.-J. Puhle, *Transitions, Demokratisierung und Transformationsprozesse in Südeuropa*, in: W. Merkel (Hrsg.), *Systemwechsel I. Theorien, Ansätze und*

- Konzeptionen. Opladen 1994, S. 176; D. Nohlen/B. Thibaut, *Transitionsforschung zu Lateinamerika* (Anm. 19), S. 200.
- 30 A. Przeworski, *Democracy and the Market* (Anm. 29), S. 32.
- 31 Vgl. zu diesem synthetisierenden Ansatz T. L. Karl, *Dilemmas of Democratization in Latin America*, in: *Comparative Politics*, Bd. 23 (Oct. 1990) H. 1, S. 1-21, und T. L. Karl/C. Schmitter, *Modes of Transition* (Anm. 19), die jedoch nicht deutlich genug zwischen Übergangs- und Konsolidierungsphase unterscheiden.
- 32 Ein Wandel der Perspektive in diese Richtung ist inzwischen auch bei Vertretern der „Transitions from Authoritarian Rule“-Schule eingetreten: „Acteur-led interpretations seem most relevant to the transition phase of democratisation, whereas more impersonal and involuntary factors acquire greater prominence during the consolidation phase.“ L. Whitehead, *Democracy by Convergence and Southern Europe. A Comparative Politics Perspective*, in: G. Pridham (Hrsg.), *Encouraging Democracy: The International Context of Regime Transition in Southern Europe*, Leicester 1991, S. 57.
- 33 „Where politics acquire class, sectoral or professional associations with both strategic capacity and encompassing scope, these units of CS play a more significant role in the consolidation process than where a great multiplicity of narrowly specialised and overlapping organizations emerge with close dependencies upon their members and/or interlocutors. Pluralist associations, in other words, weaken the role of interest intermediaries; corporatist ones strengthen it.“ Ph. C. Schmitter, *Some Propositions* (Anm. 3), S. 7.
- 34 Erfolgreiche Reformen unter obigen Bedingungen setzten in den allermeisten Fällen in der Anfangsphase eine technokratische Vorgehensweise und eine Isolation der Reformer vom politischen Prozeß voraus. Vgl. J. Nelson, *The Politics of Economic Transformation. Is Third World Experience Relevant in Eastern Europe?*, in: *World Politics*, Bd. 45 (April 1993) H. 3, S. 434-438. Für eine kritische Position L. C. Bresser Pereira/J. M. Maravall/A. Przeworski, *Economic Reforms in New Democracies: A Social-Democratic Approach*, Cambridge/New York/Melbourne 1993, S. 212-216, die einen „alternativen sozialdemokratischen Reformansatz“ propagieren.
- 35 Vgl. J. Nelson, *The Politics of Economic Transformation* (Anm. 34), S. 459. Technokratische Politikstile höhlen formell-demokratische Institutionen aus, da oppositionelle Interessen nicht in den politischen Prozeß eingebunden werden mit der Folge, daß diese Interessen sich auf außerparlamentarische Formen der Teilhabe (Demonstrationen, politische Streiks, etc.) verlegen.
- 36 Vgl. u.a. die Beiträge in S. Haggard/R. Kaufman (Hrsg.), *The Politics of Economic Adjustment: International Constraints, Distributive Conflicts, and the State*, Princeton, NJ 1992 und J. Nelson, *The Politics of Economic Transformation* (Anm. 34).
- 37 J. Nelson, *The Politics of Economic Transformation* (Anm. 34), S. 441.
- 38 Ebenda, S. 439. Das Argument wird z.B. durch die politischen Konsequenzen der Exklusion der Arbeiterinteressen ans Südkoreas Entwicklungsmodell bestätigt. Die sich bis in die Demokratie hineinziehende, langandauernde Repression der südkoreanischen Gewerkschaften erzeugte eine für demokratische Institutionen nur schwer zu bewältigende Konfliktintensität. Vgl. S.-J. Han, *What is New About the Korean Democratization? The Empowerment of the Middling Grassroots and their Future*. Paper prepared for presentation at the World Congress of the IPSA, Berlin, 21.-25.08.1994, S. 20. - Allerdings sollte man sich angesichts des geringen Verteilungsspielraumes der osteuropäischen Reformer keinen Illusionen hingeben. Ein sozialer Kompromiß verlangt Zugeständnisse, die angesichts der veralteten Produktionsanlagen, welche zudem auf Sektoren mit geringer Wertschöpfung und hoher ökologischer Belastung konzentriert sind, in denen weltweit

Demokratisierung und marktwirtschaftliche Reform in Osteuropa

- Überkapazitäten bestehen, nur schwer erreichbar scheinen, ohne die Logik der strukturellen Reform zu kompromittieren. Ost befürwortet mit Vehemenz die Organisation politischer Interessen nach von der Klassenstruktur vorgegebenen Konfliktlinien in Osteuropa („organizing antagonisms“). Nur über eine institutionelle Einbindung der Arbeiterklasse sei zu vermeiden, daß die ökonomisch begründeten Konfliktlagen sich in partikularistischen (nationalistisch, etc.) Formen der Interessenmobilisierung äußerten. D. Ost, *Labor, Class and Democracy: Organizing Antagonisms in Post-Communist Eastern Europe*. Paper prepared for presentation at the World Congress of the IPSA, Berlin, 21.-25.08.1994, S. 2-8.
- 39 Przeworski liefert eine exzellente Diskussion des politischen Spannungsfeldes und der induzierten Politilmuster. A. Przeworski, *Democracy and the Market* (Anm. 29), S. 180-187. Haggard und Kaufman sprechen von dem Cocktail simultaner ökonomischer und politischer Reform als einem „highly unstable equilibrium“. S. Haggard/R. Kaufman, *Economic Adjustment and the Prospects for Democracy*, in: diess. (Hrsg.), *The Politics of Economic Adjustment* (Anm. 36), S. 338.
- 40 Ebenda, S. 324. - Analysen im lateinamerikanischen Kontext ergaben eine hervorragende Bedeutung des Grades der Parteieninstitutionalisierung (verstanden im klassischen Sinne Huntingtons: Kohärenz, Komplexität, Autonomie, Anpassungsfähigkeit [S. P. Huntington, *Political Order in Changing Societies*, New Haven 1968, S. 12-24]) und auch der Anzahl und Konfiguration der Parteien im politischen System für den Demokratisierungsprozeß. (L. Diamond/J. J. Linz, *Introduction: Politics, Society and Democracy in Latin America*, in: L. Diamond/J. J. Linz/S. M. Lipset [Hrsg.], *Democracy in Developing Countries*. Latin America, Boulder 1989, S. 21-22). Allerdings sind auch autoritäre Regime stabiler, wenn sie durch korporatistische Organisationsformen oppositionelle Tendenzen klientelistisch anbinden.
- 41 K. L. Remmer, *The Political Impact of Economic Crisis in Latin America in the 1980s*, in: *American Political Science Review*, Bd. 85 (September 1991), H.3. S. 785.
- 42 Vgl. J. J. Linz, *Crisis, Breakdown and Reequilibration*, in: ders./A. Stepan (Hrsg.), *The Breakdown of Democratic Regimes. Part I*, Baltimore/London 1978, S. 24-27 und S. Haggard/R. Kaufman, *Institutions and Economic Adjustment*, in: diess. (Hrsg.), *The Politics of Economic Adjustment* (Anm. 36), S. 35.
- 43 Von nicht zu unterschätzender Bedeutung im lateinamerikanischen Reformkontext, gekennzeichnet durch hochgradig destabilisierende Erwartungshaltungen, ist der potentielle Beitrag solcher Sozialpakte, zur Stabilisierung von Verhalten und Verhaltenserwartungen. „Many individuals and enterprises continue to plan privately on the hypothesis that the latest stabilization effort (or the latest democratization effort) will in due course break down. Moreover, because they plan and act on this basis (however reluctantly and regretfully) they may help to bring about the very resurgence in inflation (or authoritarianism) that they are anticipating.“ Whitehead 1992: 1384. „In short, both democratic consolidation and economic liberalization rest on a common foundation: the manufacture of stabilizing expectations.“ Ebenda, S. 1386. Vgl. auch S. Haggard/R. Kaufman (Hrsg.), *The Politics of Economic Adjustment* (Anm. 36), S. 19-20.
- 44 In einem abschließenden Artikel über die Ergebnisse der Korporatismus-Debatte analysiert Schmitter den Niedergang solcher Arrangements in den entwickelten Industrieländern in den achtziger Jahren und kommt u.a. zu dem Ergebnis: „The surplus was simply not there to make the sort of side-payments which had facilitated compromises in the past, and intermediaries were noticeably reluctant to share responsibility for the management

- of declining resources.“ Vgl. Ph. C. Schmitter, *Corporatism is Dead! Long live Corporatism!*, in: *Government and Opposition*, Bd. 24 (1989) H. 1, S. 70.
- 45 G. Schöpllin, *The Political Traditions of Eastern Europe*, in: *Dardalus*, Bd. 119 (Winter 1990) H. 1, S. 61-76.
- 46 In der osteuropäischen Diskussion wurde die CS als Manifestation der aktiven Gesellschaft im Konflikt mit dem Staat verstanden. In dieser Situation konservierten sich innerhalb der CS auch vormoderne Attitüden mit marktfeindlichem Einschlag und einem „Bild der integralen Gesellschaft“. Vgl. K. v. Beyme, *Systemwechsel in Osteuropa*, Frankfurt a.M. 1994, S. 108-123.
- 47 A. Sabbat Swidlicka, *Solidarity Parts Company With Walesa*, in: *RFE/RL Research Report*, Bd. 2 (1993) H. 31, S. 3.
- 48 *Zentrumsallianz, Kongreß der Liberalen, Demokratische Union, Farmer-Solidarität, Arbeiter-Solidarität, Gewerkschafts-Solidarität.*
- 49 H. Fehr, *Mobilisierungsprozesse und neue politische Konfliktlinien in Polen*, in: H. Meyer (Hrsg.), *Soziologen-Tag Leipzig 1991. Soziologie In Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher Systeme*, Berlin 1992, S. 1437-1438.
- 50 Vgl. A. Sabbat Swidlicka, *Summer Strikes: First Test for New Polish Government*, in: *RFE/RL Research Report*, Bd. 1 (1992) H. 34, S. 8-14. In Polen existierten Ende 1992 über 200 Gewerkschaften und 15 national agierende Gewerkschaftsbündnisse. L. Vinton, *Polish Government Proposes Pact on State Firms*, in: *RFE/RL Research Report*, Bd. 1 (1992) H. 42, S. 16.
- 51 Vgl. A. Sabbat Swidlicka, *Solidarity Parts Company With Walesa* (Anm. 47).
- 52 Die strukturellen Voraussetzungen eines solchen Paktes sind aus der Korporatismusforschung bekannt. Die repräsentierenden Gewerkschaften müssen möglichst große Teile ihrer Klientel umfassen, hierarchisch organisiert sein, und die Spitzen sollten die Gefügbarkeit der Basis einfordern können.
- 53 Vgl. B. Slay, *Evolution of Industrial Policy in Poland since 1989*, in: *RFE/RL Research Report*, Bd. 2 (1993) H. 2, S. 27-28 und L. Vinton, *Polish Government* (Anm. 50). Nach meinen Informationen ist dieser Pakt vom Parlament allerdings noch immer nicht ratifiziert!
- 54 J. Hausner, *Dilemmas of the Economic Strategy*. Paper presented at the Institut für Wirtschaftsforschung Halle, February 1995, S. 13.
- 55 Z. Kozik, *Das entstehende Parteiensystem in Polen*, in: *Berliner Debatte Initial*, (1992) H.4, S. 76.
- 56 Vgl. L. Vinton, *Power Shifts in Poland's Ruling Coalition*, in: *RFE/RL Research Report*, Bd. 3 (1994) H. 11, S. 5-14 und A. Sabbat Swidlicka, *Pawlak Builds up Peasant Power*, in: *RFE/RL Research Report*, Bd. 3 (1994) H. 24, S. 13-20. Auch die Interessengegensätze innerhalb der SLD zwischen dem sozialliberalen, reformfreundlichen und dem gewerkschaftlich orientierten, strukturkonservativen Flügel sind erheblich. Vgl. ebenda.
- 57 Vgl. für diesen Abschnitt L. Vinton, *„Outsider“ Parties and the Political Process in Poland*, in: *RFE/RL Research Report*, Bd. 3 (1994) H. 3, S. 13-22.
- 58 Ebenda, S. 13.
- 59 Vgl. H. P. Haarland/H.-J. Niessen, *Der Systemtransformationsprozeß in Polen. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung des Übergangs zur sozialen Marktwirtschaft*, Bonn 1994, S. 49 u. 64. E. Oltay, *The Former Communists' Election Victory in Hungary*, in: *RFE/RL Research Report*, Bd. 3 (1994) H. 25, S. 2-3.
- 60 J. Staniszkis, *Dilemnata der Demokratie in Osteuropa* (Anm. 24), S. 327.
- 61 „Mit anderen Worten, während der ersten Phase der Transformation projizieren die neuen politischen Eliten... eher ihre Vorstellungen von der gesellschaftlichen Entwicklung auf

Demokratisierung und marktwirtschaftliche Reform in Osteuropa

- die Gesellschaft, als daß sie die Interessen konkreter gesellschaftlicher Gruppen repräsentieren.“ Ebenda.
- 62 Kolodkos optimistischer Entwurf einer „Strategie für Polen“ legt das Schwergewicht auf die Ankerbelagerung der Investitionen und die Erwirtschaftung von Devisen über Exporte zur Bedienung von Altschulden und zur Finanzierung von notwendigen Importen. Die Bevorzugung von Investitionen vor konsumtiven Ausgaben wird mit sozialen Kosten verbunden sein. Gleichfalls sieht der Entwurf noch für 1997 eine Arbeitslosenquote von 14 Prozent als realistisch an.
 - 63 Wobci allerdings nur je ein Fonds als sogenannter „strategischer Investor“ den Hauptanteil am zu restrukturierenden Unternehmen mit 33 Prozent der Kapitalanteile erwerben und Eigentümerfunktion übernehmen soll. Manager dieser Fonds sollen Banken, internationale Investoren, Consulting-Gruppen, etc. werden. Süddeutsche Zeitung 07.12.1994.
 - 64 The Economist, 23.01.1993: 22 und B. Unger, Against the grain. A survey of Poland, in: The Economist 16.04.1994, S. 15. Ende 1994 befanden sich 86 Prozent der Betriebe im Baugewerbe, 89 Prozent des Einzelhandels und 51 bzw. 66 Prozent der Export-, bzw. Importbetriebe in privaten Händen. Central Office of Planning, Poland 1994: Information on the Economic Situation, Warsaw 1995, S. 6.
 - 65 Von den rund 1300 noch staatlichen Großbetrieben, werden nur rund 40 Prozent als profitabel eingeschätzt. B. Unger, Against the grain (Anm. 64), S. 16.
 - 66 Central Office of Planning, Poland 1994. Information on the Economic Situation, Warschau 1995, S. 6.
 - 67 O. J. Blanchard, Transition in Poland, in: Economic Journal, Bd. 104 (Sep. 1994), S. 1173.
 - 68 M. Tatur, Neo-Korporatismus in Osteuropa?, in: Berliner Debatte Initial, (1994) H. 5, S. 8.
 - 69 J. Kurczewski, Poland's Seven Middle Classes, in: Social Research, Bd. 61 (Summer 1994) H. 2, S. 416-417.
 - 70 Eine typische Strategie ist die wissentliche Unterbewertung von zu privatisierendem Staatseigentum. So wurde der Wert des weltweit größten, russischen Erdgasproduzenten „Gasprom“ mit nur 228 Mio. Dollar angegeben, obwohl der Marktwert laut einer Schätzung des „Economist“ bei 250-1000 Mrd. Dollar liegen dürfte. NZZ, „Die russische Privatisierung mit neuem Schwung,“ 04.02.1995.
 - 71 Eine besondere Hybridform solcher Privatisierungen, die in Polen mehrere Jahre bis zu ihrem Verbot durch die Solidarnosc-Regierung praktiziert wurde, benannte Staniszkis „political capitalism“. „Its basic features are: first, the power in industry and the state administration is linked with activities on one's own account in a private company. Second, the main customer of these companies is not the consumer market but state industry (e.g. defense industry). This form also serves to maintain the consumption of the nomenklatura as a social group on a relatively high level. Third, profits are derived from the exclusive access to attractive markets, information, and supply (...)“ J. Staniszkis, Dilemmata der Demokratie in Osteuropa (Anm. 24), S. 136f.
 - 72 Vgl. NZZ, „Staatsabhängige Privatunternehmen in Russland,“ 18.08.1994.
 - 73 H. Wiesenthal, Die „Politische Ökonomie“ (Anm. 8), S. 10.
 - 74 „The central problem of post-communism, then, is the gap between democratic form and real substance. Democracy demands a set of values for both rulers and ruled that involves self-limitation, compromise, bargaining and the like, which post-communist states and societies cannot be expected to acquire overnight, for they can only result from many years of practice.“ G. Schöpflin, Post-Communism: Constructing New Democracies in Central Europe, in: International Affairs, Bd. 67 (1991) Nr. 2, S. 236.

- 75 Lechner sieht in Lateinamerika einen ähnlichen Mechanismus am Werk. Die strukturelle Schwäche des Parteiensystems führt immer wieder zu einer Stärkung und Überhöhung des Präsidialamtes, was vice versa die Institutionalisierung der Parteien weiter unterhöht. N. Lechner, *The Search for Lost Community: Challenges to Democracy in Latin America*, in: *International Social Science Journal*, (1991) H. 129, S. 546.
- 76 Vgl. Süddeutsche Zeitung, „Vorläufige Verfassung für Polen,“ 03.08.1992.
- 77 Von Beobachtern wurde Walesa vorgeworfen er habe das aus ökonomischer Sicht vernünftige Budgetgesetz verzögert, welches das Staatsdefizit begrenzte, um die Inflation zu hemmen und die mit dem IWF für Kreditabkommen vereinbarten notwendigen Zielgrößen nicht zu überschreiten, indem er mit Blick auf den Präsidentschaftswahlkampf 1995 einen „Kleinkrieg ... aus politisch-persönlichen Motiven“ mit dem Sejm anzettelte. NZZ, „Polen kämpft um das Budget,“ 28.12.1994. Um sodann den Rücktritt des Premiers Pawlak zu erzwingen, drohte Walesa mehrmals mit der Auflösung des Parlaments. Süddeutsche Zeitung 07.02.1995.
- 78 L. Vinton, *Poland: Pawlak Builds a Cabinet, Kwasniewski Builds a Future*, in: RFE/RL Research Report, Bd. 2 (1993) H. 47, S. 37.
- 79 Vgl. für diesen Abschnitt G. O'Donnell, *Delegative Democracy* (Anm. 5). „A noninstitutionalized democracy is characterized by the restricted scope, the weakness, and the low-density of whatever political institutions exist. The place of well-functioning is taken by other nonformalized but strongly operative practices – clientelism, patrimonialism, and corruption.“ Ebenda, S. 59.

Mitteilungen und Berichte

Kontinuität und Krise: Die Schweiz 1910-1930

Anfang September fand am Monte Verità (Tessin) eine Tagung Schweizer NachwuchswissenschaftlerInnen statt, die sich mit der Vor- und Zwischenkriegszeit ihres Landes beschäftigten. Gemeinsamer Ausgangspunkt fast aller Beiträge war der Ansatz von *Hansjörg Siegenthaler*, in dem die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Schweiz zwischen 1910 und 1930 in erster Linie als endogenes, d.h. nicht durch den Ersten Weltkrieg oder die Weltwirtschaftskrise verursachtes Krisensyndrom behandelt werden.¹ Dementsprechend wurde folgende Periodisierung der Schweizer Geschichte vorgeschlagen: Erste Krisensymptome 1910-1917, manifeste soziale Krise und Restabilisierungsprozeß 1918-1921, dynamische Entwicklung unter stabilen Rahmenbedingungen 1922-1930. Dieser Krisenkalender sollte durch Referate zu den Bereichen „Nationale Identität“, „Konflikt und Restabilisierung“, „Industrie und Arbeiterschaft“, „Wissenschaftsgeschichte“ und „Konservatismus“ überprüft werden. Quer zur thematischen Bündelung

lassen sich folgende Darstellungen des Krisenverlaufs zusammenfassen: Der Periodisierungsvorschlag konnte nur von zwei Referentinnen idealtypisch bestätigt werden: von *Lisa Rööfli* (Bern) für die Schweizer Avantgarde-Kunst und von *Béatrice Ziegler-Witschi* (Zürich) für die Organisation von Arbeiterinnen innerhalb der Schweizer Sozialdemokratie. Die von *Aram Mattioli* (Basel) dargestellte Kontinuität der katholischen Zivilisationskritik im gesamten Untersuchungszeitraum bestätigt insofern den idealtypischen Verlauf der Krise, da deren Boom sozusagen den Gegenpart zum krisengeschüttelten Freisinn darstellt. Daß sich der Schweizer Liberalismus zwischen 1916 und 1919 in einer manifesten Krise befand, wurde anhand von Auswertungen der Neuen Züricher Zeitung (NZZ) dokumentiert: *Gaetano Romano* (wie die folgenden Zürich) zeigte dies an der Ethnisierung des nationalen Diskurses in der NZZ, *Erich Wigger* an der Beschleunigung von Zeitstrukturen in denselben Artikeln der NZZ. Auch *Jakob Tanner* konnte die parallel zum Ersten Weltkrieg verlaufende Zäsur in Bereich der pharmazeutischen Patententwicklung bestätigen. Von einer eher

phasenverschobenen Entwicklung gingen *André Kienzle* in seiner Dorfstudie und *Werner Baumann* (Basel) beim Thema Bauernpolitik aus: beide datierten Krise bzw. Restabilisierung in ihrem Bereich erst innerhalb der 1920er Jahre. Im Vergleich zu Deutschland kamen *Andreas Ernst* (Zürich/Berlin) und *Markus Zürcher* (Bern) zu folgenden Ergebnissen: was die Fragmentierung des Parteienmilieus angeht, können die frühen zwanziger Jahre für die Schweiz – im Unterschied zu den Verhältnissen in der Weimarer Republik – als Restabilisierungsphase gewertet werden; im Falle der Institutionalisierung der Soziologie als akademischer Disziplin war hingegen das deutsche Beispiel in der Zwischenkriegszeit erfolgreich, wohingegen die Schweizer Soziologie landesweit in der Versenkung verschwand.

Selbst in den vergleichend angelegten Vorträgen konnte die Endogenität des Schweizerischen Krisenverlaufs nur plausibel gemacht werden, da es sich um kontrastive Vergleiche handelt. Ansonsten blieb offen, inwieweit es sich bei den thematisch äußerst heterogenen Beiträgen um Demonstrationen eines speziellen Schweizerischen Krisenkalenders handelt. Der von *Siegenthaler* präferierte Primat endogener Krisen bzw. die Synchronizität bereichsspezifischer Krisen im nationalstaatlichen Rahmen müßte erst noch an anderen Län-

dern als dem Sonderfall Schweiz ausprobiert werden.

Der empirische Zugriff auf die gesellschaftlichen Akteure erfolgte in den referierten Vorträgen durchgängig auf der diskursanalytischen Ebene. Und hier dürfte auch die Stärke dieses konjunkturgeschichtlich und Iradlungstheoretisch motivierten Ansatzes von *Siegenthaler* liegen. Die Rekonstruktion (des Wandels) kognitiver Strukturen in ausgewählten sozialen Milieus hat gute Chancen, die noch ausstehende Verknüpfung von Struktur- und Erfahrungsgeschichte zu leisten.²

Charlotte Beisswingert

- 1 H. Siegenthaler, Regelvertrauen, Prosperität und Krisen. Die Ungleichmäßigkeit wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung als Ergebnis individuellen Handelns und sozialen Lernens, Tübingen 1993.
- 2 Vgl. die geplante Drucklegung der Tagungsbeiträge hrsg. von A. Ernst/ E. Wigger, Kontinuität und Krise: Die Schweiz 1910-1930, Zürich 1995.

XIV. Kongreß der Association Internationale de Littérature Comparée (AILC/ICLA) an der University of Alberta, Edmonton, Canada (15.-20. August 1994)

Die Themenstellung des Kongresses und insbesondere die Plenarreferate und die Themen der „Tables Rondes“ wiesen im Vergleich zu den letzten Kongressen der AILC Paris (1985), München (1988) und Tokio (1991) deutliche und bemerkenswerte Akzentverschiebungen und methodische Neuansätze auf: Erstens war, wie bereits in New York 1982, wo erstmals innerhalb eines AILC-Kongresses eine Sektion über die Literaturbeziehungen zwischen Nord- und Südamerika durchgeführt wurde, und in Tokio 1991, ein deutliches Interesse an außereuropäischen, v.a. asiatischen und lateinamerikanischen Literaturen und ihren interkulturellen Beziehungen erkennbar, wobei in diesem Zusammenhang in Edmonton das weitgehende Fehlen afrikanischer und afro-amerikanischer Teilnehmer/innen (größtenteils aus finanziellen Gründen – aber hier hätten die Organisatoren rechtzeitig reagieren müssen) auffiel. Als sehr anregend erwiesen sich insbesondere Diskussionen über Probleme der Periodisierung und der Übertragung europäischer Begriffs- und Theoriemodelle auf die Analyse außereuropäi-

scher Literaturen und Kulturen, die u.a. in der Table Ronde „Beyond Centrisms – What can Comparative Literature do with the Non-West and vice-versa?“ (Leiterin: *Siumie Jones*, Indiana University, Bloomington) im Mittelpunkt standen. Die kulturvergleichende Verbindung europäischer und außereuropäischer Literaturen und Kulturen stand auch im Mittelpunkt einer „Table Ronde“ über „La figure de l'écrivain national“ (Leiter: *Manon Brunet*/ Université du Quebec à Trois-Rivières, *H.-J. Lüsebrink*, Saarbrücken), in der, ausgehend von Fallbeispielen wie Ousmane Sembène, Crémazie und Casgrain, in komparatistischer Perspektive Genese und Thematisierungsformen des Nationalschriftstellers in europäischen, frankokanadischen und frankophonen afrikanischen Literaturen diskutiert wurde.

Ein zweiter Schwerpunkt lag in der Diskussion der Beziehungen zwischen Literaturwissenschaft und Kulturwissenschaft/Mentalitätsgeschichte. Ihr waren zwei Plenumsvorträge (*Walter Moser* [Montreal] und *Chevrel* [Paris]) und mehrere Roundtables gewidmet. Als besonders anregend erwiesen sich neben dem Vortrag von *Moser* („Études littéraires et études culturelles: Repositionnements“), in dem er auf methodische und institutionelle Probleme der Beziehungen zwischen den literaturwissenschaftlichen Disziplinen und den

Kulturwissenschaften (die in Nordamerika seit ca. zehn Jahren eine starke Expansion erlebt haben) ein-
ging, eine von ihm geleitete Table
Ronde über „Types of Literary and
Cultural Transformations: From Re-
Usage to Recycling“. Unter Aus-
dehnung des Gegenstandsbereiches
von der Literatur im engeren Sinne
auf das gesamte Feld kultureller
Praktiken und Darstellungsformen
beabsichtigte die Table Ronde, aus-
gehend von Methodik und Begriff-
lichkeit der literaturwissenschaftlichen
Rezeptionsästhetik und
Intertextualitätsforschung sowie der
Kunstgeschichte Elemente einer
neuen, fächerübergreifenden kultur-
wissenschaftlichen Begrifflichkeit
zu diskutieren, in der das Problem
der Wiederverwendung und pro-
duktiver Aneignung („Recyclage“,
„Réutilisation“) vorgegebener
ästhetischer Formen und Inhalte
in neuen medialen Kontexten im
Mittelpunkt stand.

Ein dritter Diskussionsbereich
war schließlich die Problematik der
Fremdwahrnehmung, die – etwa
im Anschluß an das Referat von
Anna Balakian über „Overcoming
the Politics of Diversity“ (in der
Sektion „Comparative Literature
beyond diversity“) – zum Teil äu-
ßerst kontrovers und mit großem
Engagement diskutiert wurde (was
auch mit der großen Anzahl von
Teilnehmern aus außereuropäi-
schen Ländern und besonders auch
Dritte-Welt-Staaten zusammen-

hing). Die von *Beller* (Palermo)
geleitete Table Ronde „Méthodes
de recherche sur les caractéristiques
littéraires nationales“ schloß zwar
teilweise an die sogenannte, in der
Komparatistik v.a. in den siebziger
Jahren intensiv betriebene Imago-
logie-Forschung an, brachte durch
die Öffnung auf außereuropäische
Literaturen (Referate von *D. Harth*,
Heidelberg; *T. Carvalho*, Rio
Grande do Sul, und *P. Talgeri*,
Jawahrlal Nehru) die Problematik
der kolonialen Bestimmung von
Fremdwahrnehmung und durch ein-
nige methodenkritische Referate
(v.a. von *J. T. Leersen*, Amsterdam,
über „Irony and cultural stereoty-
pes“) auch methodische Neuansätze
in die in den letzten Jahren etwas
festgefahrene imagologische For-
schung ein.

Insgesamt gesehen erwies sich
auf dem 14. Jahreskongreß die
AILC, die voraussichtlich ihren
nächsten Kongreß 1997 in Peking
oder in Cape Town ausrichten wird,
mehr noch als in der Vergangenheit
als ein weltliterarisches Forum, in
dem – im Rahmen eines erweiter-
ten Literaturbegriffes und eines
einer verstärkten interdisziplinären
Ausrichtung – zunehmend auch
kulturwissenschaftliche und insbe-
sondere auch interkulturelle Frage-
stellungen ihren festen Platz gefun-
den haben.

Hans-Jürgen Lüsebrink

Buchbesprechungen

Peter Burke, Ludwig XIV. Die Inszenierung des Sonnenkönigs, Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1993, 278 S., 88 Abb.

Schon 1987 hatte der englische Historiker *Peter Burke* mit einer Aufsatzsammlung über städtische Kultur im frühneuzeitlichen Italien beispielhaft vorgeführt, welche Erkenntnisse ein historisch-anthropologischer Ansatz ermöglicht.¹ Der Berliner Wagenbach-Verlag, der schon mehrfach Arbeiten *Burkes* und anderer derartig arbeitender Historiker auf Deutsch verbreitet hat, fördert nun mit einer Übersetzung von *Burkes* „The Fabrication of Louis XIV“ erneut eine Historie, die konsequent den kommunikationstheoretischen und anthropologischen Perspektivenwechsel vollzieht.

Der Cambridger Historiker will in Anlehnung an Erving Goffmans „Technik der Eindrucksmanipulation“² und Clifford Geertz' Untersuchungen zum balinesischen Theaterstaat des 19. Jhs.³ das Beispiel der Inszenierung des Sonnenkönigs dazu nutzen, eine Fallstudie über die „Produktion großer Männer“ (S. 10) und somit über die Beziehung zwischen Kunst und

Macht vorlegen. Wie auch in seinen Überlegungen zu städtischen Kommunikationsformen in Italien distanziert sich *Burke* voranordentlich europäisch-protestantischen Aufrichtigkeitsbegriff, um – Paul Veynes Perspektive auf Brot und Spiele⁴ der Antike nicht unähnlich – seine These von der Rolle des Poms als Selbstzweck zu lancieren. Er spitzt, Geertz zitierend, zu: „Die Macht diene dem Pomp und nicht Pomp der Macht.“ (S. 21) Mit dieser These geht *Burke* über den deklarierten Anspruch, eine allgemeine Beschreibung zeitgenössischer Darstellungen Ludwigs XIV. zu liefern (S. 9), hinaus.

Burke beginnt nach der methodischen Einleitung mit einer kurzen Liste der Medien und Formen des Herrscherkultes (S. 29-52), um in den folgenden Kapiteln III. bis X. chronologisch die medialen, organisatorischen, thematischen und ikonographischen Veränderungen im bewußt produzierten Image des Königs nachzuzeichnen. Dabei wird z.B. deutlich, wie vor allem seit den nur bedingt erfolgreichen Kriegen um die Spanischen Niederlande 1667/68 und 1671-1678 die Diskrepanz zwischen Triumphdarstellung und Realität immer größer wurde und die Aufhebung des

Edikts von Nantes, die 200.000 Protestanten in die Emigration trieb, sogar dem Image des Königs schadete. Die letzten 25 Jahre der Regierung beschreibt *Burke* gar unter der Überschrift „Sonnenuntergang“. Er verweist in Kapitel IX. zusätzlich auf die mit dem geistesgeschichtlichen Trend des Magie-Verlustes verbundene Krise der Repräsentation überhaupt; doch blieb, wie in Kapitel X. gezeigt, der Code der Repräsentation im wesentlichen doch so weit verbindlich, daß parodistische Kritik am Sonnenkönig sich dieses Codes bediente.

Im Kapitel XI. versucht *Burke* eine Einordnung in den historischen Kontext insoweit, als er ein Profil der Adressaten – s.E. vor allem die Hofgesellschaft selbst, nur punktuell die Bevölkerungsmassen, darüber hinaus Ausland und Nachwelt – zeichnet und darauf hinweist, daß mit Pomp und Zeremoniell und mit der „Veröffentlichung“ alltäglicher Verrichtungen des Königs wie dem Lever der provinzielle Adel an Versailles gebunden und somit politisch neutralisiert werden konnte.

Kapitel XII. stellt die Inszenierung des Sonnenkönigs neben Inszenierungen anderer Herrscher. Dabei wird zum einen deutlich, wie Ludwig frühere Praktiken (vor allem die Ludwigs XIII., Philipps IV. von Spanien, aber auch der Florentiner Medici, Heinrichs IV. von England, literarische und ikono-

graphische Diskurse der Antike) aufgriff; zum anderen hebt *Burke* Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu Herrscherkulten des 20. Jhs. heraus, wobei er weniger auf die Struktur der neuen Massenmedien als auf die Bedeutung der „Volkswahl“ als neuem Legitimationsinstrument abhebt. Er schließt mit der These: „Der Kontrast zwischen Führern im 17. Jahrhundert und solchen im 20. Jahrhundert ist jedoch kein Kontrast zwischen Rhetorik und Aufrichtigkeit, sondern ein Kontrast zwischen zwei unterschiedlicher Formen von rhetorischen Stilen.“ (S. 242)

Ein Urteil über den Wert des Bandes hängt eng damit zusammen, in welchem Maße man die These vom Pomp als Selbstzweck zu übernehmen bereit ist. Diese These birgt, ebenso wie der kommunikationstheoretische Ansatz, in sich das Risiko, die innere Mechanik des Subsystems „Kommunikation“ und Ritual zwar detailliert auszuleuchten, aber über eine reine Deskription dieses Subsystems nicht hinauszukommen. Womit der paradigmatische Ertrag der historisch-anthropologischen Perspektive für eine bessere Erklärung historischer Interdependenzen verschänkt würde. Leider beschränkt sich *Burke* diesbezüglich nur auf die genannten Andeutungen, ohne weitergehende Folgerungen aus seinem Befund zu ziehen: Inwieweit konnte die „fabrication“ des

Sonnenkönigs dessen Herrschaftssystem aufbauen bzw. dieses in der späteren Phase angesichts der wachsenden Diskrepanz zwischen Image und Realität stabilisieren? Oder bildeten die Kommunikation innerhalb des Hofes und die Vorbildrolle gegenüber anderen europäischen Höfen ein – in Luhmannschen Termini gesprochen – ein derart autonomes Subsystem, daß die Wechselwirkung zu anderen Wirklichkeitsbereichen wie Kriegführung, Wirtschaft, Gesellschaft marginal blieb? Weniger grundsätzlich gefragt: Könnte die Protektion von derart zahlreichen Künstlern, die sich auf Herrscherpanegyrik in allen Medien verstanden, nicht auch eine sozial- und machtpolitische Funktion oder zumindest Wirkung gehabt haben?

Diese kritischen Fragen zu einer noch zu leistenden Kontextualisierung der Imageproduktion sollen aber den Wert des Bandes nicht verdecken: *Burke* legt eine materialreiche, vorzüglich und reichlich illustrierte sowie konsequent kommunikationsorientierte Studie zur „fabrication“ des Sonnenkönigs vor. Taxierte man den Wert eines historischen Buches daran, inwieweit es eine neue Optik auf einen bekannten Gegenstand eröffnet, dann kann man *Burkes* Studie in ihrer Bedeutung neben Paul Veynes Impulse für eine neue Sicht auf die Struktur von Herrschaft in der Antike stellen. – Auch

in komplexeren methodischen Überlegungen befleißigen sich Autor wie Übersetzer eines gut lesbaren, immer klaren angelsächsischen Schreibstils, der – wie die zahlreichen Abbildungen, ein Glossar und einige Anhänge – auch Nicht-Spezialisten und Multiplikatoren in Medien und Bildungseinrichtungen eine vergnügliche Lektüre von Text und „Images“ bereiten dürften.

Friedemann Scriba

- 1 P. Burke, *Städtische Kultur in Italien zwischen Hochrenaissance und Barock*, dt. Berlin 1987; engl. Original: *The Historical Anthropology of Early Modern Italy*, Cambridge 1987.
- 2 E. Goffman, *The Presentation of Self in Everyday Life*, New York 1959; dt.: *Wir spielen alle Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag*, München 1969.
- 3 C. Geertz, *Negara. The Theater State in Nineteenth-Century Bali*, Princeton 1980.
- 4 P. Veyne, *Le Pain et le cirque. Sociologie historique d'un pluralisme politique*, Paris 1976; leicht gekürzt dt.: *Brot und Spiele*, Frankfurt a.M. 1988.

Michael Ewert, „Vernunft, Gefühl und Phantasie, im schönsten Tanze vereint“. Die Essayistik Georg Forsters, Königshausen & Neumann, Würzburg 1993, 269 S. (= Reihe Epistemata. Würzburger Wissenschaftliche Schriften. Reihe Literaturwissenschaft, Bd. 101)

Die Literatur, die in den vergangenen vier Jahrzehnten über den Naturforscher, Schriftsteller und Politiker Georg Forster vorgelegt wurde, ist durchaus beachtlich zu nennen. Hinzu kommen verschiedene Editionen, deren wichtigste die Werkausgabe der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR ist.¹ Alte Entstellungen und Diffamierungen Forsters, die insbesondere dem „Mainzer Jakobiner“ galten und bereits von Zeitgenossen wie Goethe und Schiller genährt wurden, sind weitgehend ad acta gelegt und differenzierten Wertungen gewichen. *Ewerts* Studie, die der Universität Marburg 1991 als Dissertationsschrift vorlag, konnte also auf soliden Forschungsergebnissen von Philosophen, Historikern, Sprach- und Literaturwissenschaftlern aufbauen. Sie macht es sich zur Aufgabe, den für Forster „zentralen Erfahrungs- und Erkenntnisbereich ‚Geschichte‘ bzw. die Interpretation derselben im Medium des Essays aufzusuchen, genauer: das Zusammenspiel von Essay und Geschichtsinterpretation

zu untersuchen“ (S. 11).

Der Verf., der Forsters Essayistik in die Tradition antisystematisch-offenen Denkens und Schreibens einordnet (S. 20), gliedert seine Arbeit nacheiner Einführung in Thema und Methode in drei größere Kapitel. Der theoretische Teil ist Aspekten der Gattungstheorie und dem Zusammenhang von Essay und Geschichte gewidmet. Im phänomenologischen Teil werden Forster als Kenner und Vertreter der Gattung „Essay“ vorgeführt, die essayistische „Methode“ erläutert sowie topologische Kategorien entwickelt. Dem schließen sich Einzelanalysen an, die Forsters recht unterschiedlichen Texten „Cook, der Entdecker“ (1787), „Die Kunst und das Zeitalter“ (1789) sowie „Parisische Umrisse“ (1793/94) gewidmet sind und im Detail viel Erhellendes über Forsters Denken und seine schriftstellerische Praxis akzentuieren.

So könne – um ein Beispiel herauszugreifen – der Cook-Essay nicht als biographisches Porträt gelesen werden. Die Empirie diene Forster vielmehr „allein als Anlaß weitergehender Reflexionen über die Rolle des Individuums in der Geschichte“ (S. 234). Im Text „Die Kunst und das Zeitalter“ wird das Unfertige der Forsterschen Gedankengänge hervorgehoben, das den Leser herausfordere, „den geistigen Entdeckungsprozeß fortzusetzen“ (S. 201). Und auch die „Pari-

sischen Umriss“, „Höhepunkt der deutschen Aufklärungspublizistik und der geschichtsphilosophisch ambitionierten Parisliteratur“ (S. 202), werden subtil erörtert.

Dennoch gleitet *Ewert* bei Resümeees wiederholt in allgemeine, wenig neue Formulierungen ab, etwa wenn „das Wechselspiel von Wahrnehmung und Erkenntnis, Anschauung und Begriff, Beschreibung und Reflexion“ (S. 231) als besonderes Charakteristikum der Schriften Forsters herausgestellt wird. Auch die Versuche, Ergebnisse der eigenen Analyse zu Reflexionen Adornos, Benjamins oder anderer Theoretiker in Beziehung zu setzen, wirken mitunter recht vordergründig und aufgesetzt. Dieser Eindruck verstärkt sich, wenn das „passende“ Forster-Zitat wiederholt verwendet und zudem unkorrekt wiedergegeben wird (vgl. S. 221, Anm. 91; S. 232, Anm. 143). Daß sich „in der Form von Forsters Schreiben... ein Moment der Befreiung“ realisiere (S. 235f.), erscheint dem Rezensenten zudem so neu nicht. Dennoch gibt *Ewerts* Studie dem Historiker eine Fülle von Anregungen, Forster neu und genauer zu lesen. Die Tatsache allerdings, daß der Autor über einige Passagen hinweg ambitioniertes Schreiben mit einer affektierten, penetrant bedeutungsschwangeren Schreibhaltung und unmotiviert verquerer Syntax verwechselt, macht die Lektüre nicht unbedingt

zu einem Vergnügen. Es erscheint müßig zu betonen, daß *Ewerts* Stil hier nicht der Essayistik Georg Forsters abgesehen ist.

Werner Greiling

- † Georg Forsters Werke. Sämtliche Schriften, Tagebücher, Briefe. Hrsg. von der Akademie der Wissenschaften der DDR, Zentralinstitut für Literaturgeschichte, Berlin 1958ff.

***Fritz-Peter Hager/Dieter Jedan* (Hrsg.), *Staat und Erziehung in Aufklärungsphilosophie und Aufklärungszeit*, Verlag Dr. Dieter Winkler, Bochum 1993, 201S.**

Der Bd. präsentiert die wichtigsten Beiträge einer Tagung, die im August 1991 am Pädagogischen Institut der Universität Zürich zum Thema „Staat und Erziehung in Aufklärungsphilosophie und Aufklärungszeit“ stattfand. Veranstalter war die aus Pädagogen und Historikern bestehende Arbeitsgruppe für die Erforschung der Geschichte von Erziehung und Aufklärung, welche sich im Rahmen der „International Standing Conference for the History of Education“ konstituiert hat.

Untersucht werden die diversen Folgerungen, die sich aus der europäischen Aufklärungsphilosophie

des 17. und 18. Jhs. für die Theorie und Praxis von Erziehung und Bildung ergaben, aber auch die Geschichte des pädagogischen Denkens und des Erziehungswesens selbst. Die 17 meist kürzeren Beiträge des Bd. machen die Relevanz der Thematik ebenso deutlich wie die Tatsache, daß es vielerlei Interdependenzen zwischen den genannten Schwerpunkten gibt. Hervorzuheben ist die Problemorientiertheit, die in einer Reihe der versammelten Texte dominiert. Eine nützliche vergleichende Perspektive ergibt sich ansatzweise zwischen einzelnen „nationalen“ Abrissen, etwa über die Niederlande (*P. Th. F. M. Boekholt*), die USA (*L. G. Smith/ Joan K. Smith*) und die tschechischen Länder (*D. Capková*), ist jedoch auch einer Reihe der Beiträge selbst immanent. Ein Beispiel hierfür ist die umfangreichste Studie über „Staat und Erziehung bei Rousseau, Helvétius und Condorcet“ aus der Feder des Mithrsg. *Hager*.

Insgesamt bietet sich ein aufschlußreiches Bild über die Debatten und Forschungsinteressen der beteiligten Wissenschaftler, die ihre interdisziplinären Tagungen im zweijährigen Rhythmus fortzusetzen gedenken. Und selbst wenn man die Vorstellung von einem „Kern europäischer Kulturnationen“ (S. V), die den Rest der Welt gleichsam aufklärerisch missionierten, nicht teilt, ist den Hrsg. doch zuzu-

stimmen, daß die versammelten Beiträge die unabsehbaren Auswirkungen und Folgen der Aufklärungsphilosophie für die politische Praxis und für die Schulpädagogik schlaglichtartig erhellen. Und dies ist auch heute keineswegs nur von akademischem Interesse.

Werner Greiling

Rolf Graber, Bürgerliche Öffentlichkeit und spätabolutistischer Staat. Sozietätenbewegung und Konfliktkonjunktur in Zürich 1746-1780, Chronos Verlag, Zürich 1993, 259. S.

Bei der vorliegenden Publikation handelt es sich um die 1993 von der Philosophischen Fakultät der Universität Zürich angenommenem Dissertationsschrift *Rolf Grabers*. Obgleich sie nur eine relativ kurze Zeitspanne erfaßt und sich territorial auf engem Raum bewegt, besitzt sie mit Blick auf mögliche Präfigurationen für Prozesse des Übergangs vom Ancien Régime in die bürgerliche Moderne gleichwohl allgemeines Interesse. Daneben bettet sie sich in die Bemühungen der Sozialgeschichte der Aufklärung unserer Tage ein, jene von der kulturhistorischen und sprachwissen-

schaftlichen Fachforschung kaum berücksichtigten „faits sociaux“ der Lumières aufzuarbeiten. Auch Verbindungen zur Mentalitätsgeschichte sind unverkennbar. *Grabber*, der von ihm untersuchte Sozietäten unter dem Aspekt des demokratischen Selbstverständnisses des Bürgertums als Inseln der Zukunft begreift, geht von der Auffassung aus, nach der die Aufklärung neben der Kantschen Definition („Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“) im Gewand des Aufgeklärten Absolutismus noch eine andere historische Dimension besessen habe (S. 13). Gewiß kann man über die in der Forschung verbreitet gesehene Verwandtschaft von „Widerständen“ und Versuchen, das Angegriffene mit Rekurs auf das Gedankengut der Philosophen usw. vor den Angreifern in Sicherheit zu bringen, geteilter Meinung sein. Die Arbeit belegt aber ihrerseits sehr gut Genesls und Dialektik von systemimmanenten und systemsprengenden Reformen zur Zeit von Aufklärung und Aufgeklärtem Absolutismus.

Das Buch besteht neben der Einleitung mit Problemstellung, Forschungsstand und Quellenkritik aus fünf sehr gegliederten Kapiteln, von denen aus Sicht des Rezensenten die Kapitel 3 (Die politische Jugendbewegung der sechziger Jahre: Versuch einer Kollektivbiographie), 4 (Die Gesellschaften

der Radikalen und ihr soziales und politisches Umfeld) und 5 (Zur Konfliktkonjunktur in der zweiten Hälfte des 18. Jhs.) besondere Erwähnung verdienen. Bemerkenswert sind die Arbeitsergebnisse u.a. über die Rekrutierung der Mitglieder der Sozietäten auf der Basis gemeinsamer Einverständnisstrukturen; die Funktion dieser Zirkel mit ihren Aktivitäten und Mitgliederstrukturen sowie ihren Reformversuchen und -diskussionen als Kristallisationszentren eines neuen Typs von Sozialisation; die Entstehung einer permanenten Krisensituation als Folge einer kollektiv-autodidaktischen Sozialisation mit einem kräftigen Schub für die Lern- und Bildungsprozesse; die Gefährlichkeit der inaugurierten Bildungs- und Emanzipationsprozesse für das ständische Regime; die stattgehabten Differenzierungen in den Reihen der Opposition sowie die Mechanismen der Politisierung breiter Bevölkerungsschichten und die Isolierung der radikalen Richtung durch die Einbeziehung der bildungsbürgerlichen Repräsentanten in das herrschende System. Erwähnt seien schließlich die gelungene Darstellung jener Entwicklungen, die zu einer Aufklärung „von unten“ führten, und die Programme der radikalen Reformer, die auf eine grundsätzliche Veränderung der bestehenden Verhältnisse abzielten. Gerade hier wird,

wie auch in den anderen Abschnitten des Buches, bei aller lokalen Besonderheit des untersuchten Forschungsgegenstandes der Anschluß zum europäischen Phänomen der Aufklärung und ihres inneren Zusammenhangs von Reform, Widerstand und Transformation deutlich.

Auch formal besitzt das Buch alle Attribute einer Dissertationschrift: Mit Akribie und Aussagekraft ist der technische Apparat gestaltet. Tabellen, Graphiken, Kurzbiographien, Anmerkungen und Bibliographie runden diese verdienstvolle Publikation ab.

Kurt Holzapfel

Claudia Opitz-Belakhal, Militärreformen zwischen Bürokratisierung und Adelsreaktion. Das französische Kriegsministerium und seine Reformen im Offizierskorps von 1760-1790, Jan Thorbecke Verlag, Sigmaringen 1994, 388 S. (= Beihefte der Francia. Hrsg. vom Deutschen Historischen Institut Paris, Bd. 34).

Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich um die Habilitationsschrift der Autorin aus dem Jahre 1990, mit der ein spezifischer Bei-

trag zur Analyse gesellschaftlicher Transformationen beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus zur Diskussion gestellt wird. Als Ausgangspunkt der Reformen und Reformversuche gilt die französische Niederlage im Siebenjährigen Krieg, die neben der Ernüchterung über das militärische Desaster der „Grande Nation“ (?) u.a. zu neuen militär-strukturellen Denkansätzen geführt habe. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen folglich die Reformvorhaben Choiseuls und Saint-Germains, die nach Ansicht der Autorin letztlich am Festhalten des Adels an alten Standesprivilegien, an Divergenzen zwischen Schwert- und Amtadel und an chronischem Geldmangel gescheitert seien - erst die Französische Revolution mit ihren dringenden Erfordernissen auf militärischem Gebiet habe einen tatsächlichen Wandel zur Folge gehabt. Nach der Einleitung, in der in (doch zu) groben Zügen die Forschungstradition und Max Webers Modernisierungs- und Bürokratietheorie vorgestellt werden, geht Kap. I auf die Entfaltung staatlicher Personalpolitik ein, wobei insbesondere Struktur und Entwicklung der französischen Armee im 18. Jh. dargestellt werden; Kap. II (Reformen und Reformansätze 1760-1790) bildet nach Umfang und Inhalt den Schwerpunkt der Studie; Kap. III geht tiefgründig Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Personalpoli-

tik im Ancien Régime nach.

In beeindruckender Weise werden von *Opitz-Belakhal* die umfangreiche Literatur zum Thema aufgearbeitet und reiches Quellenmaterial mit zum Teil bislang wenig bekannten Archivalien erschlossen. Ausgehend von den genannten Theorien Max Webers bindet sie den Mißerfolg nicht an Nebensächlichem (Unfähigkeit einzelner Personen/Turbulenzen in einem Amt, das in kurzer Zeit zehn Minister erlebte). Sie bettet vielmehr das Scheitern der Modernisierung ein in die Zeitläufe, die solches nicht zuließen. Auch auf diesem, für die Außen- und Militärpolitik des absolutistischen Frankreichs so bedeutenden Gebiet zeigte sich die Nichtreformierbarkeit des Alten Staates. So sei, gleich dem gesamten Reformwerk, eine wesentliche „Modernisierung“ der Großgruppe Offizierskorps am unüberwindlichen Gegensatz zwischen *constitution civile* und *constitution militaire* gescheitert (S. 366). Die Autorin betont, daß ein Auflösen dieses Widerspruchs das alte Frankreich selbst in Frage gestellt hätte. Nun ist es das Recht jedes Wissenschaftlers, sich in sein Sujet zu „verlieben“. Der Autorin These aber, das Ancien Régime sei nicht zuletzt an der Frage der Neugestaltung des Militärwesens und der Neuorganisation des Offizierskorps zerbrochen, scheint mir die Überhöhung eines gewiß wichtigen Teilaspek-

tes zu sein, der gleichwohl in ein ganzes Bündel unlösbarer Widersprüche des Alten Frankreichs einzuordnen wäre.

Kurt Holzapfel

Wolfgang J. Mommsen, Großmachtstellung und Weltpolitik. Die Außenpolitik des Deutschen Reiches 1870 bis 1914, Propyläen Verlag, Berlin 1993, 360 S.

Mit dem Band „Großmachtstellung und Weltpolitik“ hat *Wolfgang J. Mommsen* als ein hervorragender Kenner der Geschichte des Kaiserreichs eine souveräne Gesamtschau der deutschen Außenpolitik von 1870 bis 1914 vorgelegt, die sich sowohl an Fachwissenschaftler und Studenten als auch an die breitere, historisch interessierte Öffentlichkeit richtet. Dem Werk kommt zugute, daß es dem Autor mit seiner eingängigen Diktion vorbildlich gelingt, komplexe Sachverhalte auch für den Laien verständlich darzustellen.

Nach der Aufgeregtheit früherer Debatten über Motive, Hintergründe und Rahmenbedingungen der kaiserlichen Außenpolitik verzichtet *Mommsen* in wohlthuender Weise auf überzogene Interpreta-

tionen und ersetzt sie durch eine vielseitige, differenzierte Darstellung und Analyse. Klar strukturiert läßt er die Etappen der deutschen Außenpolitik von Bismarck über die Politik des „Neuen Kurses“ und die Ära Bülow bis zu Bethmann Hollweg vor dem Auge des Lesers ablaufen und zeigt dabei die unterschiedlichen Konzeptionen außenpolitischen Handelns in der deutschen Staatsführung auf.

Die weitgehende Erfolglosigkeit der Außenpolitik des persönlichen Regiments Wilhelms II. nach 1894 erklärt *Mommsen* dabei etwas zu eindimensional mit der Politik eines objektlosen Imperialismus, die in erster Linie der Ablenkung von der innenpolitischen Misere und der Stabilisierung des Kaisertums gedient habe und darüber die konsequente Verfolgung imperialer Ziele vernachlässigte. Daß kontraproduktive machtpolitische Ambitionen und krasse Fehleinschätzungen des internationalen Umfelds eine ebenso große Rolle spielten, geht aus der Darstellung selbst hervor.

Im Gegensatz zu anderen namhaften Historikern läßt *Mommsen* die Möglichkeit offen, daß das „ruheloze Reich“ dem Weg in die außenpolitische Isolation und die nachfolgende Katastrophe des Ersten Weltkrieges mit einer effektiveren Politik hätte entgehen können. Beeindruckend ist in diesem Zusammenhang seine facetten-

reiche Darstellung der Jahre 1909 bis 1914, die die immer verzweifelteren Bemühungen des Reichskanzlers Bethmann Hollweg um einen schrittweisen Interessenausgleich mit Großbritannien vor dem Hintergrund einer wachsenden Kriegsbereitschaft in Staatsführung und Öffentlichkeit nachzeichnet.

Bei allem Respekt vor der großen Leistung *Mommsens* läßt seine Geschichte der kaiserlichen Außenpolitik doch auch einige Wünsche offen. So fällt auf den ersten Blick das relative Ungleichgewicht zwischen seiner Beschreibung der Ära Bismarck im ersten Drittel des Bandes und der Außenpolitik der Jahre 1890 bis 1914 auf den folgenden 200 Seiten auf. Bei näherem Hinsehen erklärt sich diese Schlagseite zumindest teilweise aus der wesentlich stärkeren Berücksichtigung des Verhältnisses von Außenpolitik und öffentlicher Meinung in der Zeit nach 1890.

Wenn auch außer Frage steht, daß es Bismarck in weit höherem Maße als seinen Nachfolgern möglich war, Kabinettpolitik klassischen Stils zu betreiben, erscheint es doch verkürzt, Einflüsse der Öffentlichkeit nur auf die Kolonialpolitik des „eisernen Kanzlers“ in Rechnung zu stellen. *Mommsens* dezentere Andeutungen zu den Vorüberlegungen für den Zweibund von 1879 verweisen darauf, daß die deutsche öffentliche Meinung auch für das Drei-Kaiser-Verhältnis, das

Herzstück der Bismarckschen Diplomatie, von Bedeutung war. Diese Schwachstelle des Werkes, die die Zeitung mit den klugen Köpfen dahinter verleitet haben mag, *Mommsen* die Abfassung einer „Geschichte von oben“ zu unterstellen, resultiert zu einem guten Teil aus der Konstruktion der vorliegenden Studienausgabe aus den veröffentlichten und unveröffentlichten Kapiteln zur Außenpolitik der Bände 7/1 und 7/2 der „Propyläen Geschichte Deutschlands“.

Daß bei der Zusammenstellung der Studienausgabe ganz offensichtlich auf eine Anpassung der einzelnen Bausteine verzichtet wurde, trübt bisweilen das Lesevergnügen. So ist es leider nur ein Beispiel unter vielen, wenn innerhalb weniger Seiten Friedrich von Bernhardis Buch „Deutschland und der nächste Krieg“ gleich zweimal mit fast identischen Formulierungen vorgestellt wird. Derartige Versehen sind allerdings eher dem Lektorat als dem Autor anzulasten.

Der der Studienausgabe beigelegte wissenschaftliche Apparat ist zweifellos nützlich, offenbart aber auch kleine Mängel des Werkes. So lassen die Belege gelegentlich Zweifel aufkommen, ob *Mommsen* immer und in jeder Hinsicht den neuesten Stand der Forschung wiedergibt, ein Problem, dem wahrscheinlich jede Überblicksdarstellung in Anbetracht einer Flut von Detailstudien begegnet. Um nur ein Bei-

spiel herauszugreifen, sei auf die Ausführungen zur Mission Radowitz von 1875 verwiesen, einer Randnotiz der Weltgeschichte, die aber für die weitere Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen Bedeutung gewann. Während *Mommsen* die im Literaturverzeichnis aufgeführte einschlägige Studie von U. Lappenküpper an dieser Stelle nicht nennet, gibt er in der Anmerkung einen knappen Hinweis auf E. Engelbergs Archivfunde, deren Konsequenzen aber in seiner Darstellung völlig unberücksichtigt bleiben.

Die genannten Einschränkungen im Detail ändern nichts an dem Gesamteindruck, daß *Wolfgang J. Mommsen* mit „Großmachtstellung und Weltpolitik“ ein überzeugendes und gut lesbares Werk zur kaiserlichen Außenpolitik vorgelegt hat, das für zukünftige Gesamtdarstellungen hohe Maßstäbe setzt.

Thomas Schaarschmidt

Franz Walter/Tobias Dürr/Klaus Schmidtke, Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora. Untersuchungen auf lokaler Ebene vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, Dietz, Bonn 1993, 492 S.

Zu einem „wahren Mythenkiller“¹ hatte Hans-Ulrich Wehler das 1992 erschienene Standardwerk „Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871-1914“² erhoben. Ähnliche Qualität kann man dem hier vorgestellten Buch konzedieren. Doch dazu bedurfte es weder methodischer Innovation noch spektakulärer Quellenfunde. Denn *Walter* und seine Mitstreiter praktizierten lediglich das, was sich in der historischen Arbeiter- und Arbeiterbewegungsforschung längst durchgesetzt hat: das Politische aus dem Sozialen zu erklären sowie sozialdemokratische Parteigeschichte von den lokalen und regionalen Gliederungen her zu schreiben. Denn der Wechsel von einer organisations-, funktions- und ideologiezentrierten Sichtweise hin zu sozialgeschichtlichen Paradigmen, methodischen Anleihen bei verwandten Sozialwissenschaften sowie regionalen bzw. lokalen Untersuchungen und Vergleichen ist in den Fachdisziplinen längst *common sense*.

Demgegenüber scheinen Politiker, Journalisten und interessierte Öffentlichkeit in ihrer Mehrheit von alten Mythen nicht lassen zu kön-

nen oder zu wollen: In Sachsen und Thüringen hätte die einstmalig noch vermeintlich geschlossen hinter den wahrhaft hehren Zielen stehende deutsche Sozialdemokratie für alle Zeiten uneinnehmbare Bastionen errichtet, die doch revitalisierbar sein müßten. So ruft der Göttinger Politologe *Walter*, zuletzt hervorgetreten durch Aufsätze zur Geschichte der ehemals mitteldeutschen Arbeiterbewegung und insbesondere ein kontrovers diskutiertes Buch zur Entwicklung der SPD,³ eingangs die überzogenen Erwartungen nicht nur sozialdemokratischer Wahlkampfplaner aus dem Wahljahr 1990 in Erinnerung: Mit dem unerwartetem Zugewinn des Elektorats insbesondere der Industriegebiete des historischen Mitteldeutschland schien die strukturelle Mehrheitsfähigkeit der Sozialdemokratie in der neuen Bundesrepublik realisierbar. Aber: „Bekanntlich kam alles ganz anders“ (S. 11). Und auch heute, Ende 1994, ist Änderung zum Besseren nicht in Sicht.

Insofern ist gerade *Walters* ein führendem Überblick („Sachsen und Thüringen: Von Mutterländern der Arbeiterbewegung zu Sorgenkindern der SPD“) eine weite Verbreitung zu wünschen. Hierbei geht es nicht primär um die Frage, ob sozialdemokratische Traditionen und Mentalitäten in der hiesigen Bevölkerung nunmehr gänzlich verschwunden seien. Statt dessen wird

Buchbesprechungen

problematisiert: „Wie historisch berechtigt war eigentlich die Metapher vom ‚roten Sachsen und Thüringen‘, von den sozialdemokratischen Hochburgen in Mitteldeutschland?“ (S. 12). Daß im historischen Mitteldeutschland die Entstehungsbedingungen einer sozialdemokratischen Arbeiterbewegung (vorindustrielle gewerbliche Produktion, Industrialisierung und Urbanisierung, protestantisch dominiertes Gebiet und einsetzende Säkularisierung, Dominanz des eher leichtindustriellen Klein- und Mittelbetriebes) nahezu idealtypisch vorhanden waren, ist Gemeingut der Forschung. Und der Verweis auf die Wahl- und Organisationserfolge der sächsischen und thüringischen Parteibezirke während des Kaiserreiches fand bereits Eingang in das Repertoire hiesiger (neu-)sozialdemokratischer Traditionspflege. Doch die Zeit der Ersten Republik wird in der Selbstdarstellung – ohne oder wider besseres Wissen (?) – gern gemieden: Für jene Jahre, insbesondere die Inflationskrisen 1920 bis 1924 und die Jahre der Großen Depression nach 1929, weist *Walter* den „regionalen Zerfall der SPD“ (S. 16) gerade in Gegenden nach, in denen die Sozialdemokratie zuvor lediglich Wählerbewegung gewesen war. Die heimindustriell geprägten Gegenden Thüringens und das altindustrielle Südwestsachsen wurden aber nicht an den feindlichen

kommunistischen Bruder (der sich als die wirkliche, entschiedene Opposition, eben richtig links, richtig proletarisch und richtig revolutionär, nachgerade anbot), sondern an die Nationalsozialisten verloren: „Die früheren südwestsächsischen Wählerhochburgen der SPD waren braun geworden... Mehr noch als Sachsen war Thüringen braun, eine frühe Hochburg der NSDAP, die hier eher als in jedem anderen Land des Deutschen Reiches zur Macht kam“ (S. 17, 18f.). Dort, wo die SPD sich als Mitglieder- und Milieupartei hatte etablieren und lebensweltlich verankern können, überdauerte die Milieubindung auch nationalsozialistische Diktatur und Krieg. Nur verweist *Walter* ebenso zu Recht auf die Schattenseite dieser perpetuierten Milieubindung: Denn diese führte nach dem Krieg offenbar eher zur Akzeptanz der Vereinigung mit den Kommunisten, mit denen die tradierten Ziele und Rituale ja immer noch geteilt wurden. Vor 1933 eher demokratisch-republikanisch orientierten Sozialdemokraten hingegen war mehr an einer eigenständigen Sozialdemokratie in einer pluralistischen Gesellschaft gelegen; hier wirkte die größere Offenheit zwischen den Klassen und Milieus in der Zwischenkriegszeit prägend. Ideologisch abgestützte Milieuschottung und Vergangenheitsfixierung führte also – pointiert formuliert – in die Selbstaufgabe. Und

die alltägliche Realität des einzigen, real existierenden Sozialismus tat dann in über vier Jahrzehnten das ihre, um sozialdemokratische Milieus und freiheitlich-sozialistische Identitäten in der Arbeiterschaft nahezu gänzlich abzubauen.

Dieser Überblick stellt die Aggregation der drei anschließend dargebotenen Lokalstudien dar, die jeweils den Bogen vom Kaiserreich bis 1990 schlagen. So schildert *Walter* die Entwicklung in „Freital, dem ‚Roten Wien‘ Sachsens“. Einstmals die sozialdemokratische Musterkommune der Weimarer Republik, ist heute die Erinnerung an die ehemals unangefochtene Rathauspartei mit starker lebensweltlicher Verankerung in Freital fast völlig verblaßt, obschon die Mehrzahl der damals geschaffenen kommunalen Bauten die Stadt prägen. Die Affinität der milieufixierten Freitaler SPD gegenüber der vermeintlichen Einheit der Arbeiterklasse ist oben schon angedeutet worden.

Schmittke – wie *Dürr* als Student in Göttingen Mitarbeiter an dem Forschungsprojekt, dessen Ergebnisse hier in Buchform vorliegen – zeichnet das Bild der SPD in der nordwestthüringischen Region um „Nordhausen zwischen ‚Bürgerstadt und Arbeiterdorf‘“, in der sich kein abgeschlossenes proletarisches Sozialmilieu, keine rein sozialdemokratische Lebenswelt herausbildete. Sozialreform praktizierten hier

die von den örtlichen Unternehmern getragenen Liberalen, mit denen sich die Sozialdemokratie später im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zusammenfand: Hier funktionierte die Zusammenarbeit der Verteidiger der Weimarer Republik offenbar, eben weil keine starre abgeschlossenen Sozialmilieus existierten, statt dessen aber Integration der Arbeiter in die bürgerliche Lebens- und Vereinswelt praktiziert wurde. Von daher hielt sich die Begeisterung für das sozialistische Einheitsprojekt hier auch sehr in Grenzen.

Dürr beschreibt „Schmölln: Die rote Knopfstadt“, in der mit dem früh einsetzenden Niedergang der prägenden Knopfindustrie auch der Niedergang der organisierten sozialdemokratischen Arbeiterbewegung einherging. Der 17. Juni 1953 bildete gleichsam „Renaissance und Ende des sozialdemokratischen Schmölln“; danach dominierten „Schnittlauch-Stock und Kaninchenstall“.

Kurzum: ein lehrreiches, anregendes, argumentativ überzeugendes und lesenswertes Buch, komplettiert durch ein aussagekräftiges Quellen-, Literatur- und Personenverzeichnis. Diesem Band wäre vor allem Resonanz in den beschriebenen Regionen und insbesondere in den entsprechenden sozialdemokratischen Parteigliederungen zu wünschen. Denn der Befund, den die Autoren zur sozialdemokratischen

Buchbesprechungen

Neugründung von 1989 liefern, ist niederschmetternd: eklatante Organisationsschwäche, keine Milieuerankerung, Puritanismus und Selbstgerechtigkeit bei den Gründern gegenüber potentiellen Wählern und Neu-Mitgliedern. Und dort, wo inhaltliche Innovation sich ansatzweise regt, sorgen schon die lieben Genossinnen und Genossen aus dem Westen dafür, daß sie nicht stattfindet. Hier führt *Walter* die Domestizierung durch die westdeutschen JungsozialistInnen an. So dürfte, sieht man einmal vom märkischen Sonderfall ab, die Perzeption der SPD als reine Westpartei ebenso Bestand haben, wie die Etablierung der SPD in Sachsen und Thüringen als moderne, demokratische Reformpartei (von Volkspartei gar nicht zu reden) weiter auf sich warten lassen dürfte: Aus den Hochburgen der ‚Heroenzeit‘ der Arbeiterbewegung ist offenkundig tiefe Diaspora geworden. Dies dürfte auch mit einem unreflektierten Traditionsbezug, wie angedeutet, kaum zu beheben sein.

Gernot Borriss

- 1 Das Ende der Legenden. Hans-Ulrich Wehler über Ritter/Tenfeldes Geschichtswerk „Arbeiter im Deutschen Kaiserreich“, in: Der SPIEGEL 18/1992, S. 72ff.
- 2 G. A. Ritter/K. Tenfelde, Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871-1914, Bonn 1992 (= G. A. Ritter [Hrsg.]: Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung

in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, Bd. 5).

- 3 P. Lösche/F. Walter, Die SPD. Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei, Darmstadt 1992.

Massimo L. Salvadori, Storia d'Italia e crisi di regime. Alle radici della politica italiana, Il Mulino, Bologna 1994, 110 S.

Der Autor, der an der Universität Turin Geschichte der politischen Ideen lehrt und seit 1992 Abgeordneter der Fraktion der exkommunistischen Linksdemokraten angehört, leitet die Krise der ersten italienischen Republik zu Beginn der neunziger Jahre aus diachronen Strukturschwächen des italienischen Einheitsstaates von 1861 her. In einer Art „Sonderwegsthese“ behauptet *Salvadori*, daß seit dem Risorgimento prägende Merkmale zum einen die verschiedenen Regimewechsel überdauert hätten und zum anderen nun - in Gestalt der Lega Nord - auch die Einheit Italiens in Frage stellen. Ihn leitet dabei die Beobachtung, daß sich in der italienischen Geschichte seit 1861 nie ein demokratischer Machtwechsel von der Regierung zur Opposition vollzogen habe. Politische Alternativen seien immer nur nach Systemkrisen an die Macht

gekommen: so 1922 die Machtübernahme der Faschisten, 1943 bis 1946 das Ende des Faschismus und der Übergang zur Republik, Anfang der neunziger Jahre das Ende der Ersten Republik.

Salvadori führt diesen Befund auf folgende Faktoren zurück:

1. Seit dem vorunitarischen Gegensatz zwischen dem Pragmatiker Cavour und dem Idealisten Mazzini seien politische Alternativen immer unter der Distinktion „Staat vs. Antistaat“ diskutiert worden, was sich bis zum Umgang mit den Kommunisten des PCI in der zweiten Nachkriegszeit fortgesetzt habe. Diese Art permanenter „ideologischer Bürgerkrieg“ habe die Tatsache verstärkt, daß die Regierungen immer wieder mit Erfolg versucht hätten, durch „Transformismus“ Teile der Opposition ins eigene Lager hineinzuziehen und den Rest weiterhin auszukreisen. Politische Alternativen hätten sich also im Sinne der Regierenden „transformieren“ lassen oder auf Fundamentalopposition gehen müssen. Die Doppelgesichtigkeit des PCI zwischen Moskauhörigkeit und westlicher Demokratisierung seit des Christdemokraten De Gasperi absoluter Mehrheit 1948 erkläre sich u.a. daraus.

2. Politische Bündnisse hätten sich in einer Art „blocchismo“ immer als Allianz gegen Dritte definiert: der Faschismus gegen Sozialisten und angebliche Staatsfein-

de, die Resistenza als Allianz gegen Faschisten und Deutsche, die von der Democrazia Cristiana geführten Nachkriegsregierungen als antirussisch und antikommunistisch.

3. Die herrschenden politischen und ökonomischen Eliten hätten sich in einer Art „consociativismo“ gegenüber Newcomern verschlossen, so daß sich jeweiligen Mono-Oligopole mit starken horizontalen Verflechtungen - auch dank der überproportionalen Staatsbeteiligung an Wirtschaftsbetrieben - unbehindert fortschreiben konnten. Nachdem in den siebziger und achtziger Jahren Aldo Moro (DC) und Enrico Berlinguer (PCI) mit ihrer Strategie des „Historischen Kompromisses“ gescheitert waren, verfestigte sich in den Jahren der Regierungen Bettino Craxi (Sozialisten) die Abschottung der „classe dirigente“.

Die drei genannten Merkmale prägten auch den Faschismus und verfestigten sich durch die spezielle Funktion Italiens in der internationalen Politik während des Kalten Krieges. *Salvadori* charakterisiert den christdemokratisch-kommunistischen Antagonismus als „zwei Vaterländer und zwei Nationen in einem Land“. Nach dem Kollaps der alten Regierungseliten 1992/93 seien angesichts dieser Umstände der politische Machtzuwachs einer oppositionellen Gruppe der Justiz und gleichzeitig die politische Unreife der exkommuni-

stischen Opposition deutlich geworden. Wie schon bei den autoritären Tendenzen Ende des 19. Jhs. unter Pelloux oder später unter Sonnino suche man wieder Zuflucht bei starken Exekutiven, jetzt den Präsidialregierung Amato und Ciampi.

Gegenüber früheren Krisen neuartig sei das Phänomen der regionalistischen „Lega Nord“, das insofern dem Auftreten des Faschismus vor 1922 ähnele, als sich die „Lega“ ihrerseits als Alternative zum System (statt zur amtierenden Regierung) darstelle.

Leider konnte *Salvadori* die Veränderungen des Jahres 1994, die durch Wahl legitimierte Regierung des Medienunternehmers Berlusconi und deren Koalition mit den sog. „Postfaschisten“ Gian Franco Finis sowie mit der Lega Nord nicht mehr berücksichtigen. Diese jüngsten Veränderungen lenken den Blick aber auch auf grundsätzliche Schwachpunkte dieser historischen Analyse des politischen Systems: *Salvadori* verzichtet auf jegliche gesellschafts- oder modernisierungstheoretische Verortung seiner Beobachtungen, wobei insbesondere der Zerfall klassischer Formen von Öffentlichkeit und die daraus resultierenden Schwierigkeiten der Linken völlig außer acht bleiben. Diese Entwicklungen prägen in unterschiedlicher Weise sämtliche westliche Gesellschaften. Doch führen sie bisher nur in Italien dazu, einen besonders fragilan po-

litischen Überbau auf einer von eher archaischen personalen Beziehungen geprägten Basis schneller als anderswo niederzureißen. Inwieweit „blocchismo“ und „consociativismo“ ein ganz anders geartetes soziales System darstellen, das sich mit unterschiedlichen Regime-Typen verträgt, bleibt im Dunkeln. Auch rückblickend begibt sich der Autor damit der Möglichkeit, die von ihm konstatierte unterbliebene „Nationalisierung der Massen“ historisch zu erklären. Ebenso bleiben andere Faktoren, welche die Delegitimierung der Ersten Republik erklären könnten, unklar, z.B. die Entkatholizierung weiter Bevölkerungskreise in der christdemokratischen Epoche. Außer der Feststellung, daß Italien offenbar wieder ein Systemwechsel bevorstehe, entwickelt *Salvadori* aus seinen systematischen Überlegungen keine Zukunftsperspektive. Hier wird wieder deutlich, daß eine auf das politische System im engeren Sinn beschränkte Analyse solange nicht weiterhelfen kann, wie sie nicht den veränderten Stellenwert des „Politischen“ im gesellschaftlichen Kontext reflektiert und ihn dann in übernationalen Trends verortet. Möglicherweise kann man auch von daher erklären, warum jetzt auch der Einheitsstaat von 1861 in Frage gestellt wird und der Übergang zur Zweiten Republik solange dauert.

Der Essay, der explizit bekann-

te historische Informationen vermittelt, behält dieser Kritik zum Trotz einen Informationswert für denjenigen, der sich schnell einen Überblick über einige diachrone Spezifika italienischer Politikgeschichte verschaffen will. Insofern dürfte er das Bedürfnis von Ausländern nach einer kurzen, aber an bestimmten Problemen orientierten politikhistorischen Einführung in italienische Besonderheiten eher befriedigen, als daß er politisch bewußten Italienern weiterführende Perspektiven auf historischer Grundlage aufzeigen könnte.

Friedemann Scriba

Hinrich Fink-Eitel, Die Philosophie und die Wilden. Über die Bedeutung des Fremden für die europäische Geistesgeschichte. Junius Verlag, Hamburg 1994, 407 S.

Der 500. Jahrestag der „Entdeckung“ Amerikas durch Kolumbus veranlaßte 1992 die Weltöffentlichkeit dazu, im Fortschritt innezuhalten und einen Blick zurückzuwerfen. Während die einen gern die düsteren Aspekte der Vergangenheit im Jubel über technische und gesellschaftliche Errungenschaften untergehen lassen wollten, mach-

ten andere anlässlich dieses „Jubiläums“ noch einmal besonders nachdrücklich auf die häßliche Seite des Aufbruchs in die „Neue Welt“ aufmerksam. Die Frage nach der ethischen und moralischen Begründung der Handlungsweise der „zivilisierten“ Europäer gegenüber den „wildem“ Ureinwohnern wurde noch einmal in aller Schärfe formuliert.

Wenn man der Darstellung von *Hinrich Fink-Eitel* folgt, stehen die beiden verschiedenen Haltungen gegenüber der Erschließung ferner Länder durch europäische Entdecker und Eroberer in der Tradition zweier Mythen, die auf unterschiedliche Weise die nicht zu leugnende Tatsache des Massenmordes an den Ureinwohnern der Neuen Welt verarbeiten. Der eine Mythos behandelt den „Bösen Wilden“ als primitives, tierisches – und damit nicht-menschliches oder un-menschliches – Wesen, als „das minderwertige Andere der eigenen, überlegenen Kultur“ (S. 9), das die Verwirklichung einer zivilisierten Lebensweise gefährdet; somit legitimiert er die Unterdrückung. Der Mythos vom „Edlen Wilden“ dagegen läßt die ursprüngliche Lebensform als ideale, weil gewaltfreie, „natürliche“ erscheinen und erinnert so an den unersetzlichen Verlust des „vorbildhaft Gute(n)“ (S. 9). Beide Mythen stehen in engem Zusammenhang mit der jeweiligen Einstellung gegenüber der eigenen Kultur, und *Fink-Eitel* versucht, die

Entwicklung europäischer geistesgeschichtlicher Positionen in ihrem Verhältnis zum Mythos des Edlen und des Bösen Wilden nachzuzelch-

Dabei interessiert ihn vor allem die Ethnologie als die Wissenschaft, die mit der Entdeckung der Neuen Welt entstand, jedoch im Laufe der Zeit nicht nur fremde, sondern – in einer Rückwendung – auch die eigene Kultur erforschen kann. Dadurch entwickelt sich nach Ansicht des Autors eine Wechselbeziehung zwischen Ethnologie und Philosophie: Die Erforschung fremder Kulturen und die Philosophie als ganzheitliche Disziplin verbinden sich zu einer philosophischen Betrachtung, die er „Ethnologie der eigenen Kultur“ nennt. Diese wiederum ist geprägt von den verschiedenen „Bewußtseinsformen“ (S. 15): der melancholischen, die das Bild vom Edlen Wilden heraufbeschwört, und der machtzentrierten, die den Mythos vom Bösen Wilden hervorbringt. Die Darstellung des historischen Wirkens dieser beiden Mythen – vom Edlen Wilden bei Lévi-Strauss und Rousseau, vom Bösen Wilden bei Nietzsche und Heidegger – und der Verknüpfung von ethnologischer Forschung mit philosophischer Betrachtung in der Ethnologie der eigenen Kultur mündet in der Untersuchung von Foucaults „Archäologie“: „Bei Foucault laufen alle Fäden meiner Überlegungen zusammen“ (S. 13).

Auf dem Wege zur Archäologie Foucaults nimmt *Fink-Eitel* kleine Umwege: Die Systematik des Buches folgt nicht der chronologischen Abfolge der ethnologischen und philosophischen Ansätze, sondern nimmt systematische Zwischenergebnisse vorweg, um sie anschließend in den historischen Zusammenhang einzubetten. So wird im ersten Teil Lévi-Strauss' persönliche Erfahrung des Ethnologen dargestellt, der in melancholischer Idealisierung des Wilden vor der Mangelhaftigkeit der eigenen Kultur flieht. In den *Traurigen Tropen* gelangt der Ethnologe zu der Erkenntnis, auf der Flucht „vor dem Leiden an sich selbst und an der eigenen Kultur“ (S. 62) einem von ihm selbst geschaffenen Bild nachgejagt zu sein.

Im Anschluß daran und im Vergleich zu Lévi-Strauss' Betrachtungen rollt *Fink-Eitel* in einem historischen Überblick die Entwicklung vom Bild des Wilden von seinem „Entdecker“ Kolumbus bis zu Rousseau wieder auf. Das Kernstück des Buches, der Teil über Foucaults Ethnologie der eigenen Kultur, stellt nicht nur dessen philosophischen Ansatz dar, sondern erhellt auch die Art und Weise, in der der Autor die Wirkung der beiden Mythen bis in die Gegenwart behandelt. Foucault versucht der Ahistorizität des Strukturalismus, dessen Erbe er ist, zu entkommen, indem er die historische Dimension

der Ethnologie durch die Auffaltung ihrer historischen Bedingungen zu gewinnen versucht, auf die die Ethnologie sich selbstreflexiv beziehen kann. Die archäologischen Schichten sollen freigelegt und anschließend in einer Rückwendung die Gegenwart diagnostiziert werden. Diese Archäologie Foucaults ist Ethnologie, weil sie die freigelegten Schichten von außen betrachtet, umi Philosophie, weil sie sich kritisch auf die eigene, gegenwärtige Kultur zurückwendet und somit als Ganzes betrachtet. In der Ethnologie der eigenen Kultur verschränken sich die Innen- und Außenperspektive. Um Foucaults philosophischen Weg bis zu seiner Ethnologie der eigenen Kultur zu rekonstruieren, behandelt *Fink-Eitel* die Entwicklung von der „Archäologie des Schweigens“ (in „Wahnsinn und Gesellschaft“) über die „Archäologie des ganz Anderen“ (in „Archäologie des Wissens“) bis zur Diskussion des Verhältnisses von Diskurs und Macht (in „Ordnung des Diskurses“) und legt gleichzeitig die Wurzeln von Foucaults Philosophie in den Ansätzen bei Rousseau über Lévi-Strauss bis hin zu Nietzsche und Heidegger frei. Am Ende dieses Weges der Verarbeitung der Mythen vom Edlen und vom Bösen Wilden steht die Befreiung von der Phantasmagorie: Der ethnologische Blick richtet sich mit historischer Tiefe auf das immanente Wilde der

eigenen Kultur. Die Auseinandersetzung mit Kierkegaards schweremütiger Existenzphilosophie im vierten Teil des Buches beleuchtet Foucaults Ansatz dann noch einmal aus einer anderen Perspektive.

Die diskontinuierliche Entwicklung in Foucaults Werk macht *Fink-Eitels* Ansicht nach eine Auseinandersetzung erforderlich, die der experimentellen Offenheit seiner Philosophie Rechnung trägt. Daher ist seine Darstellung der Bedeutung des Fremden für die europäische Geistesgeschichte selbst eine Archäologie: eine Archäologie der Mythen vom Edlen und Bösen Wilden und eine Archäologie von Foucaults Ethnologie der eigenen Kultur.

Ingrid Weber

Willy Hochkeppel, Endspiele. Zur Philosophie des 20. Jahrhunderts, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1993, 404 S.

Hochkeppel, der sich selbst als „Beobachter“ bezeichnet, der die Philosophie der letzten fünfzig Jahre dieses Jahrtausends kritisch betrachtet, hat ein Buch vorgelegt, das, mit einer Ausnahme, frühere Aufsätze und Interviews versammelt. Dabei bleibt es nicht aus, wie der Autor selbst uns vorwarnt, daß einiges, was wir hier lesen, nicht ganz aktuell erscheint. Daß vieles auch einfach zusammengestückelt ist, lernen wir ohne Warnung früh genug.

Hochkeppel beschreibt diese Geschichte als Verfallsgeschichte, deren Stufen er den – bis dahin auf eine lange Folter gespannten – Lesern erst im letzten Teil seiner Studie mitteilt (überschrieben mit „Hinter der Philosophie“). Er glaubt, trotz eines kaum überschaubaren „philosophischen Wildwuchses“, die letzten fünfzig Jahre in drei Phasen unterteilen zu können. Phase eins, „zähe Strömungen...“, die sich noch aus der Quelle der Tradition speisen und durch große Figuren wie Heidegger, Jaspers, Sartre markiert waren, wurde abgelöst durch eine zweite Phase, in der es zur „massiven Ideologisierung“ gekommen sei, gefolgt von „Entfremdung“ und „Feindschaft“ unter den Philosophen: der Positivismus-Streit fand statt, es hagelte Szientis-

mus- und Utilitarismus-Vowürfe, der Marxismus hat seinen Frontalangriff auf die „bürgerliche“ Wissenschaft gestartet, und es setzt sich ein „Troß der Gurus und Scharlatane des ewig ‚anderen Denkens‘ in Marsch.“ In Phase drei endlich erleben wir einen Zustand „wachsender Konfusion, wobei man das Wort im lateinischen Doppelsinn von sowohl ‚Zusammenmischen‘ wie ‚Verwirrung stiften‘ verstehen muß ... Philosophie soll so spaßig und zeitvertreibend sein wie die gesamte sonstige psychedelische Industrie es uns besorgt. Das ist die Zeit der philosophischen Endspiele.“ Den herbeigesehnten zukunftsorientierten Philosophen kann *Hochkeppel* nicht entdecken, statt dessen wandert sein Auge über einen vermischten „Gedankenhaufen“, zusammengeworfen aus Alt und Neu, ein Jahrmarkt der Weisheiten, „hinter der Philosophie“: Rorty, Searle, Habermas, Apel, Husserl, Quine, Sukale, Frank, Austin, Dewey, Putnam, Davidson, Dennett, Emerson, Thoreau, Bergson, Strawson, Popper, die Wiener Positivisten, Campbell, Riedl, Vollmer, Kant, Goethe, Engels (Eva-Marie), Lorenz, Schiller, Luhmann, Maturana, Varela, Günther, von Foerster, Fichte, Hegel, Goodman, Mandelbrot, Bense, Hausdorff, Nozick und sicherlich noch einige andere, dazu noch etwas fraktale Mathematik, und wer das dann noch versteht, ist selbst schuld. Einziger Lichtblick

in dieser dunklen Denk- und Denker-Masse ist für *Hochkeppel* John L. Mackies Religionskritik – doch Mackie ist seit bald 15 Jahren tot. So müssen wir wohl alle Hoffnung fahren lassen.

„Die Philosophie aber, in der freien Übersetzung von ‚grundsätzlichem Denken‘, zeigt sich dem Beobachter am Ende dieses Jahrtausends gleichsam wie in ihren eigenen Netzen versnickt und in ihren übermenschlichen Anstrengungen als das stehende Zittern einer ‚Götterspeise‘... Weniger dem Nüsseknacken, als dem Zwiebel-schälen ähnelt das Philosophieren dieser Zeit: Schale auf Schale wird abgezogen, aber nirgends kommt ein Kern.“ Daß einem dabei die Tränen kommen, ist vielleicht die letzte Wahrheit.

Martina Ullrich

***Georg Vobruba, Gemeinschaft ohne Moral. Theorie und Empirie moralfreier Gemeinschaftskonstruktionen.* Passagen Verlag, Wien 1994, 228 S.**

Der Titel des neuesten Buches von *Georg Vobruba* klingt verheißungsvoll, scheint er sich doch gegen den Trend zur Moralisierung der Gesellschaftsanalyse in prominenten

Teilen der handlungstheoretisch ausgerichteten Soziologie zu wenden. Vor allem die sozialphilosophisch und kommunikationstheoretisch erneuerte Kritische Theorie um Jürgen Habermas hat der Soziologie nachdrücklich ins Stammbuch geschrieben, daß die Entwicklung und das Verständnis moderner Gesellschaften vor allem über die zentrale Dimension der (post-traditionalen) Moral einsichtig zu machen sei. Und diese Dimension sei wiederum nur über eine vorab gebildete normative Beurteilungsbasis aufzuschlüsseln. Prozesse der Vergemeinschaftung und der Vergesellschaftung müßten deshalb unter normativ begründeten Prämissen rekonstruiert werden. Diese soziophilosophische Strategie macht das Geschäft der Soziologie riskant: Die Gesellschaftsanalyse steht damit nämlich vor der Unsicherheit, auf bezweifel- und revidierbaren normativen Urteilen zu beruhen.

Zum Glück beugen sich *Vobruba*s Studien nicht diesem Verdikt. Sie nehmen vielmehr die Einsicht auf, daß moralische Regulative ihre Grenzen haben. Die moralisierende Leugnung dieser Grenze legt wichtige Erkenntnismöglichkeiten vorschnell aus der Hand. Diese Gefahr besteht vor allem auch dann, wenn man angesichts moderner gesellschaftlicher Steuerungsprobleme an das Ordnungsmodell der Gemeinschaft appelliert. In die-

sem Sinne legt *Vobruba* seine Ausgangsthese vor: „Wer vorschlägt, Probleme in der Gesellschaft im Geiste der Gemeinschaft zu lösen, spekuliert mit Moral-Beständen, die nicht oder nur noch um den Preis kollektiver Regression politisch mobilisierbar sind“ (S. 13). Diese These wird entlang der folgenden Untersuchungsfragen überprüft: „In welcher Weise läßt sich nach dem Ende traditionaler Weltbilder und der damit einhergehenden Freisetzung von Interessenverfolgung, ‚Gemeinschaft‘ noch denken? Und welche Probleme ergeben sich..., wenn modernen Gesellschaften die Gemeinschaftsidee aufgepfropft wird? Was folgt aus neuen Mustern der Verknüpfung von Interessen und Gemeinschaft: aus dem Einsatz von ‚Gemeinschaftsrhetorik‘ in Interessenkonflikten einerseits, aus der Integration von ‚Gemeinschaftsanforderungen‘ in individuelle Interessenkalküle andererseits?“ (ebenda).

In dem Band finden sich neben Originalbeiträgen einige bereits andernorts veröffentlichte Texte, die überarbeitet und zum Teil stark erweitert wurden. Die theoretischen und empirischen Studien haben nicht durchgängig die Debatte um die Gemeinschaft als zentralen Bezugspunkt. Im ersten Kapitel wird die sozialwissenschaftliche und politische Relevanz der Gemeinschaftsproblematik erörtert, vorzugsweise in Auseinandersetzung mit Tönnies. Dabei geht es vor al-

lem darum, „die Differenz von Gemeinschaft und Gesellschaft als Struktur-Differenz zu rekonstruieren“ (S. 18). Diese Strukturdifferenz kommt in den Blick, indem die mit dem Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft verbundene Auflösung einer absolutistischen Logik des Weltbildes als Analysefolie herangezogen wird. Jenseits eines absolutistischen Begriffs von Gemeinschaft, die den ihre Interessen verfolgenden Subjekten vorgeordnet wird, stellt sich die Frage nach einem modernen Gemeinschaftsbegriff. Hier macht der Autor klar, was nicht mehr geht: Gemeinschaft als den Subjekten übergeordnete Quelle von Moral und als politischer Entwurf der Lösung gesellschaftlicher Probleme zu begreifen.

Die neuere Geschichte der Gemeinschaftsrhetorik angesichts gesellschaftlicher Krisen ist Gegenstand des zweiten Kapitels. Zum einen wird gezeigt, wie das Ordnungsmodell der Gemeinschaft als Reaktion auf gesellschaftliche Krisen eingesetzt wird, zum anderen, wie trotz eines steigenden Interesses an Systemerhaltung sich immer weniger Leute auf Gemeinschaftsorientierungen verpflichten lassen. In der Untersuchung kommen die Vorstellungen von Gemeinschaft in der bürgerlichen Gesellschaft des 19. Jhs., in der Jugendbewegung um die Jahrhundertwende, im Bild der Volksgemeinschaft zur Zeit des

Nationalsozialismus, in der nachfolgenden Zeit des Wirtschaftswachstums und in der Gegenwart zur Sprache. Dabei werden die vielfältigen und teilweise ambivalenten Beziehungen zwischen gesellschaftlichen Krisen und den Möglichkeiten und Grenzen gemeinschaftlicher Krisenbewältigung vor dem Hintergrund der Interessenverfolgung der Gesellschaftsmitglieder nachgezeichnet. Allgemein läßt sich festhalten, daß auch die oppositionell gewendete Berufung auf Gemeinschaft vor der Gefahr steht, in reaktionäre Tendenzen abzugleiten. Gemeinschaft läßt sich von Interessenverfolgung nicht abkoppeln: Exakt hierin liegt die Grenze von Gemeinschaft als gesellschaftlicher Stabilitätsressource.

Im dritten Kapitel untersucht *Vobruba* die Prozesse der präventiven Verhinderung der Entstehung sozialpolitischer Probleme. Dabei wird die primäre Prävention auf der Ebene gesellschaftlicher Institutionen von der sekundären Prävention auf der Ebene subjektiver Anpassungsleistungen unterschieden. Der Zusammenhang mit dem Problembereich moralfreier Gesellschaftskonstruktionen ergibt sich aus der Tendenz des gesellschaftlichen Institutionensystems, unter dem Druck zunehmender Steuerungsprobleme sekundäre Prävention systematisch zu bevorzugen. So transportiert etwa die in Krisenzeiten so beliebte Rede von den

Sachzwängen die Imperative systematischer Stabilisierung in den Verantwortungsbereich der Subjekte. In Frage steht dann, was die Subjekte dazu anhalten kann, diese Verantwortung auch wahrzunehmen. Ausgehend von einem „instrumentellen Gesellschaftsbild“, das die Interdependenz der Interessen in der Gesellschaft bezeichnet, wird die Antwort entwickelt: Die Einsicht in diese wechselseitige Abhängigkeit begründet die Bereitschaft zur Selbstkontrolle für die Systemerhaltung, d.h. zur begrenzt eingeschränkten Interessenverfolgung. Diese Anpassungsleistung bleibt allerdings prekär und riskant und ist jederzeit aufkündbar.

Das vierte, gemeinsam mit *Gerrda Bohmann* verfaßte Kapitel behandelt die gesellschaftliche Krisenpolitik. Diese empirische Studie geht interessanterweise von einem wissenssoziologischen Krisenbegriff aus: Krisen sind demnach immer interpretierte Sachverhalte. Es geht also nicht lediglich um eine beobachtete Differenz zwischen dem Anspruch der Subjekte und gesellschaftlicher Anspruchserfüllung, sondern um Wahrnehmungen und Interpretationen der von dieser Differenz Betroffenen. Diese Interpretationen werden selbst zum Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Die Untersuchung vergleicht die historischen Voraussetzungen, den Verlauf und die Interpretationen der Krisen

1929ff. und 1974ff. in Österreich. Dabei zeigt sich nicht nur ein unterschiedliches Erscheinungsbild der Krisen – im einen Fall eine Krise der Produktion, im anderen Fall eine Krise der Verteilungsmechanismen –, sondern auch ein Wandel in der Kriseninterpretation: Die Interessen der Nicht-Produktionsmittelbesitzer werden von diesen selbst, aber auch von anderen zunehmend als funktionsrelevant interpretiert. Damit setzt sich eine zunehmend kooperative Kriseninterpretation durch.

Es folgt eine Untersuchung jener Bedingungen, unter denen Wirtschaftsverbände ihr Handeln auf „Gemeinwohl“ hin orientieren. Die Relevanz dieser Frage wird zunächst im Kontext der älteren und neueren Verbändediskussion verortet, um dann die inneren und äußeren Bedingungen der Gemeinwohlorientierung von Verbänden darzulegen. Im Innenverhältnis kommt es darauf an, die Interessen der Mitglieder so an den Verband zu koppeln, daß Widerspruch gegen gemeinwohlorientiertes Handeln unwahrscheinlicher bzw. aushaltbar wird. Aber es müssen externe Bedingungen hinzutreten, damit überhaupt eine Gemeinwohlorientierung eines Verbandes entsteht. Wirtschaftsverbände schränken begrenzt ihre Interessenverfolgung ein, wenn sie dafür als gemeinwohlorientiert angesehen werden. Das begründet die zentrale Rolle der

Öffentlichkeit. Daneben fordert auch der Staat gemeinwohlorientiertes Handeln ein. Bis hierhin arbeitet *Vobruba* mit einem sehr allgemeinen Begriff von Gemeinwohl als einem Ergebnis kollektiven Handelns. Dies wird mit dem Umstand begründet, daß in der modernen Gesellschaft kein privilegiertes Standort mehr existiert, von dem aus ein verbindlicher Begriff von Gemeinwohl gebildet werden könnte. Damit kommt einmal mehr eine wissenssoziologische Analysestrategie zum Tragen: Es geht dann um konkurrierende Interpretationen von Gemeinwohl, also dem Anspruch, im Interesse aller zu handeln. Diese Strategie öffnet den Blick für die Dynamik, mit der konfligierende Gemeinvorstellungen als Argumente in Interessenkonflikten eingesetzt werden.

Im Schlußkapitel analysiert *Vobruba* die Prozesse transnationaler Hilfe im Verhältnis zwischen Ost und West. Dabei handelt es sich um „eigennützige Hilfen“, die im unterschiedlichen Umfang von den westlichen Staaten geleistet und von den östlichen Staaten in Anspruch genommen werden. Die Selektivität dieser Hilfen soll auf der Geber- und Nehmerseite aufgezeigt werden. Diese Selektivität wird über die unterschiedlichen Interessenkonstellationen der Staaten und Möglichkeiten des Interessenausgleichs untersucht. Dabei wird deutlich, daß nicht alle

Probleme in gleicher Weise Interessenverflechtungen zwischen West und Ost entstehen lassen (in der Umweltproblematik etwa besteht aus westlicher Sicht eine besonders starke Interessenverflechtung). Der Geberstaat versucht die Hilfe so anzulegen, daß die Effekte im Nehmerstaat positive Rückwirkungen zeitigen. Die Nehmerstaaten versuchen die Hilfe auf interne Probleme zu lenken und gleichzeitig jene grenzüberschreitenden Probleme, die fremde Hilfen auslösen, auf Dauer zu stellen. Dies sind die Ausgangsbedingungen transnationaler Interessenausgleiche zwischen West und Ost.

Ein Buch, in dem ein Autor verschiedene Aufsätze versammelt, steht vor der Gefahr eines nicht durchgehend stringenten Zusammenhangs der Studien. Dieser Gefahr kann auch der vorliegende Band nicht ganz entgehen. Die Beziehungen der einzelnen Teile zum Thema moralfreier Gemeinschaftskonstruktionen hätte deutlicher expliziert werden können, auch wenn sie, wie der Autor hervorhebt, eher parallel dazu erarbeitet wurden. Das Rahmenthema selbst bietet viele reizvolle Anknüpfungspunkte, an denen es weiter ausgebaut werden könnte: Gerade die Bearbeitung der Frage nach einer posttraditionalen Gemeinschaft scheint lohnend und der genauere Ertrag der verschiedenen Studien in bezug auf diese Frage bedenkenswert zu sein. Gerade

zu diesem Punkt wünscht man sich eine weitere Untersuchung. Die theoretisch-empirischen Studien sind instruktiv, analytisch scharfsinnig und vor allem in ihrer wissenssoziologischen Ausrichtung überzeugend. Hervorzuheben ist, daß die Begriffe und Problemkonstellationen nicht nur aus theoretischen Debatten, sondern vor allem aus den unterschiedlichen Perspektiven der gesellschaftlichen Akteure heraus entwickelt werden: Diese Strategie sichert nicht nur einen theoretisch, sondern auch empirisch erhellenden Gehalt der Studien. Als Beitrag zu einer handlungstheoretischen, auf normative Prämissen verzichtenden und empirisch gehaltvollen Gesellschaftsanalyse ist dieser Band anregend und lesenswert.

Tilman Sutter

Sandro Cattacin, Stadtentwicklungspolitik zwischen Demokratie und Komplexität. Zur politischen Organisation der Stadtentwicklung: Florenz, Wien und Zürich im Vergleich, Campus, Frankfurt am Main 1994, 237 S. (= Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, Bd. 4, hrsg. vom Europäischen Zentrum Wien).

„Diese Studie schließt an die Regierbarkeit der Städte an“, schreibt *Sandro Cattacin* im Klappentext. Angesichts der Vielzahl der Beiträge zur Stadtforschung, die die Krise der Regierbarkeit in den Städten zwar konstatieren, aber kaum analysieren, läßt die Ankündigung hoffen, daß *Cattacin* diese Lücke füllt. Am Beispiel der Konflikte um drei Großprojekte sollen die Probleme der Stadtentwicklung in Florenz, Wien und Zürich und die stadtpolitischen Strategien gegen die Unregierbarkeit analysiert werden. Im ersten Teil des Buches faßt *Cattacin* in einem knappen, aufschlußreichen Überblick die Ansätze der politologischen und soziologischen Stadtforschung zusammen und gibt Hinweise auf die von ihm selbst in seiner Studie angewendeten Methoden. Neben der Auswertung von Sekundärmaterial hat er Interviews mit den Konfliktbeteiligten geführt. Dieses Vorgehen ist angemessen, da es in den Konflikten nicht nur auf die objektiven Umstände ankommt, sondern

auch deren Perzeption durch die Akteure für den Verlauf der Auseinandersetzung relevant ist. *Cattacin* nutzt die „sinnverstehende Methode“ für die „Analyse der Identitäten und Strategien der an Entscheidungsfindungsprozessen beteiligten Akteure“ (S. 21).

Im zweiten Kapitel wird die Entwicklung der Stadtpolitik in Florenz, Wien und Zürich dargestellt, um „die historischen Erfahrungen der Akteure aufzuzeichnen, vor deren Hintergrund diese heute handeln“ (S. 39). Auch dieser Teil der Arbeit erfüllt noch die in das Buch gesetzten Erwartungen, obwohl *Cattacins* Präsentation der jüngeren Geschichte der drei Städte eine vergleichende Betrachtung kaum möglich macht.

Nach diesem auf rund 60 Seiten recht ausführlichen Gang durch die Historie ist man nun gespannt auf die angekündigten Fallstudien über die stadtpolitischen Konflikte, „an denen sich die aktuellen Formen der politischen Organisation der Stadtentwicklung ablesen lassen“ (S. 97). Bevor die Großprojekte dargestellt werden, geht der Autor im dritten Kapitel auf die von ihm so bezeichnete „strukturelle Ausgangslage“ der Stadtentwicklung ein. Die Interviews mit verschiedenen beteiligten Akteuren sollen drei zentrale stadtpolitische Probleme dokumentieren: Orientierungs-, Steuerungs- und Legitimationsprobleme. Von 111 geführten In-

interviews zieht *Cattacin* 12 „relativ zufällig“ (?) ausgewählte (Anm. 57, S. 198) für die Interpretation heran. Von diesen 12 Gesprächen wiederum wird für jeden Problemtyp nur jeweils eines nach den Regeln der objektiven Hermeneutik ausgedeutet. So dienen fünf Sätze eines Zürcher Interviews als Beleg dafür, „daß Orientierungen in der Stadtentwicklungspolitik fehlen.“ Steuerungsprobleme des lokalen Staates stellt *Cattacin* anhand eines einzigen Zitatausschnittes dar, in dem ein Florentiner Regierungsvertreter die Konsequenzen des in Italien fehlenden Bodengesetzes beklagt (S. 102). Hier soll keineswegs die Existenz von Orientierungs-, Steuerungs- und Legitimationsproblemen in den untersuchten Städten bestritten werden. Im Gegenteil, die Klage über derartige Probleme hört man nicht nur aus Florenz, Wien und Zürich. Zur Untermauerung dieser These genügt es allerdings nicht, ein paar Zitate nicht näher charakterisierter Gesprächspartner anzuführen, und die psychologisierende Interpretation kann den Mangel an Material nicht wettmachen.

Im Anschluß an die Diskussion der Interviewausschnitte kommt der Autor schließlich zu der Darstellung der Großprojekte Nord-Ovest in Florenz, Expo 95 in Wien und HB-Südwest in Zürich. Diese Großprojekte spielen eine zentrale Rolle in *Cattacins* Argumentation, denn

sie stellen seiner Ansicht nach eine Variante der stadtpolitischen Strategie „zur Minimalisierung des Staates dar, die darauf abzielt, demokratische Mitbestimmung stark einzuschränken, um in einer komplexen Umwelt wieder handlungsfähig zu werden“ (S. 138). Der lokale Staat sei durch die Verlagerung von übergeordneten föderalen Ebenen auf die Städte, durch den Druck wirtschaftlicher Interessen und durch die Ansprüche und Bedürfnisse der Bevölkerung in seiner Autonomie eingeschränkt. Mit Hilfe der in Großprojekten zum Ausdruck kommenden „Minimalstrategie“ zieht sich der lokale Staat aus der Stadtentwicklung zurück und überläßt den privaten Akteuren das Feld. *Cattacin* stellt in diesem Kapitel die interessante These auf, daß stadtpolitische Akteure versuchen, aus der Handlungsblockade in die Politikvermeidung zu flüchten. Diese Überlegung hätte man gern in ausführlichen Fallbeschreibungen überprüft gesehen. Doch *Cattacin* gönnt der Empirie aller drei Fälle ganze 16 Seiten Darstellung und weitere 6 Seiten vergleichende Diskussion und schafft damit nur eine schmale Grundlage für seine These.

Vor diesem Hintergrund bearbeitet er schließlich im vierten Kapitel die Frage, wie sich die an der Stadtentwicklungspolitik beteiligten Akteure rechtfertigen und legitimieren. Er rekonstruiert die stadt-

entwicklungspolitischen Positionen der Akteure aus Politik und Wirtschaft und bezieht sich wie im ersten Teil des zweiten Kapitels im wesentlichen auf seine Interviews. Auch hier muß man feststellen, daß er sein Material überstrapaziert und zugleich ungenügend nutzt. Wenige Sequenzen müssen die gesamte Erklärungslast tragen, die größte Zahl der Gespräche wird für die Deutung gar nicht herangezogen. Je weniger Empirie, desto mehr Deutungen und Bedeutung heischende Formulierungen erzeugt *Cattacin* (vgl. die kaum noch nachvollziehbare Auslegung zweier Sätze eines italienischen Investors auf S. 141f.). Urbanistischer Diskurs, kollektives Handeln, politisches Spiel, Unregierbarkeit, Entgrenzung, Gemeinschaft, Risikogesellschaft, System... immer wieder verwendet er diese für seine Arbeit zentralen Begriffe, meist ohne sich auf die einschlägigen Theorieansätze zu beziehen.

Am Ende der Lektüre ist man etwas ratlos. Die klare und interessante Ausgangshypothese scheint vor allem bei der angestregten Suche nach den tieferliegenden „wahren“ Interviewinhalten verlorengegangen zu sein. (Es hätte der Arbeit auch gut getan, wenn sich der Verlag oder der Herausgeber die Mühe gemacht hätten, den Text noch einmal durchzusehen. So wird die Lesbarkeit durch zahlreiche grammatikalische Fehler und zum

Teil kaum verständliche, vermutlich dem Italienischen entlehnte Satzkonstruktionen beeinträchtigt). Führen die Beteiligten nun einen urbanistischen Diskurs oder nicht, und was folgt daraus? Worin besteht der von *Cattacin* kritisierte Verlust an demokratischen Beteiligungsformen durch Großprojekte, wenn doch in allen drei Städten Volksabstimmungen über die geplanten Projekte durchgeführt worden waren? In Wien scheiterte das Weltausstellungsprojekt immerhin am Veto der Bevölkerung. Ist *Cattacins* Kritik verallgemeinerbar? Läßt sie sich auf andere Städte und andere Instrumente der Stadtentwicklungspolitik anwenden? Anstatt schließlich präzise und detailliert die Bedingungen für eine demokratische Stadtentwicklungspolitik herauszuarbeiten, endet er mit der normativen Forderung, Stadtplanung solle sich „zuerst um die Herstellung einer kollektiven Identität der Stadtgemeinschaft kümmern“ (S. 192). Ob Städte dadurch wieder regierbar werden?

Sylke Nissen

Durhane Wong-Rieger, Fritz Rieger (Hrsg.), *International Management Research. Looking to the future*, Walter de Gruyter, Berlin/New York 1993, IX, 157 S. (= De Gruyter studies in organization; 46).

Im Rahmen einer immer stärker zunehmenden Globalisierung von Märkten und internationalen Verflechtung von Unternehmen gewinnt „International Management“ immer mehr an Bedeutung. Vor diesem Hintergrund fand im Juni 1988 die Konferenz „Research for Relevance in International Management“ an der University of Windsor in Ontario, Canada statt. Teilnehmer waren führende Forscher sowie eine Reihe von Praktikern aus dem Bereich „International Management“ (IM). Ziel war es, Wege vorzudenken, welche IM-Forschung gehen sollte, um für die neunziger Jahre und darüber hinaus gerüstet zu sein. Zwölf Aufsätze von Teilnehmern der Konferenz sind im vorliegenden Sammelband vereinigt.

Der erste Aufsatz von *Durhane Wong-Rieger* („Why relevance in International Management Research?“) untersucht das Problem der Praxisrelevanz der IM-Forschung. Sie stellt fest, daß in der Forschung die wissenschaftliche und methodische Disziplin und Präzision bisher immer noch eine größere Rolle spielt als der Praxisbezug. Die bisherige ungenügende Verhin-

dung von Wissenschaft und Praxis der IM-Forschung wird von der Autorin auf eine Dominanz der Methoden über Inhalte und Zwecke der Forschung, fehlende Markt- und Kundenorientierung sowie institutionelle Barrieren einer praxisnahen Forschung zurückgeführt.

David Ricks bemerkt („International Management Research: Past, present and future“) Mängel bei der Datengewinnung und Datenanalyse, die aber zunehmend beseitigt werden. Weiterhin zählt er eine Reihe von zukünftigen Forschungsschwerpunkten auf, die er auf Grund von Umfragen unter IM-Forschern ermittelt hat. Dazu gehören klassische Bereiche wie strategisches Management und Human Resource Management (HRM) und auch neue Kategorien wie Varianten internationaler Verflechtung, Management der Innovation, Information und Technologie und Beziehungen zwischen Regierungen und Unternehmen.

Auch *Richard B. Peterson* („Future directions in international comparative management research“) verweist nach einem kurzen historischen Überblick auf zahlreiche Probleme der IM-Forschung, nennt dabei aber auch Forschungsarbeiten, die diese Fehler vermeiden haben. Im Anschluß werden Agenda für zukünftige Forschung entworfen, die sowohl eine Reflexion der Inhalte als auch der Methoden der Forschung für notwen-

dig befindet, und Beispiele für künftige Forschungsvorhaben geliefert.

Der Beitrag von *Stephen J. Kobrin* („Global Firms and Nation-states“) befaßt sich mit der Frage einer veränderten Staatsorientierung in Märkten, die durch multinationale Unternehmen beherrscht werden, und fordert eine neue Rolle des Staates. Während die Globalisierung der Märkte für die Unternehmen eine Reihe von Vorteilen bedeuten kann, ist diese Entwicklung für den Staat eher mit einem Verlust an Autorität und Autonomie verbunden; der Autor bezeichnet dies als eine Herausforderung und nicht als Gefahr für den Staat. Er unterläßt es, darauf hinzuweisen, daß eine übergroße Machtausübung von multinationalen Unternehmen durchaus zur Untergrabung der Legitimitätsgrundlagen des Staates führen kann.

Rosalie Tung und *Betty Jane Punnett* befassen sich speziell mit dem Problem einer für Forschung und Praxis relevanten IHRM-Forschung und stellen dazu einen umfangreichen Kriterienkatalog auf. Die Autorinnen entwerfen einen konzeptionellen Rahmen für zukünftige Forschungsprojekte, wobei neben der HRM-Dimension auch die organisationale und personale Dimension in ein Modell integriert wird.

Nancy J. Adler und *Fariborz Ghadar* („A strategic phase approach to IHRM“) stellen die

Kontextbezogenheit des IHRM in den Mittelpunkt. Grundlage ihres Ansatzes ist ein Phasenmodell, welches HRM in bezug auf Entwicklungsphasen internationaler Organisationen variiert. Neben einer Phasenorientierung ist eine entsprechende kulturelle Sensibilität des IHRM Basis dieses Modells, welches durch übersichtliche Abbildungen deutlich zusammengefaßt und dargestellt wird.

Einen interessanten, wenn auch sehr komplexen Ansatz zur komparativen Analyse der Kontextrelevanz von erfolgreichen ostasiatischen Unternehmenstypen bietet der Beitrag von *S. Gordon Redding* („Beyond Bureaucracy: Towards a comparative analysis of forms of economic resource coordination and control“). Nach einer Spezifizierung der Untersuchungseinheit entwickelt er relevante Dimensionen zur Kennzeichnung von Kontextfaktoren, die die jeweils spezifischen Charakteristika von japanischen, (exil-)chinesischen und koreanischen Unternehmenstypen erklären können. Als wesentliche Faktoren der Kontexte macht er Faktoren der sozialen Umwelt, der Beziehungen zwischen Systemen und der internen Strukturen aus. Abschließend wird nach den zugrundeliegenden kulturellen Annahmen gefragt. Trotz einer interessanten, methodisch präzisen Vorgehensweise bleibt dieses Modell eher abstrakt und für den Praktiker

kaum handhabbar.

Mehr einen knappen Kommentar zur International Management Research Konferenz bietet der Beitrag von *Henry Mintzberg* („Globalization: Separating the fad from the fact – comments on the IM Research Conference“). Neben seiner Forderung nach mehr Kundenorientierung der Forschung stellt Mintzberg die Frage nach einer internationalen Kontrolle des Wettbewerbs, der sich nationalen Kontrollen entzieht.

Der Beitrag von *Alan M. Rugmann* („Research in International Business: A Canadian perspective“) fordert eine länderspezifische Ausweitung der IM-Forschung. Internationales Business ist mehr als die Managementanalyse von multinationalen Unternehmen. Länderspezifische Themen, die nicht nur ökonomische Akteure betreffen, sondern auch nationale Regierungen z. B. in Form von Handels- und Exportabkommen umfassen, werden vom Autor als zukünftige Forschungsthemen genannt. Dabei wird besonderer Wert auf die Analyse und Ausweitung von Kooperation und Interaktion zwischen den Schlüsselakteuren Unternehmen, Regierungen und Universitäten gelegt, um einen besseren Praxisbezug zu erreichen.

Edwin L. Miller legt den Schwerpunkt auf die Aufstellung von Bewertungsdimensionen für die

IM-Forschung. Neben einer Verbesserung der Theorieentwicklung und Forschungskonzeption ist die praxisorientierte Problembezogenheit zentrales Bewertungskriterium. Der Autor sieht die Brücke zwischen Theorie und Praxis beim IM-Forscher und den Universitäten und schließt mit einem Plädoyer für mehr interkulturelle und interdisziplinäre Zusammenarbeit.

Der einzige Beitrag von Praktikern, *W.A. Pursell* und *R.J. Radway* („Research for IM-Practitioners' Perspective“), sieht die größten Probleme der IM-Forschung im mangelnden Praxisbezug. Anhand einer Liste von entsprechenden Anforderungen an die Universitäten und einer beispielhaften Darstellung von praxisrelevanten Forschungsfragen stellen die Autoren Möglichkeiten für eine bessere Zusammenarbeit und stärkere Kundenorientierung der IM-Forschung dar.

Die Herausgeber schließen den Band mit Rezepten für einen Stützeübergang der IM-Forschung („Strategies for achieving relevance“). Neben neuen inhaltlichen Aspekten – stärkere Kontextorientierung, Einfluß von Regierungen auf das International Management und Globalisierung lokaler Märkte – wird ein vierdimensionaler konzeptueller Rahmen für weitere Forschung entworfen, der neben Umwelt, Organisation und interorganisationalen Beziehungen auch den Zeitaspekt berücksichtigt und

somit eine Entwicklungsorientierung erhält.

Dieses Werk bietet einen gelungenen Überblick über den gegenwärtigen Stand der IM-Forschung. Es werden nicht nur Defizite methodischer und konzeptioneller Art erläutert, sondern auch Hinweise und Bezugsrahmen für zukünftige Forschungsangebote. Ergänzt werden diese Überlegungen durch Anregungen zu Forschungen in einzelnen Managementfeldern v.a. im HRM. Relativ kurz kommen allerdings Fragen, die sich mit organisationalem Wandel und organisationalem Lernen beschäftigen. Die mehrfach geforderte Praxisorientierung ist nur bedingt eingelöst worden. Vielen Aufsätzen fehlen die letztendlichen Konkretisierungen und Implementationshinweise für eine bessere Integration von Forschung und Praxis. Nachdenklich müßte auch stimmen, daß nur 20 Prozent der Teilnehmer an der Konferenz dabei sind oder planen, kooperative Forschung mit Praktikern durchzuführen.

Michael Edde

David J. Hickson (Hrsg.), Management in Western Europe. Society, Culture and Organization in Twelve Nations, Walter de Gruyter, Berlin/New York 1993, XIV, 288 S. (= De Gruyter studies in organization; 47).

Der Band stellt einen Versuch dar, gesellschaftliche, soziale und ökonomische Geschichte zwölf europäischer Nationen gegenüberzustellen und auf deren Wechselwirkung mit nationalen Management- und Organisationsweisen hin zu beleuchten. Hierzu werden Beiträge von Organisationswissenschaftlern zusammengeführt, die die relevanten Merkmale und Managementgepflogenheiten einer nationalen Kultur aus der Perspektive des außerhalb der betrachteten Kultur Stehenden zu erschließen und begründen suchen. So divers wie die betrachteten Kulturen erscheinen dann auch die einzelnen Beiträge, was seine Ursache nicht nur in der Heterogenität des Forschungsstandes zu den einzelnen Ländern hat, sondern auch auf der unterschiedlichen wissenschaftlichen Orientierung der Forschenden gründet.

Dies balancierend steht dem Band ein einleitendes Kapitel von *Geert Hofstede* voran – dem nebenbei meistzitierten Autor dieses Sammelbandes –, das den folgenden Beiträgen als einende Konstante dient. Den Konnex von Geschichte

und Managementpraktiken stellt dabei Kultur, hier verstanden als „collective programming of the mind“ (S. 1). Kultur „represents the crystallization of history in the thinking, feeling and acting of the present generation“ (S. 2). Verglichen werden solcherlei Kristallisationen in Hofstede's Konzept nach ihren Ausprägungen in vier Kulturdimensionen. Zentral ist damit dem gesamten Buch eine polare Einteilung von Kulturen in die Dimensionen Individualismus gegenüber Kollektivismus, hoher gegenüber geringer Machtdistanz, stark gegenüber schwach ausgeprägter Vermeidung von Unsicherheit und Maskulinität gegenüber Femininität. Gegenüber der lebenslangen Einbindung eines jeden Mitglieds kollektivistischer Gesellschaften in je eine große, jedoch dichtverwobene „in-group“, zeichnen sich individualistische Kulturen nach Hofstede's Konzept durch die Betonung der Beziehungen zu lediglich dem unmittelbaren familiären Umfeld und der vornehmlichen Wahrnehmung individueller Interessen aus. Die Dimension Machtdistanz bietet ein Maß für die Akzeptanz ungleicher Machtverteilung seitens der weniger Mächtigen. Die Vermeidung von Unsicherheit findet dagegen ihren Ausdruck in strikten Verhaltensregeln, geringer Toleranz und einem absoluten Wahrheitsglauben. Schließlich legen maskuline Kulturen Wert auf Selbstsicherheit,

Strebsamkeit sowie Geld, Größe und Stärke, während feminine Kulturen als gering kompetitiv, bescheiden und beziehungsorientiert gelten.

Besondere Aufmerksamkeit erfahren in sämtlichen Beiträgen die dominanten Werte einer Kultur. Sie werden als die Ebene kultureller Manifestationen verstanden, welche in der Hierarchie von Symbolen, Helden, Ritualen und Werten die höchste Änderungsresistenz aufweist. Während die Symbolebene starken Variationen unterworfen ist, gilt die Werteebene als Bestandteil einer jeden ‚kollektiven Programmierung‘, der durch primäre Sozialisation die Generationen überdauert. Ziel der Autoren ist nun „to foster an appreciative curiosity about other peoples, a respect for what seem to be their virtues, a better understanding of what seem to be their weaknesses, and an awareness that these apparent virtues and weaknesses seem so largely because of our own personal ethnocentrism“ (S. 261).

Muß die Bearbeitung eines thematisch wie geographisch derart weiten Feldes so manche Scholle ungewendet lassen, so bieten die einzelnen Beiträge doch deutlich mehr als ein Auffüllen der Hofstede'schen Dimensionen mit den Werten der jeweiligen Kultur. Neben der durchgängig historischen Prägung der Beiträge sind fundierte Verknüpfungen polit-ökonomi-

scher Historie mit aktuellen institutionellen Strukturen und kulturellen Merkmalen genauso zu finden, wie überaus einfühlsame Beschreibungen spezifischer Kulturen und Ableitungen der national vorherrschenden Managementstile. Während der Beitrag von *James Georgas* sich darauf beschränken muß zu verdeutlichen, aus welchen Gründen sich in Griechenland kein als solcher zu bezeichnender Managementstil entwickeln konnte, und sich *Alfonso Pereira Inacio* und *David Weir* in einer Abgrenzung portugiesischer Eigenschaften gegenüber den als arrogant und kompetitiv verstandenen Verhaltensmerkmalen der Kultur Spaniens festfahren, sind die einzelnen Beiträge durchweg erhellend und aussagekräftig. Dies um so mehr, wenn gelesen als Resultat aufeinandertreffender Kulturen von Beobachter und beobachteter Nation. Dieser Spannung einer kybernetischen Erkenntnistheorie, die den Beobachter als Teil der betrachteten Ganzheit versteht, zeigt sich insbesondere *Barbara Czarniawska-Joerges* bewußt. Ihre ausdrücklich konstruktivistische Behandlung Schwedens führt unter anderem über ein Erschließen der impliziten Aussagen nationaler Tourismusbroschüren hin zu einer gelungenen Verknüpfung wissenschaftstheoretischer Fundierung und verstehenden Nachzeichnens kultureller Merkmale und – so ist man versucht zu sagen –

auch Stimmungen.

Von edlem Schloff ist das französische Hexagon, das *Arndt Sorge* präsentiert. An den Eckpunkten bestückt mit *liberté, égalité, fraternité* und deren jeweiligen Gegenteilen, wird damit nicht eine naheliegende Zerrissenheit der französischen Kultur attestiert, sondern „a typical French expression of“ (S. 74) *liberté, égalité und fraternité* verdeutlicht. Die Gegensätze werden aufgelöst. Weniger gut gelungen ist dies *Albert L. Mok* in seinem Beitrag zu Belgien und *Nic von Dijk* und *Maurice Punch* über die Niederlande. *Mok* spricht von kulturellen Paradoxen, denn „social, economic and corporate life is extremely ritualized“ und „individualism is the result“ (S. 23). Angesichts der Bedeutung, die in den Niederlanden der Debatte über Regeln und deren Aufstellung ganz im Gegensatz zu deren Einhaltung beigemessen wird, befleißigen sich *Nic* und *Punch* gar des Ausdrucks einer „national schizophrenia“ (S. 171).

Spätestens hier muß sich der Band die Frage nach dem inhärenten Wert solcher Kulturkategorien, wie von *Hofstede* aufgestellt, gefallen lassen. Die Gefahr wird deutlich, das Bewußtsein von deren Relativität zu verlieren. Die Klassifizierung einer Kultur als schizophren ist nur möglich vor dem Hintergrund eines als objektiv betrachteten Normalseins – eine mit der postulierten Bewußtmachung des ei-

genen Ethnozentrismus unvereinbare Annahme.

So erscheint auch die Dimension Individualismus versus Kollektivismus der Hofstedeschen Kulturmatrix wenig trennscharf, da von einem sehr spezifischen Verständnis von Individualismus getragen. Die Ausprägung Individualismus bleibt stark familiären Beziehungen verpflichtet und erscheint kaum geeignet, die Bedeutung familiärer Abkopplungen und Vereinsamung bzw. alternative Bindungen aufzuzeigen. Die geringe Trennschärfe zeigt sich folgeriechtig in der Verortung aller westeuropäischen Nationen außerhalb der Kategorie eines ausgeprägten Kollektivismus in dem von *Hofstede* angeführten Vergleich von 53 untersuchten Nationen (vgl. Tabelle S. 4).

Die Nagelprobe jedoch ist für den deutschen Leser die Abhandlung der eigenen Kultur, verfaßt von *Malcolm Warner* und *Adrian Campbell*. Sie gilt hier als „bureaucratic, disciplined and oriented towards control“, und „values consensus and a joint, professional approach in all matters“ (S. 90). Damit verbunden ist gegenüber angelsächsischen Ländern ein weniger abstraktes Management, das näher an der Produktion ist. „Deutsches Management“ gilt als „specialist rather than generalist, and product-led rather than market-led“ (S. 105).

Im ganzen fühlte sich der Rezensent von *Warner* und *Campbells*

Beitrag selten mißverstanden, manchmal überrascht und oft erappt.

Werden auch die Belgier als „inclined (inter alia) to be pragmatic, the Danes to be indulgent, the English conservative, the French elitist, the Germans orderly, the Greeks patriarchal, the Irish loquacious, the Italians dependent, the Dutch reserved, the Portuguese resilient, the Spanish fatalistic, and the Swedes consultative!“ (S. 250) bezeichnet, so ist das Buch doch sichtbar mehr als nur Schrotschuß auf einen europäischen Zwölfender. Deutlich wird das noch einmal in *Hicksons* abschließendem Beitrag unter dem Titel „Many More Ways Than One“, mit dem er unter Anspielung auf Taylors ‚One Best Way‘ einen Seitenhieb auf die aktuelle Managementforschung führt, die ohne den geforderten Einbezug von „Culture’s Consequences“ – so der Titel von *Hofstedes* 1980 erschienenem Buch – auf dem Erkenntnisniveau Taylorscher Universalismus stehen bleibt (vgl. den von *Peters* und *Watermans* „In Search of Excellence“ versprochenen ‚one best way‘.).

Mit „Many More Ways Than One“ soll jedoch auch etwas gesagt werden über die Rolle divergierender Kulturen für den Prozeß der europäischen Einigung. *Hickson* warnt hier mit dem englischen Sprichwort ‚Never put all your eggs in one basket‘ vor einem größten

anzunehmenden europäischen Unfall, ausgelöst durch unbedenkliches Gleichschalten nationaler Wertemuster. Übereinstimmungen auf der symbolischen Ebene wie Stil und Kleidung – so *Hofstede's* Konzept – dürften nicht über grundlegendere Unvereinbarkeiten der Werteebene hinwegtäuschen.

Für die Leser, denen weder hinreichend klar geworden sein sollte, daß „how organizations are set up and used in managing and organizing is culturally ‚saturated‘“ (S. 260), noch welche Persistenz die Werteebene einer Kultur an den Tag legt, bemüht *Hickson* abschließend die Ereignisse der Spätantike, die mit römischen Expansionen römisches Recht und römische Verwaltung über weite Teile Europas brachten. Der Autor zerschneidet Europa entlang des Rheins in zwei polarisierte Kulturzonen. Die südliche, geprägt von der ordnenden Wirkung römischer Gesetze und Zentralgewalt, vertraut mit abstrakter Herrschaft und systematischer Organisation von alters her, die nördliche dagegen noch immer unter dem Einfluß früherer autonomer Dorfstrukturen, die als Teil der Kultur einfallender Wikinger festgeschrieben wurden. Es wird so weit gegangen festzuhalten, daß „the contrast between the high power distance plus high uncertainty avoidance cultures of the Southern societies, and the low power distance plus low uncertainty avoidance

cultures of the Northern societies, is at the heart of many struggles within the EC“ (S. 257). Finstere Aussichten für die kulturelle Einigung Europas. Welche Wirkung sollte denn auch der allzu kurze Prozeß der Europäischen Einigung zeitigen, steht er doch den Kräften von Äonen europäischer Un-Geschichte gegenüber.

Gefordert wird damit Kulturbewußtsein als Imperativ für Managementtheorie und -praxis wie auch für einigende Prozesse innerhalb Europas. Auf das Ganze gesehen vermögen gelegentliche Überzeichnungen in eigener Sache dem bemerkenswerten Gesamteindruck des Buches kaum Abbruch zu tun. *Hickson's* Band gebührt ein Platz im Regal des Praktikers, gleich neben H. M. Enzensbergers „Ach Europa!“, darüber hinaus zeigt er der Managementforschung die Notwendigkeit auf, sich von US-dominierten Managementkonzepten zu emanzipieren und bereitet zugleich den entsprechenden, kulturbewußten Weg, auf dem dies geschehen kann.

Oliver Schmidt

Wilhelm Eberwein/Jochen Tholen, Euro-Manager or Splendid Isolation? International Management – an Anglo-German Comparison. Walter de Gruyter, Berlin/New York 1993, IX, 266 S. (=De Gruyter studies in organization; 48).

Das Buch stellt nicht, wie der Titel irrtümlich vermuten ließe, die Suche nach dem Hybrid Euro-Manager oder dem isolierten nationalen Manager dar, sondern bietet eine empirische, industriesoziologische Untersuchung mit dem Ziel, Unterschiede und Gemeinsamkeiten deutscher und britischer Top-Manager herauszuarbeiten. *Eberwein* und *Tholen* stellen die Frage, wie Top-Manager die Arbeit und berufliche Situation in Industrieunternehmen bewältigen und wie sich beides auf ihr Selbstverständnis auswirkt. Ziel der Untersuchung ist es, die soziale Selbstwahrnehmung von Top-Managern anhand von Expertengesprächen im Vergleich zu bereits durchgeführten Untersuchungen zu erforschen. Auf diesem Wege wird zuerst die Frage nach der gegenwärtigen und zukünftig geforderten Qualifikation der Manager gestellt und anschließend das Verhältnis zur Unternehmung, zur Technologie und zum Markt geklärt. Schließlich thematisieren die Autoren das Verhältnis zu Politik und Gesellschaft. Abgerundet wird die Diskussion durch die Frage nach

der Übertragbarkeit nationaler Modelle. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, daß überall dort, wo die nationale Kultur bzw. Tradition stark ausgeprägt ist, Unterschiede deutlich hervortreten und überall dort, wo Strukturen dominieren (Zeit, Globalisierung, Komplexitätszunahme etc.) sich die Symptome und Reaktionen aufeinanderzubewegen.

Die Autoren greifen insbesondere Thesen aus der entsprechenden Literatur heraus, die stark vorurteilsbehaftet sind und dem Postulat des ‚kulturfreien Managements‘ anhängen. Ihre Intention ist es, mit diesen Vorurteilen aufzuräumen. Sie reihen sich damit in eine kritische und differenzierte Forschungslehre ein (insb. Lane, Millar, Lawrence).

Fragwürdig ist, ob die Untersuchung als repräsentativ gelten kann, da in Deutschland 111 Manager in 35 Unternehmen untersucht wurden, in Großbritannien „nur“ 16 Manager in 13 Firmen.

Das *erste Kapitel* behandelt industriesoziologische Forschungsarbeiten und methodische Fragen. Im *zweiten Kapitel* werden die harten Fakten untersucht. Einig sind sich alle Manager über die veränderte Managementsituation, allerdings sind sie weitgehend blind (Deutschland 60 Prozent, Großbritannien 25 Prozent) gegenüber neuen Qualifikationsanforderungen an Trainees. Unterschiedliche Aus-

bildungssysteme führen nach Ansicht von *Eberwein/Tholen* zu einer unterschiedlichen Gewichtung von Voraussetzungen für Top-Managerpositionen. Eine akademische Ausbildung, im Idealfall verbunden mit dem Abschluß einer Lehre, besitzt in Deutschland eine hohe Bedeutung, wohingegen in Großbritannien die Ausbildung im Betrieb das wichtigste Qualifikationselement für spätere Top-Positionen darstellt. Die Technikerdominanz in Deutschland wird durchgängig als zentrales, erfolgversprechendes Phänomen benannt.

Die lawinenartige Zunahme bzw. die Anerkennung von ‚professionellen‘ Ausbildungsangeboten (BWL/MBA) wird in beiden Ländern verzeichnet. Die geringere soziale Anerkennung der Industriemanager in Großbritannien führt allerdings dazu, daß der professionell ausgebildete Manager dort noch stark unterrepräsentiert ist. Leider wird nicht genauer untersucht, ob diese Professionalisierung der Ausbildung zu begrüßen ist. Bis auf die Feststellung der zunehmenden Personenorientierung ist der zukünftige Qualifikationsbedarf für die Top-Managerebene nicht Gegenstand der Untersuchung. Unter der irreführenden Überschrift „Interne und externe Rekrutierung“ werden vorwiegend Fragen der Motivation behandelt, mit dem Ergebnis, daß deutsche Manager leistungs- und englische

Manager karriere- und einkommensorientiert sind.

Die Fragestellung, ob die Manager an der Spitze ihre Tätigkeit als Beruf/„profession“ ansehen, trifft in der Untersuchung auf semantische Schwierigkeiten. Die deutschen Manager sehen ihre Tätigkeit ungern mit dem Weberschen Begriff „Beruf“ besetzt, die englischen wiederum gern mit dem der „profession“; gemeinsam ist beiden das Streben nach Professionalisierung. Weiterhin werden Streß- und Motivationsfaktoren untersucht. Das Verhältnis der Top-Manager zu ihrer Familie wird schließlich inhaltlich aufgearbeitet, obwohl es nicht in den Kontext des zweiten Kapitels paßt. Denkbar wäre weiterhin gewesen, mögliche Konfliktlinien (z.B. betriebliche vs. private Rationalität) in die Untersuchung zu integrieren.

Im *dritten Kapitel* wird von der Arbeitshypothese ausgegangen, daß das Beziehungsverhältnis der Manager zum Unternehmen, zur Technologie und zum Markt wesentlich enger geworden ist. Die Beziehung zur Unternehmung wird anhand der Personalpolitik und der Kulturfrage untersucht. Die Kulturdiskussion wird recht oberflächlich abgehandelt, ohne auf einen erweiterten Kulturbegriff (nationale Kultur) einzugehen. Dies ist insbesondere bei der Intention dieser komparativen Studie erstaunlich. Das Konzept der „Corporate Culture“ greift aufgrund

des kooperativen Managementverständnisses und der partizipativen Industriebeziehung besser in Deutschland. Im Gegensatz dazu sind nach Meinung der Autoren die Briten mit dem konflikthaltigeren Konzept des „Human Resource Management“ besser aufgehoben. Die Briten sehen Deutschland durch die stark ausgeprägte Technikorientierung des Managements bevorteilt. Die Autoren untersuchen allerdings nicht, welche Vorteile daraus in Deutschland erwachsen, sondern konstatieren wiederum nur, daß in den entsprechenden Positionen die Technikorientierung deutlich abnimmt. Weiterhin wird nicht darauf eingegangen, ob und welche Steuerungsdefizite durch die kommerzielle Orientierung in Großbritannien entstehen.

Im weiteren Verlauf werden Ursachen für die geringe soziale Anerkennung der Industrie und der daraus resultierenden kurzsichtigen bzw. nicht vorhandenen Industriepolitik in Großbritannien diskutiert. Die Autoren folgern, daß diese strukturellen Defizite, die auch historisch begründet sind, wesentlich für den Niedergang der britischen im Vergleich zur deutschen Industrie verantwortlich sind.

Das vierte Kapitel widmet sich dem Verhältnis der Manager zu Politik und Gesellschaft. Die Gegenüberstellung der Betriebsverfassungen (Betriebsrat vs. „shop stewards“) schafft Verständnis für

die strukturell begründete, konfliktthaltige Beziehung zwischen Mitarbeitern und Top-Managern in Großbritannien bzw. dem kooperativen Charakter der industriellen Beziehungen in Deutschland. Kritische Anmerkungen hierzu fehlen allerdings im Buch, wie z.B. die Feststellung, daß deutsche Manager den Betriebsrat als Kommunikationskanal heranziehen, um damit eigene Managementdefizite zu überdecken. In beiden Ländern wird von der prinzipiellen Vereinbarkeit von Ökonomie und Gemeinwohl ausgegangen; nur ein Fünftel der Befragten in beiden Ländern sieht hier ein Spannungsfeld. Der Staat als Rahmengerber für (und sogar selbst aktiver) Intervenierer in den Markt wird in beiden Staaten von einer großen Mehrheit akzeptiert und gewollt.

Die Schlußdiskussion befaßt sich mit der Übertragbarkeit positiver Systemelemente, vermengt diesen vagen Vorschlag allerdings mit der Diskussion über gemeinsame Wirklichkeitskonstruktionen in internationalen Organisationen, die über das ganze Buch hinweg nie Untersuchungsgegenstand war.

Positiv hervorzuheben ist, daß *Eberwein/Tholen* innerhalb der Industriesoziologie neue Sichtweisen eröffnen wollen, indem sie das abstrakte Verhältnis von Macht durch eine subjektive Komponente, die Meinung der Top-Manager, ergänzt haben. Als geglückt kann

der Versuch gelten, daß die Autoren aus der kulturellen Perspektive argumentieren und dennoch Vorurteile abschütteln. Sie argumentieren, daß nationale Kulturspezifische Auswirkungen auf die Organisation und die Verhaltensmuster der Akteure hat. Gerade am deutschen Beispiel fällt dies auf, indem sie die korporatistischen Strukturen (ein Terminus, der leider nie fällt) umschreiben, deren kooperatives Element herausstreichen und so das stark dialogorientierte Managementverständnis begründen können. Deutsche Kontinentalmanager sind aufgabenorientiert und nicht a priori autoritär, britische Inselmanager hingegen eher monetär motiviert, karriereorientiert und doch nicht demokratischer als die deutschen Manager.

Es kann als störend empfunden werden, daß die genannten nationalen Systemelemente direkt mit dem Erfolg oder dem Mißerfolg des gesellschaftlichen Systems korrelieren. Anders als die Autoren kann argumentiert werden, daß nationale Systemelemente mit Hilfe geeig-

netter Managementinstrumente und innerhalb der nationalen Tradition optimiert werden können und sich institutionelle Veränderungen somit graduell vollziehen können. Schließlich ist zur Struktur des Beitrags anzumerken, daß die Argumentation über lange Strecken verfahren und schwer nachvollziehbar ist.

Die Studien machen deutlich, daß es den „Euro-Manager“ offensichtlich noch nicht gibt, wenn überhaupt gibt es nur ein ‚Aufeinanderzubewegen‘ aufgrund struktureller Veränderungen. Auch wenn es nicht die ursprüngliche Intention der Autoren war, dies herauszuarbeiten, wird deutlich, daß die nationale Kultur ein wichtiger, wenn auch nicht der einzige Faktor ist, der einerseits die Strukturen und andererseits die Perzeption und das Handeln der Top-Manager beeinflusst. Das Buch stellt in dieser Hinsicht einen Erkenntnisgewinn dar und bietet Anregungen für weitere Forschung.

Erik Nagel

Inhaltsverzeichnis des 4. Jahrgangs 1994

Themenschwerpunkte der Hefte:

- Heft 1: Das erwachsene Deutschland. Hrsg. Wolfgang Fach/Christian Fenner
Heft 2: Migration weltweit. Hrsg. Rolf Müller-Syring
Heft 3: „Die Heimat hat sich schön gemacht...“ 1959: Fallstudien zur deutsch-deutschen Propagandageschichte. Hrsg. Monika Gibas/Dirk Schindelbeck
Heft 4: Arbeit im transatlantischen Vergleich. Hrsg. Horst Pietschmann
Heft 5: Weltsystem und Globalgeschichte. Hrsg. Matthias Middell
Heft 6: Ökonomische Liberalisierung und politischer Fundamentalismus. Hrsg. Hartmut Elsenhans

Aufsätze

- Thomas Ahbe*, Im deutschen Klärwerk. Thesen über die kulturelle Vereinigung
1/80
- Charles Bright/Michael Geyer*, Globalgeschichte und die Einheit der Welt im 20. Jahrhundert 5/13
- Omar Carlier*, Von der islamischen Reform zur islamischen Militanz: Die politisch-religiöse Therapie der Islamischen Heilsfront 6/21
- Klaus Dicke*, „Festung Europa“ oder weltoffen-republikanische Europäische Union? Zum Leitbild europäischer Ausländer- und Minderheitenpolitik 2/48
- Gerald Diesener*, Schon einmal am Wendepunkt – im ‚Neuen Deutschland‘ 1959
3/29
- Hartmut Elsenhans*, Fundamentalismus in der Dritten Welt als Herausforderung an das internationale System des 21. Jahrhunderts: Kultursoziologie oder Politökonomie als Therapie? 6/9
- Pieter C. Emmer*, „Im Schweiß eures Angesichts“. Arbeitsverhältnisse in der Alten und Neuen Welt von 1500 bis 1850 4/11
- Klaus Erdmenger*, Versuch über den starken Staat. Leitlinien der neuesten Staatsdiskussion 1/31
- Ursula Ewald*, Der Produktionsfaktor Arbeit im Denken Johann Heinrich von Thünens (1783-1850) 4/98
- Bernd Faulenbach*, „Deutsche Sonderwege“. Anmerkungen zur aktuellen Diskussion über das deutsche historisch-politische Selbstverständnis 1/14
- Christian Fenner*, Das Ende der Sozialdemokratie - beschleunigt durch die Einigung 1989? 1/57
- Eckhardt Fuchs*, Blicke hinter den „Eisernen Vorhang“: Die DDR 1959 im Spiegel der US-Presse 3/126

Jahresinhaltsverzeichnis 1994

- Andrej Fursov*, Kapitalismus, Kommunismus und die Glocken der Geschichte 5/57
Monika Gibas, „Deckt alle mit den Tisch der Republik“. Regie und Dramaturgie des DDR-Dezenniums am 7. Oktober 1959 3/49
Rainer Gries, Virtuelle Zeithorizonte. Deutsch-deutsche Geschichtsbilder und Zukunftsvisionen Ende der fünfziger Jahre 3/9
Leonhard Harding, Arbeitskräfte und Produktionskosten in Westafrika 4/26
Linda Helfrich-Bernal/Anita Wolf-Niedermaier, Binnenwanderung in Integrationsgemeinschaften - Erfahrungen aus Europa, Neuansätze in Lateinamerika und in der Karibik 2/60
Volker Ilgen, „Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit“. Wie die Bundesregierung 1959 ihren Bürgern die NATO nahebrachte 3/69
Peter Imbusch, Weltsystemtheorie oder Internationale Politische Ökonomie? 5/70
Miomir Jaksic, Die GUS in den neunziger Jahren aus der Sicht der World System-Theory 5/46
Andreas Keller, Verfassungspatriotismus. Ein Literaturüberblick 1/39
Gudrun Krämer, Die Attraktion des politischen Islam: Fallbeispiel Ägypten 6/58
Ahmad Mahrad, Probleme des Managements der Gesellschaft und der Ökonomie nach der islamischen Revolution im Iran 6/93
Jochen Meißner, Ländliche Arbeit im 18. Jahrhundert: Preußen und Mexiko im Vergleich 4/40
Hans-Heinrich Nolte, Zur Rezeption des Weltsystemkonzepts in Deutschland 5/91
Vincent N. Parrillo, Einwanderung als Erfahrung: die Vereinigten Staaten als Vorbild? 2/33
Roland E. Richter, Flüchtlingsbewegungen in Afrika: Ursachen und Ausmaß 2/12
Dirk Schindelbeck, Zwischen Wirtschafts- und Raketenwunder. Vom Sängerstreit über den Stacheldraht 3/96
Bharat Wariavwalla, Die Zerstörung des Muslintempels und die Problematik des Nationalstaats 6/78
Manfred Wöhlcke, Bevölkerungswachstum, ökologische Degradierung, Unterentwicklung, Migration 2/78
Michael Zeuske, Arbeit und Zucker in Amerika versus Arbeit und Zucker in Europa (ca. 1840-1880). Grundlinien eines Vergleichs 4/59

Forum

- Christine Bogedain*, Erfolgchancen landwirtschaftlicher Reformpolitik in Zimbabwe. Eine Untersuchung zum Bodenrecht 6/113
Carole Daffini, Der Fall Marteau 3/144
Jens Ivo Engels, Zum Problem des Literaten als Historiker. Stefan Heyms Beitrag zur Geschichte des 17. Juni 1/107
Helgard Fröhlich, Radikale Strömungen und nationale Frage während der Englischen Revolution 2/93

Jahresinhaltsverzeichnis 1994

- Georg G. Iggers*, Die Bedeutung des Marxismus für die Geschichtswissenschaft heute
4/123
- Hans-Heinrich Nolte*, Nachholende Nationsbildung in Osteuropa und Deutschland
2/107
- Ulrike Schmieder*, Iberoamerika in deutschen Zeitschriften des 18. und 19. Jahrhunderts. Das Beispiel der „Minerva“ 1792-1857 5/101
- Friedemann Scriba*, „Verfassungspatriotismus“: Ein deutscher Exportartikel für den italienischen Historikerstreit? Zu Gian Enrico Rusconis Rehabilitierung der Resistenza aus dem Geiste Dolf Sternbergers 1/90
- Gerrit Stratmann*, Demokratisierung und marktwirtschaftliche Reform in Osteuropa. Überlegungen zur Rolle der Civil Society im polnischen Transformationsprozeß
6/126
- Reinhard Wendt*, La Fiesta Filipina, oder: Die Aneignung westlicher Kultur durch ein ostasiatisches Volk. Bericht über ein Forschungsprojekt 4/109

Mitteilungen und Berichte

- Besserwessis, Jammerosis und ein Projekt. Das Adolf-Grimme-Institut untersuchte „Deutsche Selbst- und Fremdbilder in den Medien von BRD und DDR“ (*Rolf Goserick*) 3/150
- Broschüren des Kalten Krieges - ein Quellenfundus für die Propagandageschichtsschreibung (*Klaus Körner*) 3/154
- Eine neue Zeitschrift: Revue Germanique Internationale (*Matthias Middell*) 3/149
- Forschungsprobleme der Französischen Revolution (*Steffen Sammler*) 2/130
- Jahreshauptversammlung der Karl-Lamprecht-Gesellschaft Leipzig 1993 (*Gerald Diesener*) 2/124
- Klassenkonzepte. Revival oder Invention of Tradition? (*Charlotte Beisswingert*)
4/130
- Kontinuität und Krise: Die Schweiz 1910-1930 (*Charlotte Beisswingert*) 6/151
- Sowjetsystem und Geschichtswissenschaft in Mittel- und Osteuropa 1945-1989 (*Gerald Diesener*) 2/125
- Universalgeschichte an der Schwelle der Zeiten. Karl-Lamprecht-Vortrag 1993 (*Gerald Diesener*) 2/122
- Workshop der Regionalgruppe Neue Bundesländer des Arbeitskreises für historische Frauen- und Geschlechterforschung (*Susanne Schörz*) 2/128
- XIV. Kongreß der Association Internationale de Littérature Comparée (AILC/ICLA) (*Hans-Jürgen Lüsebrink*) 6/153

Buchbesprechungen

- Martin Beck, Die Erdöl-Rentier-Staaten des Nahen und Mittleren Ostens. Interessen, erdölpolitische Kooperation und Entwicklungstendenzen, Münster-Hamburg 1993 (*Hans-Georg Müller*) 5/150
- Birgit Bütow/Heidi Stecker (Hrsg.), Eigenartige Ostfrauen. Frauenemanzipation in der DDR und den neuen Bundesländern, Bielefeld 1994 (*Carola Glücksmann*) 4/146
- Neithard Bulst, Die französischen Generalstände von 1468 und 1484. Prosopographische Untersuchungen zu den Delegierten, Sigmaringen 1992 (*Steffen Sammler*) 5/116
- Peter Burke, Ludwig XIV. Die Inszenierung des Sonnenkönigs, Berlin 1993 (*Friedemann Scriba*) 6/155
- Averil Cameron, The mediterranean world in late antiquity, London/New York 1993 (*Rigobert Günther*) 5/114
- Sandro Cattacin, Stadtentwicklungspolitik zwischen Demokratie und Komplexität. Zur politischen Organisation der Stadtentwicklung: Florenz, Wien und Zürich im Vergleich, Frankfurt a.M. 1994 (*Sylke Nissen*) 6/181
- Daniel Cohn-Bendit/Thomas Schmid, Heimat Babylon. Das Wagnis der multikulturellen Demokratie, Hamburg 1992 (*Rolf Müller-Syring*) 1/159
- De bonne main. La communication manuscrite au XVIIIe siècle. Hrsg. François Moureau, Paris-Oxford 1993 (*Annette Keilhauer*) 2/136
- Ennio Di Nolfo (Hrsg.), Power in Europe? II. Great Britain, France, Germany and Italy and the Orgins of the EEC 1952-1957, Berlin/New York 1992 (*Werner Scholz*) 2/151
- Pascal Dibie, Wie man sich bettet. Von Bärenfellen, Prunkgemächern, Lasterhöhlen und Lotterbetten, München 1993 (*Editha Kraß*) 2/129
- Hans Domizlaff, Die Gewinnung des öffentlichen Vertrauens. Ein Lehrbuch der Markentechnik. Ergänzt durch „Typische Denkfehler der Reklantekritik“, Hamburg 1992 (*Dirk Schindelbeck*) 3/164
- Heinz Duchhardt, Arnold Berney (1897-1943), das Schicksal eines jüdischen Historikers, Köln/Weimar/Wien 1993 (*Gerald Diesener*) 1/146
- Wilhelm Eberwein/Jochen Tholen, Euro-Manager or Splendid Isolation? International Management - an Anglo-German Comparison, Berlin/New York 1993 (*Erik Nagel*) 6/192
- Michael Ewert, „Vernunft, Gefühl und Phantasie, im schönsten Tanze vereint“. Die Essayistik Georg Forsters, Würzburg 1993 (*Werner Greiling*) 6/158
- Erwin Faber/Immanuel Geiss, Arbeitsbuch zum Geschichtsstudium. Einführung in die Praxis geschichtswissenschaftlicher Arbeit, 2. Aufl., Heidelberg/Wiesbaden 1992 (*Günter Katsch*) 5/152
- Paul Faure, Magie der Düfte. Eine Kulturgeschichte der Weltgerüche. Von Pharaonen zu den Römern, München 1993 (*Rigobert Günther*) 2/129
- Fictions of the French Revolution, ed. by Bernadette Fort, Evanston/Illinois 1991 (*Matthias Middell*) 5/122
- Filmmuseum Potsdam (Hrsg.), Sandmann auf Reisen. Katalog zu einer Ausstellung des

Jahresinhaltsverzeichnis 1994

- Filmmuseums Potsdam, Berlin o.J. (*Thomas Ahbe*) 3/167
- Hinrich Fink-Eitel, Die Philosophie und die Wilden. Über die Bedeutung des Fremden für die europäische Geistesgeschichte, Hamburg 1994 (*Ingrid Weber*) 6/172
- Formative Ästhetik im Nationalsozialismus. Intentionen, Medien und Praxisformen totalitärer ästhetischer Herrschaft und Beherrschung, Weinheim und Basel 1993 (*Ingeborg Blom*) 3/162
- Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte. Hrsg. v. Deutschen Historischen Institut Paris, Bd. 19/2 (1992): Frühe Neuzeit-Revolution-Empire 1500-1815, Sigmaringen 1993 (*Kurt Holzzapfel*) 2/130
- Lothar Gall (Hrsg.), Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft, München 1993 (*Manfred Hettling*) 5/123
- Jörn Garber, Spätabsolutismus und bürgerliche Gesellschaft. Studien zur deutschen Staats- und Gesellschaftstheorie im Übergang zur Moderne, Frankfurt a.M. 1992 (*Matthias Middell*) 1/134
- Werner Giesselmann, „Die Manie der Revolte“. Protest unter der französischen Julimonarchie (1830-1848), 2 Bde., München 1993 (*Kurt Holzzapfel*) 1/137
- Rolf Graber, Bürgerliche Öffentlichkeit und spätabsolutistischer Staat. Sozietätenbewegung und Konfliktkonjunktur in Zürich 1746-1780, Zürich 1993 (*Kurt Holzzapfel*) 6/160
- Fritz-Peter Hager/Dieter Jedan (Hrsg.), Staat und Erziehung in Aufklärungsphilosophie und Aufklärungszeit, Bochum 1993 (*Werner Greiling*) 6/159
- Hans A. Hartmann/Ralf Haubl (Hrsg.), Bilderflut und Sprachmagie. Fallstudien zur Kultur der Werbung, Opladen 1992 (*Eckhardt Fuchs*) 1/166
- Manfred Herrmanns, Jugendarbeitslosigkeit seit der Weimarer Republik. Ein sozialhistorischer und soziologischer Vergleich, Opladen 1990 (*Diane Wogawa*) 5/146
- Wolfgang Heydrich/Joachim Krause/Uwe Nerlich/Jürgen Nötzold/Reinhardt Rummel (Hrsg.), Sicherheitspolitik Deutschlands: Neue Konstellationen, Risiken, Instrumente, Baden-Baden 1992 (*Rolf Müller-Syring*) 2/144
- David J. Hickson (Hrsg.), Management in Western Europe. Society, Culture and Organization in Twelve Nations, Berlin/New York 1993 (*Oliver Schmidt*) 6/187
- Willy Hochkeppel, Endspiele - Zur Philosophie des 20. Jahrhunderts, München 1993 (*Martina Ullrich*) 6/175
- Gangolf Hübinger/Wolfgang J. Mommsen (Hrsg.), Intellektuelle im Deutschen Kaiserreich, Frankfurt a.M. 1993 (*Gerald Diesener*) 4/139
- Peter Jung (Hrsg.), Verordneter Humor. DDR 1953, Berlin 1993 (*Klaus Sonnendecker*) 3/159
- Alan Kahan, Aristocratic Liberalism: The social and political thought of Jacob Burckhard, John Stuart Mill and Alexis de Tocqueville, Oxford 1992 (*Tal Howard*) 1/141
- Heiner Keupp (Hrsg.), Zugänge zum Subjekt. Perspektiven einer reflexiven Sozialpsychologie, Frankfurt a.M. 1994 (*Thomas Ahbe*) 4/150
- Olaf Kirchner, Soziale Bewegungen und politische Parteien in der ehemaligen Sowjetunion 1985-1991 - Chancen der Demokratie in Eurasien, Leipzig 1993 (*Sabine Lutz*) 1/148

Jahresinhaltsverzeichnis 1994

- Reymer Klüver (Hrsg.), *Zeitbombe Mensch. Überbevölkerung und Überlebenschance*, München 1993 (*Ramona Zumpe*) 2/154
- Werner Kroeber-Riel, *Bildkommunikation. Imagerystrategien für die Werbung*, München 1993 (*Rainer Gries*) 3/172
- Bärbel Kuhn, *Haus Frauen Arbeit 1915-1965. Erinnerungen aus fünfzig Jahren Haushaltsgeschichte*, St. Ingbert 1994 (*Katharina Middell*) 3/174
- Gwynne Lewis, *The French Revolution. Rethinking the debate*, London 1993 (*Steffen Sammler*) 1/135
- Lexikon *Alte Kulturen. Dritter Band N - Zz.* Hrsg. und bearb. von Hellmut Brunner, Leipzig-Wien-Zürich 1993 (*Rigobert Günther*) 2/127
- Thomas Lindner, *Die Peripetie des Siebenjährigen Krieges. Der Herbstfeldzug 1760 in Sachsen und der Winterfeldzug 1760/61 in Hessen*, Berlin 1993 (*Katrin Keller*) 4/137
- Hans-Jochen Markmann, *Frauenleben im Mittelalter. Frauengeschichte in Forschung und Unterrichtspraxis*, Frankfurt a.M. 1993 (*Katrin Keller*) 4/133
- Harm Mögenburg, *Kalter Krieg und Wirtschaftswunder. Die fünfziger Jahre im geteilten Deutschland 1949-1961*, Braunschweig 1993 (*Barbara Walter*) 3/157
- Wolfgang J. Mommsen, *Großmachtstellung und Weltpolitik. Die Außenpolitik des Deutschen Reiches 1870 bis 1914*, Berlin 1993 (*Thomas Schaarschmidt*) 6/163
- Martina Morschhäuser, *Frauen in Männerdomänen - Wege zur Integration von Facharbeiterinnen im Betrieb*, Köln 1993 (*Ines Wahle*) 4/148
- Heinz Niemann, *Meinungsforschung in der DDR. Die geheimen Berichte des Instituts für Meinungsforschung an das Politbüro der SED*, Köln 1993 (*Klaus Schönberger*) 3/169
- Bahman Nirumand (Hrsg.), *Deutsche Zustände. Dialoge über ein gefährdetes Land*, Reinbek 1993 (*Rolf Müller-Syring*) 1/152
- Claudia Opitz-Belakhal, *Militärreformen zwischen Bürokratisierung und Adelsreaktion. Das französische Kriegsministerium und seine Reformen im Offizierskorps von 1760-1790*, Sigmaringen 1994 (*Kurt Holzzapfel*) 6/162
- Mechthild Rahner, *„Tout est neuf ici, tout est à recommencer...“ Die Rezeption des französischen Existentialismus im kulturellen Feld Westdeutschlands (1945-1949)*, Würzburg 1993 (*Hans-Jürgen Lüsebrink*) 5/137
- Walter Reese-Schäfer, *Was ist Kommunitarismus?* Frankfurt a. M./New York 1994 (*Gerald Diesener*) 4/140
- Républicanismes.* Hrsg. Lucien Calvié, Grenoble 1993 (*Steffen Sammler*) 2/141
- Axel T. G. Riehl, *Der „Tanz um den Äquator“. Bismarcks antienglische Kolonialpolitik und die Erwartung des Thronwechsels in Deutschland 1883 bis 1885*, Berlin 1993 (*Boris Barth*) 1/144
- Gerhard A. Ritter, *Der Spzialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich*, München 1991 (*Matthias Middell*) 1/150
- Werner Rösener, *Die Bauern in der europäischen Geschichte*, München 1993; Walter Achilles, *Landwirtschaft in der frühen Neuzeit*, München 1991; Werner Troßbach, *Bauern 1648-1806*, München 1993 (*Katharina Middell*) 2/132

Jahresinhaltsverzeichnis 1994

- Dankwart Rost, Pawlows Hunde. Die Legende von der beliebigen Verführbarkeit des Menschen, Stuttgart 1993 (*Dirk Schindelbeck*) 4/143
- Massimo L. Salvadori, Storia d'Italia e crisi di regime. Alle radici della politica italiana, Bologna 1994 (*Friedemann Scriba*) 6/169
- Londa Schiebinger, Schöne Geister. Frauen in den Anfängen der modernen Wissenschaft, Stuttgart 1993 (*Günter Katsch*) 4/135
- Winfried Schmähl (Hrsg.), Mindestsicherung im Alter: Erfahrungen, Herausforderungen, Strategien, Frankfurt a.M./New York 1993 (*Britta Matthes*) 5/142
- Harald Schumacher, Einwanderungsland BRD. Warum die deutsche Wirtschaft weiter Ausländer braucht, Düsseldorf 1992 (*Rolf Müller-Syring*) 1/156
- Peter Steinbach, Widerstand im Widerstreit. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen. Ausgewählte Studien, Paderborn u.a. 1994 (*Gerald Diesener*) 5/130
- Stiftung Entwicklung und Frieden, Globale Trends 93/94. Daten zur Weltentwicklung. Hrsg. Ingomar Hauchler, Frankfurt a.M. 1993 (*Rolf Müller-Syring*) 2/148
- Abraham de Swaan, Der sorgende Staat. Wohlfahrt, Gesundheit und Bildung in Europa und den USA der Neuzeit, Frankfurt a.M./New York 1993 (*Peggy Burian*) 5/148
- Michael Vester/Peter von Oertzen/Heiko Greiling/Thomas Hermann/Dagmar Müller, Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Köln 1993 (*Holger Warmann*) 4/154
- Georg Vobruba, Gemeinschaft ohne Moral. Theorie und Empirie moralfreier Gemeinschaftskonstruktionen, Wien 1994 (*Tilmann Sutter*) 6/176
- Eric Voegelin/Alfred Schütz/Leo Strauss/Aron Gurwitsch, Briefwechsel über ‚die Neue Wissenschaft der Politik‘, hrsg. v. Peter J. Opitz, Freiburg/München 1993 (*Matthias Middell*) 5/141
- Franz Walter/Tobias Dürr/Klaus Schmidtke, Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora. Untersuchungen auf lokaler Ebene vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, Bonn 1993 (*Gernot Borriss*) 6/166
- Eric Wauters, Une Presse de Province pendant la Révolution française. Journaux et Journalistes Normands (1785-1800), Paris 1993 (*Pascal Dupuy*) 2/138
- Wegscheiden der Reformation. Alternatives Denken vom 16. bis zum 18. Jahrhundert, hrsg. v. Günter Vogler, Weimar 1994 (*Katharina Middell*) 5/118
- Annette Wittkau, Historismus. Zur Geschichte des Begriffs und des Problems, Göttingen 1992 (*Eckhardt Fuchs*) 5/154
- Manfred Wöhlcke, Umweltflüchtlinge. Ursachen und Folgen, München 1992 (*Rolf Müller-Syring*) 1/164
- Durhane Wong-Rieger, Fritz Rieger (Hrsg.), International Management Research. Looking to the future, Berlin/New York 1993 (*Michael Edde*) 6/184
- Eberhard Zeller, Oberst Claus Graf Stauffenberg. Ein Lebensbild. Mit einer Erinnerung von Peter Steinbach, Paderborn u.a. 1994 (*Gerald Diesener*) 5/134

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

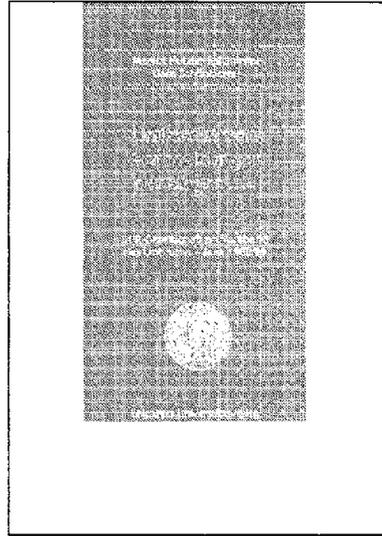
- Charlotte Beisswingert*, M.A., Freie Universität Berlin, Graduiertenkolleg „Gesellschaftsvergleich“
- Christine Bogedain*, Dr. phil., Berlin
- Gernot Borriss*, M.A., Mitarbeiter der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Bonn
- Omar Carlier*, Dr., Université de Clermont-Ferrand
- Michael Edde*, Dipl.-Verw.wiss., Universität Konstanz, Fakultät für Verwaltungswissenschaft
- Hartmut Elsenhans*, Prof. Dr., Universität Leipzig, Institut für Politikwissenschaft
- Werner Greiling*, Dr. phil., Friedrich-Schiller-Universität Jena, Historisches Institut
- Kurt Holzapfel*, Prof. Dr., Leipzig
- Gudrun Krämer*, Prof. Dr., Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Orientalisches Seminar
- Hans-Jürgen Lüsebrink*, Prof. Dr., Universität des Saarlandes, FB Romanistik
- Ahmad Mahrad*, Prof. Dr., Universität Hannover, Institut für politische Wissenschaft
- Erik Nagel*, Dipl.-Verw.wiss., Universität Konstanz, Fakultät für Verwaltungswissenschaft
- Sylke Nissen*, Dr. phil., Martin-Luther-Universität Halle, Institut für Politikwissenschaft
- Thomas Schaarschmidt*, Dr. phil., Universität Leipzig, Historisches Seminar
- Oliver Schmidt*, Dipl.-Verw.wiss., Universität Konstanz, Fakultät für Verwaltungswissenschaft
- Friedemann Scriba*, Stuttgart
- Gerrit Stratmann*, Dipl.-Verw.wiss., Universität Leipzig, Institut für Politikwissenschaft
- Tilmann Sutter*, Dr. phil, Universität Hamburg, Institut für Soziologie
- Martina Ullrich*, stud. pol., Universität Konstanz, Fakultät für Verwaltungswissenschaften
- Bharat Wariavwalla*, Prof. Dr., Centre for the Study of Developing Societies, New Delhi
- Ingrid Weber*, Dr. phil, Universität des Saarlandes

Margot Hutzler-Spichtinger
Klaus Schönberger (Hrsg.)

**„Unüberhörbare Wortmeldungen
der Bürger...“**

DDR-Gesellschaft am
Vorabend des Umbruchs -
Jena 1988/89

1994, 226 Seiten
Br., DM 29,80
ISBN 3-929031-32-9



„Wie jedes Jahr zum 1. Mai, wir sind für Losung Nr. 3“ - mit dieser Wortmeldung, auf ein Bettlaken geschrieben, grüßte eine Wohngemeinschaft in der Jenaer Jahnstraße die Werktätigen, die sich dort zur Maidemonstration auf dem Stellplatz sammelten. Das Transparent hing kaum länger als eine Stunde. Aber es veranschaulichte schlaglichtartig die Diskrepanz zwischen der „offiziellen“ Sprache in der DDR und der Realität des Alltags.

Jena, in den achtziger Jahren neben Berlin ein Zentrum der Opposition, bietet das Untersuchungsfeld, auf dem anhand der Demonstrationskultur, der Gewerkschaftsarbeit der FDGB-Frauenkommissionen, der politischen Ereignisgeschichte zwischen Perestrojka, Sputnikverbot, Kommunalwahlen und der Niederschlagung der chinesischen Reformbewegung ein Einblick in die DDR-Gesellschaft am Vorabend der *Wende* gegeben wird. Informationsberichte aus dem Gewerkschaftsapparat werden konfrontiert mit nachträglichen Einschätzungen der Akteure, ihrer Rück-Sicht auf Spielräume und Grenzen, in denen sie sich bewegten.

Der Band ist einer der ersten sozialwissenschaftlichen Versuche, die Funktionsweise des bürokratischen Sozialismus aus der Perspektive „von unten“ zu verdeutlichen. Daß Ost- und Westdeutsche unterschiedliche Erfahrungswelten in den Vereinigungsprozeß mitbrachten, ist eine banale Feststellung; doch zu ihrer gegenseitigen Aneignung und Akzeptanz ist zu allererst die präzise Kenntnis erforderlich. Für Jena 1988/89 ist ein Anfang getan!

Bestellungen an Ihre Buchhandlung oder direkt an den

Leipziger Universitätsverlag GmbH
Augustusplatz 10/11
04109 Leipzig
Tel. + FAX 03 41/2 61 99 64 oder 03 41/69 58 81

Aus dem Inhalt

Hartmut Elsenhans Fundamentalismus in der Dritten Welt als Herausforderung an das internationale System des 21. Jahrhunderts: Kultursoziologie oder Politökonomie als Therapie?

Aufsätze

Omar Carlier Von der islamischen Reform zur islamischen Militanz: Die politisch-religiöse Therapie der Islamischen Heilsfront

Gudrun Krämer Die Attraktion des politischen Islam: Fallbeispiel Ägypten

Bharat Wariavwalla Die Zerstörung des Muslimtempels und die Problematik des Nationalstaats

Ahmad Mahrad Probleme des Managements der Gesellschaft und der Ökonomie nach der islamischen Revolution im Iran

Forum

Christine Bogedain Erfolgchancen landwirtschaftlicher Reformpolitik in Zimbabwe. Eine Untersuchung zum Bodenrecht

Gerrit Stratmann Demokratisierung und marktwirtschaftliche Reform in Osteuropa. Überlegungen zur Rolle der Civil Society im polnischen Transformationsprozeß

ISSN 0940-3566
ISBN 3-929031-66-3